

Justus Liebig-Universität Gießen
Fachbereich 20
Nahrungswirtschafts- und Haushaltswissenschaften
Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung

**Die Wahlbedarfe
westdeutscher Arbeitnehmerhaushalte
an hochwertigen Gebrauchsgütern und Immobilien
in ihrer Bedeutung für das elastische Arbeitsangebot
und private Sparaufkommen**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs
Nahrungswirtschafts- und Haushaltswissenschaften
der Justus Liebig-Universität Gießen

eingereicht von
Dipl.-Volksw. Robert Bohrer
geb. in Siegen i. W.

Gießen 1974

Justus Liebig-Universität Gießen
Fachbereich 20
Nahrungswirtschafts- und Haushaltswissenschaften
Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung

**Die Wahlbedarfe
westdeutscher Arbeitnehmerhaushalte
an hochwertigen Gebrauchsgütern und Immobilien
in ihrer Bedeutung für das elastische Arbeitsangebot
und private Sparaufkommen**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs
Nahrungswirtschafts- und Haushaltswissenschaften
der Justus Liebig-Universität Gießen

eingereicht von
Dipl.-Volksw. Robert Bohrer
geb. in Siegen i. W.

Gießen 1974



Dekan: Professor Dr. Rosemarie v. Schweitzer

1. Berichterstatter: Professor Dr. Helga Schmucker
2. Berichterstatter: Professor Dr. Egon Wöhlken

Tag der mündlichen Prüfung: 14. Juni 1974

Einleitung

9

Erster Teil:

Das Arbeits- und Sparverhalten westdeutscher Arbeitnehmer- haushalte unter dem Einfluß zunehmender Wahlbedarfe	13
---	----

A. Die Zunahme der privaten Entscheidungsspielräume bei steigendem Realeinkommen	13
I. <u>Das steigende Realeinkommen</u>	13
II. <u>Verhaltenshypothesen der neueren Literatur</u>	16
1. Zur Entwicklung des Erwerbsverhaltens	16
2. Zur Entwicklung des Sparverhaltens	20
III. <u>Einstellungen, Motivation und Verhaltens- tendenzen</u>	23
1. Die Möglichkeiten des empirischen Nachweises	24
a) Beurteilung des statistischen Materials	24
b) Die Auswahl der sozialen Gruppierungen	28

	<u>Seite</u>
2. Die bedarfsinduzierte absolute Mehrarbeit	29
a) Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen	30
aa) Die Motivationsstruktur	30
ab) Die Einkommensabhängigkeit	35
b) Mehrarbeit in Form von Überstunden	36
c) Mehrarbeit in Form von Nebenerwerben	38
3. Die bedarfsinduzierte relative Mehrarbeit - allgemeine Arbeitsbereitschaft	39
a) Die Ausgangsüberlegungen	40
b) Empirische Forschungsergebnisse	41
ba) Die Verhaltensforschung	41
bb) Die Mobilitätsforschung	46
4. Die verwendungszweckorientierte Sparleistung	47
a) Das System sozialer Sicherungen	47
b) Empirische Forschungsergebnisse	50
ba) Die Sparkassenerhebung	50
bb) Die "EVS" 1969	52
bc) Die Verhaltensforschung	55
B. <u>Die Sonderstellung hochwertiger Gebrauchsgüter und Ge- brauchsgüterkomplexe im System käuflicher Güter</u>	58
I. <u>Gütergruppen ohne besondere Verhaltenseinflüsse</u>	58
1. Verbrauchsgüter von geringem Wert	58
2. Gebrauchsgüter von begrenztem Wert	62

	<u>Seite</u>
II. <u>Gütergruppen mit besonderen Verhaltens-</u> <u>einflüssen</u>	63
1. Dienstleistungen von hohem Wert	63
2. Hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchs- güterkomplexe	67
a) Ausstattungen mit Gebrauchsgütern	69
b) Kraftfahrzeuge und Grundaussstattungen	73
c) Eigenheime und Eigentumswohnungen	75
C. <u>Die Konsistenz am Bedarf orientierter Verhaltens-</u> <u>formen</u>	78
I. <u>Bezugsgrößen und äußere Verhaltenseinflüsse</u>	80
1. Lebensstandard- Zeitstandard- Sparstandard	81
2. Die subjektive Angebotsgesamtheit	86
3. Die Aktivitäten der Anbieter	89
II. <u>Entscheidungsbildungen und Verhaltensabläufe</u>	95
1. Die Entscheidungsbildung beim Kauf	96
2. Die Entscheidungsbildung beim Erwerb	101
3. Die Entscheidungsbildung beim Sparen	106
<u>Zusammenfassung des ersten Teils</u>	108

Zweiter Teil:

Die Bedeutung des bedarfsorientierten Haushaltsverhaltens für das elastische Arbeitsangebot und private Sparaufkommen	116
--	-----

A. Die Bedeutung der Wahlbedarfe für die Verwendung des <u>Sozialprodukts</u>	116
I. Nettonachfrage in einzelnen Gütermärkten	117
II. Ersatznachfrage in einzelnen Gütermärkten	121
III. Gesamtnachfrage im relativen Wohlstand	123
IV. Die güterspezifische Lohn-Preis-Relation	129
V. Konsumvermögensbildung im weiteren Sinne	131
B. Die Bedeutung des Vollzugsverhaltens für die Ent- <u>stehung des Sozialprodukts</u>	133
I. <u>Arbeitsverhalten und volkswirtschaftliches Arbeitsvolumen</u>	134
1. Der Einflußbereich im Arbeitsangebot	134
a) Eine einfache Durchschnittsrechnung	134
b) Die Heterogenität sozialer Gruppen	137
c) Erwerbstätigkeit ausgewählter Gruppen	140
d) Erwerbstätigkeit der Frauen	143
e) Die Angebotselastizität der Mehrarbeit	145
2. Arbeitsverhalten und Arbeitsproduktivität	148
a) Anmerkungen zur Drei-Phasen-Theorie	150
b) Haushaltsinvestitionen im engeren Sinne	152
c) Zur Frage der Produktion im Haushalt	154

	<u>Seite</u>
II. Sparverhalten und volkswirtschaftliches Spar- aufkommen	159
1. Das am Zweck orientierte Sparaufkommen	160
a) Ausgangsüberlegungen	160
b) Der Grenzfall absoluter Konsumverzichte	163
c) Der Grenzfall absoluter Sparverzichte	166
d) Das zweckorientierte Sparen	168
e) Das gruppenspezifische Aufkommen	174
2. Die Wiederverwendung zweckorientierter Sparformen	176
a) Die institutionelle Sparstruktur der BRD	176
b) Die Qualität des Kontensparens	179
c) Die Qualität des Versicherungssparens	183
d) Die Qualität des Bausparens	184
e) Die Qualität des Abzahlungskredites	187
<u>Zusammenfassung des zweiten Teils</u>	191
Tabellenteil	201
Verzeichnis der Tabellen	203
Tabellen (Materialsammlung)	209
Verzeichnis der Literatur	267
Verzeichnis der statistischen Quellen	282

Einleitung

Die Beziehungen zwischen der Verbrauchsstruktur privater Haushalte und der volkswirtschaftlichen Bereitstellung von Gütern und Diensten beanspruchen zunehmendes wissenschaftliches und wirtschaftspolitisches Interesse. Weite Bereiche der individuellen Daseinsgestaltung werden mit dem steigenden Realeinkommen moderner Industriegesellschaften allmählich von den Zwängen einer unabdingbaren Existenzsicherung befreit; entsprechend nehmen die Spielräume für freie Entscheidungsfindungen zu. In hochentwickelten Volkswirtschaften gewinnen damit Probleme an Bedeutung, die erst mit diesen individuellen Entscheidungsspielräumen entstanden sind und mit ihnen wachsen. Im Vordergrund des Interesses steht die Entwicklung der Verbrauchsstruktur. Sie läßt eine ständige Zunahme frei entscheidbarer Wahlbedarfe erkennen und führt zu weitgehenden Veränderungen in den Gütermärkten und dahinterstehenden Wirtschaftsbereichen. Weniger beachtet wurden bisher die Beziehungen, die zwischen dem Verbraucherverhalten und den Arbeits- und Sparentscheidungen des wirtschaftenden Menschen bestehen. Die Faktormärkte und damit die volkswirtschaftliche Güterbereitstellung werden davon in einem ökonomisch relevanten Ausmaß beeinflußt.

Mit den individuellen Entscheidungsspielräumen wächst nicht nur der elastische Teil der privaten Nachfrage, sondern auch der Schwankungsbereich des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens und Sparaufkommens. Die fortschreitenden Arbeitszeitverkürzungen erweitern den Spielraum freier Entscheidungen über das kollektive oder individuelle Arbeitsangebot, und das immer vollständigere System sozialer Sicherungen führt zu einem Sparverhalten weiter Bevölkerungskreise, das nicht mehr ausschließlich vom Vorsorgegedanken beherrscht wird. Der private Haushalt rückt des-

halb immer mehr in den Wirkungskreis wirtschaftspolitischer Aktivitäten, welche die Vermeidung unangemessener Arbeitszeitverkürzungen und eine umfassende Förderung der Sparleistungen zum Ziel haben. Die Bedeutung zunehmender Wahlbedarfe an hochwertigen Gebrauchsgütern, Eigenheimen, Eigentumswohnungen und sonstigen Gebrauchsgüterkomplexen für das Faktorangebot, die auf den inneren Zusammenhang der individuellen Verhaltensweisen zurückzuführen ist, bleibt jedoch unberücksichtigt.

In der jüngeren wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird in zahlreichen Beiträgen auf diese Entwicklung hingewiesen. Es fehlt jedoch eine geschlossene Darstellung, die den Antriebskräften im Haushaltsverhalten systematisch nachgeht und eine Größenvorstellung von den Einflußbereichen im Faktorangebot vermittelt. Der Versuch erscheint deshalb lohnenswert, die interdependenten Beziehungen aufzuzeigen, welche die Entscheidungsfindungen im Haushalt mit dem gesamtwirtschaftlichen Geschehen verbinden. Die sogenannten Haushaltsinvestitionen, deren ökonomische Qualität bisher ausschließlich nach Verbrauchsdaten beurteilt wurde, könnten unter Berücksichtigung weitergehender Auswirkungen auf das Sozialprodukt in einem anderen Licht erscheinen. Eine erste Vorstellung von dem Umfang der Einflußbereiche im Faktorangebot würde den Überblick erweitern, auch wenn die makroökonomischen Werte nur annäherungsweise erfaßbar sind.

Die Untersuchung stützt sich auf empirische Forschungsergebnisse. Als Bezugsperiode wurde das Jahr 1969 gewählt. In diesem Jahr wurde die bisher umfassendste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt. Außerdem liegen die Erhebungszeiträume der zugrundegelegten Verhaltensforschung in der zeitlichen Nähe und als letzter Grund: die 1969er Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stehen endgültig fest. Hauptziel der Untersuchung ist die Bestimmung gruppenspezifischer Verhaltens-

weisen und Verhaltensentwicklungen. Es ist zum Beispiel festzustellen, ob und inwieweit das bedarfsinduzierte Arbeits- und Sparverhalten verheirateter Arbeiter in der zweiten Lebensphase von den Verhaltensspezifika gleichaltriger Beamten abweicht. In der makroökonomischen Betrachtung sind die eruierten Verhaltenstendenzen mit den Erwerbsquoten bzw. dem volkswirtschaftlichen Sparaufkommen relevanter sozialer Gruppen zu gewichten. Erst in zweiter Linie sind an Hand von Näherungswerten die Einflußbereiche im gesamtwirtschaftlichen Faktorangebot abzugrenzen. Da die ermittelten Größenverhältnisse von gegebenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen abhängig sind, bleibt der Untersuchungsraum auf das westdeutsche Wirtschaftsgebiet beschränkt.

Die Untersuchung ist mit einer umfangreichen Statistik belastet. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Während die materielle Komponente des Untersuchungssystems, vorwiegend die amtliche - auch unveröffentlichte - Statistik, relativ exaktes Zahlenmaterial bereitstellt, müssen einige Angaben aus der Verhaltensforschung durch mehrere Erhebungen gesichert werden, die voneinander unabhängig durchgeführt wurden. Die Forschungsergebnisse mußten nach Möglichkeit folgende Merkmalsausprägungen aufweisen: soziale Stellung des Haushaltsvorstandes, Alters- und Einkommensgruppen sowie Familienstand. Außerdem war zu berücksichtigen, daß kein menschliches Verhalten einseitig motiviert ist. Auch das Arbeits- und Sparverhalten wird nur mit Hilfe vollständiger Motivationsstrukturen erklärbar. Trotzdem die Vielzahl der Motive in vergleichbare Hauptgruppen zusammengefaßt wurde, ergab sich hieraus ein weiteres Anwachsen der Materialsammlung. Darüber hinaus ist die allgemeine Arbeitsbereitschaft anders motiviert als Überstunden, Zweitbeschäftigungen oder die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen. Die Anreize wiederum, die das Sparverhalten beeinflussen, weichen von den Einflußgrößen des Arbeitsverhaltens ab. Und schließlich werden nicht nur

Motivationen, sondern auch Einstellungen untersucht: alles Anforderungen, welche die Statistik zusätzlich belasten. Im Tabellenteil konnten nur die grundlegenden Ergebnisse der empirischen Forschung zusammengefaßt werden.

Die Arbeit ist an bestehenden Wertsystemen orientiert. Wie eng die ökonomische Fragestellung mit der ethischen verknüpft sein kann, zeigte sich besonders bei der Arbeitsmotivation verheirateter Frauen und Mütter. Da aber die Untersuchung keinen Anspruch auf ethische Werturteile erheben kann, mußte dieser sicherlich wichtige Aspekt unberücksichtigt bleiben. Es gehörte auch nicht zur Aufgabenstellung, wirtschaftspolitische Empfehlungen hinsichtlich des frei verfügbaren Arbeits- und Sparangebotes auszusprechen. Die Aufgabe bestand lediglich darin, erste Vorstellungen von Verhaltenstendenzen und gesamtwirtschaftlichen Einflußgrößen zu ermitteln, die von der vorherrschenden Haushaltstheorie bisher wahrscheinlich unterschätzt worden sind.

Erster Teil

Das Arbeits- und Sparverhalten westdeutscher Arbeitnehmerhaushalte unter dem Einfluß zunehmender Wahlbedarfe

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen Haushalte von Arbeitern, Angestellten und Beamten des westdeutschen Wirtschaftsraumes, d.h. inländische Familienhaushalte, die weitgehend gleichartigen demographischen, ökonomischen und sozialen Einflüssen ausgesetzt sind. Bei anderen Volkswirtschaften, auch wenn sie eine vergleichbare Entwicklungsstufe aufweisen, muß von abweichenden Außenbedingungen und Grundeinstellungen deren Einwohner ausgegangen werden. Wie internationale Vergleichsuntersuchungen beweisen, sind sogar zwischen westeuropäischen Industrieländern bedeutende Unterschiede in der Motivationsstruktur gleicher sozialer Schichten festzustellen. ¹⁾ Das heißt nicht, daß bei einzelnen nationalen Haushalten bestimmte Motive oder Motivgruppen völlig fehlen würden, sondern daß ihre Gewichtung unterschiedlich ist: was bei einem westdeutschen Haushalt als Hauptmotiv auftritt, kann bei einem amerikanischen Haushalt bereits zum Nebenmotiv geworden sein.

A. Die Zunahme der privaten Entscheidungsspielräume bei steigendem Realeinkommen

I. Das steigende Realeinkommen

Die Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft hat auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens tiefgreifende Veränderungen ausgelöst. Auch im Bereich individueller Verhaltensweisen haben sich Wandlungen vollzogen. Der

1 Vgl. hierzu insbesondere: Katona G., Strümpel B., Zahn E.: Zwei Wege zur Prosperität - Konsumverhalten, Leistungsmentalität und Bildungsbereitschaft in Amerika und Europa, Wien und Düsseldorf 1971

Spielraum freier Entscheidungsfindungen nimmt zu und führt zu Veränderungen sozialer und ökonomischer Strukturen. Diese zunehmende Freistellung von Verhaltensformen, die wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt sind, ist in erster Linie auf das steigende reale Volkseinkommen zurückzuführen.

Im Bundesgebiet stieg das Realeinkommen ²⁾ insgesamt, gerechnet in Preisen von 1962, von 109,8 Mrd. DM in 1951 auf 446,9 Mrd. DM im Jahre 1971. Die Errechnung des jährlichen Realeinkommens je Erwerbstätigen im Verlaufe dieser zwanzig Jahre weist Ungenauigkeitsbereiche auf. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Zeit von 1950 bis 1956 lag nur für das Bundesgebiet ohne Berlin vor. Die fehlende Erwerbstätigenzahl wurde durch Schätzung ermittelt (Basis: Wohnbevölkerung zu Erwerbstätigen für Bundesgebiet gleich Wohnbevölkerung zu Erwerbstätigen für Bundesland). Zum anderen müßten der gesamten Periode Preisindizes zugrundeliegen, die auf Verbrauchsverhältnisse bezogen sind, welche dem Durchschnitt aller privaten Haushalte entsprechen. Für die Zeit vor 1962 sind diese aber nicht feststellbar und mußten durch die Werte des "4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen" ersetzt werden.

Die sich hieraus ergebenden Ungenauigkeiten sind geringfügig und für den weiteren Untersuchungsverlauf von untergeordneter Bedeutung. So läßt sich aus Tabelle 1 eindeutig

2 Die Ergebnisse der Untersuchung von W. G. Hoffmann und J. H. Müller: Das deutsche Volkseinkommen 1851 - 1957, werden von H. Schmucker auszugsweise wiedergegeben und in Preisen von 1913 um die Periode 1958/1961 ergänzt. Auf die Darstellung einer längeren Reihe kann deshalb hier verzichtet werden. Vgl. Schmucker, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 30/I, Berlin 1964, S. 156

entnehmen, daß das Realeinkommen je Erwerbstätigen (in Preisen von 1962) innerhalb der letzten zwanzig Jahre kontinuierlich gestiegen ist, und zwar in der Zeit von 1951 bis 1971 um rd. 313 Prozent. Die Ermittlung von Durchschnittswerten des Realeinkommens genügt jedoch nicht. Sie müssen ergänzt werden durch Realverdienstreihen der hier besonders interessierenden Gruppen abhängig Beschäftigter. Deshalb wurden die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste männlicher und weiblicher Arbeiter und die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste männlicher und weiblicher Angestellter in der Industrie durch den gleichen Preisindex dividiert. Um die Verdienstentwicklung der Angestellten und Arbeiter miteinander und mit dem nicht identischen durchschnittlichen Realeinkommen in der Tendenz vergleichen zu können, wurden auch die Verdienstindizes auf 1962 bezogen (Tab. 2).

Mit dem steigenden Realeinkommen wächst der Spielraum für freie Entscheidungen. Die Beziehungen zwischen der Zunahme freier Entscheidungsfindungen und dem Verbrauchs-, Arbeits- und Sparverhalten sind komplex. Sie lassen sich am einfachsten aus der besonderen Marktstellung privater Haushalte zwischen Faktor- und Gütermärkten erklären. Während der Haushalt auf der einen Seite als Konsument einem unübersehbaren Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht, erscheint er in den Faktormärkten als alleiniger Anbieter menschlicher Arbeitskraft und Bereitsteller eines unverzichtbaren Anteils des volkswirtschaftlichen Sparaufkommens. So vielgestaltig wie die Verbindungen des Haushalts mit den ihn umgebenden Märkten, so kompliziert sind die Zusammenhänge zwischen seinen Verhaltensweisen in diesen Märkten. Die Zunahme autonomer Entscheidungsbereiche trägt dazu bei.

II. Verhaltenshypothesen der neueren Literatur

Das wirtschaftliche Verhalten privater Haushalte ist von schicht- und gruppenspezifischen Einflüssen geprägt, die nach Art und Gewichtung mehr oder weniger deutlich voneinander abweichen. Nur eine empirisch orientierte Untersuchung der Einstellungen und Beweggründe dieser sozialen Gruppen kann zu Feststellungen führen, die den Anforderungen einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung gerecht werden. Diesen differenzierten Ergebnissen sollen einige Literaturbeiträge vorangestellt werden, die den Problemkreis allgemein ansprechen und seine Vielgestaltigkeit erkennen lassen.

1. Zur Entwicklung des Erwerbsverhaltens

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und mit deutlicher Beschleunigung seit den letzten 50 Jahren hat die Erhöhung des realen Volkseinkommens eine allmähliche Zunahme der individuellen Entscheidungsspielräume ermöglicht. Die Beziehung zwischen Einkommenserzielung und Einkommensverwendung privater Haushalte hat sich grundlegend geändert. Der Zwang, bis an die Grenzen der physischen Leistungskraft zu arbeiten, um eine lebensnotwendige Versorgung sicherzustellen, hat für weiteste Bevölkerungskreise seinen Einfluß verloren. Seitdem kann der Haushalt innerhalb begrenzter Entscheidungsspielräume über die Gestaltung beider Einkommensseiten mehr oder weniger selbständig entscheiden. Einige Fachautoren sprechen in diesem Zusammenhang von einer Funktionsumkehrung. Gleichzeitig wird immer nachdrücklicher auf die zunehmende Verknappung der menschlichen Arbeitskraft als eine Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums hingewiesen.

Erich Preiser bezeichnet die Verkürzung der Arbeitszeit als ein typisches Kennzeichen der Wohlstandsgesellschaft und als Ergebnis einer Entscheidung, bei der der Nutzen

eines größeren Güterkorbes mit dem vermehrter Freizeit abgewogen wird, wobei die Verkürzung durch die Erhöhung der Produktivität ermöglicht wird. ³⁾ Die mit zunehmendem Wohlstand auftretende Verschiebung innerhalb des Verbrauchs in Richtung hochwertiger Gebrauchsgüter und Dienstleistungen und die durch solche Bedarfe induzierten Anreize für das Arbeitsverhalten erklärt Erich Egner mit dem Streben nach Steigerung des Lebensstandards. ⁴⁾ Auf die Bedeutung für die Wachstumsrate der Wirtschaft, die mit der Wahl des Haushaltes zwischen einem Mehr an Gütern und Diensten und einem Mehr an Freizeit verbunden ist, weist Helga Schmucker - unter dem Verbrauchsaspekt - mit der Einschränkung hin, daß das Verlangen nach Freizeit erst bei einem ausreichenden Lebensniveau mit maßgeblichem Gewicht in den Begehrkreis der Haushalte fällt. ⁵⁾ Mikro-ökonomischer Bestimmungsgrund der wachsenden Gebrauchsgüterausstattung bei steigendem Wohlstand ist, nach derselben Verfasserin, das Lebensniveau und die Lebensweise der einzelnen Familie, also das Verhältnis von Einkommen und vorgegebenem Verbrauch zu Arbeitsaufwand und Freizeit bei einem bestimmten sozio-kulturellen Lebensstil. ⁶⁾

3 Preiser, Erich: Probleme der Wohlstandsgesellschaft, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Sitzungsberichte, Jahrgang 1964, Heft 7, München 1964, S. 7f.

4 Egner, Erich: Studien über Haushalt und Verbrauch, in: Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Hrsg. Erich Egner, Heft 1, Berlin 1963, S. 168

5 Schmucker, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft, a. a. O., S. 150

6 Schmucker, Helga: Technisierung des Haushalts bei steigendem Wohlstand, ihre arbeitswirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Probleme, in: Elektrizität, Zeitschrift für Elektroberatung, Heft 8, Frankfurt, August 1968, S. 220

Die ökonomische Problematik, die sich in Verbindung mit der zunehmenden Wahlfreiheit ergibt, beschäftigt Strümpel, wenn er schreibt: "Wenn Arbeitsleistung und Einkommenshöhe immer mehr in den Bannkreis persönlicher Option geraten ..." ⁷⁾ und im gleichen Sinne Schmitt-Rink in seiner Habilitationsschrift: "Die ökonomische Aktivität der Haushalte, die Anstrengungen Einkommen zu erzielen, wird von Ansprüchen, von Wünschen, Zielen, Bedürfnissen dirigiert." ⁸⁾

Im Hinblick auf die Tendenz einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung sei noch angeführt: "Die Möglichkeit eines gehobenen und wachsenden Lebensstils wirkt zugleich stimulierend auf Erwerbstrieb und Verdienstwillen. Das zeigt sich einmal in der sichtbaren Abkühlung des Wunsches nach weniger Arbeitszeit. In USA wurde lt. Gerhard Colms mit der 40-Stunden-Woche ein Punkt erreicht, den der Arbeiter nicht mehr wesentlich unterschreiten möchte, um seinen steigenden Konsum nicht zu gefährden;" sowie die Folgerung: "Ruth Mack und Summer H. Slichter haben recht, wenn sie das Entstehen von Einkommen als eine Folge der Verbrauchsintensität ansehen und nicht mehr - wie früher üblich - den Verbrauch als eine Folge der Einkommen." ⁹⁾

Katona sieht die Begehrlichkeit nach materiellen Gütern als Hauptmotiv der Zweitbeschäftigungen in den USA an. ¹⁰⁾ Bei einer Befragung stellte sich heraus, daß die Hälfte der be-

7 Strümpel, B.: Konsumentenverhalten und wirtschaftliche Entwicklung, in: Wirtschaftstheorie als Verhaltenstheorie, Berlin 1969, S. 32f.

8 Schmitt-Rink, Gerhard: Konsum-Dynamik, Mainzer Habil. Schr. 1967, S. 18

9 12. Internationale Studentagung der Stiftung "Im Gruenen" Rüschlikon 1963: Unser Markt von 1970, o. V., Bd. 27 der Schriftenreihe, Ddf.-Wien 1964, S. 14

10 Katona, George: Die Macht der Verbraucher, Düsseldorf-Wien, 1962, S. 152ff.

fragten Haushaltsvorstände durch Überstunden oder einen zweiten Job auf eine längere Arbeitsdauer als der Standard der 40-Stunden-Woche kommt. ¹¹⁾ In der sogenannten Frauenenquete wird im gleichen Zusammenhang vom Aufbaumotiv gesprochen. ¹²⁾ H. T. Oshima stellt bei seinem Vergleich unterschiedlich entwickelter Volkswirtschaften für die USA fest: "In part, this (die wachsende Erwerbsquote der Frau; d. Verf.) is due to the lightening of house work made possible by durables, and perhaps more important, it is due to the need, to repay instalment debts as soon as possible, so that new debts can be contracted to buy additional durables." ¹³⁾

Die angeführten Beiträge aus der jüngeren Literatur zur Frage der mit steigendem Realeinkommen sich vollziehenden Verhaltenswandlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen und ergänzen: Der private Haushalt als Träger von Wahlentscheidungen innerhalb eines wachsenden freien Entscheidungsfeldes wird sich bei Verfügungsentscheiden über die in seinem Dispositionsbereich liegende Zeit nur dann für ein Opfer an Freizeit zugunsten zusätzlicher, aber verzichtbarer Arbeitszeit entscheiden, wenn dieses Streben nach dem höheren Einkommen von subjektiv schwerwiegenden Bedürfnissen getragen wird, d.h. wenn der Wunsch nach hochwertigen Befriedigungsmitteln den natürlichen Freizeitdrang so wesentlich überwiegt, daß ein Mehr an Arbeitsleistung freiwillig erbracht wird beziehungsweise ein bewußter oder unbewußter Verzicht auf an sich mögliche weitere Verkürzungen der Arbeitszeit die

11 Biervert, Bernd: Der Beitrag der privaten Haushalte zum wirtschaftlichen Wachstum, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. Schmolders, Günter, Heft 12, Berlin 1969

12 Bundestag-Drucksache V/909: Die Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft, (IV/2771) Bericht vom 14. Sept. 1966, S. 78; vgl. auch S 22ff.

13 Oshima, H. T.: Consumer Asset Formation and the Future of Capitalism, in: The Economic Journal, vol. 71(1961), p. 33

Folge ist.

Die bedarfsbezogenen Arbeitsanreize stimulieren das Arbeitsverhalten in zweierlei Form: 1.) Der allgemeine Arbeitswille und damit der Widerstand gegenüber dem Freizeitbegehren werden gestärkt. An sich mögliche Verringerungen der auf den Arbeitsmärkten angebotenen Arbeitsmenge werden nicht oder nur im beschränkten Umfange wahrgenommen bzw. der Druck bei kollektiv geforderten Arbeitszeitverkürzungen läßt nach. Diese Erscheinungsform soll relative bedarfsinduzierte Mehrarbeit genannt werden. Sie wird in erster Linie vom Haupterwerber des Haushalts erbracht. 2.) Die Arbeitsmenge wird absolut erhöht. Das Mehrangebot kann vom Haushaltsvorstand oder durch den Neueintritt weiterer Haushaltsmitglieder ins Erwerbsleben erbracht werden. Diese Form soll als absolute Mehrarbeit bezeichnet werden.

Beide Verhaltensweisen stehen unter dem Einfluß variierender Lohnsätze und führen bei steigendem Anspruchsniveau und unveränderter Konsumsumme zu folgenden Alternativen: Entweder reicht bei gleichbleibendem Lohnsatz die bisher angebotene Arbeitsmenge nicht aus oder bei steigendem Lohnsatz wird der Anspruchszuwachs nur dann ausgeglichen, wenn die angebotene Arbeitsmenge unverändert bleibt bzw. eine an sich mögliche Verkürzung der Arbeitszeit (z. B. auf Grund von Produktivitätssteigerungen bei vollem Lohnausgleich) überhaupt nicht oder nur teilweise wahrgenommen wird.

2. Zur Entwicklung des Sparverhaltens

Die Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft hat nicht nur das Konsum- und Arbeitsverhalten beeinflusst, sondern mit zunehmender Übertragung der menschlichen Sicherheits- und Altersvorsorge an staatliche Aufgabenträger auch das Sparverhalten des Haushalts grundlegend verändert.

Fritz Voigt stellt hierzu fest, daß das Einlagesparen im Verhältnis zum Wertpapiersparen laufend zunimmt, von den Sparern also zunehmend die kürzerfristigen Formen bevorzugt werden. Für das Einlagesparen ist heute kennzeichnend, daß das Vorratssparen eindeutig zugunsten des Zwecksparens zurückgetreten ist. "Mit der allgemeinen Zunahme des Volkswohlstandes wächst der Kreis der langlebigen Konsumgüter, die in die Erreichbarkeit der breiten Massen rücken und auf die nun angespart wird."¹⁴⁾ Diese Feststellung wird von Günter Schmölders bestätigt: "Jede empirische Analyse des Sparverhaltens zeigt deutlich, daß breiteste Schichten in erster Linie nur sparen, um sich Gegenstände aus dem Bereich des sogenannten Konsumvermögens (Wohnungseinrichtung, Hausrat, Auto usw.) anschaffen zu können; erst in zweiter Linie denken diese Kreise daran, nachhaltig Geldvermögen zu akkumulieren." ¹⁵⁾

"Abgesehen von der langfristig sich erhöhenden Konsumnorm unter dem Einfluß der sozialen Geltung eines hohen Lebensstandards ist die Sparrate der Haushalte in den letzten Jahrzehnten in Deutschland bzw. in der Bundesrepublik weiterhin beeinflusst worden: Durch die Einführung der sozialen Krankenversicherung und der sozialen Altersvorsorge, die zu einer entsprechenden Einschränkung der privaten Rücklagebildung für diese Aufwendungen geführt haben; durch das Zwecksparen unter Mithilfe von Kreditleichterungen und Schuldenaufnahme im Sinne einer Verwirklichung der geplanten Käufe." ¹⁶⁾ Helga Schmucker stellt andernorts weiter fest, daß die privaten Haushalte eine

14 Voigt, Fritz: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Bd. 1, Berlin 1958, S. 139f.

15 Schmölders, Günter: Wesen und Formen der Vermögensbildung, Hrsg. Österreichisches Forschungsinstitut für das Sparkassenwesen, Wien 1962, S. 19 u. 24

16 Schmucker, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen ..., a. a. O., S. 144

hohe Sparquote und eine beachtliche Geldvermögensbildung aufzuweisen haben: "Diese erhöhte Spartätigkeit ist in der Wohlstandswirtschaft zum Bestandteil der Lebensgestaltung und Lebensplanung der Haushalte geworden; neben einem hohen Sicherheitsbedürfnis dient die Ersparnis primär der Konsumausweitung im Sinne eines dynamischen Lebensstandards." 17) Auch bei Egner findet sich ein Hinweis auf die zunehmende Vorsorgefunktion des Staates: "Soziale Veranstaltungen der verschiedensten Art nehmen heute dem Menschen und dem Haushalt die Hauptlast der Zukunftsvorsorge ab. Daher hat das private Sparen seine ehemalige ihm im kapitalistischen Zeitalter zugefallene Funktion verloren, ist ihm wieder wie in früheren Zeiten eine weit begrenztere Aufgabe gestellt." 18) Und an anderer Stelle: "Die breite Schicht der sonstigen, besonders mittleren, Einkommensbezieher verfügt über eine Lebenshaltung, die ihr jenseits des Existenzbedarfs einen Spielraum der Lebensgestaltung nach freier Wahl übrig läßt. Hier nimmt das Sparen zum großen Teil die Form des Zwecksparens für die Beschaffung von Dauerkonsumgütern an, sei es, daß diese Sparleistung im vorweg zur Ansammlung der Kaufsumme oder nachträglich durch Beanspruchung des Teilzahlungskredits erfolgt." 19)

Bei einer Untersuchung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes über das Sparen in privaten Haushalten stellte sich heraus, daß selbst die in Depots befindlichen Aktien und Rentenwerte bei einigen Haushalten für größere

17 Schmucker, Helga: Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Vermögensbildung privater Haushalte, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Heft 6/71, S. 227

18 Egner, Erich: Der Haushalt - Eine Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Gestalt, Berlin 1952, S. 178

19 Egner, Erich: Die Investitionen des Haushalts in Dauerkonsumgüter, in: Der Verbraucher, 15, Jg., Hamburg 1961, S. 692

Anschaffungen vorgesehen sind. 20) In einem anderen Bericht wird das Sparen für Eigenheime wie die Altersvorsorge der langfristigen Kapitalbildung subsumiert: "... Dabei bleibt völlig offen, welchem Zweck das Sparen dient: Ob der langfristigen Kapitalbildung (z. B. für die Altersvorsorge oder für ein Eigenheim) oder einem kurzfristigen Ansammeln von Rücklagen zum Erwerb von langlebigen Gebrauchsgütern (z. B. Auto, Waschautomat oder Fernsehapparat)." 21)

Die angeführten Beiträge sind einer umfangreichen einschlägigen Literatur entnommen. Zusammenfassend ist festzustellen: In der gegenwärtigen Phase relativen Wohlstandes sind die Bezieher von Masseneinkommen hochentwickelter und sozial ausgerichteter Volkswirtschaften, insbesondere westdeutsche Arbeitnehmerhaushalte, zunehmend geneigter, für einen angestrebten und meist konkreten Zweck zu sparen als für eine zusätzliche und wesentlich abstraktere Zukunftsvorsorge; dabei wird der Wandel der Sparstrukturen im hohen Maße beeinflusst durch das Ausmaß der Delegation der Alters- und Sicherheitsvorsorge an staatliche Institutionen. Insoweit ist das Sparverhalten völlig andersartigen Direkteinflüssen ausgesetzt als das Konsum- und Arbeitsverhalten.

III. Einstellungen, Motivation und Verhaltenstendenzen

Die in der jüngeren Literatur angeführten Entwicklungstendenzen wirtschaftlicher Verhaltensformen, die sich mit steigendem Realeinkommen im Bereich privater Haushalte abzeichnen, bedürfen einer empirischen Überprüfung. Eine

20 Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Untersuchung über das Sparen in privaten Haushalten (Externe Strukturhebung 1969), Az.: 5002/03 E-.

21 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Bericht der Bundesregierung ..., Drucksache V/909, a. a. O., S. 23f.

möglichst weitgehende Erfassung der vielgestaltigen Verhaltensformen, so wie sie sich in der wirtschaftlichen Wirklichkeit zeigen, hilft die Bedeutung solcher Verhaltens- einflüsse auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen zu verdeutlichen.

Die Haushalte sind nach der sozialen Stellung ihrer Haushaltsvorstände sowie nach Einkommensgruppen, Lebens- phase und Haushaltsstruktur zu unterscheiden und in ihren Einstellungen und Beweggründen nach diesen Gesichtspunkten zu prüfen. Es ist davon auszugehen, daß Motivationsstruk- turen immer komplex sind. Eine Überprüfung muß also da- rauf ausgerichtet sein, alle Einflüsse des Wahlbedarfs auf die einzelnen Verhaltensausrägungen entweder als ein (bzw. alleiniges) Hauptmotiv zu erkennen oder den Neben- motiven zuzuordnen. Es ist von Wichtigkeit, daß sich das vorliegende Kapitel auf die Gesamtheit aller im freien Wahl- bereich liegenden käuflichen Güter und Dienstleistungen be- zieht und erst im nachfolgenden Kapitel die Sonderstellung hochwertiger Gebrauchsgüter, Eigenheime und anderer Ge- brauchsgüterkomplexe innerhalb des Gütersystems heraus- gestellt wird.

1. Die Möglichkeiten des empirischen Nachweises

a) Beurteilung des statistischen Materials

In der amtlichen Statistik gibt es zwei primärstatistische Erhebungen, mit deren Hilfe Aussagen über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte gewonnen werden können: die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die laufen- den Wirtschaftsrechnungen. Die Einkommens- und Ver- brauchsstichproben wurden bisher im Jahre 1962/63 und im Jahre 1969 durchgeführt und erfassen Haushalte aller Größen und sozialen Schichten. In der Erhebung werden bis zu 0,3 % aller in der Bundesrepublik vorhandenen privaten Haushalte einbezogen. Die "EVS" ist für Teilbereiche der vorliegenden

Aufgabenstellung eine unentbehrliche Quelle. Sie enthält neben den Ergebnissen über die Einkommenserzielung und Einkommensverwendung zusätzliche Angaben zum Problem der Vermögensbildung sowie zur Erwerbstätigkeit der Frau und geht im Schlußinterview der 69er Erhebung erstmalig auf die Fragen der Sparmotivation ein. Leider liefert sie nur ein Augenblicksbild.

Im Rahmen der laufenden Wirtschaftsrechnungen werden schon seit 1949/50 die Einnahmen und Ausgaben von typischen, eng abgegrenzten Haushalten nachgewiesen. Die Ergebnisse können also nicht repräsentativ sein im Sinne eines Durchschnittshaushaltes. An den Anschreibungen sind etwa 900 Haushalte beteiligt. Für eine empirische Überprüfung der Verhaltenshypothesen erweisen sich die drei Haushaltstypen als unterschiedlich geeignet. Der 2-Personen-Rentnerhaushalt mit geringem Einkommen ist dem erwerbswirtschaftlichen Arbeitsprozeß entzogen und deshalb hier weniger interessant. Der Typ 2 besteht aus 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittleren Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Dieser Typ erfaßt 7 % aller Arbeitnehmerhaushalte. Obwohl nur die mittleren Einkommen repräsentiert sind und die zusätzliche Erwerbstätigkeit der Ehefrau nicht erfaßt wird, findet der Haushaltstyp 2 in Ermangelung geeigneter Längsschnittanalysen bei komparativ-statischen Vergleichen bevorzugte Verwendung. Da Haushalte vom Typ 3 erst seit 1964 erfaßt werden, ergeben sich hierbei wesentlich kürzere Reihen. Hinzu kommt, daß auch Beamtenhaushalte erfaßt werden. Diese Berufsgruppe ist in ihrem Erwerbsverhalten und Vorsorgebedürfnis völlig andersartigen Einflüssen ausgesetzt als Angestellte und Arbeiter. Außer der eingeschränkten Repräsentation liegt ein wesentlicher Nachteil der laufenden Wirtschaftsrechnungen darin, daß neu zu gründende Haushalte nicht erfaßt werden, die sowohl in ihrem Konsum- als auch in ihrem Erwerbs- und Sparverhalten besonders interessieren.

Die entsprechend der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konzipierten Geldvermögensrechnungen der Deutschen Bundesbank finden nur in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung Verwendung, weil die darin enthaltenen aggregierten Zahlen für einzelwirtschaftliche Aussagen nur bedingt verwendungsfähig sind. Die daraus errechenbaren Durchschnittswerte sagen bei den heterogenen Verhaltensformen privater Haushalte zu wenig aus. Hinzu kommt, daß die hier besonders wesentlichen Sachinvestitionen in Eigenheimen und Eigentumswohnungen in den Statistiken der Deutschen Bundesbank nicht enthalten sind. Hierfür müssen andere Quellen herangezogen werden, um zu brauchbaren Zahlenwerten zu kommen: so die Budgetrechnungen aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen (Sachvermögensbildung ./ Reparaturen), das Duwendag-Gutachten über die Eigentümerstruktur in der Deutschen Wohnungswirtschaft und die Erfassung der Einheitswerte in der EVS 1969 des Statistischen Bundesamtes.

Im übrigen wurde die amtliche Statistik oft in Anspruch genommen. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Erstens ist damit der große Vorteil gleicher Merkmalsausprägungen verbunden (wenn auch beim Vergleich verschiedener Statistiken das Problem abweichender Erhebungs- und Darstellungseinheiten ungelöst bleibt). Zweitens der Vorteil einer übereinstimmenden Terminologie: so sind zum Beispiel die Begriffe Erwerbsquote, Sozialhilfe oder Mehrarbeit bei den Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, in der Sozialstatistik oder beim Mikrozensus einheitlich definiert. Hinzu kommen Sonderbeiträge wie "Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern und ihre berufliche Ausbildung" von 1964/66 oder "Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit" vom April 1968. Und drittens, als wichtigster Grund für die Bevorzugung der amtlichen Statistik bei allen materiellen Größen: die hohe Qualität der Ergebnisse - da der Umfang der Berichterstattung

dem Schwankungsbereich der weitgehend homogenen Gruppen angepaßt ist.

Für die Vorbereitung einer ausreichenden Basis auf dem Gebiet der empirischen Verhaltensforschung waren jedoch wesentlich mehr Quellen erforderlich. Das hat seinen Grund darin, daß oft mehrere unabhängige Erhebungsergebnisse miteinander verglichen werden mußten, um gesicherte Werte zu erhalten. In anderen Fällen waren die sozialen Gruppierungen unzureichend. Aber auch hier gilt der Vorteil übereinstimmender Merkmalsausprägungen und Begriffsbildungen. Das trifft insbesondere bei folgenden repräsentativ-statistischen Umfragen zu: "Freizeit im Ruhrgebiet" im Auftrage des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk; "Der Arbeitsmarkt im Unteren Bayerischen Wald" im Auftrage des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr; "Bildungswert der Arbeit" (verallgemeinerungsfähig auf die Grundgesamtheit der erwachsenen Arbeitnehmerschaft in der BRD); "Freizeit und Wohnen-Veränderungen von Wohn- und Konsumbedürfnissen als Auswirkung der Freizeitentwicklung" (verallgemeinerungsfähig auf die Grundgesamtheit der erwachsenen Bevölkerung im Alter von 16 und mehr Jahren); "Meinungsbild der Bundesbürger zu ihrer Arbeit" (repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt); "Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen Problemkreisen der Finanzpolitik der Bundesregierung" (Grundgesamtheit der erwachsenen Bevölkerung der BRD im Alter von 16 und mehr Jahren); sowie eine Befragung von Personen mit dem Bildungsabschluß Abitur oder Hochschule zum Thema: "Einstellung, Meinungsbild und Verhaltenstendenzen der Bevölkerung zur vermögenspolitischen Auseinandersetzung".

Bei der Nachweisung privater Sparziele, Sparmotive und Sparneigungen leistete eine erst 1971 durchgeführte Untersuchung ausgezeichnete Dienste, die auf der Basis einer Nettostichprobe von etwa 10.000 Privathaushalten im Auftrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes durch-

geführt wurde. Auch die Zusatzbefragung im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 über Sparziele und Sparmotive erbrachte gute Ergebnisse. Eine Auftragsforschung über Einstellungen der Bevölkerung zu aktuellen Problembereichen der Finanzpolitik der Bundesregierung rundete das Bild über das Sparverhalten ab. 22)

Einige Teilfragen aus dem Gebiet des Arbeitsverhaltens konnten von der Bundesforschungsanstalt für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beantwortet werden. Das Institut für empirische Sozialforschung, Köln, leistete ebenfalls wertvolle Hilfe bei der Eruiierung noch unveröffentlichter Forschungsergebnisse. Die Habilitationsschrift von Heinz Dirks und eine Veröffentlichung von H. J. Harloff konnten einige Zahlen zum Einfluß psychologischer Faktoren auf das Arbeitsverhalten beitragen. Nur für Vergleiche verwendbar waren dagegen die bekannten Arbeiten von V. H. Vroom, Maslow, Huizinga, Georgopoulos, Frederik Herzberg, Lauterbach, Katona und die Aufsatzsammlung von Vroom and Deci 23). Das statistische Material in diesen Veröffentlichungen bezieht sich auf andere Wirtschafts- und Sozialstrukturen und entspricht außerdem nicht dem Differenzierungssystem nach sozialen Gruppierungen der hier gewählten Art. Noch begrenzter geeignet waren Ergebnisse aus der Mobilitätsforschung, da dieser Zweig der Arbeitsmarktforschung von einer anderen Aufgabenstellung ausgeht.

b) Die Auswahl der sozialen Gruppierungen

Bei Schichtungen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes unterscheidet die amtliche Statistik Arbeitnehmer-, Selbständigen- und Nichterwerbstätigen-Haushalte. Arbeitnehmer sind Arbeiter, Angestellte und Beamte; Ar-

22 Alle angeführten Untersuchungen werden im Quellen-Verzeichnis nachgewiesen; grundlegende Ergebnisse sind im Tabellenteil zusammengefaßt.

23 Nähere Angaben im statistischen Quellenverzeichnis

beits- und Sparanreize werden bei allen sozialen Gruppen wirksam. Ihr Einfluß ist aber von unterschiedlichem Gewicht. Kauf und Unterhaltung eines Kraftfahrzeuges können in einem Arbeiterhaushalt ein Hauptmotiv für die Erwerbstätigkeit der Hausfrau sein und auch das Sparverhalten schwerwiegend beeinflussen; bei einem Selbständigenhaushalt braucht es stattdessen nur als Nebenmotiv aufzutreten; hier wird das Sparverhalten weniger beeinflusst, und die erwerbstätige Ehefrau arbeitet mehr aus psychologischen Gründen. Bei einer Untersuchung der Hauptarbeitsmotive zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme als Mutter nach Sozialschichten und Berufsgruppen stellte sich folgendes heraus: das Motiv Haushaltsaufbau (bestimmte Anschaffungen, Baukostenzuschuß, Erhöhung des Lebensstandards und Hausbau) wurde von 58 % der breiten Schichten und von nur 7 % der gehobenen Schicht genannt. Bei dieser überwogen psychologische Motive mit 31 % und das Motiv "Aufbau und Erhaltung der beruflichen Basis" mit 39 % (Statistischer Anhang: Tab. 14). Materielle Anreize als eine hauptsächliche Einflußgröße des Arbeits- und Sparverhaltens sind also mit größerer Wahrscheinlichkeit bei Arbeitnehmerhaushalten anzutreffen. Aus diesem Grunde werden für die Untersuchung der Antriebserlebnisse, d.h. jener psychologischen Gesamtkonzeptionen, die als treibende Kräfte hinter dem Arbeits- und Sparverhalten stehen, Haushalte bevorzugt, deren Haushaltsvorstände Arbeiter, Angestellte und Beamte sind. Sie können als Hauptverdiener oder auch als Alleinverdiener tätig sein und jeder Einkommensgruppe angehören.

2. Die bedarfsinduzierte absolute Mehrarbeit

Mehrarbeit ist derjenige frei entscheidbare Teil der vom Haushalt erbrachten Gesamtarbeitsleistung einer Periode, der über dem Aufwand an Mindestarbeitszeit liegt, welcher zur Sicherung unelastischer Grundbedarfe unbedingt er-

forderlich ist. Das absolute Arbeitsmehrangebot in Form von Überstunden, Zweitbeschäftigungen oder der zusätzlichen Erwerbstätigkeit von Hausfrauen wird von der amtlichen Statistik erfaßt. Das relative Arbeitsmehrangebot, d.h. der Einwirkungsgrad auf die allgemeine Arbeitsbereitschaft, ist wesentlich schwieriger zu ermitteln.

a) Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen

aa) Die Motivationsstruktur

Dem regen Interesse, das der Frage der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen und insbesondere der Mütter unter ihnen entgegengebracht wird, ist es zu verdanken, daß hierüber eine ganze Reihe repräsentativer Untersuchungsergebnisse vorliegt. Einige von ihnen haben sich auch mit den Motivationsstrukturen und Einstellungen der Befragten befaßt.

Auf Anregung der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde an der Forschungsstelle der Akademie für Gemeinwirtschaft bereits im Winter 1956/57 eine empirisch-soziologische Erhebung zum Thema: "Erwerbstätige Mütter" durchgeführt. Die befragten 900 erwerbstätigen Mütter waren ausnahmslos verheiratet. Es waren zur Hälfte Frauen zwischen 30 und 40 Jahren, $\frac{1}{3}$ war jünger, $\frac{1}{6}$ älter. In der Erhebung wurde festgestellt, daß die Situation durch das Vorherrschen der Aufbaumotive bezeichnet wird: "Hier liegt das Hauptmotiv heutiger Müttererwerbsarbeit, fast die Hälfte unserer befragten Mütter nahmen seinerzeit, als sie Mutter wurden, die Arbeit auf (oder entschlossen sich, in ihr zu bleiben), um den gesamten Haushalt aufzubauen (24 %), bestimmte Anschaffungen für den Haushalt zu machen (9 %), den Baukostenzuschuß anzusparen (6 %) oder (d. Verf.) den Hausbau zu ermöglichen (8 %). In den breiten Schichten der Angestellten und Arbeiterinnen sind zwei Drittel aus diesen Gründen

tätig." 24) "Die Stabilität dieser Motivgruppe als Ganzes ist hoch: Für die meisten (70 %) ist der Aufbau der häuslichen Basis heute wie anfangs der Beweggrund. Ist das Ziel erreicht, wird eher ausgeschieden, als zu anders begründeter Arbeit übergegangen. Jede elfte Frau stand zur Zeit der Erhebung am Ziel ihrer Aufbauwünsche und wollte ausscheiden, jede vierzehnte war dazu übergegangen, für die Ausbildung der Kinder zu arbeiten. Innerhalb der Mitarbeit für den häuslichen Aufbau aber findet im Laufe der Zeit ein stärker Motivwechsel statt: Von der Grundausstattung zur Erweiterung der häuslichen Basis, von der Wohnungsbeschaffung zur Wohnungseinrichtung, vom Haushaltsaufbau zum Hausbau." 25)

Der 4. Deutsche Bundestag hat in seiner 191. Sitzung am 23. Juni 1965 die Bundesregierung beauftragt, künftig alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland zu erstatten. Der erste Familienbericht vom Januar 1968 kam hinsichtlich der Motivation des Arbeitsverhaltens verheirateter Frauen zu folgendem Ergebnis: "Bei den einer Erwerbstätigkeit der Mütter zugrundeliegenden Motiven handelt es sich überwiegend um materielle Gründe, die den Aufbau der häuslichen Basis (in erster Linie Ausstattung des Haushalts, Beschaffung einer Wohnung, Bau eines Eigenheimes usw.), den Aufbau oder die Sicherung der beruflichen Basis (Mitarbeit der Frau im Geschäft bzw. Betrieb, Berufsausbildung des Mannes usw.) und die Mitfinanzierung des Lebensunterhalts in dem gewünschten Lebensstandard betreffen. Daneben gibt es allerdings auch immaterielle Gründe wie Freude am Beruf, Berufung, Furcht vor Langeweile usw., die - jedoch zum Teil

24 Pfeil, Elisabeth: Die Berufstätigkeit von Müttern - Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien, in: Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft, Tübingen 1961, Vorwort

25 Pfeil, Elisabeth: Die Berufstätigkeit von Müttern -, Ebenda

auch als Begleitmotiv - bestimmend für die Erwerbstätigkeit der Frau und Mutter sind." ²⁶⁾ Bei der Erwerbstätigkeit von Müttern überwiegen also materielle Gründe; immaterielle Gründe wie Freude am Beruf und Berufung sind dagegen erst in zweiter Linie für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bestimmend.

Im Jahre 1962 wurde vom Bundesministerium für Familie und Jugend eine repräsentative Untersuchung über die Situation erwerbstätiger und nicht erwerbstätiger Mütter sowie die ihrer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland einer Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute in Auftrag gegeben. Die statistischen Ergebnisse dieser Untersuchung sind in einem Tabellenband zusammengefaßt, der im August 1967 erschienen ist. Der erste Familienbericht der Bundesregierung konnte bereits Ergebnisse dieser Erhebung berücksichtigen. Insgesamt wurden rd. 11000 Haushalte in die Untersuchung einbezogen. Die Ergebnisse im Analysenband der Stichprobe sind am ergiebigsten. Die hier zusammengestellten Tabellen weichen von den veröffentlichten in mancher Hinsicht ab. Arbeitsmotive wie Hausbau, Wohnungsbeschaffung, Anschaffungen und Erhöhung des Lebensstandards werden einzeln gebracht und sind zu neuen Korrelationstabellen zusammengestellt worden. Die Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen: "Ihre (der Mütter, d. Verf.) Motivation ist komplex: Die ökonomischen Motive stehen im Vordergrund, aber auch psychologische Motive (6 v.H. der spontan genannten Gründe, d. Verf.) sind beteiligt, vor allem als Begleitmotiv. Begleitende Motive können (später, d.V.) zu Hauptmotiven werden." ²⁷⁾ (Tab. 12 u. 13)

26 Bundesministerium für Familie und Jugend: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache IV/3474, Bad Godesberg 1968, S. 64

27 Pfeil, Elisabeth: Motivierung und Dauer der Berufstätigkeit von Müttern, in: Bundesministerium für Familie und Jugend: Mütter und Kinder in der Bundesrepublik, II Analysen, Bad Godesberg 1969, S. 69

Im September und Oktober 1960 wurde im Auftrage des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Forschung von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster eine Erhebung durchgeführt, deren Ziel die Untersuchung zweier Problemkreise war: erstens die Aufwandsnormen und Einkommensverwendung in ihrer sozialen Schichtung, und zweitens die langfristigen Bestimmungsgründe für die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau. Diese Erhebung bietet interessante Ergebnisse über die Einstellungen der befragten Frauen zur Erwerbstätigkeit von Ehefrauen. Um dieses Phänomen in einem Rahmen anzusprechen, in dem die Befragten konkret mit ihm in Berührung kommen, sich aber nicht persönlich mit ihm zu identifizieren brauchen, zielte die Fragestellung auf erwerbstätige Ehefrauen im Bekannten- oder Verwandtenkreis.

Nach diesen Antworten arbeiten die Bekannten für die Verbesserung der finanziellen Lage der Familie (77 %), bzw. nicht in ihrem eigenen Interesse (11 %). Nur sehr wenige (9 %) sehen die Erwerbstätigkeit ihrer Bekannten allerdings darin begründet, daß das Einkommen des Mannes nicht zum täglichen Leben reiche, die meisten kennen Ehefrauen, die zum gemeinsamen Vorankommen beitragen (46 %). Während diese beiden Begründungen für die Erwerbstätigkeit der Frau positiv beurteilt werden, lehnt man die Mitarbeit für Luxusgüter ab. Gut einem Fünftel (22 %) - das sind nur 10 % aller Befragten - sind Frauen bekannt, die aus diesem Grunde arbeiten. "Eine besondere Liebe der Frau zum Beruf legitimiert anscheinend nur in den seltensten Fällen ihre Erwerbstätigkeit (2 %)." ²⁸ (Tab. 18)

In der Auftragsforschung "Der Arbeitsmarkt im Landkreis Unna" wurde als Grund für die Mitarbeit der Ehefrau die

²⁸ Kätisch, M.: Langfristige Bestimmungsgründe für die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen, Dissertation, Münster 1965, S. 43

Listenvorlage "Geringes Familieneinkommen" von 61 % der insgesamt 1991 Befragten genannt. Differenziert nach Altersgruppen der Befragten ergaben sich nur geringfügige Abweichungen zwischen 58 % und 63 %. Unterschieden nach der Schulbildung wichen die Nennungen dieser Antwortvorgabe bei Abiturienten und Hochschulabgängern mit 50 % gegenüber Volksschülern (62 %) ab.²⁹⁾

Bei erwerbstätigen Frauen von Pariser Arbeitern wurden Unabhängigkeit und Interesse an der Arbeit spontan überhaupt nicht genannt. Bei Angehörigen des Mittelstandes aus der Pariser Untersuchung dagegen traten beide Motive bei 30 % auf. Langeweile zu Hause wird nur von 2 % der Pariser Arbeiterfrauen genannt, dagegen von 10 % der Frauen des Pariser Mittelstandes. Bei Arbeiterinnen tritt der Wunsch nach Abwechslung viel seltener auf als bei qualifizierten Angestellten oder bei Mithelfenden. Mit der Qualität der Arbeit gewinnt also auch die psychologische Motivierung an Bedeutung. Von den Frauen, die freie Berufe ausübten, gaben 64 % das Interesse am Beruf als erstes Hauptmotiv an.³⁰⁾

Über die Gründe berufstätiger Frauen, die berufstätig bleiben wollen, für ein Verbleiben im Erwerbsleben liegen einige Angaben aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vor: der Grund "Um größere Anschaffungen mitzufinanzieren" und/oder "Wir können uns dann mehr leisten" wurde am häufigsten von verheirateten Frauen (78 % bei 218 Nennungen) genannt. Darunter war bei den Ehefrauen ohne Kinder die Altersgruppe von 14 bis 39 Jahren am stärksten vertreten (Tab. 15). Verglichen mit der Anfangsmotivation ver-

29 Emnid-Institut: Der Arbeitsmarkt im Landkreis Unna, a. a. O., S. 8

30 Pfeil, Elisabeth: Das Bild der Frau in der empirisch-soziologischen Forschung der letzten Jahre, in: Soziale Welt, Heft 2, Dortmund 1963, S. 143.

heirateter Frauen ist festzustellen, daß das Verbleiben im Erwerbsleben im erheblich höheren Umfang durch außerökonomische Gründe bestimmt wird, als das bei der Arbeitsaufnahme der Fall ist.

ab) Die Einkommensabhängigkeit

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 bietet interessante Aufschlüsse darüber, bei welchen Gebrauchsgütern die stärksten Abweichungen zwischen Haushalten mit und ohne erwerbstätiger Ehefrau vorliegen. Der Einfluß der Erwerbstätigkeit der Ehefrau auf den Bestand an bestimmten Gebrauchsgütern wird dadurch transparent. Allerdings muß hier mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Untersuchung mit Hilfe ausgewählter Gebrauchsgüter nur zu unzureichenden Ergebnissen führt. Die Abhängigkeit des Ausstattungsgrades mit hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen vom Haushaltseinkommen kann nur zuverlässig nachgewiesen werden, wenn der Gesamtbestand an diesen Gütern je untersuchtem Haushalt vollständig erfaßt wird. Zum Beispiel gehören hierzu auch Eigenheime, Eigentumswohnungen, Segelboote, Campingausrüstungen usw. Nur die Summe aller dieser Bedarfe kann ein klares Bild vom Grad der Einkommensabhängigkeit liefern; die von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Abhängigkeiten einzelner Güter sind deshalb nur bedingt aussagefähig.

Die maßgebliche Bedeutung der zusätzlichen Erwerbsarbeit der Ehefrau für das Haushaltsnettoeinkommen ist leicht zu erkennen: in der untersten nachgewiesenen Einkommensgruppe einer Zusammenstellung aus der Einkommens- und Verbrauchsstatistik 1969 ist der Anteil der nichterwerbstätigen Ehefrauen am höchsten, in der obersten Einkommensgruppe am niedrigsten. In vielen Fällen wird also ein höheres Einkommen und damit ein höheres Niveau der Lebenshaltung nur durch die Mitarbeit der Ehefrau ermöglicht. Das gilt

insbesondere für die Haushalte von Arbeitern, bei denen - unabhängig von Familientyp - ein monatliches Nettoeinkommen von 1.200 und mehr DM weit häufiger nur durch die Mitarbeit der Ehefrau erzielt werden konnte als in vergleichbaren Haushalten von Angestellten. So war bei den Ehepaaren ohne Kind in der Einkommensgruppe von 1200 bis unter 1800 DM in 41 % der Angestellten-, aber in 9 % der Arbeiterhaushalte die Ehefrau nicht erwerbstätig. 31)

b) Mehrarbeit in Form von Überstunden

Die Motivation von Überstunden westdeutscher Arbeitnehmer ist von der empirischen Forschung noch nicht untersucht worden. Jedoch werden die durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden der Arbeiter der höchsten tariflichen Altersstufe, d.h. also der Arbeiter über 21 Jahre, nach Wirtschaftszweigen und Lohnformen von den Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen des Statistischen Bundesamtes ausgewiesen. Wenn man davon ausgeht, daß Überstunden zum weitaus überwiegenden Teil von Arbeitern erbracht werden und die Altersgruppe unter 21 Jahren auf Grund der Arbeitsschutzgesetzgebung kaum für diese Mehrleistungen in Frage kommt, sind die vorhandenen Zahlen auch von einer ausreichenden Repräsentanz.

Nach der amtlichen Definition sind Mehrarbeitsstunden diejenigen Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit der Arbeiter hinaus geleistet und nicht durch die Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden. 32) Geht man von den typischen Motivationsstrukturen der industriellen Arbeit aus, so wird man annehmen können, daß insbesondere diese Spezies des Arbeitsangebotes im höchsten Maße durch die Ausrichtung auf materielle Ziele bestimmt wird. Die drei anderen Einteilungskriterien,

31 Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1969, S. 653

32 Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Reihe 17, I. Gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich 1966, Arbeiterverdienste, Wiesbaden 1970, S. 11

nämlich die wertrationalen, traditionellen und/oder emotionalen Beweggründe, liegen hier kaum vor.³³⁾

Geht man also bei Überstunden von der einfachen Lebenserfahrung aus, so wird man folgendes annehmen können: Mehrleistungen dieser Art dienen nicht der Finanzierung des laufenden Lebensunterhaltes, sondern werden in aller Regel von Wünschen gehobener Art getragen, die auf hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe gerichtet sind oder aber auch auf anspruchsvolle Dienstleistungen wie aufwendige Urlaubsreisen. Der überwiegende Anteil der erstgenannten Bedarfsgruppe kann bei der Untersuchung der Bedarfsstrukturen leicht nachgewiesen werden. Über die quantitative Bedeutung von Überstunden gibt die amtliche Statistik Auskunft. Bei dieser Mehrarbeitsform muß jedoch die jeweilige Konjunkturlage im besonderen Maße berücksichtigt werden.

Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes liegt die tarifliche Arbeitszeit bei der Land- und Forstwirtschaft und beim Dienstleistungsgewerbe bei durchschnittlich 42 Stunden und der wöchentliche Zeittarif der restlichen Wirtschaftsbe-
reiche bei 40 Arbeitsstunden. Unter Zugrundelegung dieser Tarifvereinbarungen wurden in der Berichtswoche vom 18. bis 24.4.1971 darüber hinausgehend insgesamt 38.430 Tsd. Überstunden geleistet (Tab. 21). Aus einer Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes geht hervor, daß im Durchschnitt der männlichen Arbeiter wöchentlich 3,7 Mehrarbeitsstunden erbracht wurden (Tab. 23). Dabei ist festzustellen, daß die Zahl der geleisteten Über-

33 In den USA liegen Untersuchungsergebnisse vor, die diese Annahmen bestätigen. Vgl. hierzu Biervert, Bernd: Der Beitrag der privaten Haushalte zum wirtschaftlichen Wachstum, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. G. Schmölders, Heft 12, Berlin 1969 sowie Katona: Die Macht der Verbraucher, Ddf.-Wien 1962, S. 152ff. und: 12. Internationale Studententagung der Stiftung im Gruene: Unser Markt von 1970, Bd. 27, Ddf.-Wien 1964, S. 14

stunden mit der Anzahl der Kinder wächst. ³⁴⁾ Im Steinkohlenbergbau wurden im Jahre 1965 je eingeschriebenen Arbeiter 13,8 zusätzliche Schichten gefahren (Tab. 25). Die meisten Mehrarbeitsstunden werden von Facharbeitern erbracht, dann folgen Landarbeiter und dann angelernte Arbeiter. Im Jahre 1972 lag bei Facharbeitern der Anteil der Überstunden an der insgesamt aufgewendeten Arbeitszeit bei 10 % (Tab. 22). Mehrarbeitsstunden werden in erster Linie von Angehörigen des kleinen bis gehobenen Mittelstandes und von den mittleren Einkommensgruppen erbracht. Die obersten und untersten Schichten liegen deutlich darunter. ³⁵⁾ Eine positive Grundeinstellung zu Mehrleistungen dieser Art zeigt sich deshalb in erster Linie bei jüngeren Jahrgängen und Einkommen über 600 DM. ³⁶⁾

c) Mehrarbeit in Form von Nebenerwerben

Im Jahre 1970 wurde im Auftrag des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk eine Erhebung unter dem Titel "Freizeit im Ruhrgebiet" durchgeführt. Eines der vorgegebenen Ziele war die Untersuchung der relativen Häufigkeit von nebenberuflichen Arbeiten. Die Fragestellung zu diesem Problemkreis lautete: "Wie oft kommt es normalerweise vor, daß Sie in der Freizeit nebenberufliche Arbeit machen?" Die Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben. Von 100 Arbeitern antworteten 7 und von 100 Angestellten 5 mit "manchmal". Die vorgegebene Antwort "öfter" wurde von 4 Arbeitern und 3

34 Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 17, Arbeiterverdienste 1966, S. 112

35 Emnid: Freizeit und Privatleben - Veränderung von Lebensbedingungen, Wohnfunktionen und Bedürfnislage im Gefolge der wachsenden Freizeit - (Erwachsenenbevölkerung über 16 Jahre im Jahre 1969), S. 2

36 Emnid: Belegschaft und Arbeitsklima der Bauunternehmung E. Heitkamp, Wanne-Eickel - Spezialuntersuchung von rd. 500 Beschäftigten und 150 Ausgeschiedenen im Juni 1961, S. 105

Angestellten gegeben. Davon waren die meisten jünger als 55 Jahre und gehörten zu den höheren Einkommensklassen (Tab. 27).

Das Statistische Bundesamt brachte in seinem zusammenfassenden Bericht über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im April 1968 eine Statistik der Erwerbstätigen, die zwei Erwerbstätigkeiten ausübten. Diese Zahlen sind nach Wirtschaftsbereichen und Arbeitszeit in der zweiten Erwerbstätigkeit gegliedert. In allen Wirtschaftsbereichen zusammen genommen wurden von den erfaßten männlichen und weiblichen Erwerbstätigen insgesamt wöchentlich 740.000 Arbeitsstunden in der zweiten Erwerbstätigkeit erbracht. Davon entfielen 635 Tsd. Zweitbeschäftigungsstunden auf männliche und 105 Tsd. auf weibliche Arbeitnehmer (Tab. 26).

Als Hauptgrund für die Arbeit nach Feierabend wurde der Wunsch nach Mehrverdienst (ca. 70 % der Nennungen dieser Gruppen insgesamt) in erster Linie von Handwerkern, kaufmännischen Lehrlingen, Hilfsarbeitern, angelernten Arbeitern und Facharbeitern geäußert. Die Altersgruppen zwischen 19 und 39 Jahren waren bei dieser Antwortvorgabe besonders stark vertreten (Tab. 29). Beamte und kaufmännische Angestellte sind an Arbeiten dieser Art kaum interessiert (Tab. 28). Die Bereitschaft zu Freizeitbeschäftigungen darf aber nicht überschätzt werden: 62 % aller Befragten machen nie, 11 % manchmal, 11 % öfters oder oft und nur 2 % sehr oft nebenberufliche Arbeiten (Tab. 30).

3. Die bedarfsinduzierte relative Mehrarbeit - allgemeine Arbeitsbereitschaft -

Die relative bedarfsinduzierte Mehrarbeit des Haushalts ist definiert als der Teil der gesamten Arbeitsleistung einer Periode, welcher auf Grund besonderer Anreize erbracht wird, die von denjenigen Wünschen nach käuflichen Gütern und Diensten ausgehen, die im freien Entscheidungsbereich

des Haushalts liegen. Diese am Bedarf orientierten Arbeitsanreize stimulieren das Arbeitsverhalten in Form einer allgemeinen Stärkung des Arbeitswillens und Widerstandes gegenüber dem Freizeitbegehren. An sich mögliche Verringerungen der auf den Arbeitsmärkten angebotenen Arbeitsmenge (z. B. auf Grund von Produktivitätssteigerungen bei vollem Lohnausgleich) werden nicht oder nur im beschränkten Umfang wahrgenommen bzw. der Druck bei kollektiv geforderten Arbeitszeitverkürzungen läßt nach. Im Gegensatz zur absoluten bedarfsinduzierten Mehrarbeit, die Einzelentscheidungen voraussetzt, liegt bei der relativen Mehrarbeit eine grundsätzliche Einstellung des Haushaltes gegenüber den konkurrierenden Bedürfnissen nach Freizeit und Einkommen vor. Diese Grundeinstellung kommt unbewußt zustande. Sie findet ihren Niederschlag zum Beispiel in den tariflich vereinbarten Arbeitszeiten der Sozialpartner oder der allgemeinen Arbeitsbereitschaft freiberuflich Tätiger.

a) Die Ausgangsüberlegungen

Geht man von der einfachen Vorstellung aus, daß der Haushalt letztlich arbeitet, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, dann ist mit der Frage nach Art und Struktur dieser Bedürfnisse zugleich die Frage nach der Motivation des Arbeitsverhaltens gestellt. Damit entspräche die Zielsetzung einer maximalen Bedürfnisbefriedigung derjenigen eines maximalen Einkommenserwerbs. Bei dem gewählten Denkmödel, daß nämlich der Haushalt ausschließlich materiellen Zielvorstellungen bei der Bestimmung seines Arbeitsangebotes folgen würde, könnte also dem freien Wahlbedarf der Teil des Periodenangebots an Arbeit zugerechnet werden, der dem Anteil dieser Bedarfsgruppe in der individuellen Bedarfsstruktur entspricht. Die Bedarfsstrukturen der wichtigsten sozialen Gruppen wären daraufhin zu überprüfen und entsprechend auf das gesamte Arbeitsvolumen umzu-

rechnen. Das hier vorliegende Problem wäre schnell gelöst.

Diese Vorstellung hat selbstverständlich nur Modellcharakter. In Wirklichkeit wird das Arbeitsverhalten des Haushaltes durch eine Vielzahl heterogener Einflußgrößen bestimmt. Hierzu gehören zum Beispiel psychologische Motive wie Freude am Beruf, Unausgefülltsein, Wunsch nach Abwechslung oder andere immateriellen Gründe. Die eigene Berufsausbildung oder die der Kinder können mitbestimmend sein sowie die unterschiedlichsten Notmotive. Außerdem ist die Struktur der Motivkomplexe Veränderungen unterworfen.

Der Versuch einer quantitativen Erfassung der hier interessierenden Einflußgrößen kann deshalb nur dann zum Erfolg führen, wenn die spezifischen Motivationsstrukturen von Arbeitern, Angestellten und Beamten ausreichend bestimmbar sind: ökonomische Kategorien sind von außerökonomischen zu trennen. Das Ergebnis kommt der Realität umso näher, als es gelingt, weitergehende Verhaltensspezifika einzelner Einkommensklassen, Familienstände und Altersgruppen zu eruieren. Die gruppenspezifischen Motivationslagen sind dann in Beziehung zu setzen mit den jeweiligen Bedarfsstrukturen und den Erwerbsquoten der betrachteten Gruppe.

b) Empirische Forschungsergebnisse

ba) Die Verhaltensforschung

Die allgemeine Einstellung zur Arbeit ist beim Durchschnitt der Bevölkerung etwas anders als bei der berufstätigen Bevölkerung. Während 42 % der berufstätigen Männer und 52 % der berufstätigen Frauen finanzielle Aspekte vorziehen, wird dieser Aspekt im Bevölkerungsdurchschnitt nur von ca. 30 % genannt. Die instrumentelle Einstellung zur Arbeit hat sich bei diesem Durchschnitt in den letzten 20 Jahren von 43 % (1949) auf 31 % (1969) rückentwickelt, während die Fragen

"Befriedigende Tätigkeit" und "Erfüllung einer Aufgabe" zunehmend positiv beantwortet wurden (Tab. 37 u. 38). Die Arbeitseinstellung amerikanischer Arbeitnehmer ist dem sehr ähnlich. In einer Studie des Survey Research Center der Universität Michigan wurde festgestellt, daß materielle Befriedigung in Form von Löhnen usw. bei den erstgenannten Gründen und an erster Stelle (43 %) erscheint (Tab. 49). Auch die Habilitationsschrift von Heinz Dirks stützt sich auf empirische Ergebnisse, welche die Arbeitseinstellung von Angestellten mit 41,7 % und die von Lohnempfängern mit 45,1 % materiellen Gesichtspunkten zuordnen (Tab. 40). Diese weitgehend übereinstimmenden Ergebnisse beziehen sich auf die Einstellung zur Arbeit; über die auslösenden Beweggründe gruppenspezifischer Verhaltensformen sagen sie noch nichts aus.

Im Rahmen einer Auftragsforschung aus dem Jahre 1961 wurden die Gesichtspunkte für die Beurteilung einer Arbeit untersucht. Trennt man hierbei nach ökonomischen und außerökonomischen Gesichtspunkten, so muß man zu erstem nicht nur die Fragen "Guter Stundenlohn" und "Gute Sozialleistungen", sondern auch das Motiv "Sicherer Arbeitsplatz" rechnen, da dieser Beweggrund überwiegend auf die dauerhafte Absicherung eines materiell verstandenen Lebensstandards abgestellt ist. Bezogen auf die Zahl der Nennungen ergibt sich dabei ein Überwiegen der ökonomischen Gesichtspunkte (57 %). Bei dieser groben Verallgemeinerung zeigt sich noch kein nennenswerter Unterschied innerhalb der Altersgruppen. 37)

Bei einer Untersuchung aus dem Jahre 1967, die im Auftrage des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr auf die Gründe für einen Wechsel des Arbeitsplatzes ausgerichtet war, wurde der Grund "Mehr Lohn" von den Jahrgängen bis 21 Jahren und ab 50 Jahren zwar seltener genannt als bei den dazwischenliegenden Altersklassen,

37 Emnid: Belegschaft und Arbeitsklima ..., a. a. O., S. 80/81

gegenüber allen anderen Gründen jedoch an erster Stelle (Tab. 48). Die gleiche Fragestellung erbrachte bei einer Untersuchung des Brackweder Arbeitsmarktes im Jahre 1964 und des Arbeitsmarktes im Landkreis Unna ein ähnliches Ergebnis: auch hier dominierte der Einkommensaspekt vor allen anderen Gründen. ³⁸⁾ ³⁹⁾ Der Lohn als Kriterium für die Auswahl einer Firma ist bei Arbeitern etwas mehr gefragt als bei anderen Berufsgruppen. ⁴⁰⁾ Auch Nichtberufstätige bzw. Hausfrauen nannten gute Verdienstmöglichkeiten als wichtigsten Grund. ⁴¹⁾ Die untersten Einkommensklassen neigen stärker dazu als Einkommensgruppen über 600 DM. ⁴²⁾

Der Einkommensaspekt ist bei Frauen beträchtlich stärker ausgeprägt als bei Männern. Das beweisen die Forschungsergebnisse zur Situation des weiblichen Arbeitsmarktes in den Räumen Goslar und Salzgitter ⁴³⁾ ebenso wie eine Mobilitätsanalyse im Augsburger Raum. ⁴⁴⁾ Bei der Wahl zwischen höherem Einkommen und mehr Freizeit im allgemeinen sprachen sich dagegen auf einem neutralen Arbeitsmarkt 36 % der insgesamt Befragten für ein höheres Einkommen zugunsten eines höheren Lebensstandards aus. Dieser Wunsch nahm mit zunehmendem Alter und Einkommen ab (Tab. 34). Bei einer wesentlich breiter angelegten Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft im Jahre 1964

38 Emnid: Die Stellung der Möller-Werke auf dem Brackweder Arbeitsmarkt - Erhebung bei 400 Arbeitnehmern 1964- S. 25

39 Emnid: Der Arbeitsmarkt im Landkreis Unna, a. a. O., S. 31

40 Emnid: Die Stellung der Möllerwerke ..., Ebenda, S. 9

41 Emnid: Zur Situation des weiblichen Arbeitsmarktes in den Räumen Goslar und Salzgitter, Teil 1, S. 151

42 Emnid: Zur Situation des weiblichen Arbeitsmarktes ..., Ebenda, S. 153

43 Emnid: Zur Situation ..., Ebenda, S. 78

44 Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft: Bestimmungsgründe des Verhaltens von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt - Zusammenfassung der Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung, Frankfurt/Main 1971, Tabelle 3

war der Anteil derjenigen, die sich für eine längere Arbeitszeit aussprachen, um mehr Geld zu verdienen, weitaus geringer (9 %). Die Gruppe der Arbeiter war mit Abstand am stärksten und die der Beamten am schwächsten vertreten (Tab. 33). Die Art der Fragestellung ist hier von besonderer Wichtigkeit. Die Bereitschaft, die bereits angebotene Arbeitsmenge noch zu erhöhen, muß unterschieden werden von den Antworten, die das Verhalten bei einer angenommenen Arbeitszeitverkürzung erklären.

In einer international vergleichenden Umfrage wurden im Jahre 1968 unter der zusammenfassenden Leitung von George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn das Konsumverhalten, die Leistungsmentalität und die Bildungsbereitschaft in Amerika, Großbritannien, Holland und der BRD untersucht. Die Umfrage wurde ergänzt durch die Sichtung demoskopischer und statistischer Informationen über das wirtschaftliche Verhalten der nationalen Privathaushalte.

Im Rahmen dieser Umfrage interessiert insbesondere eine Frage, die unter der Leitung der Autoren den amerikanischen und europäischen Haushaltsvorständen in unterschiedlicher Formulierung gestellt wurde. In den USA wurde gefragt: "Es gibt Menschen, die gerne länger arbeiten würden, wenn sie dafür zusätzlich bezahlt würden; andere sind mit ihrer Arbeitszeit zufrieden. Wie ist es bei Ihnen?" - "Es gibt Menschen, die gerne weniger arbeiten würden, auch wenn sie entsprechend weniger verdienen würden. Wie ist es in Ihrem Fall?" In Deutschland, England und Holland: "Es gibt Menschen, die gerne länger arbeiten würden, wenn sie dafür entsprechend mehr verdienen könnten. Andere dagegen würden gerne weniger lange arbeiten, auch wenn sie dadurch weniger verdienen würden. Welche der beiden Möglichkeiten würden Sie vorziehen?"

In allen Ländern beklagte sich nur eine sehr geringe Minderheit über zuviel Arbeit. Die Engländer zeigten sich beson-

ders arbeitswillig; mehr als die Hälfte der Familienväter (55 %) drückte den Wunsch aus, ihren Arbeitseinsatz und damit ihr Einkommen zu erhöhen. Ein respektabler, wenn auch nicht ganz so hoher Teil der deutschen (40 %) und amerikanischen (34 %) Befragten äußerte sich in gleichem Sinne. In Holland und Frankreich sind Personen, die gern mehr Arbeit leisten würden, relativ seltener, aber noch immer stärker vertreten als diejenigen, die sich im gegenteiligen Sinne äußerten (Tab. 36).

Die Tabelle Nr. 46 gibt Aufschluß über die Einflüsse von wirtschaftlichen Erwartungen, Konsumansprüchen und Einkommen auf den Wunsch nach Mehrarbeit. In der BRD wurden nur Berufstätige unter 50 Jahren befragt, die pro Jahr weniger als 12000 DM verdienten. Das Alter repräsentierte die physische Leistungsfähigkeit der Befragten und gab gleichzeitig Aufschluß über die Bedürfnislage im Lebenszyklus. Die Tabelle zeigt, daß in drei europäischen Ländern der Wunsch nach Mehrarbeit besonders stark bei Berufstätigen mit niedrigem Einkommen, die wirtschaftlichen Fortschritt erwarten oder die eine große Marge unerfüllter Konsumwünsche nannten, verbreitet ist.

Die Tabellen 46 und 35 lassen also erkennen, daß der Wunsch nach Mehrarbeit stark negativ mit Alter und Einkommen korreliert ist. Der Zusammenhang zwischen Jugend und dem Wunsch nach Mehrarbeit bestätigt sich auch in der Zweitbeschäftigten- und Überstundenstatistik und ist neben den physischen Voraussetzungen mit den weitergespannten Wünschen nach käuflichen Gütern und Dienstleistungen im Zusammenhang zu sehen.

Zusammenfassend kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß in den vergangenen Jahren die Arbeitszeitverkürzung in allen westlichen Industrieländern zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Nach der offiziellen amerikanischen Arbeitsstatistik leisteten 1965 40 % der berufs-

tätigen Männer zwischen 25 und 44 Jahren Überstunden auf ihrem regulären Arbeitsplatz. 1968 übten 9 % dieser Arbeitskräfte eine Nebenbeschäftigung mit mehr als 200 Jahresstunden aus und 54 % der verheirateten Männer hatten berufstätige Frauen. 45) 46)

bb) Die Mobilitätsforschung

Bei der Mobilitätsforschung handelt es sich in der Regel um Auftragsforschung. Die Auftraggeber sind an Aufklärung darüber interessiert, welche Gründe Arbeitnehmer veranlassen können (bzw. ihn daran hindern), ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Mobilitätsforschungen gehen also von einer völlig anderen Fragestellung aus als die vorliegende Untersuchung. Hier zielt die Fragestellung auf die Motivation des Arbeitsverhaltens als solchen, d.h. auf die Beweggründe, welche den Haushalt zur Erbringung seiner Arbeitsleistung veranlassen. Wenn also die Mobilitätsforschung die hier interessierende Fragestellung tangiert, dann sind die Ergebnisse immer unter diesem besonderen Aspekt zu werten. Da die Antworten jedoch gewisse Rückschlüsse auf das Vorliegen materieller Arbeitsanreize zulassen, soll beispielhaft auf die Darstellung eines repräsentativen Untersuchungsergebnisses nicht verzichtet werden. 47)

Im Auftrage der Abteilung Sozialwirtschaft des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft hat das

45 Katona, Strümpel, Zahn: Zwei Wege zur Prosperität, 1. Auflage, Wien-Düsseldorf 1971, S. 160f.

46 Die einschlägige amerikanische Literatur ist ansonsten auf dortige soziale und ökonomische Verhältnisse ausgerichtet: Insbesondere Borow, H.: Man in a World at Work, Boston 1964, Vroom, V.H.: Work and Motivation, New York 1968, Blum a. Naylor: Industrial Psychology

47 Weitere Aufschlüsse über die moderne Mobilitätsliteratur: Harloff, H.J.: Der Einfluß psychischer Faktoren auf die Mobilität der Arbeit, Berlin 1970; Krahn, K.: Mobilitätsorientierung und Fluktuationsbereitschaft, Berlin 1971; Adebahr, H.: Die Fluktuation der Arbeitskräfte, Berlin 1971

Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München im Jahre 1967/68 die komplexen Zusammenhänge zwischen Lohn- und Gehaltsgestaltung und dem Arbeitnehmerverhalten auf dem Arbeitsmarkt untersucht. Die Untersuchungsergebnisse stützen sich vor allem auf eine Befragung von Arbeitnehmern im Wirtschaftsraum Augsburg. Befragt wurde eine Stichprobe von 1621 männlichen und weiblichen Arbeitnehmern im Alter zwischen 14 und 65 Jahren.

Unter anderem wurden folgende Fragen gestellt: "Wie war das mit Ihrem Verdienst: Konnten Sie den durch Ihren Arbeitsplatzwechsel verbessern, ist er gleichgeblieben oder hat er sich verringert?" Bei 65 % der befragten männlichen Arbeitnehmer hatte sich der Verdienst erhöht, bei 15 % verringert, und bei 18 % war er gleichgeblieben. 2 % gaben keine Antwort. Bei den weiblichen Arbeitnehmern waren die entsprechenden Relationen 71 %, 12 % und 16 %. 1 % enthielt sich der Antwort. ⁴⁸⁾

Eine weitere Frage lautete: "Wieviel Mark müßte man Ihnen wenigstens im Monat mehr anbieten, um Sie zu einem Wechsel in eine andere Stelle hier in der Augsburger Gegend zu veranlassen?" 63 % der insgesamt befragten 1621 Arbeitnehmer bekannten sich zu der Möglichkeit eines finanziellen Anreizes, und zwar lagen die meisten Nennungen bei 100 DM (16 %), 200 DM (22 %) und 300 DM (12 %). 34 % wollten auf keinen Fall wechseln, und 4 % gaben keine Antwort. Zwischen den Anteiligkeiten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bestand kein wesentlicher Unterschied. ⁴⁹⁾

4. Die verwendungszweckorientierte Sparleistung

a) Das System sozialer Sicherungen

Das Sparverhalten westdeutscher Arbeitnehmerhaushalte

⁴⁸ Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft: Bestimmungsgrößen ..., a. a. O., Tabelle 3

⁴⁹ Rationalisierungs-Kuratorium ...: Ebenda, Tabelle 2

stand in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Einfluß einer ständigen Verbesserung des Systems der sozialen Sicherung. Mit der Entwicklung zur Industriegesellschaft und der zunehmenden Zahl der Arbeitnehmerhaushalte war verbunden, daß die individuelle Vorsorge für das Alter und die Risiken des täglichen Lebens allmählich auf staatliche Funktionsträger verlagert wurden. Diese weitgehende Entlastung von der Notwendigkeit persönlicher Rücklagebildungen für diese Zwecke hat bei den Arbeitnehmerhaushalten zur Umstrukturierung des Sparverhaltens beigetragen. Trotzdem ist festzustellen, daß immer noch weite Bevölkerungskreise aus Gründen der Daseinsabsicherung sparen; darunter auch Haushalte, deren Sicherheitsanspruch im ausreichenden Umfange vom Staat gewährleistet ist. Daneben zeigt sich aber die Zunahme eines anderen Hauptmotivs: des Sparens für Zwecke der Konsumausweitung.

Die Sozialquote ⁵⁰⁾ in der BRD ist seit 1950 von 17,1 % auf 25,7 % im Jahre 1972 gestiegen und wird bis zum Jahre 1976 auf 26,4 % angewachsen sein (Tab. 61). 1960 betrugen die von privaten Haushalten empfangenen Leistungen der Sozialversicherungen noch rd. 33,3 Milliarden DM; 10 Jahre später waren sie bereits auf 55,1 Milliarden gestiegen. ⁵¹⁾ Die Aufwendungen westdeutscher Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie betrugen 1965 in v. H. der Gesamtlohnsumme: Beiträge zur Sozialen Sicherheit insgesamt: 14,7 %; davon Kranken-, Invaliditäts-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung sowie Niederkunftsbeihilfen: 9,7 %; Betriebsunfälle: 2,1 %; Sonstige freiwillige oder vertraglich festgelegte Beiträge: 2,9 %. ⁵²⁾

50 Sozialausgaben in % des Bruttosozialprodukts

51 Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Fachserie N, S. 23

52 Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Löhne EGKS 1965, Heft 4, 1967, S. 47 Tableau 11

Das Schwergewicht der sozialen Sicherung liegt auf der Sozialversicherung. Diese und die Arbeitslosenversicherung stellen - neben den Versorgung und der Sozialhilfe - heute die wichtigsten Grundlagen der Sicherungen gegen die Wechselfälle des Arbeitslebens (Krankheit, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit, Alter, Tod, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit) dar. Die Zusammensetzung der Sozialleistungen hat sich vor allem im Laufe der letzten 16 Jahre stark verändert. Der Anteil der Rentenversicherung ist von weniger als einem Drittel auf fast die Hälfte gestiegen. Die Krankenversicherung stieg von 1927 (1,8 v.H. BSP) bis 1965 (3,6 v.H. BSP) und nahm zu diesem Zeitpunkt etwa ein Viertel der gesamten Aufwendungen ein. Damit bestimmen diese beiden Zweige der Sozialversicherung das gesamte Entwicklungsbild der sozialen Sicherung. 53)

Über die voraussichtliche Alterssicherung männlicher und weiblicher Erwerbspersonen (nicht Erwerbstätigen) nach der Stellung im Beruf liegt nur eine Statistik aus dem Jahre 1950 vor. An den Relationen hat sich aber nur wenig geändert. Von den männlichen (weiblichen) Erwerbspersonen insgesamt hatten 11,0 % (30,1 %) keine Altersversorgung auf Grund persönlicher Ansprüche an die soziale Rentenversicherung oder an sonstige Quellen. Von den männlichen (weiblichen) Angestellten waren 4,2 % (3,6 %) ohne diesen Versorgungsanspruch und bei den männlichen (weiblichen) Arbeitern nur 1,8 % (2,9 %). Im Gegensatz zu Beamten gibt es also bei Angestellten und Arbeitern noch immer Erwerbspersonen ohne Anspruch auf Altersversorgung, jedoch ist der Anteil so gering, daß er bei den weiteren Be-

53 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Soziale Sicherung in Deutschland, 7. Aufl., Köln 1967

trachtungen außer acht gelassen werden kann. 54) 55)

b) Empirische Forschungsergebnisse

ba) Die Sparkassenerhebung

Die Sparkassenorganisation hat in einer Strukturerhebung im Jahre 1969 die Einkommens- und Vermögensstrukturen sowie das Sparverhalten von 9.500 Haushalten untersuchen lassen. Die Untersuchungsergebnisse erlauben einen interessanten Einblick in die soziale Lage der unterschiedlichen Sparerhaushalte und geben Aufschluß über Höhe und Verwendungszweck der angesparten Geldvermögen. Von besonderer Relevanz sind die Sparziele von Haushalten, die nach soziologischen Merkmalen unterschieden wurden.

Im Durchschnitt aller Arbeitnehmerhaushalte hatten 30 % größere Anschaffungen sowie Haus und Wohnung als Sparziel. 8,7 % sparten für den Urlaub. Arbeiter- und Angestelltenhaushalte entsprachen diesem Durchschnitt bei den erstgenannten Sparzielen mit 30 bzw. 28 % weitgehend. Für den Urlaub sparten Arbeiter seltener (6,6 %) und Angestellte (10,1 %) öfter als der Arbeitnehmerdurchschnitt. Davon wichen Beamtenhaushalte deutlich ab: 32,6 % dieser Haushalte hatten das Sparziel Haus und Wohnung sowie größere Anschaffungen, und 11,6 % sparten für den Urlaub. Beamtenhaushalte sind also im Hinblick auf Sparziele, die an Spitzenbedarfen orientiert sind, von besonderer Bedeutung. Innerhalb der Arbeitnehmerhaushalte waren an der Erhebung

54 Statistisches Bundesamt: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der BRD nach der Zählung vom 13.9.1950, Stuttgart-Köln, 1953, S. 22

55 Vgl. hierzu auch die Einstellung der erwachsenen Bevölkerung zur Eigenvorsorge oder staatlichen Sozialvorsorge:

Emnid: Einstellung, Meinungsbild und Verhaltenstendenzen der Bevölkerung zur vermögenspolitischen Auseinandersetzung, S. 48

Haushalte von Arbeitern mit 45 %, von Angestellten mit 41 % und von Beamten mit 15 % vertreten (Tab. 54).

Bei den Sparzielen Haus, Wohnung und größere Anschaffungen muß berücksichtigt werden, daß diese nicht nur auf dem Wege des Vorsparens realisiert werden, sondern daß hierfür die verschiedenen Formen des Nachsparens typisch sind. So werden Automobile und andere hochwertige Gebrauchsgüter über Konsumentendarlehen finanziert, während beim Kauf von Eigentumswohnungen und Eigenheimen das Hypothekendarlehen dominiert. Leider werden solche Nachsparformen von der ansonsten sehr differenzierten Untersuchung nicht erfaßt. Sie werden aber nachfolgend noch angeführt.

In der Deutschen Sparkassenzeitung vom 23.2.1973 ⁵⁶⁾ erschien eine Übersicht, welche die Vermögensbildung privater Haushalte der Typen 1, 2 und 3 in den Jahren 1965 bis 1971 darstellt (Stat. Bundesamt: Fachserie M, Reihe 13, Wirtschaftrechnungen, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte). Dabei müssen allerdings die Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen gesehen werden, wie sie bereits in einem vorangestellten Kapitel dargelegt wurden. Aus den Übersichten läßt sich entnehmen, daß bei Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen der Grund- und Hauserwerb mit durchschnittlich 22,5 % der Vermögensbildung ein relativ hohes Gewicht einnimmt, ebenso die Nettoeinzahlungen bei Bausparkassen mit 10,6 %. Hinsichtlich des Kreditverhaltens ist ein Tilgungssaldo von rd. 6 % der Vermögensbildung festzustellen.

Beim Haushaltstyp 3 stand der Haus- und Grunderwerb im Vordergrund; in den letzten Jahren wurde er außerordentlich stark erhöht. Im Kreditverhalten dieser höheren Einkommensgruppe hat sich ein Tendenzwandel ergeben, der

56 Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Die Vermögensbildung privater Haushalte der Typen 1, 2 und 3 in den Jahren 1965 bis 1971, in: Deutsche Sparkassenzeitung Nr. 15 vom 23.2.1973

bei den anderen Haushaltstypen nicht festgestellt werden konnte. Während in dem gesamten Zeitraum nur geringfügig mehr Kredite aufgenommen als getilgt wurden, so ist seit 1968 eine eindeutige Richtung zur zunehmenden Verschuldung abzulesen; seit dieser Zeit werden durchschnittlich wesentlich mehr Kredite aufgenommen als getilgt.

bb) die "EVS" 1969

Im Rahmen des Schlußinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 hat die amtliche Statistik erstmals versucht, Informationen über Sparmotive, Sparziele und Sparneigungen der an dem Schlußinterview beteiligten 48.000 Haushalte zu bekommen. 57) Anfang 1970 wurden an die Haushalte unter anderem folgende Fragen gerichtet:

1. Haben Haushaltsmitglieder im Laufe des Jahres 1969 Geld gespart, sei es in bar, auf laufenden Konten, Sparbüchern, in Form von Prämien für Versicherungsunternehmen oder Bausparkassen oder durch Wertpapierkäufe? Wurde diese Frage bejaht, waren ergänzend die folgenden Fragen zu beantworten:
2. Sollten diese Ersparnisse ganz, teilweise oder überhaupt nicht dazu verwendet werden, bestimmte größere Vorhaben zu finanzieren? Unter größeren Vorhaben sind zum Beispiel zu verstehen: Hauskauf oder -bau, Erwerb einer Eigentumswohnung oder eines Grundstückes, Käufe von Kraftfahrzeugen oder sonstigen größeren Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen, Urlaubsreisen, Übernahme oder bessere Ausstattung einer eigenen Firma oder Praxis. Folgende Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben: Ganz, teilweise, überhaupt nicht.

57 Statistisches Bundesamt: Sparmotive, Sparziele und Sparneigung privater Haushalte, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft: 2/1971, S. 137ff.

Haushalte, die die Frage 2 mit "Ganz" oder "Teilweise" beantwortet hatten, wurden weiter gefragt:

3. Sie haben erklärt, daß die Ersparnisse ganz oder teilweise für bestimmte Vorhaben verwendet werden sollten. Würden Sie bitte sagen, um welche Vorhaben es sich im einzelnen handelt? (Evtl. mehrere ankreuzen.)

Folgende Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben:

Hauskauf oder -bau, Erwerb von Eigentumswohnungen, Grundstück, Kauf eines Kraftfahrzeuges, Kauf sonstiger größerer Einrichtungs-, Gebrauchs- oder Schmuckgegenstände, Urlaubsreisen, Übernahme oder bessere Ausstattung einer eigenen Firma, Praxis, sonstige größere Vorhaben.

Von den hochgerechneten rd. 20,6 Mill. privaten Haushalten ergab sich folgendes Bild: Von den Haushalten insgesamt (Arbeitnehmerhaushalte + Landwirte + Selbständige + Nichterwerbstätige) sparten 8,1 % für Hauskauf oder -bau, Eigentumswohnung und Grundstück. Für die Sparziele Kraftfahrzeug, größere Einrichtungs-, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände sowie sonstige größere Vorhaben sparten 20 %. Urlaubsreisen waren bei 11,5 % aller Haushalte vorgesehen. Auch bei dieser Erhebung lagen Beamtenhaushalte mit allen bedarfsbezogenen Sparzielen über dem Durchschnitt: Sie sparten für den Erwerb von Immobilien 11,4 %, für hochwertige Gebrauchsgüter aller Art 27 % und für den Urlaub 14,3 %. Arbeiterhaushalte entsprachen den Durchschnittswerten bei Immobilien und Urlaubsreisen, lagen jedoch bei den Gebrauchsgütern leicht darüber. Angestelltenhaushalte übertrafen bei allen drei Sparzielen den Durchschnittshaushalt (10 %, 23 % und 11,5 % für den Urlaub) (Tab. 52).

Die Häufigkeit der Nennungen wurde erheblich beeinflußt von der sozialen Stellung, dem Haushaltseinkommen und dem Haushaltstyp. Allgemein läßt sich feststellen, daß die beiden großen Sparziele "Zwecksparen" und "Vorsorge-

oder Sicherungssparen" miteinander konkurrieren. Bei einer Unterscheidung nach der sozialen Stellung zeigt sich, daß die Altersversorgung als Sparmotiv am häufigsten von Haushalten derjenigen sozialen Gruppen genannt wird, für die im allgemeinen keine ausreichende gesetzliche Alterssicherung besteht, also von Haushalten, deren Vorstand kein Arbeitnehmer ist.

Bei einer Schichtung nach Einkommensgruppen wird deutlich, daß mit steigendem Haushaltseinkommen eine Zunahme bestimmter Vorhaben als Sparziel verbunden ist: in den oberen Einkommensgruppen werden konkrete Sparziele weit häufiger genannt. Vor allem ist der beabsichtigte Erwerb von Haus- und Grundbesitz als Sparziel eindeutig mit der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens verknüpft. Hier steigt der Anteil der Nennungen von 5 % in der Einkommensgruppe unter 600 DM kontinuierlich auf 35 % in der Einkommensgruppe: 2.500 bis unter 10.000 DM. Die Häufigkeit der Nennungen anderer Vorhaben geht dagegen in der obersten Einkommensgruppe gegenüber der zweithöchsten Gruppe mehr oder weniger stark zurück, so bei den Sparzielen Kraftfahrzeug, sonstige Gebrauchsgüter und Urlaubsreisen. Der Erwerb von Gütern dieser Art kann anscheinend von den Haushalten der höchsten nachgewiesenen Einkommensgruppe z.T. aus dem laufenden Einkommen und aus allgemeinen Ersparnissen finanziert werden, ohne daß es eines besonderen "Zwecksparens" bedarf (Tab. 53).

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der Sparkassenerhebung muß berücksichtigt werden, daß die einzelnen Sparziele unterschiedlich definiert sind und die Kategorien "aus sonstigen Gründen / ohne genaue Vorstellung" sowie "für sonstige größere Vorhaben" weitere Ungenauigkeiten begründen (Tab. 52 u. 53). Darüber hinaus wurden bei der Sparkassenerhebung die Gesamtheit der Arbeitnehmerhaushalte und bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die

Haushalte insgesamt als Vergleichshaushalte gewählt. Unter Berücksichtigung dieser Ungenauigkeitsbereiche weisen die beiden Erhebungsergebnisse eine bemerkenswerte Übereinstimmung auf.

bc) Die Verhaltensforschung

Die Ergebnisse der Sparkassenerhebung und des Schlußinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 konnten übereinstimmend den Nachweis für den hohen Anteil des konsumbezogenen Zwecksparens am privaten Sparaufkommen erbringen. Der hohe Repräsentationswert dieser Forschungsergebnisse macht eigentlich weitere Nachweisungen überflüssig. Einige Ergebnisse der empirischen Verhaltensforschung können jedoch helfen, das Bild vom Sparverhalten durch weitergehende soziale Gruppierungen abzurunden.

Aus der Emnid-Untersuchung über Einstellungen, Meinungsbild und Verhaltenstendenzen der Bevölkerung zur vermögenspolitischen Auseinandersetzung geht folgendes hervor, wenn man die Kategorien "Haus bauen", "Wohnung kaufen", "Haus oder Wohnung abbezahlen" und "größere Anschaffungen" zusammenfaßt: insgesamt sparten 30 % der Befragten für diese Sparziele, davon 29 % der Männer und 32 % der Frauen. Besonders interessant ist die Staffelung nach Altersgruppen: Die Jahrgänge bis 24 Jahre gaben dieses Sparziel zu 40 % an, diejenigen zwischen 25-34 Jahre sogar zu 41 %, diejenigen zwischen 35-44 Jahre zu 28 %, diejenigen zwischen 45-54 Jahre nur noch zu 24 % und die Altersgruppe von 55 Jahren und älter lediglich zu 18 %. Für das Sparziel "Urlaub und Reisen" stellte sich bei der untersten Altersklasse die höchste Anteiligkeit mit 14,9 % gegenüber einem Durchschnittswert von 10,0 % heraus. ⁵⁸⁾

⁵⁸ Emnid: Einstellung, Meinungsbild und Verhaltenstendenzen ..., a. a. O., S. 39

Bei dieser Umfrage zeigte sich wiederum, daß die auf hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe gerichteten Sparziele mit steigender Einkommensklasse an Umfang zunehmen. Insbesondere ist das Sparziel "Haus bauen" im hohen Maße abhängig vom Einkommen ⁵⁹⁾ und vom Familienstand. Verheiratete sparen für dieses Sparziel öfters und zahlen auch mehr ab. Der höchste Anteil zeigt sich bei Familien mit 4-5 Personen. ⁶⁰⁾ Die Ergebnisse des Jahres 1971 werden durch die Ergebnisse der gleichen Umfrage im Jahre 1968 bestätigt. ⁶¹⁾ Die monatlich für Haus und Wohnung gesparten Beträge lagen im Jahre 1968 in der Mehrzahl der Fälle zwischen 131 und 500 DM, diejenigen für Anschaffungen um 200 DM. ⁶²⁾

Das Divo-Inmar-Institut führt regelmäßige Untersuchungen über Sparzwecke und Vermögensformen privater Haushalte durch. ⁶³⁾ Bei der Einteilung der Bevölkerungsgruppen nach demoskopischen Merkmalen wurde eine Gruppierung gewählt, die von der amtlichen Statistik und der Sparkassenstichprobe abweicht: "Leitende Beamte und Angestellte" sowie "Sonstige Beamte und Angestellte" wurden zu jeweils einer Gruppe zusammengefaßt und die Haushaltsnettoeinkommen ab DM 2000 nicht weiter begrenzt. Innerhalb eines Kataloges unterschiedlicher Verwendungszwecke der Ersparnisse wurde auch nach "Anschaffungen" gefragt. Für diesen Verwendungszweck wurde in der Gruppe "Sonstige Beamte und Angestellte" mehr gespart als bei den Kollegen in leitenden Positionen. Die Berufsgruppe der Facharbeiter

59 Ebenda, S. 40

60 Ebenda, S. 41

61 Emnid: Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen Problemkreisen der Finanzpolitik der Bundesregierung, S. 25 und S. 27

62 Ebenda, S. 28

63 Divo-Inmar: Der westdeutsche Markt in Zahlen 1969, Frankfurt 1970, S. 104f. und S. 108; und: Der Westdeutsche Markt in Zahlen 1965, Frankfurt 1966, S. 118f.

war höher beteiligt als die der "Sonstigen Arbeiter". Bei einer Schichtung nach Einkommensgruppen ergab sich bei der 1969er Befragung, mit den vorhergenannten Ergebnissen übereinstimmend, eine kontinuierliche Zunahme der Nennungen von "unter 600 DM" (12 %) bis zu der Gruppe "2000 und mehr" mit 39 %.

B. Die Sonderstellung hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe im System käuflicher Güter

Die vorangegangenen Untersuchungen bezogen sich auf die Gesamtheit aller käuflichen Güter und Dienstleistungen, die im freien Wahlbereich privater Haushalte liegen. Neben den materiellen Gütern waren also auch alle Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs in die Betrachtungen eingeschlossen. Es bleibt nun festzustellen, welches Gewicht den größeren Anschaffungen und dem Wunsch nach einem eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung innerhalb der Gesamtheit der Wahlbedarfe als Arbeits- und Sparanreiz beizumessen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Verbrauchsstrukturen privater Haushalte allmählichen Veränderungen unterliegen, wenn sich diese auch mit bemerkenswerter Langsamkeit vollziehen. Einzelne Bedarfsgruppen sind in ihrem Verhältnis zu den gesamten Verbrauchsausgaben in den vergangenen Jahrzehnten zurückgegangen, andere haben an Bedeutung gewonnen. Hierzu zählen langlebige hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe.

I. Die Gütergruppen ohne besondere Verhaltenseinflüsse

1. Verbrauchsgüter von geringem Wert

Zu den Gütern des unbedingt notwendigen, nicht aufschiebbaren Bedarfs gehören in erster Linie die Verbrauchsgüter und die mit ihrer Marktentnahme und Verwendung verbundenen Dienstleistungen. Die amtliche Statistik betrachtet alle Waren als Verbrauchsgüter, die bei einmaliger Verwendung untergehen, und solche, die im allgemeinen nicht länger als ein Jahr halten, da sie dauernd benutzt werden, und schließlich auch solche, die an sich eine längere Lebensdauer haben, aber leicht verloren gehen. Wesentlichen Anteil an den unaufschiebbaren Bedarfsgruppen haben Nahrungs-

mittel, Bekleidung und Schuhe, Elektrizität und Brennstoffe.

Die am Anfang angeführten Verhaltenshypothesen gehen davon aus, daß der Anteil unaufschiebbarer Existenzausgaben an den gesamten Verbrauchsausgaben mit steigendem Realeinkommen zurückgeht (Engelsches Gesetz). In Ermangelung geeigneter Längsschnittanalysen kann das mit Hilfe der ausgewählten Haushaltstypen der laufenden Wirtschaftsrechnungen nachgewiesen werden. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1969 und 1962/63 liefern leider keine ausreichenden Reihen. Da über die Wandlung der Verbrauchsstrukturen nach dem Kriterium der Dringlichkeit Untersuchungsergebnisse von H. Schmucker vorliegen, die bis auf das Jahr 1907 (bei den besonders wichtigen Ausgabengruppen der Lebenshaltung sogar bis auf das Jahr 1875) zurückgehen, ⁶⁴⁾ reicht hier eine Anschlußuntersuchung aus. Da Rentner aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden sind, beschränkt sich der Vergleich auf Haushalte vom Typ 2 und 3. Der Haushaltstyp 2 erfaßt Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit mittleren Einkommen in einem Verhältnis von 56:44; der Typ 3 repräsentiert Haushalte mit höherem Einkommen von Beamten und Angestellten im Verhältnis 43:57.

Das Monatsbudget eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes wies im Jahre 1958 ein Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 604 DM aus, davon verblieben als ausgabefähiges Einkommen insgesamt DM 588. Die Ausgaben für den gesamten privaten Verbrauch betrugen DM 544. Im Jahre 1971 waren die entsprechenden Zahlen des gleichen Haushaltstyps: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit: DM 1539; ausgabefähiges Einkommen insgesamt: DM 1427; Ausgaben für den privaten Verbrauch: DM 1222 (Tab. 7).

64 Schmucker, H.: Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs ..., a. a. O., S. 160f.

Diese 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte des Typs 2 verwendeten im Jahre 1958 rd. 40 % ihrer gesamten Verbrauchsausgaben für Nahrungsmittel. Auf Bekleidung und Schuhe entfielen 12,7 %, auf Wohnungsmieten 9,9 % und auf Elektrizität, Gas und Brennstoffe 4,9 %. Der Anteil an Nahrungsmitteln fiel bis zum Jahre 1971 auf 28,6 %; auch bei Bekleidung und Schuhen war ein Absinken bis auf 10,6 % zu beobachten, während sich die Ausgaben für Elektrizität und Brennstoffe proportional zum Einkommen entwickelten (4,5 %). Ein deutlicher Anstieg bis auf 15 % zeigte sich bei den Wohnungsmieten. Faßt man die genannten Ausgaben-
gruppen zusammen, so betrug der Anteil dieser besonders wichtigen Ausgaben für die Lebenshaltung 67,5 % des gesamten Verbrauchs des Jahres 1958 und ging auf 58,7 % im Jahre 1971 weiter zurück (Tab. 8). ⁶⁵⁾

Alle Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, die der Haushalt zur Deckung seiner dringlichen Existenzbedarfe benötigt, werden in der Regel aus dem laufenden Einkommen bestritten. Insgesamt liegen sie, mit Ausnahme der untersten Einkommensklassen und sozial schwacher Familien, unter der Grenze des verfügbaren Einkommens und beeinflussen deshalb weder den elastischen Teil des Arbeitsangebotes noch das freiwillige Sparen. Damit ist nicht gesagt, daß der Haushalt keine evtl. Reserven zur Notfinanzierung dieser Ausgaben bereithielte. Er ist jedoch nicht gezwungen, die notwendigen Ausgabenteile für den akuten Bedarf vorher anzusparen. Im Hinblick auf das durch Wahlbedarfe induzierte Arbeits- und Sparverhalten ist also die gesamte Gruppe unaufschiebbarer und notwendiger Bedarfe neutral. Es könnte sich die Frage stellen, inwieweit zum Beispiel das Automobil unter heute gültigen Wertmaßstäben als unentbehrliches Transportmittel dem dringlichsten Bedarf zuzu-

65 Die angeführten Verwendungszwecke sollen nur beispielhaft Tendenzen aufzeigen. Die umstrittene Frage des sog. Existenzminimums ist damit keineswegs angesprochen.

rechnen sei, jedoch sind derartige Betrachtungen nicht befriedigend durchzuführen. Es wurde deshalb bewußt eine Auseinandersetzung mit der anhaltenden Diskussion um das soziale Existenzminimum vermieden.

Bei der Erklärung des allmählichen Rückganges dieser Güteranteile muß zwischen den Ausgaben für Verbrauchsgüter und den anderen Ausgaben dieser Gruppe unterschieden werden. Die Annahme der Unersättlichkeit menschlicher Bedürfnisse, welche das nationalökonomische Denken von Anbeginn beherrscht hat, trifft nämlich primär bei Verbrauchsgütern nicht zu. Hierbei ist eine besondere Eigenart solcher Güter von Bedeutung: mit der Befriedigung der auf Verbrauchsgüter gerichteten Bedürfnisse sind notwendig Konsumakte verbunden, deren quantitative Begrenzung physisch bedingt ist. Jedes Haushaltsmitglied kann innerhalb einer Verbrauchsperiode von einem bestimmten Verbrauchsgut nur ein vorgegebenes Maximum konsumieren. Diese absolute Begrenzung ist abhängig von der Verbrauchsfähigkeit, die in der Regel größer ist als die Verbrauchswilligkeit.

Wenn auch die Deckung solcher Bedarfe alternativ erfüllt sein kann im Sinne einer vernichtenden Verwendung oder aber auch Marktentnahme und Aufbewahrung, so wird in aller Regel die Aufbewahrung der endgültigen Wertvernichtung lediglich vorgelagert sein. Der Haushalt ist also nicht in der Lage, die Menge der auf ein Gut verwandten konsumptiven Handlungen innerhalb einer Periode über einen relativ engen Entscheidungsrahmen hinaus beliebig zu bestimmen. Seine Mitglieder können nur eine begrenzte Anzahl an täglichen Mahlzeiten zu sich nehmen, nur eine begrenzte Menge Alkohol vertragen oder maximal 24 Stunden am Tag elektrische Energie verbrauchen. Die im Zeitablauf feststellbare Veränderung der Verbrauchsgüter ist demzufolge in erster Linie qualitativer Natur; die auf sie verwendete Konsumsumme ändert nur ihre Struktur.

2. Gebrauchsgüter von begrenztem Wert

Unter den Gütern, die der Haushalt für seinen täglichen Bedarf benötigt, befinden sich auch Gebrauchsgüter von mittlerer Dauer und begrenztem Wert. Diese Guts-kategorie kann sowohl dem dringlichen Existenzbedarf zuzurechnen sein als auch jeder anderen Dringlichkeitsstufe des privaten Bedarfs. Ihre Anschaffung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie aus dem laufenden Periodeneinkommen bestritten werden kann, ohne irgendwelche zusätzlichen Anstrengungen für ihre Finanzierung erforderlich zu machen.

Gebrauchsgüter von so geringem Wert verändern also weder das gegebene Arbeitsangebot noch die Sparleistungen des erwerbenden Haushalts. Ihr Geldwert ist nicht absolut fixiert (wie in der amtlichen Statistik), sondern schwankt mit der Höhe des jeweiligen verfügbaren Einkommens. In diese Gruppe fällt eine größere Zahl von Haushaltsartikeln und persönlichen Gebrauchsgegenständen wie Geschirr, Handtaschen, Bücher oder diverse Küchenmaschinen. ⁶⁶⁾

Haushalte vom Typ des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes erwarben im Jahre 1958 für rd. 96,- DM Gebrauchsgüter dieser Art. Mit dem steigenden Gesamtverbrauch nahmen auch die absoluten Ausgaben für diesen Verwendungszweck zu. Sie sind bis zum Jahre 1971 auf DM 207,- gestiegen. Im Verhältnis zu den gesamten Haushaltsausgaben blieben sie jedoch im wesentlichen unverändert: ihr Anteil betrug im Jahre 1958 immerhin 17,6 %, schwankte in den folgenden Jahren zwischen 18,3 und 16,5 % und betrug im Berichtsjahr 1971 wieder 17 % (Tab. 8).

Gebrauchsgüter unterscheiden sich von materiellen und

⁶⁶ Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Heft 1970, S. 156 f

immateriellen Verbrauchsgütern in erster Linie dadurch, daß mit ihrer Marktentnahme nicht notwendig Konsumakte verbunden sind. Gebrauchsgüter werden nicht durch einmaligen Verbrauch verzehrt, sondern lassen einen anhaltenden Gebrauch zu. Auf sie gerichtete Befriedigungswünsche sind auf Sicherung von Verfügungsmöglichkeiten abgestellt; inwieweit die erlangten Verfügbarkeiten in Anspruch genommen werden, liegt im freien Entscheidungsbereich des verfügenden Haushalts. Nur das Einzelbedürfnis nach einem bestimmten Gebrauchsgut ein und derselben Art und Ausführung unterliegt dem Gesetz der Sättigung, während die Summe aller Verfügungswünsche mit der Varietät des Gebrauchsgüterangebotes und den Voraussetzungen für deren Erreichbarkeit wächst.

II. Die Gütergruppen mit besonderen Verhaltenseinflüssen

1. Dienstleistungen von hohem Wert

Bei der Betrachtung von Anreizwirkungen auf das Arbeits- und Sparverhalten zeigen sich grundlegende Abweichungen zwischen Verbrauchsgütern, materieller und immaterieller Art, wenn man zwischen geringwertigen Dienstleistungen, die zum engeren Begehrkreis des Haushaltes zählen, und hochwertigen Dienstleistungen wie aufwendigen Ferienreisen unterscheidet: Bedürfnisse nach solch hochwertigen Leistungen sind durchaus geeignet, das Arbeits- und Sparverhalten direkt zu beeinflussen.

Die Flugtouristik hat auf dem Gebiete der organisierten Ferienreisen Möglichkeiten eröffnet, die praktisch allen Bevölkerungsschichten zugänglich sind. Allerdings vorerst nur unter erheblichen Opfern. Die für diesen Konsumzweck erforderlichen Einkommensteile werden nicht selten durch zusätzlichen Arbeitseinsatz oder erhebliche Sparleistungen erbracht. Das von manchen Arbeitgebern gezahlte Urlaubs-

geld dient der Finanzierung dieser Dienstleistungen. Es ist echtes Arbeitsentgelt und kann als eine besondere Art des Vorsparens verstanden werden. Der Bereitschaft zu Freizeitopfern zugunsten weiterer Einkommensteile zur Reisefinanzierung sind dort Grenzen gesetzt, wo die Divergenz zwischen dem Zeitbedarf für die Reise und dem Freizeitopfer spürbar wird.

Für geringwertige Dienstleistungen, d.h. für die im engeren Begehrkreis des Haushaltes liegenden alltäglich in Anspruch genommenen Dienste des Friseurs oder der Waschanstalt, gilt jedoch weitgehend das gleiche wie für materielle Verbrauchsgüter: sie gehören zu den Grundbedürfnissen, deren Befriedigung als selbstverständlich empfunden wird und ohne besondere Impulse auf das elastische Arbeits- oder Sparangebot bleibt. Eine weitere Übereinstimmung liegt darin, daß sowohl materielle als auch immaterielle Verbrauchsgüter von geringem Wert das Nachfrageverhalten durch Gegebenheiten beeinflussen, die ihre Erklärung in der noch zu untersuchenden Vorstellung des Haushalts von der Gesamtheit des Angebotes sowie im Informationsgrad oder Präferenzsystem finden.

Beim Haushaltstyp 2 stieg der Anteil der monatlich aufzubringenden Dienstleistungsausgaben (ohne Wohnungsmieten) von 7,8 % (1958) bis auf 9,7 % im Jahre 1971 (Tab. 8). Im gleichen Berichtsjahr unternahm über die Hälfte dieser Haushalte Urlaubs- und Erholungsreisen, ⁶⁷ für die je Haushalt (mit derartigen Reisen) im Durchschnitt DM 936, - (1971) aufgewendet wurden. ⁶⁸ Solche Beträge sind nicht aus dem laufenden Einkommen zu bestreiten, sondern machen zusätzliche Sparanstrengungen erforderlich und stärken die allgemeine Arbeitsbereitschaft. "Das krasse Mißverständnis zwischen Reisebedürfnis und der effektiven Reiseintensität zeugt von einer sehr schwachen finanziellen Stellung

67 Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1972, S. 361

68 Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1972, S. 362

der Familien - insbesondere der sozial schwächeren oder kinderreichen Bevölkerungsgruppen - im Reisemarkt." 69)

Der Anteil der Urlaubsreisenden an der gesamten Erwachsenenbevölkerung stieg innerhalb von 10 Jahren von 24 % (1954) auf 39 % im Jahre 1964. 70) Von den Arbeitnehmerhaushalten mit Urlaubs- und Erholungsreisen des Jahres 1962 waren 28,4 % der Haushaltsvorstände Arbeiter und 44,1 % Beamte und Angestellte. 71)

Zum Problem der Sättigungsgrenze seien noch einige Gedanken angefügt: Dem privaten Haushalt sind in seinem Nachfrageverhalten gegenüber immateriellen Verbrauchsgütern bzw. bei seiner Inanspruchnahme von Dienstleistungen ebenfalls absolute Grenzen gesetzt. Die Inanspruchnahme von Diensten erfordert aktive Beteiligung und kann auch nicht gespeichert werden. Marktentnahme und Wertvernichtung sind identisch. 72) Leistungen des Zahnarztes, des Friseurs oder der Kosmetikerin setzen ein entsprechendes Leistungsbedürfnis voraus, das nach seiner Befriedigung keinen Raum mehr läßt für weitere Inanspruchnahmen. Das gleiche gilt für Rechtsbelehrungen, Dienste des Hotel- und Gaststättengewerbes oder auch der Geldinstitute. Jede individuelle Dienstleistungsnachfrage findet ihre Begrenzung in der Aufnahmefähigkeit oder der ihr vorgelagerten Aufnahmewilligkeit des Nachfragenden.

Es stellt sich nun die Frage, ob auch kulturelle Leistungen oder besonders begehrenswerte Ferienreisen dieser individuellen Nachfragebegrenzung unterliegen. Bezogen auf die

69 Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr an der Universität München: Zusammenfassung und Empfehlungen einer nicht veröffentlichten Untersuchung für das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit "Familienreisen in Deutschland", S. 220

70 Familienbericht des Ministeriums für Familie und Jugend, Drucksache V/2582, S. 66

71 Ebenda, S. 69

72 Kolms, Heinz: Konsum, a. a. O., S. 143

maximale Aufnahmefähigkeit innerhalb einer Periode besteht hier kein Unterschied: man kann höchstens 360 Tage im Jahr verreisen oder täglich die Oper besuchen.⁷³⁾ Die Aufnahmewilligkeit liegt niedriger. Das wird noch deutlicher am Beispiel des Lehrangebotes. Niemand ist in der Lage, mehr als eine Ganztagschule gleichzeitig zu besuchen oder verschiedene Abendkurse zum gleichen Termin zu absolvieren. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß bis heute noch keine Sättigungspunkte des Dienstleistungskonsums⁷⁴⁾ erkennbar geworden sind. Dieses Phänomen widerlegt nicht den logischen Schluß, sondern findet seine Erklärung im volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand.⁷⁵⁾

73 Kneschaurek, F.: Konsumprognosen in der Schweiz: Probleme, Methoden, Aussagemöglichkeiten und erste Ergebnisse, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Heft 3/4, Jg. 1966, S. 329

74 Graf, H. G.: Der Einfluß des Einkommens auf die Struktur des Dienstleistungssektors, a. a. O., S. 144: "Der Übergang zur proportionalen Entwicklung im Bereich Verkehr in den USA bei der dynamischen Querschnittsanalyse sowie in den statischen Querschnittsanalysen in den oberen Einkommenschichten weist jedoch darauf hin, daß eine solche (Sättigungspunkte des Dienstleistungskonsums; d. V.) bei fortschreitender Einkommenssteigerung zu erwarten sein wird, zunächst im Bereich Verkehr, bei weiterem Einkommenswachstum aber auch in anderen Bereichen."

75 Die Feststellung einer absoluten Begrenzung der individuellen Empfangsfähigkeit oder Empfangsbereitschaft steht somit nur im scheinbaren Gegensatz zur sogenannten Theorie des Phasenablaufs. Vgl. hierzu: Clark, Colin: The Conditions of Economic Progress, 2. Auflage, London 1957; Fisher, A. G. B.: Production, Primary, Secondary and Tertiary, in: The Economic Record, Bd. 15, Juni 1939, S. 24ff; Fourastie', J.: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln-Deutz, 1954, S. 99ff. Katona weist in diesem Zusammenhang auf die Eigenheiten der (amerikanischen, d. Verf.) Statistik hin, auf die im gewissen Maß die ausgewiesene Zunahme der Dienstleistungen zurückgeht. Katona, George: Der Massenkonsum, 1. Auflage, Düsseldorf 1965, S. 339; Schmucker, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen ..., a. a. O., S. 128ff; Graf, Hans-Georg: Der Einfluß des Einkommens auf die Struktur des Dienstleistungssektors, Diss. Nr. 264 der Hochschule St. Gallen, 1968, S. 144f;

Die individuelle Nachfrage nach bestimmten Dienstleistungsarten kann bereits vor Erreichung des absoluten Sättigungspunktes eingestellt werden, wenn die Bereitschaft nachläßt, Zeit für den Konsum besonders zeitbeanspruchender Dienste zu opfern. Das könnte bei kulturellen Angeboten zutreffen. Darüber hinaus liegt es bei einer wachsenden Wirtschaft im Ermessen der handelnden Wirtschaftssubjekte, ob die Einkommenszuwächse zum Sparen, zum Konsum materieller und immaterieller Verbrauchsgüter oder aber für Anschaffungen verwendet werden. Auf der gegenwärtigen Stufe des relativen Wohlstandes sind neben den Bedürfnissen nach Diensten noch viele Wünsche offen, die sich auf Nutzungen hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe richten. Diese Neigung wird unterstützt durch das mehr oder weniger ausgeprägte Bewußtsein einer damit verbundenen Vermögensbildung besonderer Art. ⁷⁶⁾ Sie unterscheidet sich dadurch von dem Hang nach immateriellen Leistungen des tertiären Bereichs, deren Inanspruchnahme als unmittelbarer Wertverzehr empfunden wird. Hieraus könnte sich unter Umständen, die noch zu untersuchen sind, ein abschwächendes Element im Phasenablauf entwickeln. Die Zunahme des Dienstleistungsanteils würde verlangsamt; seine beherrschende Rolle in der Zukunft ungewiß.

2. Hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe

Die Ausstattung privater Haushalte mit hochwertigen Gebrauchsgütern wie Kraftfahrzeugen, Fernsehgeräten, Geschirrspülmaschinen oder Waschautomaten ist im hohen Maße von der Einkommenshöhe abhängig. Da ihre Anschaf-

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1968-1971, Erlangen 1972, S. 60 "Auch die Dienstleistungsnachfrage unterliegt Sättigungsgrenzen."

⁷⁶⁾ Vgl. hierzu: Emnid-Istitut: Einstellung, Meinungsbild und Verhaltens-tendenzen . . . , a. a. O., S. 4 (Die Definition "Vermögen" nach Berufsgruppen) und S. 11a (Gegenstände und Werte, die man zum Vermögen rechnet)

fung nicht aus dem laufenden Einkommen bestritten werden kann, sind zu ihrer Finanzierung bestimmte Maßnahmen erforderlich. Das gilt insbesondere für Gebrauchsgüterkomplexe in Form von Eigenheimen, Eigentumswohnungen, kompletten Grundausstattungen oder Aussteuern.

In der amtlichen Statistik ist bei den langlebigen hochwertigen Gebrauchsgütern die Grenze relativ eng gezogen worden. In der Regel wird eine wirtschaftliche Lebensdauer von mindestens 5 Jahren, meist aber über 10 Jahren und ein durchschnittlicher Wert von mehr als 100,- DM pro Stück vorausgesetzt. Dem wird hier nicht ganz gefolgt: der Stückwert ist im allgemeinen erheblich höher anzusetzen und eine subjektiv bestimmte Größe, d.h. hochwertig ist ein Gut dann, wenn der Haushalt diesem Gut einen entsprechend hohen Wert in Relation zu seinem Einkommen beimißt. Gegenstände, die in einem Haushalt noch aus dem laufenden Einkommen gekauft werden können, sind ausgeschlossen. Solche Waren werden den Gebrauchsgütern von geringem Wert zugerechnet (soweit auch die amtliche Statistik).

Zum Sättigungsproblem sei noch einmal gesagt: im Gegensatz zu hochwertigen materiellen oder immateriellen Verbrauchsgütern ist das Bedürfnis nach Nutzung hochwertiger und vermögenswirksamer Gebrauchsgüter durch zusätzlichen Besitzdrang motiviert und in seiner Gesamtheit qualitativ unbegrenzt. Nur Einzelbedürfnisse, die auf bestimmte unveränderte Gebrauchsgüter gerichtet sind, unterliegen dem Gesetz der Sättigung, während die Summe der Wünsche nach Sicherung von Verfügungen über Gebrauchsgüter mit den gebotenen Nutzungsmöglichkeiten und den Voraussetzungen für deren Erreichbarkeit wächst. Mit der Befriedigung dieser Verfügungswünsche sind nicht notwendig Konsumakte verbunden, sondern es liegt im Entscheidungsbereich des verfügenden Haushaltes, ob oder in welchem Umfange die erlangten Nutzungswerte in Anspruch genommen

werden; schon das Besitzgefühl kann befriedigen und läßt Raum für eine praktisch unbegrenzte Zahl weiterer Bedürfnisbefriedigungen dieser Art.

a) Ausstattungen mit Gebrauchsgütern

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 und 1969 liefern das umfassendste Bild von der Verbrauchsstruktur westdeutscher Familienhaushalte. Im Gegensatz zu den laufenden Wirtschaftrechnungen und anderen verfügbaren Statistiken gelten ihre Ergebnisse für den Durchschnitt aller Haushalte der jeweiligen sozialen Gruppierung.

Im Jahre 1969 betrug der private Verbrauch im Durchschnitt der Haushalte insgesamt DM 1165. Davon entfielen auf die Verwendung für Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Schuhe, Wohnungsmieten und Elektrizität zusammen 61,3 %. Diese dringendsten Verbrauchsgruppen nehmen insgesamt gesehen in ihrem Anteil am Gesamtverbrauch mit steigendem Einkommen ab: in der untersten Einkommensgruppe waren es noch 80,5 % und in der höchsten nur noch 54,5 %. Die absoluten Ausgaben für den privaten Verbrauch lagen im Durchschnitt der Haushalte bei Beamten am höchsten (DM 1629), dann folgten Angestellten- (DM 1469) und zum Schluß Arbeiterhaushalte (DM 1171). Insgesamt gesehen lag der Anteil der o. a. dringendsten Verbrauchsgruppen bei Beamten am niedrigsten (55,2 %) und bei Arbeitern am höchsten (64,7 %). Er steigt mit zunehmendem Alter: 58,1 % in der untersten und 63,3 % in der Altersgruppe 55-65 Jahre. Bei 3-Personen-Haushalten liegt er am günstigsten (60,4 %) gegenüber einer Person (63,9 %) und fünf Personen (64,9 %).⁷⁷⁾ Obwohl mit diesen Verbrauchsgruppen sicherlich nur die Mehrheit, aber nicht die Gesamtheit lebensnotwendiger und deshalb starrer Verbrauchsausgaben erfaßt ist, lassen sie aber Rückschlüsse auf den jeweiligen Anteil freier Wahlbereiche zu. Die Meinung der Verbraucher

über das Anwachsen der freien Kaufkraft entspricht dem weitgehend. 78)

Auf den gesamten privaten Verbrauch, der je Haushalt und Monat des Jahres 1969 im Durchschnitt DM 1165 ausmachte, entfielen auf langlebige hochwertige Gebrauchsgüter insgesamt 11,7 %. Der Anteil der Verbrauchsgüter betrug 47,1 %, derjenige der Gebrauchsgüter von begrenztem Wert 16 % und derjenige der Dienstleistungen 25,2 % (darunter Wohnungsmieten u. ä. alleine 13,4 %). Während der Anteil der Verbrauchsgüter mit steigendem Einkommen zurückgeht, nehmen die Käufe langlebiger hochwertiger Gebrauchsgüter zu: ihr Anteil entwickelt sich von 3,1 % in der untersten Einkommensgruppe bis auf 15 % in der Klasse der Monatseinkommen zwischen 2500 und 10000 DM. Bei Beamten und Angestellten liegt ihr Anteil etwas höher als bei Arbeitern und bei Arbeitnehmerhaushalten insgesamt gesehen 1,3 % höher als bei allen Haushalten insgesamt. Der Ausgabenanteil dieser hohen Gebrauchswerte fällt mit zunehmendem Alter von 14,8 % ⁷⁹⁾ bei Haushaltsvorständen unter 25 Jahren bis auf 10,8 % bei solchen zwischen 55 und 65 Jahren. 3- und 4-Personen-Haushalte weisen im Durchschnitt mit 12,9 % die stärkste Besetzung auf. 80)

Mit zunehmendem Haushaltseinkommen nehmen diejenigen hochwertigen Gebrauchsgüter im Verhältnis zu den Gesamtkäufen in dieser Verbrauchsgruppe ab, welche für die Haus-

78 Vgl. Emnid: Freizeit und Privatleben - Veränderung von Lebensbedingungen, Wohnfunktionen und Bedürfnislage im Gefolge der wachsenden Freizeit- (Erwachsenenbevölkerung über 16 Jahre im Jahre 1969, S. 79 (Anwachsen der freien Kaufkraft -Selbsteinschätzung); Freizeit und Wohnen, a. a. O., S. 44 (Einkommenshöhe bemessen am Existenzaufwand; Ebenda, S. 42 u. 43 (Monatlicher Existenzaufwand der Haushalt); Ebenda, S. 48 f. Tabellenband (Monatlicher Geldbetrag für Zusatzaufwand)

79 Wirtschaft und Statistik, Heft 2/73, S. 92

80 Wirtschaft und Statistik, Heft 2/73, S. 92

haltsführung benötigt werden: im Jahre 1969 waren es in der untersten Einkommensgruppe rd. 75 % und in der höchsten 47 %. Hochwertige Gebrauchsgüter für den Verkehr, darunter Kraftfahrzeuge, entwickeln sich umgekehrt: sie weisen den höchsten Anteil in der monatlichen Einkommensgruppe 2500 bis 10000 DM auf. Insgesamt weisen die hohen Gebrauchswerte im Bereich der Haushaltsführung den höchsten Prozentsatz (48,4 %) auf, danach folgt der Bereich Verkehr mit 34,7 %, gefolgt von Bildung und Unterhaltung mit 12,3 % und zuletzt der persönliche Bereich mit nur 4,6 %. Die meisten für Verkehrszwecke eingesetzten Gebrauchsgüter finden sich in der Altersgruppe von 25 bis 35 Jahren (42 %) und in 4-Personen-Haushalten (40,4 %). Der Anteil aller Käufe an hochwertigen Gebrauchsgütern an den Gesamtaufwendungen für den privaten Verbrauch liegt bei 3-Personen- (13 %) und 4-Personen-Haushalten (12,5 %) am höchsten. ⁸¹⁾

Es wird die Tendenz bestätigt, daß mit der Höhe des verfügbaren Einkommens der Gesamtbestand an langlebigen hochwertigen Gebrauchsgütern zunimmt. Stellt man derartige Käufe den ausgabefähigen Einkommen gegenüber, dann ergibt sich für die unterste Einkommensklasse ein Anteil dieser hohen Gebrauchswerte von 3,1 %. Schon in der Gruppe 1000-1200 DM wurden darauf im Jahre 1969 10,1 % und in der höchsten erfaßten Einkommensklasse 14,9 % des ausgabefähigen Einkommens verwandt. Zieht man außerdem noch einmal die Aufgliederung nach Haushaltseinkommen ⁸²⁾ hinzu, dann ist leicht festzustellen, daß in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen die Käufe an Gebrauchsgütern in einem Maße zunehmen, der dem nachlassenden Anteil von Verbrauchsgüterkäufen tendenziell entspricht, während sich die relative Zunahme der Dienstleistungen weitaus gemäßiger entwickelt. Zum Beispiel lag 1969 bei einem monatlich ausgabefähigen Einkommen von

81 Wirtschaft und Statistik, Heft 4/73, S. 265

82 Wirtschaft und Statistik, Heft 2/73, S. 92

493 DM der Anteil an hochwertigen Gebrauchsgütern bei 5,2 % ⁸³⁾ und der von Dienstleistungen bemerkenswerterweise bei 29,1 % vom Gesamtverbrauch. Dagegen war bei einem ausgabefähigen Einkommen von monatlich DM 3639 der Anteil an hochwertigen Gebrauchsgütern bis auf 15 % gestiegen, während der von Dienstleistungen nur unwesentlich gegenüber dem Ausgangswert verändert war. Haus- und Grundbesitz zeigt ebenfalls eine unverkennbare Korrelation mit dem Haushaltsnettoeinkommen. ⁸⁴⁾ Das Entscheidende dieser Einkommensabhängigkeiten liegt darin, daß bei Arbeitnehmerhaushalten die Höhe des Erwerbseinkommens eng mit der Qualität und Quantität der eingesetzten Arbeitsleistungen verbunden ist.

Für das Sparverhalten bedeuten auf hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe gerichtete Wünsche folgendes: im Bereich der Arbeiterhaushalte sparen von 100 Haushalten rd. 25 für größere Anschaffungen der hier betrachteten Art und rd. 23 für das Haus und die Wohnung (Tab. 54). Nach der EVS 1969 (Schlußinterview) sparten von den Haushalten der untersten Einkommensklasse 8,9 % für das Kfz und größere Einrichtungs-, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände. Bei einem Nettomonatseinkommen von 1000 bis 1200 waren es bereits 41,4 %, und bei 1500-1800 sparten 45,4 % der Haushalte für diesen Verwendungszweck (Tab. 52). Die Einnahmen aus der Auflösung von Vermögen sowie aus Kreditaufnahme bildeten mit knapp 12 % im Jahre 1969 den zweitgrößten Einnahmeposten der Haushalte. Dieser relativ hohe Anteil an den Gesamteinnahmen ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß größere Anschaffungen nicht aus dem laufenden Einkommen finanziert werden und deshalb entweder auf Ersparnisse oder auf Kredite zurückgegriffen

83 Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne Wirtschaftsrechnungen, Vermögensformen und -bestände privater Haushalte, Fachserie M, Reihe 18, S. 13

84 Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Vermögensformen und -bestände privater Haushalte, Fachserie M, Reihe 18, S. 13

werden muß. Das gilt im besonderen Maße für den Erwerb von Haus- und Grundbesitz. ⁸⁵⁾

b) Kraftfahrzeuge und Grundausrüstungen

Bei den Gebrauchsgütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist der Besitz von Personenkraftwagen von besonderem Interesse. Der Besitz eines Personenkraftwagens wird wesentlich von der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens beeinflusst. ⁸⁶⁾ Von den Haushalten insgesamt besaßen im Jahre 1969 29 % der untersten Einkommensklasse (600-800) und 72 % der obersten erfaßten Einkommensklasse (1500-1800) ein Kraftfahrzeug. Bei 3-Personen-Arbeitnehmerhaushalten waren 46 % der untersten und 72 % der obersten Einkommensklasse im Besitz eines Wagens. Wie wesentlich der Besitz eines PKW's von der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens beeinflusst wird, zeigt sich noch deutlicher, wenn die hier nicht erfaßten Einkommensklassen noch in den Vergleich einbezogen werden. Es zeigt sich dann, daß nur einer von zehn Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 300 bis unter 600 DM einen PKW besaß und daß sich dieser Anteil mit steigendem Einkommen ständig erhöhte, bis sich bei den Haushalten mit einem Einkommen von 2500 und mehr DM das Verhältnis genau umgekehrt hatte: nur einer von zehn dieser Haushalte besaß keinen Personenwagen. ⁸⁷⁾

Die Ausstattung der Arbeiterhaushalte liegt knapp über dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad. Ihr Einkommen wird fast ausschließlich bestimmt durch die Menge und Qualität der angebotenen Arbeitsleistung. Das erforderliche Mehr-

⁸⁵ Statistisches Bundesamt: Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Jahre 1969 - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10, 1972, S. 566ff.

⁸⁶ Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1970, S. 265

⁸⁷ Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Reihe 18: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, S. 6

angebot an Arbeit wird häufig durch die Erwerbstätigkeit weiterer Familienmitglieder erbracht. Von allen Einzelgütern wird der Besitz eines Personenwagens am meisten durch die Mitarbeit der Hausfrau beeinflusst. Es handelt sich hierbei um einen Gegenstand, der mit hohen laufenden Aufwendungen verbunden ist. Diese Tendenz ist bei allen Familientypen festzustellen.⁸⁸⁾ Im Jahre 1971 betrugen bei den Kraftfahrzeugbesitzern der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen 122 DM.⁸⁹⁾ Der Anteil am Gesamtbestand der Personenkraftwagen bei den abhängig Beschäftigten betrug 1952 9,8 % und im Jahre 1971 bereits 73,3 %. Arbeiterhaushalte waren daran 1952 mit 1,1 % und 1971 mit 35,3 % beteiligt. Damit verglichen lagen Angestellte anfangs etwas höher (6,6 %) und in 1971 etwas niedriger (28,6 %).⁹⁰⁾

Ähnlich eng ist der Zusammenhang bei Grundausstattungen privater Haushalte. Hierbei hat man in erster Linie mit dem Haushaltsaufbau junger Ehepaare zu tun, und zwar in drei Formen: einmal als normale Aussteuer, die durch vorehehliche Erwerbsarbeit der zukünftigen Ehefrau und zusätzliche Ansparleistungen erbracht wird. Zweitens als in die Ehe hineingenommene Aussteuer: die junge Frau arbeitet nach der Eheschließung, und nachdem sie Mutter geworden ist, zunächst weiter; drittens, als spätere Ergänzung einer unvollständigen Ausstattung, als nachgeholte Aussteuer. Hier wird die Arbeit von der jungen Frau nach einer Unterbrechung von mehreren Jahren wieder aufgenommen. Ein jahrelanges Warten und Sichbescheiden haben jedoch für die

88 Statistisches Bundesamt: Gebäude, Wohnungen, Wohnparteien, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1970, S. 266

89 Statistisches Bundesamt: Budgets ausgewählter privater Haushalte 1971, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1972, S. 362

90 Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen 1971, Auflage 21, Bonn 1972, S. 29

jungen Generationen von heute wenig Überzeugendes. Der Erwerb der Aussteuer wird in der Regel in die Ehe hineingenommen; sie wird von beiden Ehepartnern gemeinsam erarbeitet. ⁹¹⁾ Von 3040 befragten Müttern aus vollständigen Familien nannten rd. 2000 spontan den Aufbau und die Erweiterung der häuslichen Basis als Hauptmotiv ihrer Erwerbsarbeit (Tab. 12).

c) Eigenheime und Eigentumswohnungen

Von allen privaten Haushalten des Bundesgebietes verfügten 1969 rd. 39 % über Haus- und Grundbesitz. ⁹²⁾ Da eigen-genutzte Betriebsgebäude und Grundstücke nicht mitgezählt wurden, kann davon ausgegangen werden, daß es sich überwiegend um Eigentum an Grundstücken mit Ein- und Zweifamilienhäusern handelt, die ausschließlich oder überwiegend zum eigenen Wohngebrauch bestimmt waren. Nach den Ergebnissen der 1 %-Wohnungsstichprobe von 1965 waren rd. 32 % der damals erfaßten Haushalte Eigentümer der Wohnung oder des Gebäudes, worin sie lebten. 70 % der Eigentümerwohnungen lagen in Ein- oder Zweifamilienhäusern. ⁹³⁾

Nach den laufenden Wirtschaftsrechnungen stieg bei den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen die Anteiligkeit der Haushalte, die als Eigentümer wohnten, von 15,2 % im Jahre 1967 bis auf 21 % im Jahre 1972. Davon waren 1972 rd. 17 % Eigentümer von Eigenheimen und nur 4 % Eigentümer von Eigentumswohnungen. Vergleicht man diese Zahlen mit den Anteilen der Haushalte

91 Pfeil, Elisabeth: Die Berufstätigkeit von Müttern, - eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien -, Tübingen 1961, S. 88ff.

92 Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Reihe 18, S. 13

93 Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 18, Vermögensformen und Bestände privater Haushalte, S. 13

des Haushaltstyp 3 (4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen, wobei Angestellte und Beamte im Verhältnis 59:41 vertreten sind), so stellt man fest, daß bei dieser höheren Einkommensklasse 1972 immerhin 36,1 % Eigentümer waren. Davon waren 30,7 % dieses Haushaltstyps Besitzer eines Eigenheimes und 5,4 % Eigentümer einer Wohnung. Darüber hinaus ist bemerkenswert, daß beim Haushaltstyp 2 der Haushaltsvorstand Alleinverdiener ist, während bei dem Haushaltstyp 3 weitere Familienmitglieder erwerbstätig sein können (Tab. 60).

Weil bei Haus- und Grundbesitz der Übernahme ererbten Gutes eine weit größere Bedeutung zukommt als bei allen anderen Vermögensformen, ist der Zusammenhang zwischen laufendem Haushaltseinkommen und dem Wert von Haus- und Grundbesitz weniger deutlich. Lediglich in den Einkommensgruppen von 1800 und mehr DM ergibt sich eine klare Verschiebung zu den höheren Einheitswertgruppen. Jeder zehnte Haus- und Grundbesitzer mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2500 bis unter 10000 DM verfügte über Grundstücke mit einem Einheitswert von 50000 und mehr DM. Bei den nicht nachgewiesenen Haushalten mit Einkommen von 10000 und mehr DM dürfte dieser Anteil noch wesentlich höher liegen. ⁹⁴⁾

Die alte Schwabenregel "Schaffe, schaffe, Häusle baue!" gilt auch heute noch. Für so extrem hochwertige Anschaffungen wie Eigenheime und Eigentumswohnungen müssen insbesondere Arbeitnehmerhaushalte große Anstrengungen auf sich nehmen. Das beeinflußt einerseits das qualitative und quantitative Arbeitsangebot und andererseits das Sparverhalten, da Ansparprozesse z.B. in Form von Bausparabkommen oder Abzahlungen von Hypothekendarlehen unumgänglich sind. Von 100 Arbeitnehmerhaushalten mit Spar-

guthaben hatten 1969 rd. 23 dieses Sparziel (Tab. 54). Von den rd. 2000 erwerbstätigen Müttern vollständiger Familien, die sich zu dem Hauptmotiv "Aufbau und Erweiterung der häuslichen Basis" bekannten, arbeiteten 515 hauptsächlich für den Hausbau bzw. für die Wohnung (Tab. 12). Wenn auch bei der Eruierung der Einkommenseinflüsse dem Umstand Rechnung getragen werden muß, daß beim Haus- und Grundbesitz auf Grund der Erbfolge ein Zusammenhang über Generationen gegeben sein kann, so ist doch eine Tendenz zu erkennen: bei den Haushalten insgesamt waren in der niedrigsten Einkommensklasse 32,1 % Hauseigentümer und bei einem Einkommen von 2500-10000 DM stattdessen 69,8 %. 95)

C. Die Konsistenz am Bedarf orientierter Verhaltensformen

Bei der grundlegenden Hypothese der Wirtschaftswissenschaft vom Rationalverhalten des Wirtschaftsmenschen handelt es sich um eine Verhaltensfiktion und nicht um eine reale Aussage. Unter dem Einfluß der Einsichten der sozial-ökonomischen Verhaltensforschung in das reale Verhalten privater Haushalte versteht man unter Rationalverhalten, daß das Wirtschaftssubjekt die Fähigkeit besitzt, aus den ihm offenstehenden Handlungsmöglichkeiten eine als die beste auszuwählen; inwieweit es von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen bereit oder in der Lage ist, richtet sich weitgehend nach dem wirtschaftlichen Gewicht der Entscheidung und der Häufigkeit ihres Auftretens.

Der Haushalt, der hier als Entscheidungseinheit verstanden werden soll, ⁹⁶⁾ hat im Vollzuge seiner Konsumvermögensbildung Entscheidungen zu treffen, die in ihrer Art und Gewichtung sehr verschieden sind: dem Kauf einer Eigentumswohnung geht in der Regel eine Entscheidung über das zukünftige Arbeits- und Sparverhalten voraus. Es ist aber auch der umgekehrte Ablauf denkbar, daß nämlich die Arbeits- und Sparentscheidungen im einzelnen erst nach dem Kaufakt getroffen werden oder gleichzeitig erfolgen. ⁹⁷⁾ Im Gegensatz zur Entscheidungsfindung bei hochwertigen Gebrauchsgütern sowie Eigenheimen und sonstigen Gebrauchsgüterkomplexen sind Kaufentschlüsse, die auf Verbrauchsgüter und geringwertige Gebrauchsgüter gerichtet sind, völlig

⁹⁶ Hinsichtlich der Gruppenüberlegenheit im Entscheidungsprozeß im Zusammenhang mit der Entschlußbildung in der Familie, vgl. Egner, Erich: Der Haushalt ..., a. a. O., S. 143ff. und Peter Meyer-Dohm: Sozial-ökonomische Aspekte ..., a. a. O., S. 134ff. sowie Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 2. Bd., 9. Auflage, Tübingen 1964, S. 26ff.

⁹⁷ Richtung und Reihenfolge der Verhaltensabläufe sind empirisch nicht nachweisbar und für die nachfolgende Betrachtung ohne Bedeutung

anderer Natur.

Dem einzelnen Haushalt ist die Formierung seiner Bedürfnisse vorgebahnt durch die Kultur, in die er sich hineingestellt sieht. Seine Entwicklung ist in erster Linie eine Folge der ständigen Anpassung an traditionsgemäße Schemata und Standardvorstellungen, welche die Gemeinschaft, in der er lebt, überkommen hat und die er unbewußt übernimmt. Diese Anpassung und soziale Überformung ist ein grundsätzlich unbewußter Vorgang selbst dann, wenn er in einer Veränderung der Bewußtseinsstrukturen oder der leitenden Ideen der Menschen besteht. 98) 99)

Art und Dringlichkeit der Bedürfnisse sind durch den Lebensstandard derjenigen sozialen Schicht bestimmt, welcher sich der Haushalt durch die Normvorstellung zugehörig fühlt. Dabei sind der Lebensstandard und seine einzelnen Komponenten im bemerkenswerten Gegensatz zu früheren Zeiten durch Dynamik gekennzeichnet. Alle Entscheidungen des Haushaltes erfolgen auf Grund dieses Leitbildkonzeptes; ¹⁰⁰⁾ die Orientierung der Bedürfnisse vollzieht sich unbewußt. Nach Scherhorn sind Bedürfnisse leibseelische Zuständigkeiten mit Antriebscharakter, die geweckt, durch Befriedigung formiert und durch Nichtbefriedigung ebenso gesteigert als auch verschoben oder beseitigt werden können; richtet sich das Bedürfnis auf ein wirtschaftliches Gut, zum Beispiel ein Gebrauchsgut, so erzeugt es ein Gefühl oder Bewußtsein vom Mangel dieses Gutes und den Wunsch, diesen Mangel zu beseitigen; es erzeugt einen Bedarf. ¹⁰¹⁾

In dem Bestreben, diese Bedarfe zu decken, sieht sich der

98 Gehlen: Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, a. a. O., S. 7

99 Scherhorn: Bedürfnis und Bedarf, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Heft 1, Berlin 1959, S. 67 ff.

100 Meyer-Dohm: Sozialökonomische Aspekte ..., a. a. O., S. 140f.

101 So zitiert bei Scherhorn: Bedürfnis und Bedarf, a. a. O., S. 84f.

Haushalt mit einer Vielzahl von Möglichkeiten konfrontiert, die eine Entscheidung erfordern. In welchem Bereich der individuellen Handlungsalternativen sind nun diese vielgestaltigen Entschlußbildungen angesiedelt? Entsprechen sie mehr den heutigen Vorstellungen einer rationalen Entscheidungsfindung, gleichen sie dem habituellen Erscheinungsbild oder sind sie etwa irrationalen Zufallshandlungen zuzuordnen, die sich jeder Vorausbestimmung entziehen? Diese Fragen sind zu klären, bevor sich die Untersuchung den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der am Bedarf orientierten Verhaltensformen zuwendet.

"Nicht nur rationales Verhalten konstituiert Gesetzmäßigkeiten, sondern jedes dauerhaft formierte Bedürfnis, sei es als Gewohnheit (habitualisiertes Bedürfnis) oder als Norm (institutionalisiertes Bedürfnis, Rollenerwartung, Statuserwartung), führt zu konstanten, d.h. gleichbleibenden, und zu konformen, d.h. gleichartigen, Verhaltensweisen. Solche Stabilisierung des Verhaltens ist die eigentliche Voraussetzung für theoretische Deutung und Prognose; nicht nur der rationale Zweck, sondern auch das formierte Bedürfnis, die Gewohnheit und die Norm stabilisieren das Verhalten, und Prognose menschlichen Verhaltens ist immer dann möglich, wenn sie sich auf das Vorhandensein stabilisierender Faktoren stützen kann." 102)

I. Bezugsgrößen und äußere Verhaltenseinflüsse

Bevor die Konformität und Dauerhaftigkeit am Bedarf orientierter Verhaltensformen, wie sie im Vollzuge der Konsumvermögensbildung (einschließlich Eigenheimen, Eigentums-

wohnungen und sonstigen Gebrauchsgüterkomplexe) ¹⁰³⁾ ¹⁰⁴⁾ in aller Regel ¹⁰⁵⁾ auftreten, näher untersucht werden, sind vorher einige Erscheinungen zu erklären, die - von der Anbieterseite ausgehend - zumindest diejenigen Kaufentscheidungen beeinflussen, die auf die unteren Preisgruppen hochwertiger Gebrauchsgüter gerichtet sind. Der Lebensstandard als Bezugsgröße allen Haushaltens ist demgegenüber von zentraler Bedeutung für den gesamten Entscheidungsspielraum.

1. Lebensstandard-Zeitstandard-Sparstandard

Mit der Veränderung der Machtverhältnisse in den Verbrauchermärkten ist das Verbraucherverhalten in das Blickfeld der Nationalökonomien gerückt. Der Lebensstandard als gemeinsamer Bezugspunkt allen Verfügens und Handelns privater Haushalte wurde damit ökonomisch relevant. Er stellt eine soziokulturelle Norm dar für das, was im einzelnen Haushalt als erstrebenswerte Lebenshaltung gilt, die man zu realisieren trachtet. Das Haushalten kann damit als das auf Verwirklichung eines Lebensstandards gerichtete vernünftige Handeln bezeichnet werden. ¹⁰⁶⁾ Der private Haushalt trifft also seine Entscheidungen in enger Bindung

¹⁰³ In Übereinstimmung mit der Definition von Schmölders, die auch Eigenheime und Eigentumswohnungen dem Konsumgüterbegriff subsumiert. Schmölders, G.: Wesen und Formen der Vermögensbildung, a. a. O.

Im Hinblick auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung trennt stattdessen H. Schmucker die Begriffe und rechnet das Eigenheim dem privaten Sachvermögen zu, ohne es dem engeren Begriff des Konsumvermögens zuzuordnen. Schmucker, H.: Die gesellschafts-politische Bedeutung . . . , a. a. O., S. 222
¹⁰⁴ Vgl. hierzu auch die Einstellungen bestimmter Berufsgruppen zum Vermögensbegriff (Tab. 110 u. 111).

¹⁰⁵ Die Möglichkeit einer Einengung der bisherigen Lebenshaltung, d. h. die Streichung eines Teils der bisherigen Bedarfe bezeichnet Egner als "ultimum refugium" des Haushalts. Egner, Erich: Der Haushalt . . . , a. a. O., S. 178f.

¹⁰⁶ Egner, Erich: Der Haushalt . . . , S. 155

an dieses Leitbild. 107)

Die zentrale Bedeutung des Lebensstandards für eine Untersuchung des Verbraucherverhaltens und die Vielzahl der Begriffsinhalte, die sich seit der klassischen Nationalökonomie mit diesem Begriff verbinden, macht eine exakte Abgrenzung gegenüber dem allgemeinen Sprachgebrauch erforderlich. Ein Sachverständigenausschuß der UN hat aus Gründen der statistischen Erfäßbarkeit und des internationalen Vergleichs zwischen folgenden Begriffen unterschieden: "The first relates to the actual living conditions of a people and is increasingly designated as 'level of living'. The second relates to the aspirations or expectations of a people, that is, the living conditions which they seek to attain or regain or which they regard as fitting and proper for themselves to enjoy; it is increasingly known in the literature as 'standard of living'." 108)

Das Lebensniveau (level of living) bezeichnet also die meßbare Höhe der verwirklichten effektiven Lebensgestaltung. Demgegenüber ist unter Lebensstandard (standard of living) ein Gefüge von Normen zu verstehen, das als Vorstellungsgröße für die konkrete Lebensgestaltung erst über das haushälterische Handeln verwirklicht werden soll. Dieses Leitbild ist nur in einem beschränkten Umfang und nur kal-

107 Das kommt deutlich zum Ausdruck bei R. von Schweitzer: "... denn schließlich ist er (der Lebensstandard, der Verf.) die Vorlage - das Leitbild -, nach der im einzelwirtschaftlichen Handeln haushälterisch so und nicht anders entschieden wird." von Schweitzer, Rosmarie: Der statische und dynamische Lebensstandard in seiner Bedeutung für die Haushaltsführung, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 88. Jg., Heft 6, 1968, S. 700

108 United Nations (Hrsg.): Report on International Definition and Measurement of Standards and Levels of Living, (Dok. Nr. E/CN. 3/179--E/CN. 5/299) New York 1961, S. 2

kulativ quantifizierbar. 109) Im Gegensatz zu der allgemeinen Aussage von der Unbegrenztheit der Bedürfnisse ist es dadurch gekennzeichnet, daß Menschen und Menschengruppen in einem gegebenen Zeitpunkt ein durchaus begrenztes Bündel erwünschter Verfügbarkeiten über Waren und Dienste anstreben. 110)

Der Lebensstandard weist eine innere Gliederung auf, die sich aus der individuellen komplexen Vorstellung von all den Lebensäußerungen erklärt, die zu einem als angemessen betrachteten Leben gehören. Hier interessieren in erster Linie die Leitbilder eines angemessenen Konsums sowie einer angemessenen Zeiteinteilung und Sparleistung. Diese Elemente stehen in einer engen Beziehung zueinander. Sie sind Bezugspunkte für Dispositionen und Aktivitäten, die den in einer Volkswirtschaft eingebetteten Haushalt mit den ihn umgebenden Märkten in Berührung bringen.

Bei der Einkommensbeschaffung sind die Bestrebungen des Haushalts auf die Sicherung seines Lebensstandards gerichtet. Zu seinen Vorstellungen von jenen Dingen, die zu einem als angemessen betrachteten Leben gehören, gehört auch eine bestimmte Relation von Freizeit und Arbeitszeit. Dieser Zeitstandard, das Leitbild der gruppenspezifischen Zeitverwendung, weist starke Unterschiede auf. So weicht die Arbeitszeit, die ein praktizierender Arzt für seine Berufsausübung einzusetzen bereit ist, wesentlich ab von der tariflich vorgegebenen Arbeitszeit eines Fabrikarbeiters; die Arbeitszeit eines Landwirts überschreitet in der Regel die Zeitnorm eines Büroangestellten.

Die Grenzen der Wahlfreiheit, innerhalb deren zwischen Arbeitszeit und Freizeit entschieden werden kann, sind

109 Vgl. Egner, E.: Der Haushalt ..., a. a. O., S. 155 und von Schweitzer, Rosmarie: Der statische und dynamische Lebensstandard ..., a. a. O., S. 697ff.

110 Graf, Hans Georg: Der Einfluß des Einkommens auf die Struktur des Dienstleistungssektors, a. a. O., S. 39

ebenfalls gruppenspezifisch verschieden. Bei manchen Berufsarten sind sie überhaupt nicht gegeben oder nur nach oben durch Überstunden, Nebenbeschäftigungen oder Mithilfe der Ehefrau variierbar. Die Wertvorstellungen und Normen des Zeitstandards entstammen nämlich überwiegend der Arbeitswelt. Der allgemeine Arbeitsrhythmus, der im Organisationsplan fast aller am Produktionsprozeß beteiligten Wirtschaftseinheiten einen festen Platz hat, läßt Veränderungen der individuellen Arbeitszeit während einer von den Sozialpartnern vereinbarten Tarifperiode in der Regel nicht zu. So ist das Fließband ein extremes Beispiel dafür, wie wenig Spielraum für eine Gestaltung des kurzfristigen Arbeitszeitangebotes dem Haushalt hier verbleibt. Die freien Berufe wie Rechtsanwälte, Ärzte usw. geben stattdessen ein Beispiel wesentlich weiterer Gestaltungsfreiheiten.

Auch das Sparen des Haushalts ist an gruppenspezifischen Leitbildern orientiert. In erster Linie trifft das zu für das Haushaltssparen, das innerhalb einzelner Haushaltsgruppen von bestimmten Vorstellungen eines Lebensrahmens ausgeht, der nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gesichert werden soll. Die gesetzliche Sozialversicherung ist ein Beispiel für die Institutionalisierung dieser an Normen ausgerichteten Bezugsgröße. Das Sparen für Zwecke der Konsumausweitung und Anschaffung von hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen läßt ebenfalls eine Ausrichtung durch Standards erkennen. Zum Beispiel wird die Aufnahme eines Konsumentenkredites für die Anschaffung eines Automobils innerhalb bestimmter Einkommensgruppen als normal angesehen. Das gleiche gilt für Bausparverträge oder Hypothekendarlehen beim Erwerb von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen.¹¹¹⁾ Die Vorstellung von der Angemessenheit dieser Beträge bewegt sich innerhalb normhaft vorgegebener Grenzen.

¹¹¹ Schmucker, H.: Die gesellschaftliche Bedeutung ..., a.a.O., S. 225

Unter dem Einfluß steigender Realeinkommen hat der Lebensstandard die Ausgeglichenheit verloren, die ihn über Jahrhunderte hinweg auszeichnete. Seine Dynamisierung erfaßt alle Teilbereiche: Die Wohlstandsentwicklung ermöglichte eine laufend steigende Konsumnorm, ein sich änderndes zivilisatorisches und kulturelles Anspruchsniveau sowie einen Wandel in den Vorstellungen bezüglich Arbeit, Freizeit und Familienleben. ¹¹²⁾ Dynamisierung des Lebensstandards bedeutet also einen Wandel der Wertvorstellungen im weitesten Sinne. Ändern sich nicht gleichzeitig die äußeren Gegebenheiten für den Haushalt, dann führt die sich aus dieser Entwicklung ergebende haushälterische Spannungssituation zu folgender Aufgabe: "Alle Leistungsreserven müssen mobilisiert, umgestaltet und damit rationalisiert werden, um die Realisierung des erstrebten Leitbildes möglichst unmittelbar nach seinem Entstehen bewerkstelligen zu können. Die Mobilisierung der Leistungsreserven zeigt sich sodann in vielfacher Form durch stärkere berufliche Anstrengung, durch eine effektivere hauswirtschaftliche Leistung, durch Einsparungen in anderen Bereichen oder durch Spartätigkeit mit größerer Effizienz, aber auch durch Belastungen wie durch Aufnahme von Krediten oder Verkäufen von Produktivgütern und von Arbeit in Überstunden." ¹¹³⁾ Dabei ist nur ein Teil der aufgeführten Möglichkeiten geeignet, das langfristige Gleichgewicht in der Haushaltsführung zu erhalten. Sozial gefestigte Haushalte tragen dem Rechnung.

112 von Schweitzer, R.: Der statische und dynamische Lebensstandard ..., a. a. O., S. 707

Vgl. auch die normative Betrachtung derselben Verfasserin zur Dynamisierung des Lebensstandards, in: Haushaltsanalyse und Haushaltsplanung - Versuch einer systematischen Darstellung des haushälterischen Handelns -, in: Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Heft 5, Berlin 1968, S. 142f.

113 von Schweitzer, R.: Der statische und dynamische Lebensstandard ..., a. a. O., S. 707f.

Die ständige Ausweitung des Konsumstandards beeinflusst somit das Verhältnis der einzelnen Elemente des Lebensstandards zueinander. Die Verwirklichung eines bestimmten Lebensstandards setzt langfristig die Realisierung entsprechender Relationen zwischen seinen Elementen voraus. Das Streben nach Verwirklichung eines durch Dynamik gekennzeichneten Lebensstandards ist deshalb begleitet von der Notwendigkeit eines dynamischen Gleichgewichts, 114) d.h. die einzelnen Elemente dieses Leitbildsystems, insbesondere der Konsumstandard, der Zeitstandard und der Sparstandard, müssen fortlaufend in ein ausgeglichenes Verhältnis zueinander gebracht werden, wenn der Haushalt dauerhaft bestehen will.

2. Die subjektive Angebotsgesamtheit

Der Haushalt sieht sich in seinem Bemühen um eine optimale Befriedigung aller Bedürfnisse der von ihm zu versorgenden Haushaltsmitglieder in den Gütermärkten einem Angebot gegenüber, das an Vielfalt und Unübersichtlichkeit ständig zunimmt. Die theoretische Vorstellung eines Einheitsmarktes und absoluter Markttransparenz ist in keinem anderen Bereich soweit von der Wirklichkeit entfernt wie bei der Marktbeziehung zwischen privaten Verbrauchern und erwerbswirtschaftlichen Anbietern. Hierzu gehören alle Unternehmen der Einzelhandelsstufe und die zunehmende Zahl der Dienstleistungsbetriebe, die weniger in der Art als in der Form ihres Angebotes die Möglichkeiten einer Differenzierung nutzen.

Das Bestreben des Haushaltes, sein Einkommen optimal in Güter zu verwandeln, wird in erster Linie durch folgende

114 Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit - Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Hrsg. E. Tuchtfield, Band 1, 1. Auflage, Freiburg 1965, S. 182ff.

Entwicklungen erschwert oder sogar unmöglich gemacht:

1.) Die technische und wirtschaftliche Entwicklung hat eine solche Fülle von Gütervarietäten entstehen lassen, daß ein Überblick schlechthin unmöglich ist. Die Umwerbungsmaßnahmen der Anbieter sind eher geeignet, diesen Überblick noch mehr zu erschweren als zu erleichtern. 2.) Aber auch bei Kenntnis der Güter ist der Haushalt in der Regel nicht mehr in der Lage, sich ein selbständiges Urteil über die Eignung eines Gutes für einen vorgesehenen Zweck zu bilden, weil die Qualität nur noch für Fachleute erkennbar ist. Das gilt insbesondere für Gebrauchsgüter, die einem ständigen technischen Entwicklungsprozeß unterworfen sind. 3.) Der Markt löst sich in zahllose lokale Einzelmärkte auf, die zwar in Verbindung miteinander stehen, trotzdem aber Angebots- und Preisunterschiede möglich machen. Diesem von Egner ¹¹⁵) aufgezeigten Katalog objektiver Marktgegebenheiten ist eine in der Literatur weniger beachtete subjektive Komponente hinzuzufügen: die Vorstellung des nachfragenden Haushalts von der Gesamtheit des einzelnen Angebotes.

Die Empirie bietet eine Fülle von Beispielen dafür, daß die Einstellung des Nachfragers zu einem bestimmten Angebot nicht nur von seiner Einschätzung des Nutzens und des Knappheitsgrades dieses Gutes geleitet wird, sondern daß daneben weitere Einflußgrößen sein Verhalten determinieren. Die Attraktivität eines Angebotes wird nicht nur von der Gutsseite her bestimmt, vielmehr sieht sich der Nachfrager einer Ganzheit von Gut und vielgestaltigen Bemühungen gegenüber, die der Anbieter in seinem Werben um die Gunst des Konsumenten einsetzt.

Diese Angebotsgesamtheit stellt sich demnach dar als die Vorstellung eines Nachfragers von der Gesamtheit eines ihm gegenüberstehenden einzelnen Angebotes, und zwar als einem Komplex des Gutes und der Teilangebote, die das

¹¹⁵ Egner, Erich: Der Haushalt ..., a. a. O., S. 118f.

einzelne von ihm nachgefragte Gut wie einen Mantel umgeben ¹¹⁶⁾, wobei die Wertvorstellung des Nachfragers durch die Wertschätzung bestimmt wird, die er dem Angebot in seiner Gesamtheit zumißt; daraus ergibt sich, daß es von jeder Angebotsgesamtheit ebensoviele subjektive Wertvorstellungen gibt, wie Nachfrager für dieses Gut vorhanden sind.

Das vom Haushalt als Gesamtheit empfundene Einzelangebot besteht außer dem Gut selbst aus den anteiligen Dienstleistungen sowie der Summe aller Bemühungen, die der Anbieter einsetzt, um einen größtmöglichen Teil der Nachfrage eines gegebenen Regionalmarktes an sich zu ziehen, ohne daß dieses über die Preisrelation geschieht. Das Streben der erwerbswirtschaftlich orientierten Anbieter, sich den Wünschen der Verbraucher möglichst in jeder Beziehung anzupassen, kann zum Beispiel durch den Bau eines firmeneigenen Parkhauses zum Ausdruck kommen und durch die Überlegung bestimmt sein, daß von dem Vorzug der gebotenen Parkmöglichkeit ein bestimmter Teil auf die Anreizsphäre des nachgefragten Gutes entfällt.

Die Auswirkungen der angeführten Einflüsse auf das Verbraucherverhalten sind zwar bei allen Gutsarten anzutreffen, sie treten jedoch mit unterschiedlicher Intensität auf und sind in erster Linie abhängig vom Geldwert des Gutes in Relation zum verfügbaren Einkommen. Die Vorstellung von einer Angebotsgesamtheit und ihre Berücksichtigung als komplexes Entscheidungskriterium nimmt tendenziell mit steigendem Gutswert ab. Inwieweit der Geldwert den Informationsgrad und die beim einzelnen Kaufakt auftretenden Präferenzwirkungen beeinflusst, soll in der nachfolgenden Betrachtung dargestellt werden.

116 Vgl. hierzu die Emnid-Untersuchung: "Gewünschte Dienstleistungen beim Einkauf"; in: Freizeit und Wohnen - Veränderung von Wohn- und Konsumbedürfnissen als Auswirkung der Freizeitentwicklung, Tabellenband S. 189

3. Die Aktivitäten der Anbieter

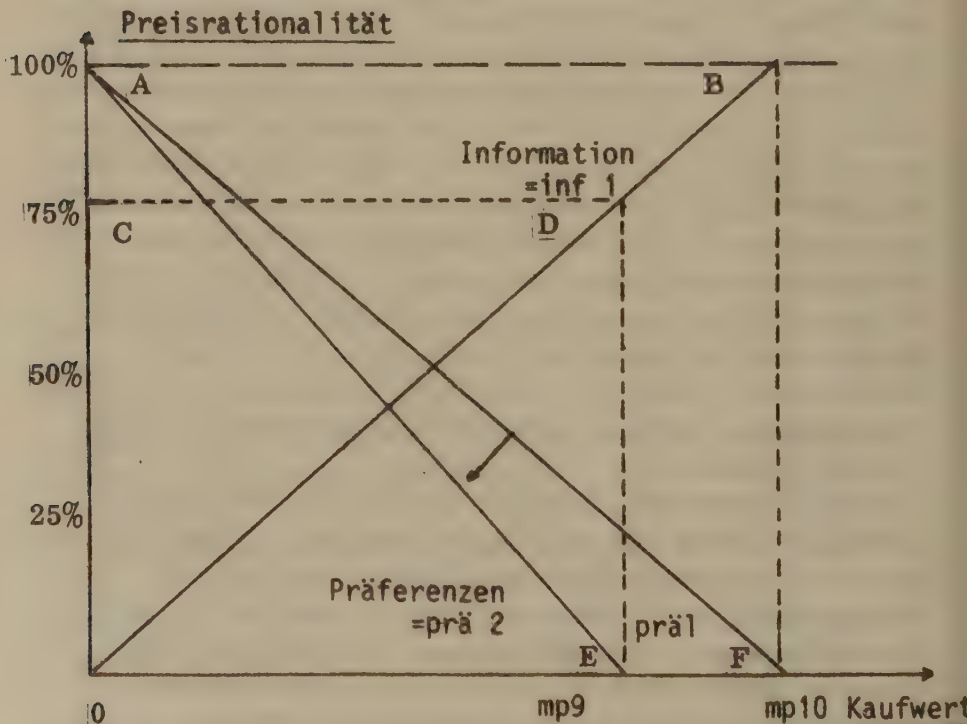
Die empirische Theorie des Käuferverhaltens unterscheidet vier Entwicklungsstufen: Die unbewußte, an leibseelischen Konstellationen orientierte Entstehung der Bedürfnisse und ihre Formierung zu Bedarfen, die Entscheidung über ihre Bedarfsdeckungen, die Informationssuche und die eigentlichen Kaufentscheidungen. Auf der Stufe der Informationssuche sind die jeweiligen Marktgegebenheiten zu berücksichtigen, denen sich der Nachfrager gegenüber sieht. Diese Marktverhältnisse oder genauer gesagt, die von der Anbieterseite ausgehenden Einflüsse sollen einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Die Bedarfe des Haushaltes an Gebrauchsgütern umfassen alle Bedarfsgruppen vom lebensnotwendigen Grundbedarf bis zum Spitzenbedarf und erstrecken sich über die gesamte Preisskala vom elektrischen Kleingerät bis hin zum Automobil. In vereinfachenden Modellen sind Tendenzen aufzuzeigen, deren Aussagewert vorerst darin liegt, bestimmte Zusammenhänge zwischen dem Kaufwert eines Gebrauchsgutes und den Hemmnissen offenzulegen, die sich dem Käufer in seinem Bestreben, möglichst rational zu handeln, entgegenstellen, und um zu verdeutlichen, in welchem bemerkenswertem Umfange diese Hinderungsgründe - insbesondere im Verlaufe der Konzentrationserscheinungen auf der Einzelhandelsstufe - von Anbieterinteressen gesteuert werden können.

"Ob der Verbraucher rational oder nicht rational handelt (schreibt Katona) ist nicht die richtige Frage. 'Der Verbraucher ist ein menschliches Wesen, beeinflußt von seinen bisherigen Erfahrungen, soziokulturellen Normen, Einstellungen und Gewohnheiten; seine Gefühle und seine Gruppenzugehörigkeit wirken auf seine Entscheidungen. Er neigt dazu, kürzere Wege vorzuziehen, Faustregeln zu befolgen und sich routinemäßig zu verhalten. Aber ebensowohl ist er fähig, rational zu handeln. Wenn er meint, daß es

wirklich darauf ankommt, überlegt und wählt er sorgfältig, wie es in seiner Macht steht' -, d.h. er wird sich ausreichende Informationen zu verschaffen suchen und so rational wie möglich handeln, wenn der Gegenstand diesen Aufwand rechtfertigt." ¹¹⁷⁾ Inwieweit liegt es nun in der Macht des Haushaltes, ausreichende Informationen zu beschaffen und eine sorgfältige Wahl zu treffen; und welchen Einfluß übt hierauf das Entscheidungsgewicht des betreffenden Gegenstandes aus? Welche Möglichkeiten sind darüber hinaus den erwerbswirtschaftlichen Maximen folgenden Anbietern gegeben, solche Voraussetzungen entsprechend der eigenen Interessenlage zu beeinflussen? Diese Fragen sind hier vorab zu beantworten.

Fig. 1



117 Scherhorn, G.: Information und Kauf - Empirische Analyse der Markttransparenz, in: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1358, Köln-Opladen 1964, S. 33 daraus zitiert: Katona: The Powerful Consumer, S. 145f.

In einem rechtwinkligen Koordinatensystem wird auf der Abszisse der Kaufwert aufgetragen. Der Wert des beabsichtigten Kaufes, ausgedrückt in Geldeinheiten (mp), kann in seiner Höhe bestimmt sein durch ein einzelnes Gebrauchsgut (1 x DM 50) oder durch den Sammelkauf eines relativ geringwertigen Gutes (100 x DM 0,50).

Die Ordinate trägt die Preisrationalität des potentiellen Käufers in Prozenten. Außerdem zeigt die Ordinate die Vollständigkeitsgrade der vorliegenden Informationen und Präferenzen an. Die Gerade AB, die im Ordinatenwert 100 parallel zur Abszisse verläuft, vereinigt alle Punkte, in denen hundertprozentige Preisrationalität vorliegt, d.h., hier richtet der Verbraucher seine Kaufentscheidung 100%ig nach dem Preis aus.

Die Vielzahl aller Einflußmöglichkeiten auf das Preisbewußtsein soll, mit Rücksicht auf die bessere Übersichtlichkeit, in eine Informations- und eine Präferenzkurve zusammengefaßt werden. Die Informationskurve soll alle Möglichkeiten in sich vereinen, die dem Verbraucher für Qualitäts- und Preisvergleiche zur Verfügung stehen. Die ebenfalls tendenziell geradlinige Präferenzkurve stellt die Summe aller Bemühungen dar, die der anbietende Handelsbetrieb - ohne Einsatz der Preispolitik - unternimmt, um Nachfrage an sich zu ziehen. 118)

Der Untersuchung gehen folgende Überlegungen voraus: Beabsichtigt der Haushalt einen Kauf, dann werden seine Bemühungen um Markttransparenz um so intensiver sein, je höher der Wert des ins Auge gefaßten Kaufgutes ist. Handelt es sich um einen relativ geringfügigen Wert, dann wird

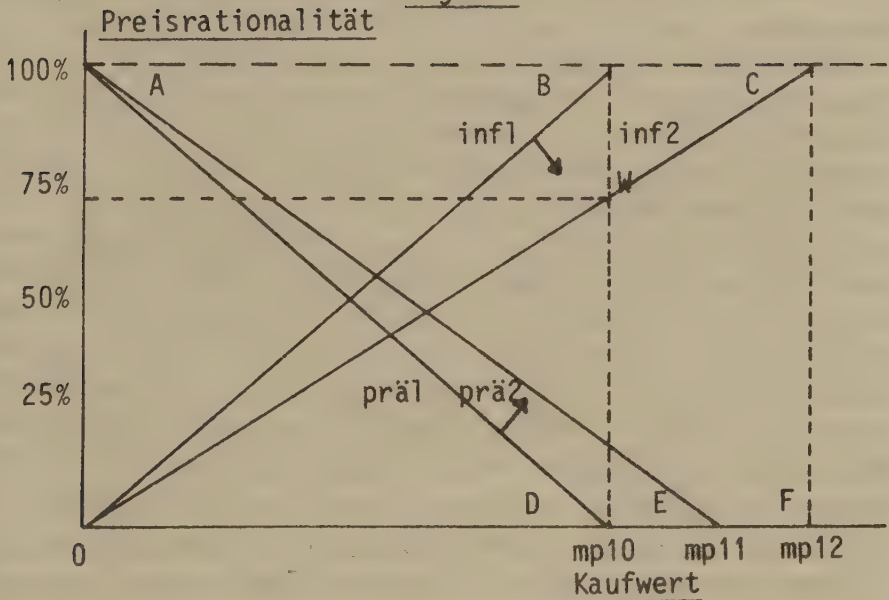
118 Durch die so hervorgerufenen subjektiven Meinungsunterschiede wird ein objektiv homogenes Gut zu einem faktisch ungleichartigen. Vgl. Stackelberg, H. v.: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Tübingen 1951, S. 219. Es handelt sich um den entscheidenden Unvollkommenheitsfaktor der unvollständigen Konkurrenz.

er sich entsprechend oberflächlicher informieren. Dagegen wird sich mit steigendem Wert auch sein Informationsgrad erhöhen. 119) Erreicht die individuelle Informationskurve (inf 1) die Vollständigkeitsgrade (AB), dann liegt der Kaufwert vor, bei dem der Konsument die Mühe für angebracht hält, sich 100%ig zu informieren. In der Figur gibt der Abszissenpunkt mp 10 den Kaufwert an, bei dem sich der Käufer um 100%ige Markttransparenz bemüht. Geht die Präferenz, d.h. das Bündel von Präferenzen des untersuchten Betriebes (prä 1), nicht über diesen Punkt hinaus, dann wird der Haushalt seine Kaufentscheidung rational nach dem Ergebnis seiner 100%igen Markttransparenz ausrichten. Das gleiche gilt, wenn die Präferenz nicht so stark ausgeprägt ist, also nicht an den Punkt mp 10 heranreicht.

Bei dem Kaufwert mp 9 wird der potentielle Käufer nicht die Mühe zur vollständigen Information aufwenden, sondern im Schnittpunkt D mit der Informationsgeraden seine Anstrengungen um Erlangung einer Markttransparenz abbrechen. Er handelt in diesem Falle nur zu ca. 75 % preisrational. Er wird seine Kaufentscheidung entsprechend diesem niedrigeren Informationsstand treffen, wenn die Präferenzen des untersuchten Betriebes nicht über diesen Punkt hinausreichen.

119 Vgl. hierzu: "Gründe für den Einkauf 'noch weiter weg' "Emnid: Der Arbeitsmarkt im Unteren Bayerischen Wald -Befragung von 1118 Arbeitern im Jahre 1967 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr-, S. 27

Fig. 2



Die obige Figur soll die Möglichkeiten verdeutlichen helfen, welche den Einzelhandelsunternehmen, die dem nachfragenden Haushalt als Marktpartner gegenüberstehen, gegeben sind, um auf Gebrauchsgüter gerichtete Kaufentscheidungen erst bei möglichst hohen Kaufwerten von der Preistransparenz beeinflussen zu lassen. Der Handelsbetrieb kann einmal die Informationsmöglichkeiten verschlechtern. Er könnte zum Beispiel durch Produktdifferenzierung den Qualitätsvergleich erschweren. Durch ein derartiges Einwirken auf die gegebenen Informationsmöglichkeiten würde die Informationsgerade in ihrem Neigungswinkel beeinflusst und von OB (inf 1) auf OC (inf 2) fallen. Ein Haushalt, der beim Kaufwert $mp\ 10$ bisher die Möglichkeit hatte, sich 100%ige Markttransparenz zu verschaffen, kann sich jetzt auf Grund der verschlechterten Informationslage, mit dem gleichen Aufwand an Bemühungen, nur zu ca. 70 % preistransparenz verhalten. Die Möglichkeit zur vollständigen Information wird ihm jetzt erst bei dem Kaufwert $mp\ 12$ geboten.

Zum anderen können die Präferenzbereiche durch Anbieteraktivitäten erweitert werden. Mit Hilfe der Werbung und anderer akquisitorischer Maßnahmen kann Nachfrage - ohne Anwendung der Preispolitik - im Interesse der Anbieter gesteuert werden. Auf Grund ihrer hohen Werbeetats genießen hier Großanbieter besondere Vorteile. Die Präferenzkurve würde sich unter dem Einfluß solcher Anbieteraktivitäten von AD (prä 1) nach AE (prä 2) verschieben. Ein potentieller Käufer, der also bisher bei gegebener Informationslage OB (inf 1) und dem Präferenzstand AD (prä 1) schon bei dem Kaufwert mp_{10} 100%ig preisrational handelte, wird sich jetzt auf Grund der verbesserten Präferenzlage (prä 2) zum Kauf bei dem erfolgreichen werbenden Anbieter entscheiden. Volle Preisrationalität wird dieser Konsument erst wieder außerhalb des Präferenzbereiches erlangen. Mit anderen Worten, der Haushalt wird sich erst bei einem Kaufwert, der höher liegt als mp_{11} , von dem Einfluß der Präferenzen frei machen. Entsprechend seiner hundertprozentigen Markttransparenz, die ihm durch die günstige Informationslage (inf 1) geboten wird, ist dann seine Kaufentscheidung nur vom Preis abhängig.

Bei der anschließenden Betrachtung der Entscheidungsfindungen im Vollzuge der Konsumvermögensbildung wird unter anderem zu untersuchen sein, inwieweit die Qualität der auf Gebrauchsgüter gerichteten Kaufentscheidungen durch unzureichende Informationen und Präferenzbindungen beeinflußt wird. Es bleibt also festzustellen, bei welchen Gebrauchsgütergruppen ein Verhältnis zwischen Kaufpreis je Kaufakt und verfügbarem Einkommen vorliegt ¹²⁰, das rational ausgerichtete Entscheidungen wahrscheinlich macht.

¹²⁰ Vgl. hierzu: "Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern nach dem Kaufpreis der Gebrauchsgüter", Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Heft 1970, S. 156 f. und Budgets- und Ausgabenrechnungen ausgewählter privater Haushalte (Tab. 7 u. 8 im statistischen Anhang).

II. Entscheidungsbildungen und Verhaltensabläufe

Rationales Verhalten, d.h. das Treffen einer bewußten Wahl zwischen Alternativen, setzt einmal das Wissen um Vorliegen des zu lösenden Problems und zum anderen das Abwägen verschiedener Handlungsalternativen sowie die daran anschließende, von bestimmten Prinzipien geleitete, freie Auswahl unter ihnen voraus. Die Wahrnehmung einer neuen Situation und das bewußte Suchen nach einer Lösung des durch sie geschaffenen Problems, also das Reagieren in einer neuen speziellen Art und Weise, ist das hauptsächliche Unterscheidungsmerkmal problemlösenden Verhaltens gegenüber einem mechanischen, sich wiederholenden Routineverhalten (Habitualisierung) innerhalb unveränderter festbe gründeter Bahnen.

Die Konsumtheorie unterscheidet zwischen der formalen Rationalität, die ohne Vorliegen eines Nutzentheorems ausschließlich auf die Art des Zustandekommens der Entscheidung bezogen ist, und der substantiellen Rationalität, welche sich auf den Gehalt der Entscheidung unter der Annahme bezieht, der Haushalt handele streng nach der Leitmaxime der Nutzenmaximierung. Um diesem Gedanken gang zu entsprechen, müßte der Haushalt seinen jeweiligen Befriedigungsgrad messen und sich über die gegebenen Befriedigungsmöglichkeiten irrtumsfrei informieren können. Darüber hinaus müßten alle zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen bekannt sein und ein Zustand gesellschaftlicher Isolierung ohne sozialbegründeter Einflüsse herrschen. Gegenüber dieser objektiven Rationalität ist die Vorstellung von einer subjektiv verstandenen Rationalität neuer Prägung Gegenstand moderner Forschungsrichtungen.

Rationalität liegt demzufolge auch vor, wenn nur unvollkommene Information vorliegt und nur eine gute oder befriedigende Lösung des Entscheidungsproblems erreicht wird. Es ist auch nicht notwendig, den sozialen Konnex aus-

zuklammern und damit eine lebensfremde Isolierung des Haushaltes gegenüber sozialen Einflüssen zu unterstellen. Aktivitäten im Rahmen der Konsumvermögensbildung sind also daraufhin zu untersuchen, wo im weiten Feld der möglichen Verhaltensweisen zwischen einer so verstandenen Rationalität und vollständiger Habitualisierung die Entscheidungsabläufe anzutreffen sind, die sich auf die unterschiedlichen Bedarfsgruppen langlebiger und hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe richten. 121)

1. Die Entscheidungsbildung beim Kauf

Im Gegensatz zu früheren Auffassungen, das sei noch einmal erwähnt, wird der Haushalt nicht mehr als eine nach außen isolierte Institution angesehen, sondern als ein Entscheidungsträger, der in seinen Aktionsmöglichkeiten in umwelt- und gruppenspezifischer Weise begrenzt und gelenkt wird.¹²²⁾ Sein Handeln ist also, ohne daß der Begriff der Willensfreiheit dadurch abgewertet würde, nur in den Grenzen des ihm durch soziokulturelle Normen, eigene Erfahrungen und eigene Einsicht vorgegebenen Entscheidungshorizonts frei. "Welche Bedürfnisse auftauchen und wie sie befriedigt werden, welche Bedarfe sich bilden und wie sie gedeckt

121 Vgl. hierzu die Ausführungen über die Plastizität des Antriebslebens (nach Gehlen) und der Lebensökonomie, d. h. des Wirtschaftens mit der knappen psychischen Energie bei: Meyer-Dohm, Sozialökonomische Aspekte . . . , a. a. O., S. 118ff. sowie S. 100 Strümpel: Wirtschaftliche Entwicklung und menschliches Verhalten, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Berlin 1964: In diesem Beitrag weist Strümpel insbesondere auf die interkulturellen Unterschiede des menschlichen Handelns hin; Katona: Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, a. a. O., S. 57ff. und: Die Macht der Verbraucher, a. a. O., S. 204ff. sowie speziell im Hinblick auf Gruppenzugehörigkeit und Gruppeneinfluß S. 197

122 Schmölders: Der wirtschaftende Mensch als soziales Wesen, aus: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 14, Heft 5, o. O., 1960, S. 447

werden, bestimmt sich letzten Endes nach der herrschenden Norm." 123)

Auch die Rangfolge der Bedarfe ist weitgehend das Produkt von Gewohnheiten und Normen. "In jeder Gruppe bilden sich Bedarfe heraus, deren Deckung als wichtiger (ehrevoller, nützlicher, natürlicher) angesehen wird als die anderer Bedarfe, und bei jedem Einzelmenschen bilden sich Wertvorstellungen und Gewohnheiten, die zum Teil mit den Bedarfsnormen der Gruppe übereinstimmen, zum Teil aber auch, innerhalb eines gewissen von der Gesellschaft definierten Freizügigkeitsspielraumes, individuell variieren." 124) Die gruppenspezifische Dringlichkeitsrangfolge kann sich auf dem Wege der Habitualisierung ergeben oder aber bei anderen - in der Regel höherwertigen - Bedarfen im Vollzuge eines überwiegend rational bestimmten Entscheidungsprozesses. Welche Bedarfe aber habituell fixiert sind, darüber entscheidet die Gruppennorm ebenso wie über die nichtfixierten Bedarfe: "So kann sich aus dem Zusammenspiel der stabilisierenden Faktoren ein Verhalten ergeben, dessen Ergebnisse von denen eines rationalen und bewußt planenden Verhaltens nicht entscheidend abweichen." 125) 126)

123 Scherhorn: Bedürfnis und Bedarf, a. a. O., S. 82

124 Scherhorn: Bedürfnis und Bedarf, a. a. O., S. 90

125 Scherhorn: Ebenda, S. 92

126 Vgl. darüber hinaus bei Scherhorn die ausführliche Darstellung der komplizierten Beziehungen zwischen Konsumnormen, Konsumgewohnheiten und Bedürfnisstruktur; "... Denn obwohl Gewohnheiten zu Normen und Bedürfnissen und Bedürfnisse zu Normen und Gewohnheiten werden können usw., obwohl also insoweit kein objektiver Unterschied zwischen diesem Phänomen besteht, sind sie dennoch nicht dasselbe." S. 91 und "Der Unterschied zwischen Bedürfnis, Gewohnheit und Norm wird insoweit verwischt, als die Bedürfnisse sich auf dem Wege der Habitualisierung formieren, und insofern als die habitualisierten Verhaltensweisen institutionell determiniert, also normbestimmt sein können. Damit werden auch die Bedürfnisse normbestimmt und zugleich normhaft, wie das Erwerbsstreben, das normbestimmt und zugleich Norm ist." Scherhorn: Ebenda, S. 83ff.

Darin, daß es sich in jedem Falle um stabilisierte und prognostizierbare Verhaltensweisen handelt, liegt eine hier in erster Linie interessierende Aussage.

Der Dringlichkeitsgrad, welcher den Verfügungsbedarfen über langlebige Gebrauchsgüter im einzelnen zugemessen wird, ist also weitgehend von gruppenspezifischen Konsumnormen und Konsumgewohnheiten abhängig, die diese Rangfolge konstituieren und ihrerseits von physischen, psychischen, sozialen, technischen und vielen anderen Faktoren bestimmt sind. ¹²⁷⁾ Darüber hinaus wirkt sich der Haushaltstyp in Verbindung mit dem Nutzungstyp des Gebrauchsgutes auf die Dringlichkeitsskala aus: Der arbeits-extensive Vergabehaushalt, der fast alle Haushaltspflichten gesellschaftlichen Institutionen überlassen hat, wird den produktiven Nutzungsmöglichkeiten der sogenannten Haushaltsmechanismen weit weniger Bedeutung beimessen als der hochtechnisierte und arbeitsintensive Dienstleistungshaushalt, dessen Interesse primär darauf gerichtet ist, im eigenen Haushalt so viele Dienstleistungen wie irgend möglich zu erstellen. ¹²⁸⁾

Auch die Art der Entscheidungsfindung wird weitgehend von der Gruppennorm bestimmt. Ob der Haushalt bei seiner Kaufentscheidung für ein objektiv hochwertiges Gebrauchsgut ein tendenziell rational bestimmtes Verhalten zeigt, ob also eine Steuerung durch das Bewußtsein vorliegt oder ob Gewohnheiten sein Handeln bestimmen, richtet sich in erster Linie nach dem Entscheidungsgewicht, d. h. nach dem Verhältnis des Anschaffungspreises zum verfügbaren Einkommen der Periode und damit mehr oder weniger nach gruppenspezifischen Kriterien wie der Einkommens-

127 Scherhorn: Bedürfnis und Bedarf, a. a. O., S. 90f.

128 von Schweitzer: Überlebt der Haushalt das Jahr 2000, a. a. O., S. 8f.

gruppe. ¹²⁹⁾ Dabei ist zu beobachten, daß der Haushalt in der Regel den Belastungen seiner psychischen Energie, ¹³⁰⁾ die ein problemlösendes Verhalten mit sich bringt, gerne aus dem Wege geht. Echte Entscheidungen verlangen nämlich bestmögliche Information über alle Handlungsalternativen, Abwägen möglicher Handlungsergebnisse und Fällen von Einzelentscheidungen nach bestimmten Prinzipien.

Demgegenüber bietet die Orientierung an Normen und Ausrichtung nach Gewohnheiten einen spürbaren Entlastungseffekt. Psychische Energie ist knapp und der Mensch geneigt, damit infolgedessen wirtschaftlich umzugehen. Auch im Rahmen der Konsumvermögensbildung vollzieht sich deshalb ein bemerkenswerter Teil der Kaufentscheidungen auf eine Weise, die eher Züge einer Habitualisierung aufweist als den Kriterien formalen Rationalverhaltens genügt. Dabei ist festzuhalten, daß auch habituelle Verhaltensweisen positive Eigenschaften haben können: Erstens wird durch die Freisetzung psychischer Energie möglicherweise erst der Weg frei gemacht für die Hinwendung zu ethisch höher einzuschätzenden Entscheidungsobjekten, und zweitens sind viele Gewohnheiten durch echte Entscheidungen begründet worden.

Wo sind nun aber im weiten Bereich des Gütersystems die Gebrauchsgüter anzutreffen, deren Beschaffung überwiegend mit echten Entscheidungen verbunden ist, und wo gewinnt die Habitualisierung an Gewicht? Eine Beantwortung dieser Frage ist nur mit Einschränkungen möglich. Wenn Nemschak sagt: "... Die Anschaffung dauerhafter Konsumgüter wird von den Konsumenten in der Regel sorgfältig geplant. Man versucht, sich einen Überblick über das Marktangebot zu verschaffen, erwägt Alternativen, berät sich im

129 Scherhorn: Ebenda, S. 92

130 Vgl. hierzu die Ausführungen zur "Ökonomie des menschlichen Lebens" bei Meyer-Dohm: Sozialökonomische Aspekte ..., a. a. O., S. 118ff.

Kreise der Familie oder mit Fachleuten und entscheidet sich erst nach reiflicher und meist monatelanger Überlegung für ein bestimmtes Gut. Dieser 'Problemkonsum' unterscheidet sich wesentlich vom 'Gewohnheitskonsum', " 131) so meint er hiermit sicherlich Gebrauchsgüterkäufe von subjektiv hohem Entscheidungsgewicht. Mit steigendem Wohlstand nimmt jedoch das gruppenspezifisch bestimmte Entscheidungsgewicht bestimmter Gebrauchsgüterkäufe ab; im gleichen Maße weicht die echte Entscheidung habituellen Verhaltensweisen.

Wählt man die Unterscheidung nach den großen Bedarfsgruppen, dann läßt sich unter besonderer Berücksichtigung von Gruppenzugehörigkeit und Entscheidungsgewicht folgende Zuordnung feststellen: Problemlösendes Verhalten ist ohne Einschränkung bei der Deckung von Spitzenbedarfen anzunehmen. Der Kauf eines Automobils oder der Bau eines Eigenheimes sind Vorgänge von so gravierender Bedeutung, daß der Entscheidungsprozeß in aller Regel von umfassenden Informationsvorbereitungen und vernünftigen Abwägungen aller Alternativen begleitet sein wird. Andere Käufe, die dem Konventionsbedarf oder dem Grundbedarf zuzurechnen sind, umfassen jedoch eine so weite Wertskala, daß hier sowohl problemlösende wie gewohnheitsmäßige Verhaltensweisen ineinander übergehen, ohne daß eine exakte Abgrenzung nach objektiven Kriterien (z.B. eine Einteilung nach bestimmten Gebrauchsgüterkategorien) möglich wäre; jedoch darf gesagt werden, daß geringwertige Gebrauchsgüter tendenziell stärker zu einer Habitualisierung der auf

131 Nemschak, Franz: Der private Konsum in der wachsenden Wirtschaft, in: Vorträge und Aufsätze, Hrsg. Oesterreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 17, Wien 1961, S. 9f.

So auch Katona, George: Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960, S. 78f. u. S. 176: Nicht habituelle Ausgaben. Vgl. aber auch: Schmölders, G. in Zusammenarbeit mit Scherhorn, G. und Schmidtchen, G.: Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Heft 10, S. 66ff.: -Hauswirtschaftliche Rationalität -

sie gerichteten Kaufverhalten neigen. ¹³²⁾ Hinzu kommt bei geringeren Werten das verstärkte Auftreten einer Erscheinung, die bereits unter dem Begriff der "subjektiven Angebotsgesamtheit" einer näheren Betrachtung unterzogen wurde.

Nur eine Verhaltensform ist nicht anzutreffen: Emotionales oder impulsives Kaufverhalten, das - losgelöst von jeder Methodik - der wissenschaftlichen Erforschbarkeit entzogen ist und keine Prognosen erlaubt. Mit zunehmendem Entscheidungsgegewicht verliert diese Verhaltensweise an Bedeutung und kann deshalb in dieser Untersuchung des Vollzugsverhaltens im Rahmen der Konsumvermögensbildung unbeachtet bleiben.

2. Die Entscheidungsbildung beim Erwerb

Die vorangegangene Betrachtung hat gezeigt, daß sich die auf hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe gerichteten Kaufentscheidungen des Haushalts auf einem von verschiedenartigen Stabilisatoren durchsetzten Entscheidungsfeld vollziehen und sowohl Merkmale einer formal verstandenen Rationalität als auch einer Habitualisierung aufweisen können. Die daran anknüpfende Frage nach Art und Konsistenz des dadurch induzierten Arbeitsverhaltens wendet sich einer Verhaltensebene zu, die im Bereich andersgeleiteter Einflüsse liegt. Die komplexen Be-

¹³²⁾ Gewisse Anhaltspunkte lassen sich aus einer Kombination folgender Forschungsergebnisse gewinnen: "Ausgabefähiges Jahreseinkommen und -einnahmen privater Haushalte ...", Wirtschaft und Statistik, Heft 4/73, S. 265; die Ausstattung mit einigen ausgewählten Gebrauchsgütern des gleichen Erhebungsjahres, Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1970, S. 265, und Kaufpreis dieser Gebrauchsgüter, Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Reihe 18, Heft 1970, S. 156 f.

ziehungen zwischen beiden Verhaltensebenen ¹³³⁾ zeigen sich besonders zugänglich einer Betrachtungsweise, welche die Freizeit als ein wirtschaftliches Gut ¹³⁴⁾ ansieht und sie letztlich der Arbeitszeit als alternative Zielvorstellung im Zeitverhalten gegenüberstellt. ¹³⁵⁾

Es stellt sich nun die Frage, in welcher Form der Haushalt im Vollzuge seiner Konsumvermögensbildung die auf sein Arbeitsverhalten wirkenden Entscheidungen trifft. Dabei ist davon auszugehen, daß die absolute und relative Variante der bedarfsinduzierten Mehrarbeit in einem Kombinations- oder aber auch Komplimentaritätsverhältnis zueinander stehen. Dabei gehört das isolierte Auftreten der ersteren Form zu den Ausnahmefällen, weil sozialgefestigte Haushalte, die sich aus finanziellen Erwägungen zu Überstunden oder zur Erwerbsarbeit der Hausfrau entscheiden, nur selten ihrem Wunsch nach einer weiteren Verkürzung der kollektiv vereinbarten Arbeitszeit ¹³⁶⁾ mit unveränder-

¹³³ Schneider spricht hierbei von einem Spiegelbildproblem, das nur synchron zu lösen ist. Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 2. Bd., 9. Aufl., Tübingen 1964, S. 26ff.

¹³⁴ Über die Behandlung der Freizeit als wirtschaftliches Gut vgl. u. a. Samuelson, Paul, A.: Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., 2 Bd., Köln 1964, S. 440; Oswald v. Nell-Breuning: Freizeit, in: Handbuch für Sozialwissenschaften, Göttingen 1961, S. 140; Kuznets, S.: Longterm Changes in the National Income, S. 63ff. zitiert bei: Helga Schmucker: Langfristige Strukturwandlungen des Verbrauchs ..., a. a. O., S. 150

¹³⁵ Katona, Strümpel, Zahn: Zwei Wege zur Prosperität - Konsumverhalten, Leistungsmentalität und Bildungsbereitschaft in Amerika und Europa, 1. Auflage, Wien und Düsseldorf 1971, S. 149ff.

Meyer-Dohm: Arbeitszeitverkürzung und Verbrauchsverhalten, in: Arbeitszeit und Freizeit, in: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 15, Berlin 1961, S. 44 und in: Sozialökonomische Aspekte ..., a. a. O., S. 93ff.

¹³⁶ Wie sich die Wünsche des Einzelnen beim Abwägen zwischen Arbeitszeit und Freizeit im kollektiven Willensbildungsprozeß manifestieren, beschreibt ausführlich: Specht: Arbeit-Beruf-Freizeit, in: Arbeitszeit und Freizeit, a. a. O., S. 94ff.

ter Intensität Ausdruck verleihen werden. Diese Abschwächung des allgemeinen Freizeitbegehrens vollzieht sich unbewußt und ist dann mit erhöhter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, wenn der absolute Mehreinsatz als deutliches Opfer empfunden wird; zum Beispiel dann, wenn die Hausfrau die Sorgepflicht gegenüber ihren Kindern anderen Institutionen überlassen muß.

Das Nebeneinander der beiden Verhaltensvarianten und ihre gegenseitige Beeinflussung darf aber nicht davon abhalten, die für sie typischen Entscheidungsformen in einer getrennten Betrachtung herauszustellen. Wie trifft nun also der Haushalt seine Entscheidungen über den relativen Mehraufwand an Arbeitsleistung, dessen monetärer Niederschlag zum Haushaltsausgleich führt? Sicherlich nicht bewußt und nicht im Sinne eines für jeden Einzelfall vorgenommenen Abwägens von Alternativen, sondern vielmehr auf dem Wege einer durch Gewohnheiten geprägten Habitualisierung und unter deutlicher Ausrichtung an den Normen und Werten, die der Erwerbsstandard als Richtgrößen vorgibt. Der Erwerbsstandard, als Komponente des gruppenspezifischen Lebensstandards, weist wiederum enge Beziehungen zum Konsumstil der betrachteten

Haushaltsgruppe auf. ¹³⁷⁾ Mit anderen Worten: Der Haushalt richtet sich im Vollzuge seiner Konsumvermögensbildung auch in seinem Zeitverhalten, d.h. in der von ihm wählbaren Relation zwischen Freizeit und Arbeitszeit, weitgehend nach dem Normalverhalten seiner Gruppe.

Das auf den relativen Teil der güterinduzierten Mehrarbeit gerichtete Arbeitsverhalten vollzieht sich also überwiegend auf dem Wege der Habitualisierung und ist außerdem streng orientiert an den Normen und Institutionen der modernen Arbeitswelt. Sein Stabilitätsgrad ist besonders hoch. In einer individuell fixierten Grenzzone beginnt die Überlagerung des relativen Teils durch das absolute Mehr an Arbeitsleistung, welches der Haushalt zur Finanzierung derjenigen Gebrauchsgüterbedarfe erbringen muß, die außerhalb seines alltäglichen Begehrkreises liegen. Dieses übergreifende Ergänzen der beiden Verhaltensweisen geht vor sich, ohne daß vom Haushalt ein einzelner Verfügungsbedarf als auslösendes Element wahrgenommen würde, vielmehr wird in

¹³⁷ Auf die gleichgewichtige Abstimmung von Konsumstandard und dem Zeitstandard, als Leitbild der Zeitverwendung, weist hin: Meyer-Dohm: Arbeitszeitverkürzung und Verbrauchsverhalten, a. a. O., S. 48 und von demselben Autor: Sozialökonomische Aspekte . . . , a. a. O., S. 153: Das Zeitbudget ist streng normiert, und S. 164: Die externe Determination der Zeitstruktur.

Die gegenseitige Beeinflussung, die sich hierbei zeigt, wird angesprochen von: Scherhorn: Bedürfnis und Bedarf, a. a. O., S. 83: "Damit werden auch die Bedürfnisse normbestimmt und zugleich normhaft, wie das Erwerbstreben, das zugleich normbestimmt und selbst Norm ist (es definiert den Betrieb wie es vom Betrieb definiert wird)."

Nach Michanek und Ohlsson handelt es sich bei der Wahl zwischen Freizeit und Verbrauch von Waren und Dienstleistungen um eine Wahl auf gleicher Ebene; Michanek, Ernst und Ohlsson: Verkürzung der Arbeitszeit - Untersuchungen des Schwedischen Sozialministeriums, Göttingen 1958, S. 91

Aus einer Umfrage in der BRD von 1968 geht hervor, daß nur 1 % der befragten Haushalte eine kurze Arbeitszeit für den wichtigsten Aspekt der Berufswahl halten, Katona, Strümpel, Zahn: Zwei Wege zur Prosperität,

der Regel die Notwendigkeit einer zusätzlich zu erbringenden absoluten Mehrleistung als Konsequenz einer allgemeinen Bedarfsausweitung erkannt; allerdings mit Ausnahme von Spitzenbedarfen wie Eigenheimen, Eigentumswohnungen oder Grundausstattungen bei Haushaltsneugründungen. In diesen Fällen wird die Verhaltensänderung ausgelöst durch konkretisierte Einzelbedarfe. Wodurch unterscheidet sich nun aber grundsätzlich die Verhaltensauslösung im Falle absolut erbrachter Mehrarbeit gegenüber derjenigen des zuerst geschilderten Falles? Ist auch dieses Verhalten habituell gesteuert oder werden hier Einzelentscheidungen herbeigeführt, die den Ansprüchen eines subjektiv und formal verstandenen Rationalitätsaxioms erfüllen?

Ein so verstandenes Rationalverhalten ist schon dann gegeben, wenn eine mehr oder weniger unvollkommene Information vorliegt, eine gute oder auch nur befriedigende Lösung des Entscheidungsproblems anzunehmen ist und der soziale Konnex in die Überlegungen mit einbezogen wird. Voraussetzung ist ein vom Bewußtsein gesteuertes Handeln. Die Frage, ob der Haushalt seine Entscheidungen hinsichtlich absoluter zusätzlicher Arbeitsstunden in dieser Weise trifft, ist ohne Schwierigkeit mit Ja zu beantworten. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit vollziehen sich solche Entscheidungen folgendermaßen: Der betrachtete Haushalt steht vor der Wahl, die Menge seiner bisher am Markt zur Verfügung gestellten Arbeitsleistung (einschließlich des unbewußt erbrachten relativen Teils der güterinduzierten Mehrarbeit) beizubehalten oder eine weitere Ausdehnung seiner Gebrauchsgüterbedarfe durch Überstunden, Zweitbeschäftigungen und/oder Erwerbsarbeit der Hausfrau zu finanzieren. Der Haushalt steht letztlich vor der Wahl zwischen Freizeit und Arbeitszeit. Die einmalig notwendige Entscheidung verändert nicht selten das Familienleben auf längere Sicht und wird in der Regel als schwerwiegend empfunden. Die Wahl zwischen den alternativen Entschei-

dungsmöglichkeiten Freizeit oder Arbeitszeit stellt sich dem Haushalt in aller Deutlichkeit und ist in ihren Folgeerscheinungen hinlänglich bekannt.

Der Haushalt weiß also das Opfer abzuschätzen, das er sich mit einer Verschiebung seiner disponiblen Zeit zugunsten absoluter Mehrarbeit abverlangt. Durch diese klaren Entscheidungsvoraussetzungen unterscheidet sich die Zeitent-scheidung von fast allen anderen Entscheidungsprozessen im Haushaltsbereich. Die Entscheidungsträger sind bemüht, das sich stellende Problem auf bestmögliche Weise zu lösen; nicht zuletzt deshalb, weil es sich um eine Entscheidung der engsten Individualsphäre handelt. Ob das gefundene Ergebnis in seiner objektiven Qualität dem Maximierungsprinzip entspricht, ist unerheblich; die formale Rationalität bezieht sich lediglich auf den Weg der Entscheidungsfindung. Dieser Weg ist durch die besten Voraussetzungen für eine rationale Entscheidung gekennzeichnet: Die Entscheidungsfindung selbst wird auf Grund des Entscheidungsgewichts durch einen besonders hohen Einsatz an Verstandeskräften bestimmt.

3. Die Entscheidungsbildung beim Sparen

Wie kommt es nun zu den Entscheidungen, die der Haushalt im Verfolg seiner Sparziele zu treffen hat und wie ist das Entscheidungsfeld strukturiert, in dem sich die Sparentschlüsse bilden? Sicherlich beeinflusst auch hier der

Sparstandard 138) 139) das Haushaltsverhalten. Ob allerdings die Enge der Beziehung mit dem Konsumstandard oder sogar den Normvorgaben des Erwerbsstandards vergleichbar ist, muß bezweifelt werden. Einerseits gibt es innerhalb bestimmter sozialer Gruppen Vorstellungen darüber, was an einzelnen Sparformen angemessen und üblich ist (z.B.: Bausparkasse, Hypotheken, Autofinanzierung), andererseits fehlt im Gegensatz zum Konsum- und Arbeitsstandard die Transparenz für einen quantitativen Überblick. Mit anderen Worten: Dem einzelnen Haushalt bleibt es verborgen, wie hoch die gruppenspezifische Sparsumme innerhalb der Sparformen liegt. Das Entscheidungsfeld ist also durch Normen weniger stabilisiert als bei Arbeits- oder Konsumentenentscheidungen. Dem Haushalt bleibt dadurch ein größerer Entscheidungsspielraum in der Gestaltung seiner Sparaktivitäten: Die innerhalb dieses Spielraumes zu treffenden Entscheidungen sind in aller Regel echt. 140)

138 Fricke, Dieter: Das Sparen im Spannungsfeld der Bedürfnisse - Eine Kritik der Sparfunktion, in: Wirtschaftstheorie als Verhaltenstheorie, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Heft 11, Berlin 1969, S. 53: "Vielmehr richtet es sich weitgehend nach den herrschenden Standards, die ihm (dem Individuum, d. V.) angeben, wie Konsum, Vermögensbildung, sonstige Risikoabsicherungen und Freizeit quantitativ zueinander stehen sollen."

139 Vgl. hierzu aus einer empirischen Untersuchung des Meinungsbildes der erwachsenen Bevölkerung "Präferenz von Eigenvorsorge oder staatlicher Sozialvorsorge", Emnid: Einstellung, Meinungsbild und Verhaltenstendenzen der Bevölkerung zur vermögenspolitischen Auseinandersetzung, S. 48, und "Vorsorgespahren nach Geschlecht, Altersgruppe und Familieneinkommen", Ebenda

140 Katona, Strümpel, Zahn: Zwei Wege zur Prosperität - Konsumverhalten, Leistungsmentalität und Bildungsbereitschaft in Amerika und Europa, 1. Auflage, Wien und Düsseldorf 1971, S. 82 und Peter Meyer-Dohm: Sozialökonomische Aspekte ..., a.a.O., S. 154

Zusammenfassung des ersten Teils

Die Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft hat auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens tiefgreifende Veränderungen ausgelöst. Auch im Bereich individueller Verhaltensweisen haben sich Wandlungen vollzogen: Mit dem steigenden Realeinkommen nimmt der Spielraum freier Entscheidungsfindungen zu. Das gilt nicht nur für die Verbrauchsentscheidungen des Haushalts, sondern ebenso für die Gestaltung seiner Erwerbsverhältnisse und Sparleistungen. Eines der vornehmsten Erscheinungsbilder des industriellen Fortschritts ist die weitgehende Freistellung des Menschen vom Zwang einer vollen Ausnützung seiner Arbeitskraft. Die Höhe seines Einkommens ist damit nicht länger kongruent mit seinem physischen Leistungsvermögen. Oberhalb einer bestimmten Grenze liegt es in seinem Ermessen, wieviel Raum innerhalb eines freien Dispositionsbereiches der Freizeit oder der Arbeitszeit zugemessen wird. Das Sparverhalten zeigt eine eigenständige Entwicklung: Mit der Übernahme der individuellen Altersvorsorge und allgemeinen Lebenssicherung durch öffentliche Aufgabenträger nimmt das Vorsorgesparsparen allmählich ab und das Sparen für konkrete oder noch zu treffende Verwendungszwecke zu.

Der Wahlbedarf privater Haushalte umfaßt einen ständig wachsenden Kreis hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe. Zu den Gebrauchsgüterkomplexen, die mit der Entwicklung zur Wohlstandsgesellschaft in den Begehrkreis weiter Bevölkerungsschichten gerückt sind, gehören nicht nur Eigenheime, Eigentumswohnungen und hochtechnisierte Grundausstattungen, sondern auch immer aufwendigere Automobile und komplette Freizeitausrüstungen wie Motorboote, Wohnwagen oder Campinggeräte. Die durch keine physische Aufnahmefähigkeit begrenzten Verfügungswünsche über Nutzungsmöglichkeiten, die der Besitz von Ge-

brauchsgütern bietet, haben den überproportionalen Anstieg der hierauf verwendeten Verbrauchsausgaben begünstigt, ohne daß damit ein Zwang zur vollständigen Wahrnehmung der gebotenen Nutzungsmöglichkeiten verbunden wäre. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland und vergleichbarer Volkswirtschaften lassen erkennen, welche Bedeutung der privaten Sachvermögensbildung heute zukommt. In den USA hat die Haushaltsnachfrage nach Gebrauchsgütern und Immobilien die Investitionsleistungen des Unternehmungssektors bereits übertroffen.

Im Gegensatz zur Güternachfrage anderer Wirtschaftssektoren ist die reale Vermögensbildung privater Haushalte durch eine Besonderheit gekennzeichnet: die Entscheidungen vollziehen sich in der Individualsphäre des wirtschaftenden Menschen und beeinflussen sein Arbeits- und Sparverhalten. Die Bedarfe der Unternehmungen und des Staates liegen außerhalb dieses individuellen Interessenbereichs. Im Haushalt, als einer Wirtschaftseinheit, die in den Gütermärkten als Nachfrager und in den Faktormärkten als Anbieter von Arbeits- und Sparleistungen in Erscheinung tritt, erweisen sich deshalb Wahlbedarfe an hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen als Antriebserlebnisse erster Ordnung. Welche Bedeutung den Kräften zukommt, die im einzelnen hinter den manifesten Verhaltensweisen stehen, hängt von vielgestaltigen ökonomischen, demographischen und sozialen Faktoren ab. So werden Einstellungen und Motivationsstrukturen durch die soziale Stellung der Haushaltsvorstände sowie durch Einkommensverhältnisse, Lebensphasen und Familienzusammensetzungen beeinflußt.

Im Rahmen einer vorläufigen Vereinfachung lassen sich drei Verhaltenshypothesen aufstellen: 1. Mit steigendem Realeinkommen je Erwerbstätigen nehmen private Wahlbedarfe an hochwertigen Gebrauchsgütern, Eigenheimen und sonstigen Gebrauchsgüterkomplexen überproportional

zu. 2. Arbeitnehmerhaushalte freier Marktwirtschaften wie der Bundesrepublik Deutschland - mit Ausnahme der obersten Einkommensgruppen - sind in der Regel bereit, zur Erfüllung solcher außerhalb ihres alltäglichen Begehrkreises liegenden Bedarfsdeckungswünsche ein absolutes und/oder relatives Mehr an Arbeitszeit generell oder aber auch für ein konkretes Objekt wie ein Eigenheim aufzuwenden bzw. auf an sich erreichbare Arbeitszeitverkürzungen (z. B. kollektiv auf Grund von Produktivitätssteigerungen) ganz oder teilweise zu verzichten. Dabei ist unter relativer Mehrarbeit die Stärkung der allgemeinen Arbeitsbereitschaft zu verstehen, während die absolute Variante der bedarfsinduzierten Mehrarbeit in Form von Überstunden, Zweitbeschäftigungen und zusätzlicher Erwerbstätigkeit weiterer Haushaltsmitglieder in Erscheinung tritt. 3. Das individuelle Vorsorgesparsen geht bei gleichzeitigem Anwachsen staatlicher Vorsorge- und Sicherungsaufgaben zurück; das an Verwendungszwecken orientierte Sparsen nimmt stattdessen zu.

In der wirtschaftlichen Wirklichkeit stellt sich das Haushaltsverhalten weitaus komplizierter dar. Die Verhaltenshypothesen sind deshalb lediglich geeignet, Ansatzpunkte für eine Überprüfung mit Hilfe empirischer Forschungsergebnisse zu liefern. So bestimmt sich zum Beispiel der Anteil am Bedarf orientierter Beweggründe innerhalb der Gesamtmotivation nach der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit des betrachteten Haushaltstyps. Eine Untersuchung des Haushaltsverhaltens muß vor allem davon ausgehen, daß ökonomische Handlungen niemals auf nur einen Beweggrund zurückzuführen sind, sei das Hauptmotiv auch noch so vordergründig und überzeugend. Motivationsstrukturen sind immer komplex. Im Bereich der industriellen Arbeit unterscheidet man üblicherweise neben den zweckrationalen Beweggründen, die auf materielle Ziele ausgerichtet sind, noch wertrationale, traditionale

und emotionale Motive bzw. Motivgruppen. Die Perzeption von Anreizen, die von Verfügungsmöglichkeiten über hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe ausgehen, wird also immer von Wahrnehmungen anderer Anreize begleitet. Zu den hier interessierenden Fragen war deshalb festzustellen, inwieweit instrumentelle Einstellungen bei den statistisch nachweisbaren Haushaltsgruppen allgemein vorherrschen und welches Einflußgewicht die Sachvermögensbildung als spezielles Antriebserlebnis hat.

Die Ergebnisse der jüngeren empirischen Forschung bieten ein fast vollständiges, aber vielgestaltiges Verhaltensbild. Aus der Gesamtheit der Haushalte wurden nur die Haushalte von Arbeitnehmern ausgewählt, weil hier in erster Linie Haushaltsvorstände von Bedeutung sind, deren Einkommen ausschließlich oder überwiegend durch die Bereitstellung von Arbeitskraft in den Faktormärkten erzielt wird. Neben Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen stellen sie mehr als 80 % der Erwerbstätigen insgesamt. Einige generell gültige Erfahrungswerte können der nachfolgenden Zusammenfassung gruppenspezifischer Grundtendenzen vorangestellt werden: Materielle Einstellungen sind bei Angehörigen gehobener Schichten schwächer ausgeprägt als in breiten Sozialschichten und bei Frauen stärker vertreten als bei Männern der gleichen sozialen Gruppe. Mit fortschreitendem Volkswohlstand nimmt die Bandbreite materieller Einstellungen zugunsten ethisch höherwertigeren Grundhaltungen ab. In der Phase relativen Wohlstandes, in der sich die Bundesrepublik Deutschland und vergleichbare Volkswirtschaften zur Zeit befinden, bestimmen finanzielle Aspekte auf Grund offener Verbrauchs- und Anschaffungswünsche in den ersten Lebensphasen die Einstellung zur Arbeit maßgeblicher als in späteren Lebensjahren. Mit höherer beruflicher Qualifikation weichen materielle Grundeinstellungen in der Regel psychologischen Aspekten wie der Freude am Beruf, Identifizierung mit der Aufgabe oder

Statusdenken. Darüber hinaus gibt es keine Gemeinsamkeiten, die für alle sozialen Gruppen allgemeine Gültigkeit hätten.

Arbeiterhaushalte stellen sich bei einer Untersuchung der Motivation des allgemeinen Arbeitsverhaltens (relative Mehrarbeit) als ungleichartige Gesamtgruppe dar. Geht man von dem weitgehend übereinstimmenden Ergebnis empirischer Forschungen aus, daß materielle Anreize approximativ die Hälfte der weitgespannten Skala aller Arbeitsanreize ausmachen, dann liegen Arbeiterhaushalte insgesamt über diesem Durchschnitt; dabei weisen die Untergruppen der Hilfsarbeiter und angelernten Arbeiter einen höheren Perzeptionsgrad als Facharbeiter auf. Innerhalb der materiellen Arbeitsanreize interessieren hier aber nur diejenigen, welche von hochwertigen Gebrauchsgütern, Eigenheimen und sonstigen Gebrauchsgüterkomplexen ausgehen. Dabei zeigt sich, daß Arbeiterhaushalte in der Regel weniger hochwertige Gebrauchsgüter nachfragen als Beamte und Angestellte der gleichen Einkommensstufe. Der Anteil nimmt (als Ganzes gesehen) mit steigendem Haushaltseinkommen bei allen Gruppen zu und mit fortschreitendem Alter ab. Beim Erwerb von Haus- und Grundbesitz wird das noch deutlicher: mit steigendem Einkommen nehmen darauf verwendete Ausgabenteile allgemein überproportional zu, zeigen aber innerhalb der gleichen Einkommensschicht bei Arbeiterhaushalten wesentlich geringere Anteilswerte als bei Angestellten- oder Beamtenhaushalten. Die Auswirkungen der Anschaffungswünsche auf das Arbeitsverhalten sind andererseits bei Arbeitern auf Grund weitergehender Gestaltungsmöglichkeiten des elastischen Arbeitsangebotes umfassender und direkter.

Eine Ergänzung des Verhaltensbildes westdeutscher Arbeiter und Arbeiterinnen ergibt sich aus der Beteiligung an extrem einkommensbezogenen Lohnformen und Überstunden:

Arbeiter beiderlei Geschlechts lassen nach einem Vergleich der Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen von 1957, 1962 und 1966 einen deutlichen Trend vom Zeitlohn zum Leistungslohn erkennen, d.h. zu einer Lohnform, die eine ausgeprägt instrumentelle Einstellung zur Arbeit voraussetzt. Im reinen Leistungslohn und in Mischformen waren im letzten Erhebungsjahr rd. 40 % der männlichen und 50 % der weiblichen Arbeiter beschäftigt. Überstunden, die überwiegend der Finanzierung von Spitzenbedarfen dienen, treten bei Facharbeitern in einer Größenordnung von rd. 10 Prozent der durchschnittlich bezahlten Stunden auf. Außerdem ist der Aufbau und die Erweiterung der häuslichen Basis bei berufstätigen Ehefrauen und Müttern vollständiger Arbeiterfamilien zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme ein hauptsächliches Arbeitsmotiv.

Das Sparverhalten zeigt ein anderes Bild. Im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 wurden zum ersten Mal in der amtlichen Statistik Sparziele der privaten Haushalte erfragt. Von den Haushalten, die im Jahre 1969 sparten (93 % aller Haushalte), sparten 17 % einzig und 40 % teilweise in der Absicht, größere Vorhaben realisieren zu können. Aus der Verteilung der Anteilswerte der Nennungen ist zu entnehmen, daß Sparziele im Rahmen der Konsumvermögensbildung (als zusammengefaßte Zielgruppe) neben dem Vorsorge- und Sicherungssparen einen wichtigen Platz einnehmen. Sparziele in diesem Sinne sind größere Einrichtungs-, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände, Eigenheime, Eigentumswohnungen und Grundstücke sowie Kraftfahrzeuge. Zwischen dem Einkommen und der Anzahl der angestrebten Sparziele besteht ein Zusammenhang: je höher das Einkommen, um so mehr Sparziele werden zu gleicher Zeit verfolgt. Sparziele im Rahmen der Konsumvermögensbildung wurden mit Abstand am häufigsten von Beamtenhaushalten genannt. Von den Arbeitnehmerhaushalten weisen Arbeiter die niedrigsten Anteilswerte dieser Art auf. Haus-

halte mit einem Angestellten als Haushaltsvorstand sparen im Vollzuge ihrer Konsumvermögensbildung etwas weniger als Beamte aber wesentlich mehr als Arbeiter.

Arbeiterhaushalte lagen im Jahre 1969 sowohl bei den Bau-sparbeiträgen als auch bei den Rückzahlungen von Krediten und Baudarlehen an letzter Stelle der Arbeitnehmerhaushalte. Dem entspricht das Grundvermögen, das in einem Gutachten des Deutschen Industrieinstitutes festgestellt wurde: nach dem Einheitswert besitzen Arbeiter nur 87 % des Grundvermögens von Angestellten und 68,5 % des Haus- und Grundeigentums von Beamten. Immobile Sparziele gewinnen kontinuierlich mit steigendem Haushaltseinkommen an Bedeutung. Von 100 Haushalten der obersten Einkommensgruppe sparten 1969 mehr als 35 für ein Haus etc. Beim Kraftfahrzeug nimmt die Zahl der Nennungen bis zu einem Nettoeinkommen zwischen DM 1000 und DM 1500 zu und dann wieder ab. Größere Einrichtungs-, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände erreichen als Sparziel ihren höchsten Stand bereits bei einem monatlichen Nettoeinkommen von DM 800 und sinken erst in der höchsten Einkommensgruppe wieder ab. Verheiratete sind weitaus eher geneigt, für ein eigenes Haus oder eine Wohnung zu sparen als Ledige; dagegen sparen Ledige mehr für größere Anschaffungen. Die Bereitschaft für immobile Sparziele nimmt mit der Personenzahl im Haushalt zu; das gilt allerdings nur bis zu einer Haushaltsgröße von 4 bis 5 Personen. Die Sparziele korrelieren auch mit dem Alter: bis zum 34. Lebensjahr dominieren größere Anschaffungen, während für ein eigenes Haus oder eine Wohnung bis zu einem Alter von 45 Jahren bevorzugt gespart wird.

Es zeigt sich also, daß sowohl das Arbeits- als auch das Sparverhalten westdeutscher Arbeitnehmerhaushalte bedeutende Unterschiede in Abhängigkeit von der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände aufweist. Darüber hinaus

liegen die Verhaltensweisen aller Berufsgruppen im Bereich von Einflüssen, die vom Einkommen, vom Lebensalter und von der Familienzusammensetzung ausgehen. Die einzelnen Ausprägungen weisen auf Grund von Normvorstellungen (Konsumstandards, Zeitstandards, Sparstandards) und verschiedenartiger Entscheidungsstabilisatoren eine Stetigkeit auf, die in Verbindung mit der Erwerbstätigenzahl bzw. dem gesamten Sparaufkommen der jeweiligen Gruppe eine Grundlage für weitergehende Betrachtungen bildet. Vorerst genügt aber die Feststellung, daß zwar die allgemeine Arbeitsbereitschaft aller Arbeitnehmerhaushalte eine enge Beziehung zum Perzeptionsgrad der materiellen Arbeitsanreize dieser Haushalte aufweist; Arbeiterhaushalte jedoch auf Grund ihrer institutionellen Arbeitsbedingungen eine Sonderstellung einnehmen: im Vollzuge ihrer Sachvermögensbildung wird nicht nur die allgemeine Arbeitsbereitschaft beeinflußt, sondern es treten auch Formen absoluter Mehrarbeit (Überstunden, Sonderschichten) auf, die fast ausschließlich der Finanzierung von Spitzenbedarfen dienen.

Zweiter Teil

Die Bedeutung des bedarfsorientierten Haushaltsverhaltens für das elastische Arbeitsangebot und private Sparaufkommen

Das im ersten Untersuchungsteil festgestellte Vollzugsverhalten, welches private Haushalte im Ablauf des Realisierungsprozesses ihrer Konsumvermögensbildung übereinstimmend und konstant erkennen lassen, kann eine Verbindung herstellen zwischen den Ergebnissen der empirischen Verhaltensforschung und gesamtwirtschaftlichem Geschehen. Die Verfügungswünsche privater Haushalte über hochwertige Gebrauchsgüter, Eigenheime und sonstige Gebrauchsgüterkomplexe lösen sowohl bei der Einkommensverwendung als auch bei der Einkommensbeschaffung der Haushalte besondere Verhaltensweisen aus. In hochentwickelten Volkswirtschaften, in denen sich die privaten Wirtschaftspläne in weitgehend freier Entfaltung auf den Güter- und Faktormärkten auswirken, insbesondere in Marktwirtschaften, deren ökonomische und soziale Gegebenheiten denen des westdeutschen Wirtschaftsraumes entsprechen, ergeben sich hieraus vielgestaltige Einflüsse auf die Verwendungs- und Entstehungsseite des Sozialproduktes.

A. Die Bedeutung der Wahlbedarfe für die Verwendung des Sozialprodukts

Wenn die Mehrheit der handelnden Wirtschaftsteilnehmer heute eine weitgehend materiell orientierte Grundhaltung erkennen läßt, so kann sich das mit zunehmender Befriedigung der bestehenden Bedürfnisse ändern. Die Dominanzen innerhalb gegebener Bedürfniskonstellationen können sich verlagern, neue Wünsche hinzutreten.

Hochentwickelte Verkehrswirtschaften wie die Bundesrepu-

blik befinden sich zur Zeit in der Expansionsstufe eines vorwiegend materiell verstandenen relativen Wohlstandes. Auch die anschließende Übergangsstufe gehört noch zur Phase des relativen Wohlstandes. In ihrem Verlauf werden die Haushaltsnachfragen nach materiellen Gütern voraussichtlich zunehmend Merkmale einer Sättigung aufweisen und die allgemeinen Wertvorstellungen in Bewegung geraten. Mit dem Eintritt in eine Phase absoluten Wohlstandes könnten die bisherigen Normen einer geistig-kulturellen oder jedenfalls immateriellen Grundeinstellung weichen. Die Verhaltensweisen privater Haushalte würden sich damit grundlegend ändern. Bei Betrachtungen, die nicht langfristig angelegt sind, darf jedoch - unabhängig von der Richtigkeit solcher Annahmen - davon ausgegangen werden, daß die heute bestehenden Wertsysteme vorerst Gültigkeit behalten werden. Davon ist hier auszugehen.

I. Nettonachfrage in einzelnen Gütermärkten

Die Nachfrage auf einzelnen Gruppenmärkten bezeichnet den mengenmäßigen Umfang der Nachfrage nach den Gebrauchsgütern oder Gebrauchsgüterkomplexen dieser Gruppe, die bei einem bekannten oder erwarteten Preis von den Haushalten einer Volkswirtschaft in der betrachteten Periode gekauft werden. In der mikroökonomischen Betrachtung wurden die Bedürfnisse nach hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen als leibseelische Zuständigkeiten mit Antriebscharakter untersucht. Es gilt jetzt, die Besonderheiten im gesamtwirtschaftlichen Wirkungszusammenhang herauszustellen, die durch die Summe der Kaufakte ausgelöst werden, nachdem sich die Bedürfnisse nach diesen aufwendigen Nutzungswerten zu Bedarfen verdichtet haben, die in einem hohen Maße durch induzierte relative und absolute Mehrarbeit mit Kaufkraft ausgestattet sind. Die Herkunft und die Motivation der für solche Zwecke verfügbaren Haushaltseinkommen sowie der Ausstattungs-

grad der Haushalte mit diesen Gütern ermöglichen Annahmen darüber, inwieweit die zukünftige Nachfrage durch Ersatz- oder durch Nettokäufe bestimmt sein wird.

Die Nettonachfrage (Gesamtnachfrage abzüglich Ersatznachfrage) entsteht durch das Auftreten neuer Käuferschichten am Markt. Der wirtschaftlich genutzte Bestand an dem speziellen Gebrauchsgut oder Aggregat wird erhöht. Nur der Überschuß der gesamten speziellen Haushaltsanschaffungen über die Abgänge ist mit dem Zuwachs des volkswirtschaftlichen Gebrauchsgüterbestandes gleichzusetzen. Der Nettonachfrage eines einzelnen Haushaltes kann der Abgang eines anderen Haushaltes gegenüberstehen. Die Nettonachfrage eines einzelnen Haushaltes kann demzufolge, gesamtwirtschaftlich gesehen, eine Ersatznachfrage sein.¹⁴¹⁾ Andererseits muß zwischen der Nettonachfrage nach Gebrauchsgütern insgesamt und nach einzelnen Spezies unterschieden werden. Nur so ist das Sättigungsproblem zu lösen.

Die relative Wohlstandssituation, wie sie für Bezieher von Durchschnittseinkommen in hochentwickelten industrialisierten Verkehrswirtschaften gegeben ist, wird durch noch unbefriedigte Bedürfnisse nach hochwertigen Gebrauchsgütern gekennzeichnet. Die Bedürfnisse sind auf Nutzungen gerichtet und werden zusätzlich durch Besitzdrang motiviert. Die für die Kaufakte erforderlichen Einkommensteile sind in hohem Maße das Ergebnis induzierter relativer oder absoluter Mehrarbeit. Somit sind Nachfragen nach diesen Bedarfsgruppen weniger zwingend durch eine gegebene Einkommensgrenze bestimmt als andere Bedarfe des elastischen Bereichs.

Anders ist es bei der Nachfrage nach einem einzelnen Gebrauchsgut. Hier ist der Bedarf nach der quantitativen Seite scharf begrenzt, während er qualitativ fast unbegrenzt bleibt.

141 Schroedel, Alfred: Die Investition des privaten Haushaltes, Diss.

Mainz 1958, S. 117f.; von Schroedel unter Investitionsaspekten betrachtet

Fast - weil bestimmte Gebrauchsgüter eine Perfektion erreicht haben, die eine Substitution durch ähnliche Erzeugnisse unwahrscheinlich machen. Eine mengenmäßige Sättigung tritt ein, wenn das Aufnahmevermögen des engen Gruppenmarktes von der Bedarfsseite voll gedeckt ist, so daß auch bei steigendem Realeinkommen die Nachfrage nicht mehr wächst, sondern sich lediglich auf die Ersatzbeschaffung beschränkt. ¹⁴²⁾ Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1962/63 ergab für die Bundesrepublik, daß die Haushalte bis zu einem Monatseinkommen von etwa 1200 DM noch keine Vollversorgung erreicht haben. Eine Ausnahme dürften lediglich Radiogeräte mit einem Ausstattungsgrad von 95 % (1962/63) ¹⁴³⁾ und einige Jahre später Kühlschränke (1969) bilden, die schon ab Einkommen von 800 DM bei mehr als 90 % der Haushalte vorhanden waren. ¹⁴⁴⁾

Die von der empirischen Forschung relativierte These des bedarfsinduzierten Arbeitsverhaltens macht deutlich, daß die Nachfrage nach hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüteraggregaten weniger vom laufenden Einkommen bestimmt wird als andere partiellen Nachfragen des Haushalts. Die durch sie mobilisierten Einkommensspitzen sind in einem gewissen Umfange eine Funktion der Nachfrage und nicht umgekehrt. ¹⁴⁵⁾ Dabei kann das Mehreinkommen durch eine absolute Erhöhung der angebotenen Arbeitsmenge bereitgestellt werden (absolute Mehrarbeit) oder aber durch relative Mehrarbeit, z. B. durch geringeren kollektiven Druck auf eine weitere Verkürzung der tariflichen Arbeits-

142 Imorbersteg, Markus: Die Entwicklung des Konsums mit zunehmendem Wohlstand, a. a. O., S. 153ff.

143 Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Reihe 13, 1962/63, a. a. O., S. 10

144 Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1970, S. 265

145 Katona, George: Die Macht der Verbraucher, Düsseldorf 1962, S. 152ff.:

"Das Arbeitspensum, resp. Einkommen als Funktion der Konsumziele."

Vgl. hierzu auch: Kuznets, Simon, S.: Secular Movements in Production and Prices, Boston and New York 1930, p. 312 ff

zeit. Die in diesem Sinne emanzipierte Partialnachfrage nach hochwertigen Gebrauchsgütern ist ein dynamisches Element in der Nachfrage privater Haushalte.

Demgegenüber spielt der Bestand eine hemmende Rolle. Mit ihm ist ein bestimmter Nutzenvorrat verbunden. Die subjektive Einschätzung dieser Nutzungswerte determiniert das Marktverhalten. Reicht ein gegebener Bestand nicht aus, um das erstrebte Nutzungspotential zu gewährleisten, dann wird die geplante Bestandserhöhung als Nettonachfrage im Markt wirksam. ¹⁴⁶⁾ Der subjektive Nutzenzuwachs, den die hinzugefügte Einheit bringt, sinkt mit wachsendem Ausstattungsgrad. Oder nach Gossen: Der Grenznutzen eines Gutes nimmt mit zunehmender Vermehrung des Gutes - zumindest von einem bestimmten Punkte an - ab. Der Ausweitungsbedarf des einzelnen Haushaltes verringert sich demnach mit wachsendem Nutzenvorrat. Bei Gebrauchsgüterkomplexen wie dem Eigenheim ¹⁴⁷⁾ sinkt der Grenznutzen mit der Bedarfsdeckung auf Null. Bezogen auf den einzelnen Haushalt existiert eine stückbezogene Sättigungsgrenze. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist damit jedem einzelnen Gebrauchsgut ein fixierter Höchstbestand vorgegeben. ¹⁴⁸⁾ Eine Übertragung des einzelwirtschaftlichen

146 Zum Geltungsbedarf und Geltungsorientiertheit, vgl. Rinsche, Günter: Der aufwendige Verbrauch, Diss. Köln 1959, S. 211 Zur Besonderheit der Gebrauchsgüter in der Marginalbetrachtung, vgl. Bachmann, Verena: Der Haushaltsplan der Konsumenten und seine theoretische Erfassung durch die Grenznutzenlehre, Diss. Zürich 1963, Nr. 907, S. 162f

147 Bei Richard F. Muth: The Demand for Non-Farm Housing, in: The Demand for Durable Goods, Hrsg.: Arnold C. Harberger, Chicago 1960, S. 29, findet sich über die Einkommenselastizität des Wohnungsbaues folgendes Zitat: "because of the absolute necessity of shelter, housing stands with food very high in the order of urgency ... Housing expenditures, accordingly, do not bear a constant but a decrease ratio to income."

148 Siebke, Jürgen: Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern ..., a. a. O., S. 46ff.

Ausweitungsbedarfes auf die makroökonomische Nettonachfrage darf allerdings nur unter Berücksichtigung der oben erwähnten Ausgleichseffekte zwischen einzelnen Haushalten vorgenommen werden.

II. Ersatznachfrage in einzelnen Gütermärkten

Die Ersatznachfrage dient der Erhaltung des vorhandenen Bestandes. Der Haushalt ersetzt ein hochwertiges Gebrauchsgut oder ein Aggregat aus seinem Verfügungsbereich durch Neuerwerb am Markt. Dabei braucht der inhärente Nutzenvorrat nicht voll ausgeschöpft worden zu sein; der Restnutzenvorrat bzw. das gebrauchte Gut wird eliminiert oder weiterveräußert. Für hochwertige Gebrauchsgüter wie Eigenheime und Automobile bestehen hierfür spezielle Märkte. Während beim einzelnen Haushalt dem Zugang ein entsprechender Abgang gegenübersteht, also eine Ersatzbeschaffung vorliegt, wächst der volkswirtschaftliche Güterbestand in diesem Falle. Außerdem muß der mengenmäßige Aspekt vom qualitativen unterschieden werden: Die aus dem Haushaltsbereich ausscheidende Einheit wird durch eine neue ersetzt; technischer Fortschritt und höherer Reifegrad führen in der Regel zu höherem Nutzungswert des aufgefüllten Bestandes. Diese qualitative Aufwertung durch den Regenerationsprozeß ist einzel- und gesamtwirtschaftlich von Bedeutung. Sie läßt eine Tendenz erkennen, die der realen Vermögensbildung einen langfristig steigenden Nutzungswert verleiht, ohne daß davon der in Geldeinheiten ausgedrückte Marktwert direkt berührt wird.

Die empirische Überprüfung der Verhaltenshypothesen hat ergeben, daß die private Nettonachfrage nach hochwertigen Gebrauchsgütern sowie Eigenheimen und sonstigen Gebrauchsgüteraggregaten zum Teil aus Einkommensspitzen finanziert wird, die auf Überstunden, Nebenbeschäftigungen oder die Erwerbstätigkeit weiterer Haushaltsmitglieder zurückzu-

führen sind. Neben diesen Formen absoluter Mehrarbeit spielt die Aktivierung der allgemeinen Arbeitsbereitschaft eine Rolle, die bei der teilweisen oder vollständigen Nichtinanspruchnahme an sich möglicher Arbeitszeitverkürzungen (z. B. auf Grund von Produktivitätssteigerungen) in Erscheinung tritt. Der jeweilige Anteil, d. h. die Gewichtung der vom Bedarf ausgehenden Beweggründe innerhalb der Gesamtmotivation des Arbeitsverhaltens, bestimmt sich nach der Gruppenzugehörigkeit des betrachteten Haushaltstyps. Soziale Gruppen dieser Art können gekennzeichnet sein durch die berufliche Stellung des Haushaltsvorstandes, durch die Einkommensgruppe, die Lebensphase oder die familiäre Situation, in der sich der Haushalt befindet sowie durch die Ausbildung - die allerdings mit dem ausgeübten Beruf stark korreliert.

Bei der Ersterschaffung kann das auslösende Bedürfnis außerhalb des alltäglichen Begehrkreises am Rande des für angemessen gehaltenen Lebensstandards liegen. Bei der Ersatzbeschaffung gehört dasselbe Gebrauchsgut bereits zur gewohnten Lebenshaltung. Seine Nutzung ist selbstverständlich geworden; seine Ersatzbeschaffung übersteigt jedoch die ursprüngliche - vor der Erstbeschaffung bestehende - Einkommenssituation. Der Finanzierungsfonds (incl. Abschreibungen) wird sich also nur ändern, wenn das Realeinkommen der Haushalte auf Grund von Produktivitätssteigerungen gewachsen ist und keine anderweitigen Zusatzbedarfe gedeckt werden. Andernfalls muß die einmal beschlossene relative oder absolute Mehrarbeit beibehalten werden, um eine Reinvestition zu ermöglichen. Die ursprünglich zusätzliche Erwerbsarbeit muß zum laufenden Einkommen beitragen.

Um den Anteil der Ersatznachfrage an der Gesamtnachfrage zu bestimmen, müßten Umfang und Zeitpunkt der Abgänge bekannt sein. Eine derartige Statistik scheitert an den notwendigen Informationen. Durch die Wirtschaftsrechnungen

des Statistischen Bundesamtes gibt es über laufende Erfassungen der Bestände an Gebrauchsgütern von nunmehr 3 Haushaltstypen.¹⁴⁹⁾ Darüber hinaus verschafften die Einkommens- und Verbrauchsstichproben Durchschnittsergebnisse für die Jahre 1962/63 und 1969.¹⁵⁰⁾ Die Ersatznachfragen sind damit als Differenz zwischen Gesamtabsatz und Bestandszuwachs zu ermitteln. Eine weitere Bestimmung der privaten Ersatznachfrage ist mit Hilfe der mittleren Nutzungsdauer möglich. Die Durchschnittswerte verbieten jedoch eine vorausschauende Einschätzung zukünftiger Ersatznachfragen. Exaktere Instrumente sind Abgangsordnungen, die allerdings nur für wenige Gebrauchsgüter (Automobile) vorliegen.¹⁵¹⁾

III. Gesamtnachfrage im relativen Wohlstand

Die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage nach einem einzelnen Gebrauchsgut setzt sich aus den Netto- und Ersatznachfragen der Haushalte nach diesem Gut zusammen. Der sogenannte logistische Trend der Gesamtnachfrage läßt sich aus einer Gesamtschau der beiden Teilnachfragen gewinnen. Bei Siebke¹⁵²⁾ findet sich ein mathematischer Lösungsversuch: Unter Eliminierung der kurzfristigen Schwan-

149 Für den hier interessierenden Typ 2 und 3 vgl. Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen, hierin "Ausstattung ausgewählter privater Haushalte mit ausgewählten, langlebigen Gebrauchsgütern nach Anschaffungsjahren"

150 Wirtschaft und Statistik: Heft 5/1970, S. 265 und Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 18, S. 13 Tab. 8

151 Schroedel, Alfred: Die Investitionen des privaten Haushaltes, a. a. O., S. 117ff.

152 Siebke, Jürgen: Die Nachfrage ..., a. a. O., S. 80ff.

kungen ¹⁵³⁾ wird angenommen, daß der Erneuerungsbedarf asymptotisch auf sein durchschnittliches Endniveau anwächst. Je größer die durchschnittliche Lebensdauer ist, desto später gewinnt die Ersatznachfrage an Gewicht. Desto niedriger ist auch ihr durchschnittlicher Umfang. Das kann zur Folge haben, daß die in Annäherung an die Sättigungsgrenze geringer werdende Nettonachfrage nicht durch einen entsprechenden Anstieg in der Ersatznachfrage ausgeglichen wird. Im Gesamtverlauf tritt dann ein erstes Maximum auf. Im Anschluß sinkt die Gesamtnachfrage. Ob die in solchen Fällen eintretende Abnahme im Erweiterungsbedarf durch die erforderlichen Reinvestitionen kompensiert wird, hängt davon ab, über welchen Zeitraum die Erstanschaffungen verstreut sind. Es können somit zwei typische zeitliche Entwicklungen der Gesamtnachfrage nach einem einzelnen Gebrauchsgut unterschieden werden: Entweder führt die Gesamtnachfrage unmittelbar zu einem Sättigungsniveau oder zu einem Maximum, von dem sie auf das Endniveau abfällt.

Die vorhergehenden Betrachtungen bezogen sich auf die Gesamtnachfrage nach einem einzelnen Gebrauchsgut. Wie sind nun die Entwicklungsmöglichkeiten der makroökonomischen Nachfrage der Haushalte nach der Gesamtheit aller hochwertigen Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe? Diese umstrittene Frage kann beantwortet werden, wenn alle denkbaren Verhaltensweisen der Haushalte auf zwei Entwicklungsstadien beschränkt werden: Auf das Nachfrageverhalten im relativen Wohlstand und auf der Stufe absoluten Wohlstandes.

Auf der Stufe des zeitlich begrenzten relativen Wohlstandes, auf der sich die Bezieher der Masseneinkommen hochent-

153 Außer bei Siebke wird auf die Bedeutung des "Gebrauchsgüterakzelerators" für die kurzfristige Betrachtung hingewiesen bei: Farrell, Michael: Die neuen Theorien der Konsumfunktion, in: Konsum und Nachfrage, Hrsg. E. und M. Streißler, Köln und Berlin 1966, S. 357

wickelter Verkehrswirtschaften zur Zeit befinden, zeigt sich eine Zunahme der elastischen Wahlbereiche, innerhalb deren die Nachfragen nach hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen einen ständig breiter werden Raum einnehmen. Diese Aussage stützt sich auf die empirischen Erfahrungswerte, die zu einem erheblichen Teil ihre Erklärung in den ständig steigenden Realeinkommen finden; verbunden mit dem Streben nach höherem materiellen Lebensstandard.¹⁵⁴⁾

Noch einmal sei herausgestellt, daß ein Unterschied besteht zwischen dem Sättigungsproblem in bezug auf ein einzelnes Gebrauchsgut bzw. einem Aggregat von Gebrauchsgütern oder hinsichtlich der ganzen Breite der Gebrauchsgüternachfrage. Im ersten Fall ist eine Sättigungsgrenze gegeben. Sie korreliert mit der Gesamtzahl der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Haushalte. In der Regel erschöpft sich der Bedarf bei einmaliger Marktentnahme; zum Beispiel beim Eigenheim oder der Grundausstattung mit Haushaltsmechanismen. Bei Automobilen kann sie sich bis auf die Kopffzahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder erhöhen. Hier liegt jedoch eine fast absolute Grenze der Nettonachfrage, nach deren Erreichen die Nachfrage auf Ersatzkäufe beschränkt bleibt. Neben dem befriedigten Bedürfnis entstehen jedoch neue Bedürfnisse nach anderen hochwertigen Gebrauchsgütern. Nach dem Eigenheim der Swimming-Pool oder das Wochenendhaus, nach dem Auto das Segelboot oder das Sportflugzeug.

154 Vgl. hierzu die Gegenüberstellung der EVS 1962/63 und 1969 (Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1972, S. 567) und die Entwicklung in ausgewählten Haushalten der laufenden Wirtschaftsrechnungen (Tab. 8 und Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 13), für die Entwicklung bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen zeigen die Sachvermögensbildungswerte der Budgetrechnungen Nr. 6 und 7 sowie die Tabellen 9 und 60 einen ähnlichen Trend

Ein Vergleich der Haushaltsausstattungen verschiedener Jahre zeigt eine rasche Erweiterung des Personenkreises, der bestimmte Gebrauchsgüter besitzt. Das erklärt sich aus der Einkommenselastizität der Gebrauchsgüternachfrage. Bei den unteren Einkommensklassen steigen die Zuwachsraten nämlich überproportional zum Einkommen. Bei mittleren Einkommen steigt die Nachfrage ungefähr im gleichen Maße und bei den Spitzeneinkommen unterproportional. 155)

In den USA wurden von privaten Haushalten in der Periode 1953-57 für 150 Mrd. \$ durables 156) und für weitere 88 Mrd. \$ Wohnhäuser gekauft, also investiv und konsumtiv genutzte Gebrauchsgüter im Werte von insgesamt 238 Mrd. \$. Das waren 120 % der totalen Käufe an Gebäuden und Ausrüstungen der Unternehmungen (197 Mrd. \$). In den USA dominiert also nicht länger die Produktion industrieller Investitionsgüter vor der Produktion privat genutzter Gebrauchsgüter. 157)

In der Bundesrepublik Deutschland betrug das Gesamteinkommen der privaten Haushalte 1967 ca. 414 Mrd. DM und das verfügbare Einkommen nach der Umverteilung 320 Mrd.

155 Plassmann, Christa: Die Investitionsleistungen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik; in: Finanzen der privaten Haushalte: Festschrift für Walter Kaminsky, Frankfurt 1969; Hrsg. Franz Schneider, S. 72ff.

156 Es ist nicht zu umgehen, daß in der Übersetzung der Begriff der sogenannten Haushaltsinvestition bzw. durables beibehalten wird. Die beiden übereinstimmenden Begriffsinhalte umfassen die Haushaltsmechanismen, d. h. die im Haushalt bereitgestellten Maschinen und Apparate unter Vernachlässigung der Dauerkonsumgüter alten Typs.

157 Oshima, Harry, T.: Consumer Asset Formation and the Future of Capitalism, in: The Economic Journal, Edited by Sir Roy Harrod u. a., vol. 71 (1961), p. 20-21

158 Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung, in Statistisches Jahrbuch für die BRD 1969, S. 510

DM, wovon für den gesamten privaten Verbrauch 281 Mrd. DM verwendet wurden. ¹⁵⁸⁾ ¹⁵⁹⁾ Bereits ein Jahr später, im Jahre 1968, betrug der gesamte private Verbrauch 297 Mrd. DM. ¹⁶⁰⁾ Im Jahre 1970 war das Gesamteinkommen privater Haushalte auf 597 Mrd. angestiegen, davon entfielen auf das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 353 Mrd. DM, also rund 59 %. ¹⁶¹⁾ Das insgesamt verfügbare Einkommen der Haushalte lag im selben Jahr bei 438 Mrd. ¹⁶²⁾ und der private Verbrauch bei 370 Mrd. DM. ¹⁶³⁾ Gleichzeitig stieg der Anteil hochwertiger Gebrauchsgüter am gesamten privaten Verbrauch von 8,4 % im Jahre 1962/63 auf 11,7 % im Jahre 1969. ¹⁶⁴⁾ Die Tendenz ist wie in den USA unverkennbar.

Stellt man die Investitionsleistungen der beiden Sektoren jeweils ohne Bauten gegenüber, dann ergeben sich folgende Relationen für die Bundesrepublik: Die Ausrüstungsinvestitionen des Produktionssektors betrugen 1961 40,66 Mrd. DM, 1966 57,6 Mrd. DM. Zum gleichen Zeitpunkt (1961) betrugen die Haushaltsinvestitionen in hochwertigen Gebrauchsgütern erst 16,4 Mrd. DM, d.h. die Haushaltsinvestitionen verhielten sich zu denen der Industrie wie 40 : 100. 1966 betrugen die betrachteten Haushaltsaufwendungen bereits

159 Bundesministerium für Wirtschaft: Leistung in Zahlen 1968, 18. Auflage, August 1969, S. 23: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens der Jahre 1950 bis 1968 (Lohnquote)

160 Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Verwendung des Sozialprodukts, in Statistisches Jahrbuch für die BRD 1969, a. a. O., S. 505

161 Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Reihe 1, Fachserie N, S. 23

162 Ebenda, S. 24

163 Ebenda, S. 25

164 Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1972, S. 567

27,5 Mrd. DM. Das Verhältnis war 48 : 100. ¹⁶⁵⁾ Im Jahre 1969 lagen die Investitionen privater Haushalte in langlebigen Gebrauchsgütern bei 38,6 Mrd. und die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen bei 64,3 Mrd. DM (Tab. 10). Das Verhältnis zwischen beiden Sektoren war in diesem Jahr 60 : 100; die Differenz hat sich also weiter verringert. Allerdings blieb bei den bisherigen Betrachtungen, wie bereits erwähnt, der Wohnungsbau unberücksichtigt. ¹⁶⁶⁾

Eine Gegenüberstellung des gesamten Investitionsvolumens (einschließlich Bauinvestitionen) der Unternehmen und privaten Haushalte läßt sich für den westdeutschen Wirtschaftsraum auf Grund abweichender Definitionen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur durchführen, wenn einige Relationen aus anderen Statistiken übernommen und somit unvermeidbare Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden. So wurden für die Tabelle Nr. 10 die Anteile der langlebigen Gebrauchsgüter der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Anteil privater Haushalte am gesamten Wohnungsbau dem kürzlich erschienenen "Duwendag-Gutachten" entnommen. Nach den so gewonnenen Zahlen betrugen im Jahre 1962 die Gesamtinvestitionen der Unternehmen (einschl. Bauten) rd. 58,8 Mrd. DM. Im selben Jahr investierten private Haushalte insgesamt (einschl. Eigenheime, Eigentumswohnungen etc.) 32,5 Mrd. DM. Im Jahre 1969 betrugen diese Zahlen für die Unternehmungen 91,7 Mrd. und für die Haushalte 61,4 Mrd. DM. Im Jahre 1962 betrugen also die Gesamtinvestitionen privater Haus-

¹⁶⁵ Plassmann, Christa: Die Investitionsleistungen der privaten Haushalte ..., a. a. O., S. 71

¹⁶⁶ Die Tabelle Nr. 63 ist eine Zusammenstellung verschiedenartiger Forschungsergebnisse. Sie vermittelt einige interessante Einblicke in das Verhältnis zwischen Ausrüstungsinvestitionen (ohne Bauten) von Staat, Unternehmen und Haushalten. Die Indexzahlen der Jahre 1962 und 1969 beziehen sich jeweils auf die Anlageinvestitionen dieser Jahre

halte rd. 55,3 % der gewerblichen Investitionen. Bereits im Jahre 1969 war der Haushaltsanteil gegenüber dem Unternehmensbereich auf rd. 67 % angewachsen. Im Vergleich mit den USA zeigt sich demnach ein schwächeres Verhältnis, das sich jedoch von Jahr zu Jahr zugunsten des privaten Sektors entwickelt.

Gemessen an der Verwendungsseite des Bruttosozialproduktes der Bundesrepublik Deutschland (605,2 Mrd.) betrug der Anteil des privaten Verbrauchs 55,0 %. ¹⁶⁷⁾

Überträgt man nun die Relationen aus der EVS 1969 auf den makroökonomischen Bereich, dann ergibt sich als Schätzgröße eine Anteiligkeit der hochwertigen Gebrauchsgüter, Eigenheime und Eigentumswohnungen am Bruttosozialprodukt dieses Jahres von rd. 9,1 %. ¹⁶⁸⁾

Diese Zahlen vermitteln ein deutliches Bild von dem Ausmaß, das die Konsumvermögensbildung (einschl. Eigenheime und Eigentumswohnungen) in der Bundesrepublik bereits erreicht hat. Mit dieser Entwicklung einhergehend haben sich auch die Bereiche im gesamtwirtschaftlichen Arbeits- und Sparaufkommen vergrößert, die mehr oder weniger von Verhaltenseinflüssen bestimmt werden, die von solchen Bedarfen ausgehen. Der Wunsch nach Nutzung hoher Gebrauchswerte und der Drang zum sichtbaren Besitz werden dazu beitragen, daß ständig neue Märkte entstehen und neue Impulse einsetzen.

IV. Die güterspezifische Lohn-Preis-Relation

Die reale Vermögensbildung privater Haushalte wird wesentlich beschleunigt durch die Entwicklung der Preise und Löhne. Die in der Empirie anzutreffende säkulare Steigerung der Lohnsätze weist eine enge positive Korrelation auf mit

¹⁶⁷ Bundesministerium für Wirtschaft: Leistung in Zahlen 1972, S. 45

¹⁶⁸ Vgl. Tabelle 59 im Tabellenteil und Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1972, S. 567

der Zunahme an Produktivität.¹⁶⁹⁾ Während im sekundären Sektor, der in erster Linie die hochwertigen Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe bereitstellt, die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitsleistung am stärksten gefördert werden kann, sind einer Zunahme der Arbeitsproduktivität im primären und besonders im tertiären Sektor relativ enge Grenzen im mengenmäßigen Sinne gesetzt. Auf Grund von Paritätsansprüchen wird der Lohnsatz jedoch weitgehend nivelliert. Da die Nachfrage nach Diensten groß und Auslandskonkurrenz nur selten zu befürchten ist, wird der Lohnauftrieb in der Regel auf die Preise überwälzt.¹⁷⁰⁾ Bei ständig zunehmenden Nominallohnsätzen ist zwangsläufig in jenen Dienstleistungsbereichen mit besonderen Preisauftrieben zu rechnen, die der Rationalisierung am wenigsten zugänglich sind.

Der umgekehrte Effekt ist bei der Gebrauchsgüternachfrage zu beobachten. "Die in der Erwerbswirtschaft durch den technischen Fortschritt erzielte Produktivitätssteigerung hat über die je Arbeitsstunde stetig wachsende Menge an industriell erzeugten Gütern und Diensten zu einer Verteuerung der menschlichen Arbeitskraft bei laufender Verbilligung der industriell erzeugten Sachgüter geführt: Der Wert der Arbeit nimmt laufend zu, wogegen der Wert der Sachgüter zurückgeht."¹⁷¹⁾ ¹⁷²⁾ Die Zunahme der Arbeits-einkommen ist demzufolge relativ hoch; die Preise der Gebrauchsgüter steigen relativ langsam oder gehen sogar

169 Deutsches Industrieinstitut: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1973, Köln 1973, Tabelle 42

170 Imobersteg, Markus: Die Entwicklung des Konsums mit zunehmendem Wohlstand, a. a. O., S. 173 f.

171 Schmucker, Helga: Technisierung des Haushalts bei steigendem Wohlstand, ihre arbeitswirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Probleme, a. a. O., S. 213

172 Vgl. in ds. Zusammenhang auch die Theorie von Fourastié

bei unveränderter Qualität zurück.¹⁷³⁾ Seit 1950 lag der Index der durchschnittlichen Bruttolöhne mit wachsendem Abstand über dem Index der Lebenshaltungskosten.¹⁷⁴⁾ Der Arbeitszeitaufwand eines Industriearbeiters für einen Volkswagen betrug beispielsweise in der Bundesrepublik im Jahre 1961 nur noch ein Drittel der 1949 erforderlichen Zeit. In den acht Jahren von 1960 bis 1968 verkürzte sich die aufzuwendende Zeit etwas langsamer, aber immer noch um mehr als ein Drittel.¹⁷⁵⁾ Ähnliche Entwicklungen zeigen sich bei fast allen industriell erzeugten Gebrauchsgütern und begünstigen die mengenmäßige Haushaltsnachfrage nach diesen Gütergruppen.

V. Konsumvermögensbildung im weiteren Sinne

Eine allgemein anerkannte Definition des Vermögensbegriffes hat die Wissenschaft noch nicht geschaffen. In Abhängigkeit vom Untersuchungsziel kann der Begriff auf bestimmte Gruppen materieller Güter begrenzt bleiben oder - in der weitesten Fassung - immaterielle Güter und Werte mit einbeziehen. Unter dem individuellen Vermögen wird in der Regel die wirtschaftliche Verfügungsmacht eines Haushaltes (der auch aus einer Person bestehen kann) über Güter, Forderungen und Rechte verstanden.¹⁷⁶⁾ Daraus ergibt sich die Abgrenzung gegenüber der juristischen Kategorie Eigentum, welche die rechtliche Beziehung zu einer Sache ausdrückt. Der Bezug zum Zeitfaktor und die Einordnung

173 Vgl. auch die Auswirkungen neuer Verkaufsmethoden auf die Preise bei: Clewett, Richard G.: Mass Marketing of Consumers' Goods in: The Growth of the American Economy, edited by Williamson, Harold F., second edition, New York 1953, p. 777

174 Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen 1971, S. 26

175 Ebenda, S. 25

176 Oberhauser, Alois: Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Beiträge zur Begegnung von Kirche und Welt, Rothenburg 1962, S. 6

unter die Bestandsgrößen ¹⁷⁷⁾ zeigt sich am deutlichsten in der Vermögensdefinition: "Bestand an Gütern, die einer Wirtschaftseinheit zugerechnet werden können." ¹⁷⁸⁾ Der Begriffsumfang wird damit durch den Gutsbegriff ¹⁷⁹⁾ bestimmt.

Für die nachfolgenden Betrachtungen interessiert das Konsumvermögen im weiteren Sinne, d.h. unter Einbeziehung von Eigenheimen, Wochenendhäusern, Badeanlagen, kompletten Campingausrüstungen und ähnlichen Gebrauchsgüterkomplexen. ¹⁸⁰⁾ Das üblicherweise hinzugerechnete Betriebsvermögen der Haushalte in Form von Vorräten bleibt ohne Anrechnung. Während das Konsumvermögen eines einzelnen Haushaltes aus den Restnutzungswerten der in seinem Verfügungsbereich befindlichen langlebigen Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexen besteht, wird mit Konsumvermögensbildung der Prozeß auf dem Wege dorthin bezeichnet. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kommt es auf Verhaltenseinflüsse an, die aus dem Anschaffungsakt als solchem herzuleiten sind. Die Konsumvermögensbildung wird deshalb als eine Serie von Kaufakten aufgefaßt.

177 Über die langfristige Kongruenz von stocks und flows: Vgl. Merkle, Degenhard: Der Begriff des Vermögens und seine Stellung in der Nationalökonomie, Diss. München 1968, S. 112f.

178 Merkle, Degenhard: Der Begriff ..., Ebenda, S. 21

179 Gerster, Max: Die Bewertung von Vermögenskomplexen, - insbesondere die Bestimmung des Volksvermögens, Diss. Hochschule St. Gallen 1964, Nr. 174, S. 119: "... ein Gut hat einen Wert, weil es in sich die Fähigkeit birgt, eine Leistung abzugeben ...", d.h. Einkommen im weitesten Sinne zu erzeugen.

180 Helga Schmucker bezeichnet die Schaffung von Eigenheimen als eine der wichtigsten Formen der Sachvermögensbildung privater Haushalte. Schmucker, H.: Die gesellschaftspolitische Bedeutung ..., a. a. O., S. 222f. Abs. 7

B. Die Bedeutung des Vollzugsverhaltens für die Entstehung des Sozialprodukts

Eines der vornehmsten Erscheinungsbilder des steigenden Realeinkommens und des industriellen Fortschritts ist die weitgehende Freistellung des Menschen vom Zwang einer vollen Ausnützung seiner Arbeitskraft. Die Einkommenshöhe ist damit nicht länger kongruent mit dem physischen Leistungsvermögen. Innerhalb eines bestimmten Wahlbereichs liegt es weitgehend im Ermessen auch breiter Bevölkerungskreise, wieviel Raum der Freizeit oder der Arbeitszeit zugemessen wird: Die Einkommenshöhe wird also nicht länger als Datum hingenommen. Gleichzeitig hat mit der allmählichen Übernahme der Altersvorsorge und allgemeinen Lebenssicherung durch ein System sozialer Einrichtungen der individuelle Zwang zum Vorsorgesparsen abgenommen; am Verwendungszweck orientierte Sparformen nehmen stattdessen zu.

Seitdem beeinflussen private Haushalte in zunehmendem Maße im Rahmen ihrer Verhaltensfreiheit das gesamtwirtschaftliche Geschehen und die ökonomischen Strukturen der Volkswirtschaften, denen sie zugehören. Ihre freien Entscheidungen bestimmen und verändern die Angebots- und Produktionsstrukturen ebenso wie das Sparaufkommen oder das Verhältnis der Sektoren zueinander. Ob sich diese Entwicklung im gleichen Maße oder verstärkt fortsetzen wird oder aber ob sie nachläßt, ist nicht nur von ökonomischen Faktoren abhängig. Erfahrungswerte der vergangenen Jahrzehnte beweisen immerhin, daß die bisher feststellbare Dynamik des Lebensstandards zu einem erheblichen Teil von Gütern des gehobenen Bedarfs ausgelöst wurde und daß ein einmal erreichtes Lebensniveau freiwillig nicht mehr aufgegeben wird.

I. Arbeitsverhalten und volkswirtschaftliches Arbeitsvolumen

Private Haushalte treten in den Gütermärkten als Nachfrager von Gütern und Leistungen auf und erscheinen in den Faktormärkten als Anbieter. Sie sind der alleinige Träger des privaten Sparaufkommens sowie der volkswirtschaftlichen Arbeitskraft und damit eines Produktionsfaktors, der, einhergehend mit permanenten Arbeitszeitverkürzungen, zu einem Minimumfaktor zu werden droht. Nur in der kurzfristigen Betrachtung ist die Nachfrage nach Arbeit bei bereits bestehender voller Ausnutzung der gegebenen Betriebe begrenzt und verhältnismäßig unelastisch. Langfristig gesehen ist der Bedarf an Arbeit jedoch unbegrenzt. ¹⁸¹⁾ Ein Mehrangebot an Arbeit bzw. eine Verlangsamung der säkularen Arbeitszeitverkürzungen dient somit der volkswirtschaftlichen Bereitstellung von Gütern und Leistungen. ¹⁸²⁾

1. Der Einflußbereich im Arbeitsangebot

a) Eine einfache Durchschnittsrechnung

Im ersten Teil der Untersuchung konnte mit Hilfe weitgehend übereinstimmender Ergebnisse der empirischen Forschung festgestellt werden, daß westdeutsche Arbeitnehmerhaushalte in aller Regel und im Durchschnitt in ihrem Arbeitsverhalten durch Beweggründe bestimmt werden, die ungefähr zur Hälfte auf materielle Anreize zurückzuführen sind. Die andere Hälfte verteilt sich auf ethische Gesichts-

¹⁸¹ Carell, Erich: Arbeit, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Band, Göttingen 1956, S. 232f.

¹⁸² Wessels, Theodor: Sparen und Kredit in der wachsenden Wirtschaft, in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1962, Hrsg. Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Köln 1963, S. 50

punkte, Sicherungstendenzen, Interessen an der Aufgabe, soziale Beziehungen und eine Vielzahl anderer Aspekte. Amerikanische Forschungsergebnisse lassen ebenfalls eine annähernde Gleichgewichtigkeit zwischen Arbeitsanreizen materieller und immaterieller Art erkennen. Das gilt aber nur, das sei noch einmal erwähnt, für den Durchschnitt der abhängig Beschäftigten.

Die Nachfrage nach langlebigen hochwertigen Gebrauchsgütern betrug im Jahre 1969 rd. 11,7 % des durchschnittlichen Haushaltsverbrauchs ¹⁸³⁾ und 9,23 % der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. ¹⁸⁴⁾ Für die Käufe von Grundstücken, Wohngebäuden und Eigentumswohnungen wurden nach einer internen Ermittlung des Statistischen Bundesamtes im selben Jahr 4,97 % der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ausgegeben (Tab. 59 u. 56). Hier interessiert aber nur das Erwerbseinkommen, d.h. diejenigen Einkommen der Haushalte, die durch das Arbeitsangebot in den Faktormärkten erzielt wurden: Im Jahre 1969 betrug das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 69,44 % des Gesamteinkommens der privaten Haushalte. ¹⁸⁵⁾ Die gemeinsame Bezugsbasis ist demzufolge entsprechend niedriger. Der Anteil hochwertiger Gebrauchsgüter, Eigenheime und Eigentumswohnungen an dem verfügbaren Einkommen aus unselbständiger Arbeit ¹⁸⁶⁾ liegt somit bei 20 %

183 Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1972, S. 567

184 Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1973, S. 265

185 Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Fachserie N, S. 23

186 Ebenda, S. 24

und steigt überproportional. 187)

Wie die empirischen Forschungsergebnisse gezeigt haben, machen aber materielle Anreize approximativ nur die Hälfte der weitgespannten Skala aller Arbeitsanreize aus. Bei einem gegebenen Arbeitsvolumen (z.B. 1972 rd. 51,2 Mrd. Arbeitsstunden) ¹⁸⁸⁾ würden also im Durchschnitt 10 % dieses Volumens im Einflußbereich von Arbeitsanreizen liegen, die mehr oder weniger auf Anschaffungswünsche zurückzuführen sind, welche die große Gütergruppe der hochwertigen Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe zum Gegenstand haben. Damit ist ein erster Schritt zur quantitativen Erfassung eines Einflußbereiches getan, der mit zunehmenden Wahlbedarfen ständig an ökonomischer Relevanz gewinnt.

Eine so vereinfachende Rechnung sagt noch nichts aus über den Intensitätsgrad und den Streuungsbereich einzelner Einflußgruppen. Sie ist an Durchschnittswerten orientiert und gibt lediglich eine erste Vorstellung von dem Bereich des volkswirtschaftlichen Arbeitsangebotes, in dem sich solche Einflüsse auswirken können. Sie läßt noch unberücksichtigt, daß der Anteil materiell ausgerichteter Arbeitsanreize von sozialen Gruppenzugehörigkeiten abhängig ist und zum Beispiel mit zunehmender beruflicher Qualifikation an Bedeutung verliert. Andererseits sind Überstunden, Nebenbeschäftigungen und die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen erheblich stärker materiell motiviert als reguläre

187 Vgl. hierzu Tabelle 8 im statistischen Anhang und Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 13. "Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Privater Haushalte" sowie die Ergebnisse der EVS 62/63 und 1969 (Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1972, S. 567); Entwicklungstendenzen der Sachvermögensbildung lassen sich an den Budgetrechnungen erkennen

188 nach einer unveröffentlichten Hochrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Erwerbstätigkeiten. Einen Richtwert für das quantitative Ausmaß solcher Einflüsse können einige Zahlen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vermitteln: Eine um 1 % höhere Frauenerwerbsquote bewirkt eine Erweiterung des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens bis zu 1,2 %. Eine Wochenarbeitsstunde ist gleichzusetzen mit rd. 2,8 % des Arbeitsvolumens und ein weiterer arbeitsfreier Tag je Jahr mit einem um 0,4 % reduzierten Arbeitsvolumen. ¹⁸⁹⁾

b) Die Heterogenität sozialer Gruppen

Von einem gegebenen volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumen liegen rund 10 % im Einflußbereich von Arbeitsanreizen, die von den Bedarfen an hochwertigen Gebrauchsgütern, Eigenheimen, Eigentumswohnungen und sonstigen Komplexen ausgehen. Das war das approximative Ergebnis der Durchschnittsrechnung. Eine exakte Ermittlung des Einflußbereiches, unter Berücksichtigung der nahezu unübersehbaren gruppenspezifischen Einzeleinflüsse, würde eine weitaus differenziertere Rechnung erforderlich machen, die jedoch ohne primärstatistischem Zahlenmaterial nicht durchzuführen ist. Es müssen hier deshalb einige Beispiele genügen. ¹⁹⁰⁾

189 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: Längerfristige Arbeitsmarktprognosen bei alternativer Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik, Bericht von Dieter Mertens in den Mitteilungen des Instituts, Heft 10/1969, S. 785

190 Der Unterschied zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten ist zu einem beachtlichen Teil echt, d. h. nicht bloß auf Unterschiede in der Einkommensstruktur zurückzuführen. Auch besteht zwischen den Unterschieden in der zu messenden Größe und den Strukturunterschieden ein Zusammenhang. Die Ausschaltung der Strukturunterschiede auf rechnerischem Wege (Standardisierung) durch eine Standardstruktur würde diesen organischen Zusammenhang zerstören. Da es hier lediglich auf die Feststellung von Entwicklungstendenzen und ungefähren Einflußbereichen ankommt, wurden die Gruppenbildungen und Werte der vorwiegend amtlichen Statistik unverändert übernommen.

Nimmt man die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes als Gruppenmerkmal, ¹⁹¹⁾ so zeigt sich als erstes, daß Arbeiter, insbesondere angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter, im höheren Maße instrumentell eingestellt sind als der Durchschnitt der Haushalte; ihr Anteil an Käufen langlebiger, hochwertiger Gebrauchsgüter gemessen an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen liegt aber 0,5 % unter dem Anteil der Angestellten und 0,7 % unter dem Anteil der Beamten. ¹⁹¹⁾ Beim Erwerb von Haus- und Grundbesitz ist der Unterschied wesentlich stärker: auch hier haben die Beamten den höchsten Anteil (Tab. 56). Im Jahre 1970 waren von insgesamt 27,2 Mill. Erwerbstätigen rd. 82,6 % abhängig Beschäftigte. Von diesen abhängig Beschäftigten waren 56,8 % Arbeiter, 34,5 % Angestellte und nur 8,7 % Beamte (Tab. 4. u. 5). Während also Arbeiterhaushalte im relativ hohen Maße materielle Anreize perzipieren, liegen ihre Käufe an Gütergruppen, die der Konsumvermögensbildung zuzurechnen sind, etwas niedriger als bei anderen Arbeitnehmerhaushalten. Da sich die beiden Effekte ungefähr aufwiegen, darf auf Grund des hohen Anteils der Arbeiter an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten angenommen werden, daß der Durchschnittswert für den Einflußbereich des Arbeitsvolumens wesentlich von dieser Berufsgruppe bestimmt wird.

Geht man daran, die Altersstruktur dieser Berufsgruppe einer näheren Betrachtung zu unterziehen, so stellt man fest, daß bei den männlichen Arbeitern die Gruppe von 30 bis 45 Jahren mit 41,2 % sehr stark vertreten ist, gefolgt von den Jahrgängen unter 30 Jahren mit 26,7 % (Tab. 32). Die Anteiligkeit der Gebrauchsgüterkäufe am Gesamtverbrauch ¹⁹²⁾ und am ausgabefähigen Einkommen ¹⁹³⁾ nimmt

191 Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1973, S. 265

192 Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973, S. 92

193 Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1973, S. 265

aber mit zunehmendem Alter ab. Die jüngeren Jahrgänge liegen also, bei etwa gleichhohem Perzeptionsgrad, über dem Durchschnittswert von 10 %. Nimmt man das Geschlecht als Merkmal, dann liegen die Dinge umgekehrt: Die Gebrauchsgüteranteile unterscheiden sich nicht wesentlich, aber Frauen sind erheblich stärker instrumentell eingestellt als Männer. An den Erwerbstätigen der Berufsgruppe der Arbeiter sind Frauen jedoch nur mit 27,9 % beteiligt.¹⁹⁴⁾ Ihre stärkere Beteiligung bei den Berufsgruppen der Angestellten und Beamten wirkt sich aber nur über die allgemeine Arbeitsbereitschaft (relative Mehrarbeit) aus, da die Erscheinungsformen der absoluten Mehrarbeit hier kaum oder überhaupt nicht auftreten.

Wie hoch ist aber die Beteiligung weiblicher Arbeiter an Arbeitsformen, die besonders hoch materiell motiviert sind? Beim Leistungslohn sind in der Altersgruppe unter 30 Jahren weibliche Arbeiter mit 38,2 % stärker beteiligt als die gleichaltrigen Männer mit 27,3 %. Auch in der Altersklasse von 45 - 55 Jahren stehen mehr Frauen im Leistungslohn als Männer (Tab. 32). In den vorangegangenen Jahren war der Anteil der Frauen an dieser Lohnform ständig gewachsen (Tab. 31). Demgegenüber wird nebenberufliche Arbeit (Tab. 27) von Frauen seltener geleistet als von Männern. Allgemein kann zur Frauenarbeit gesagt werden, daß die hohe instrumentelle Einstellung der Frauen aller Berufsgruppen den durchschnittlichen Einflußbereich der bedarfsorientierten Mehrarbeit tendenziell vergrößert, jedoch die geringe Beteiligung am Berufsstand der Arbeiter ein relativ geringes Einflußgewicht begründet.

Berufsgruppen, Altersklassen und Geschlecht sind nur Beispiele für die Vielzahl sozialer Gruppierungen, die sich in ihren Einstellungen, Verhaltenstendenzen und Erwerbsquoten mehr oder weniger voneinander unterscheiden. Eine exakte Untersuchung müßte noch weiteren Gesichtspunkten

wie der Familienstruktur usw. folgen und mit der jeweiligen Erwerbsquote bzw. Anteiligkeit am Arbeitsvolumen (bei Überstunden und Nebenerwerbsstunden) gewichten. Dafür reichen aber die bisherigen Ergebnisse der empirischen Forschung nicht aus; nur eine Primärerhebung könnte dieser Aufgabe gerecht werden.

In den nachfolgenden Kapiteln sollen einige besonders relevante Gruppen mit ihrem gesamtwirtschaftlichen Einflußgewicht, d.h. mit ihrem Anteil an der Zahl der insgesamt Erwerbstätigen, herausgestellt werden, um das Bild von der Heterogenität der Gruppeneinflüsse etwas zu vervollständigen. Darüber hinaus kann aber als erste Vorstellungsgröße genügen, daß der durchschnittliche Einflußbereich der am Bedarf orientierten Mehrarbeit ungefähr 10 % des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens ausmacht und damit das elastische Arbeitsangebot wesentlich bestimmt.

c) Erwerbstätigkeit ausgewählter Gruppen

Die Bestimmung der Einflüsse privater Wahlbedarfe auf die allgemeine Arbeitsbereitschaft ist ein gruppenspezifisches Problem. Die Motivationsstrukturen westdeutscher Arbeitnehmerhaushalte zeigen eindeutig, daß der Anteil wirtschaftlicher Gesichtspunkte im hohen Maße abhängig ist von der sozialen Stellung, der Lebensphase, dem Einkommen und der Zusammensetzung der Haushalte. Es gibt Gruppierungen, wie zum Beispiel im Aufbau begriffene Arbeiterhaushalte, deren Arbeitsangebot im engen Zusammenhang mit der gegebenen Bedarfslage zu sehen ist, und Gruppen, deren Arbeitsanreize überwiegend immaterieller Natur sind. Das gesamtwirtschaftliche Gewicht solcher Gruppen gilt es festzustellen.

Im Jahre 1971 waren im Bundesgebiet insgesamt rd. 26,8 Mill. Personen erwerbstätig, davon waren 17,1 Mill. Männer und 9,7 Mill. Frauen. Von den Frauen waren

rd. 5,5 Mill. (57 %) verheiratet. Seit 1939 hat sich der Anteil der Frauen, und insbesondere derjenige der verheirateten Frauen, stärker entwickelt als der Anteil der Männer. 195) Frauen aller sozialen Gruppierungen sind materieller eingestellt als Männer der gleichen Gruppe. Für beide Geschlechter gemeinsam gilt wiederum, daß anspruchsvolle Anschaffungswünsche das Verhalten in der 1. und 2. Lebensphase wesentlich stärker bestimmen als in der dritten. In der Zeit von 1961 bis 1970 ging die Erwerbsquote der Altersgruppe von 15 bis 30 Jahren bei den Männern merklich zurück, während die Erwerbsquote der 35- bis 45-jährigen leicht anstieg. Bei den Frauen nahm sie insgesamt zu. 196) 197) Teilzeitbeschäftigt waren bei Beamten und Angestellten insgesamt 4,3 % und bei Arbeitern 3,9 %. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag hierbei fast doppelt bzw. bei den Arbeitern fast dreimal so hoch als bei den Männern. 198)

Im Jahre 1970 waren von den insgesamt 26,3 Mill. Erwerbstätigen 25,5 % ledig, 68 % verheiratet und 6 % verwitwet oder geschieden. 17 % der Erwerbstätigen waren unter 25 Jahre und 47 % zwischen 25 und 45 Jahre alt. Von den männlichen Erwerbstätigen waren 1,2 Mill. als Beamte, 4,0 Mill. als Angestellte und rd. 9 Mill. als Arbeiter tätig. Gemessen an den männlichen Erwerbstätigen dieses Jahres (insgesamt 16,7 Mill.) waren die Beamten mit 7,1 %, die Angestellten mit 24 % und die Arbeiter mit 54 % beteiligt.

195 Männer: von 14,2 auf 17,1 Mill.; Frauen: von 7,9 auf 9,6 Mill.; verheiratete Frauen: von 3,1 auf 5,5 Mill.: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972, Wiesbaden 1972, S. 144

196 Statistisches Bundesamt: Die Frau in Familie und Beruf, S. 53

197 Unter Berücksichtigung der Gruppeneinteilung in der amtlichen Erwerbs- und Bevölkerungsstatistik wird hier unterstellt, daß die 1. und 2. Lebensphase mit den Altersgruppen bis 45 Jahre identisch ist, was natürlich mit der Realität nicht ganz übereinstimmt.

198 Wirtschaft und Statistik, 1963, S. 679

Die restlichen Beteiligten gehörten den selbständigen Berufen an oder waren mithelfende Familienangehörige. 199)

Die Berufsgruppe der Arbeiter macht also mehr als die Hälfte der gesamten Erwerbstätigen aus, während Angestellte mit fast einem Viertel vertreten sind. Das ist hier relevant, weil Arbeiter im stärkeren Ausmaß instrumentell eingestellt sind als Gehaltsempfänger, und beide Gruppen wiederum wesentlich stärker als Beamte. Erwerbstätige in den ersten beiden Lebensphasen folgen, wie bereits festgestellt, in erster Linie materiellen Arbeitsanreizen, wobei die Perzeptionsrate bei Angehörigen der Altersklasse unter 25 Jahren besonders hoch liegt. Insgesamt gesehen bestreiten diese beiden Gruppen über 60 % des gesamten Arbeitsangebotes.

Bei einem Vergleich der Mehrarbeitsstunden männlicher Arbeiter über 21 Jahren nach der Kinderzahl stellt man fest, daß die wöchentlich durchschnittlich erbrachten Mehrarbeitsstunden mit zunehmender Kinderzahl steigen: Von Haushalten ohne Kinder wurden 3,3 Mehrarbeitsstunden geleistet, von Haushalten mit 1 Kind 3,9, von Haushalten mit 2 Kindern 4,1, von Haushalten mit 3 Kindern 4,2 und von Haushalten mit 4 und mehr Kindern 4,3 Mehrstunden. Diese geringe, aber interessante Beziehung ist in Verbindung mit der erweiterten Bedarfslage 200) und ihrer Finanzierungskonsequenzen zu sehen. 201)

Eine Aufgliederung der Arbeiter nach Lohnformen und Lebensalter zeigt, daß jüngere Kräfte - wahrscheinlich in Abhängigkeit von der physischen Leistungskraft und der Bedarfssituation im Lebenszyklus - häufiger im Leistungs-

199 Statistisches Bundesamt: Die Frau in Familie und Beruf, 1970, S. 37

200 Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1973, S. 265

201 Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 17, Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, S. 112 sowie Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1969, S. 653

lohn arbeiten als ältere. Von den männlichen (weiblichen) Zeitlöhnern waren 35 (38) % mindestens 45 Jahre alt, von den Leistungslöhnern dagegen 26 (23) % (Tab. 32). Im ganzen ist, wie ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Erhebungen zeigt, der Anteil der Zeitlöhner und der Mischlöhner etwas zurückgegangen und der Anteil der Leistungslöhner gestiegen (Tab. 31). Die Lohnform ist in ihrer Verteilung und Entwicklung deshalb von Bedeutung, weil Leistungslöhner im höheren Grade materiell motiviert sind als Stundenlöhner.

d) Erwerbstätigkeit der Frauen

Untersuchungen über die Einstellungen und Motivationsstrukturen erwerbstätiger Frauen müssen die Verschiebungen berücksichtigen, die sich zwischen Haupt- und Nebenmotiven im Ablauf der drei Erwerbstätigkeitsphasen ergeben. Während die Ausrichtung auf materielle Ziele in der ersten Phase (zwischen Bildungsabschluß und erstem Kind) und der zweiten Phase (Rückkehrerinnen unter 40 Jahren) gegenüber andersartigen Zielsetzungen dominieren, wird die dritte Lebensphase (nach dem Heranwachsen der Kinder) im weitaus erheblicheren Maße durch psychologische Faktoren bestimmt (vgl. hierzu auch die Tabellen 16, 17 u. 15).

Über 60 % der Rückkehrerinnen sind verheiratete Frauen mit voll erwerbstätigen Ehemännern, der größte Teil dieser Frauen ist bei der Rückkehr jünger als 40 Jahre. Nur 15 % der Rückkehrerinnen sind der dritten Lebensphase zuzurechnen. Es zeigt sich also, daß die Bedeutung der weniger materiell Motivierten gewöhnlich überschätzt wird; dagegen wird das Erwerbspotential der Frauen in der zweiten Phase

unterschätzt. 202) Auf der Grundlage einer amtlichen Längsschnittuntersuchung bei über 100 000 Frauen ergab sich, daß die durchschnittliche Erwerbstätigkeitsdauer in der ersten Phase weiter abnehmen wird und demgegenüber die Rückkehr in das Erwerbsleben immer früher erfolgt. 203)

Im ersten Teil der Untersuchung konnte festgestellt werden, daß die Perzeptionsrate materieller Arbeitsanreize bei Frauen generell höher liegt als bei Männern und bei Arbeiterinnen wiederum höher als bei Angehörigen anderer Berufsgruppen: im Jahre 1970 betrug der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt 36,4 %. Von diesen 9,6 Mill. Frauen waren die meisten als Angestellte (48,5 %) beschäftigt. Weitere 15,8 % waren Beamtinnen und nur 27,9 % Arbeiterinnen. 204) Unter den abhängig Beschäftigten leisteten erwerbstätige Frauen in der Berichtswoche vom 18. bis 24.4.1971 insgesamt 281 Millionen Arbeitsstunden, das sind 75,4 % der von Frauen in Erwerbstätigkeiten geleisteten Arbeitsstunden aller Haushalte zusammengekommen. 205) In der gleichen Berichtswoche im Jahre 1971 wurden in der vorwiegenden Erwerbstätigkeit der Frauen im Durchschnitt aller Berufe durch-

202 Hofbauer, Bintig, Dadzio: Die Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben - Ergebnisse einer Untersuchung über Frauen, die nach einer Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit wieder eine Arbeit aufnehmen wollten, entnommen aus: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1968-1971, Erlangen 1972, S. 37

203 Kohler, Reyher: Erwerbstätigkeitsphasen der Frauen - Eine Untersuchung des Instituts der Bundesanstalt zum Phasenablauf der Frauenerwerbstätigkeit, entnommen aus: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung . . . , Ebenda, S. 58

204 Statistisches Bundesamt: Die Frau in Familie und Beruf, 1970, S. 37

205 Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1972, S. 273

schnittlich 38,9 Arbeitsstunden geleistet. ²⁰⁶⁾ ²⁰⁷⁾ Dabei erreichten weibliche Beamte mit 39,8 Std. das höchste Ergebnis unter den abhängigen Berufen und weibliche Arbeiter mit 35,2 Std. das niedrigste. ²⁰⁸⁾ Der relativ niedrige Durchschnittswert bei Arbeiterinnen ist damit zu erklären, daß Arbeiterinnen besonders häufig Teilzeitbeschäftigungen nachgehen. ²⁰⁹⁾

e) Die Angebotselastizität der Mehrarbeit

Der Konsumstandard uniformiert und stabilisiert zugleich das Nachfrageverhalten innerhalb sozial bestimmter Haushaltsgruppen. Er ist vor dem Zeit- und Sparstandard die hier in erster Linie interessierende Komponente eines umfassenden sozio-kulturellen Lebensstandards, weil die Vorstellung von einer als angemessen angesehenen Aufteilung in Arbeits- und Freizeit ebenso dem Einfluß von Bedarfsdeckungswünschen ausgesetzt ist wie das Sparverhalten. Die sich aus dem Konsumstandard ableitende Bedarfsstruktur wird üblicherweise in drei große Bedarfsgruppen eingeteilt: der lebensnotwendige Grundbedarf oder die survival values, der freiverfügbare sozialgebundene Konventionsbedarf und als besondere Gruppe die Bedarfsspitzen oder der

²⁰⁶ Untersuchungen über den Arbeitszeitaufwand im Haushalt liegen unter Berücksichtigung verschiedenartiger Einflußmerkmale vor. So bei Bartsch, Ellen: Der Arbeitszeitaufwand im städtischen Haushalt, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 2. Jahrgang, 1954, S. 18-23; Warren, Jean: Use of time in its relation to Home Management, in: Bulletin 734 (1940), Ithaca, N.Y. Cornell Univers. Arg. Expl. Station

²⁰⁷ Auf die schwerwiegenden sozialen und ethischen Aspekte der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen und insbesondere der Mütter kann im Rahmen dieser wertfreien Untersuchung nicht eingegangen werden. Vgl. hierzu auch: Schmucker u. A.: Die ökonomische Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Soziologische Gegenwartsfragen, NF, Stuttgart 1961, S. 60ff.

²⁰⁸ Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1972, S. 271

²⁰⁹ Wirtschaft und Statistik, 1963, S. 679

Zusatzbedarf. ²¹⁰⁾ Nach der Rangfolge der Dringlichkeit dieser Bedarfe und ihrem im Zeitablauf feststellbaren Wandel bestimmen sich die Impulse auf das Haushaltsverhalten.

Die im lebensnotwendigen Grundbedarf enthaltenen Gebrauchsgüter entsprechen dem Mindestbestand an Nutzungsmöglichkeiten, der zur Befriedigung unverzichtbarer Grundbedürfnisse im Haushalt verfügbar sein muß. Hierzu gehören insbesondere Haushaltsinvestitionen alten Typs, wie Möbel und Hausrat sowie Haushaltsmechanismen des täglichen Gebrauchs. Die Nachfrage nach diesen Gütern und den Verbrauchsgütern des Grundbedarfs ist unelastisch; das trifft auch zu für den Teil des Arbeitsangebotes, das zu ihrer Sicherstellung unbedingt erforderlich ist. Der lebensnotwendige Grundbedarf ist aber ebenfalls der Dynamik des Lebensstandards unterworfen und erhöht sich im Zeitablauf absolut. In dem Maße, in dem er Gebrauchsgüter aus dem elastischen Wahlbereich an sich zieht, verändern sich auch die Elastizitätsbereiche des Arbeitsangebotes.

Unter dem sozialgebundenen Konventionsbedarf sind neben hochwertigen Leistungen des tertiären Bereichs die Gebrauchsgüter zu verstehen, die auf Grund ihres hohen Wertes in erster Linie zur Konsumvermögensbildung beitragen. Sie liegen mit einigen Ausnahmen im freien Wahlbereich der Haushalte. Die für ihre Anschaffung erforderlichen Einkommensteile resultieren in der Regel aus einem Arbeitsangebot, das weitgehend unelastisch ist. Die Struktur dieses Arbeitsangebotes ist verhältnismäßig stabil; ob sich die Einzelnachfrage des Haushaltes im Rahmen seines Konventionsbedarfes auf eine kostspielige Stereoanlage oder auf eine weitergehende Mechanisierung des Haushaltes richtet, das dadurch induzierte Angebot an Arbeit bleibt davon in seiner

²¹⁰ Egner, Erich: Der Haushalt. . . , a. a. O., S. 151; und Bock, Josef: Strukturwandlungen des Verbrauchs, a. a. O., S. 7f. sowie Graf, H. G.: Der Einfluß des Einkommens . . . , a. a. O., S. 44: "Existenz-, gehobener und Luxusbedarf".

Art unberührt. Hierauf wirken andere Einflüsse ein: zum Beispiel die Arbeitsbereitschaft und der Auslastungsgrad einzelner Haushaltsmitglieder und die jeweilige Konstellation innerhalb der Personengemeinschaft. Ein direkter Zusammenhang zwischen Nachfrage- und Arbeitsangebotsstruktur besteht jedenfalls nicht. Im wesentlichen werden die erforderlichen Einkommensteile aus dem Teil des Arbeitsangeobtes bestritten, das als güterinduzierte relative Mehrarbeit bezeichnet wird, beziehungsweise aus dem Mehr an Arbeit, das über die Mindestarbeitszeit hinausgeht, die zur Sicherung lebensnotwendiger Bedarfe erforderlich ist.

Zur großen Gruppe des frei entscheidbaren Konventionsbedarfs gehören also alle höherwertigen Gebrauchsgüter, deren Anschaffung bei jeweiligen erreichten durchschnittlichen Einkommen für angemessen gehalten wird. Der Spitzen- oder Zusatzbedarf kann nur bei einer Verbesserung der bisherigen Einkommensverhältnisse gedeckt werden. Typische Gebrauchsgüterkomplexe dieser Art sind das Einfamilienhaus, die Eigentumswohnung, die komplette Wohnungseinrichtung bei Familiengründungen oder aber auch der Autotyp der nächsthöheren Einkommensklasse. Allen zugrundeliegenden Bedürfnissen dieser Art ist gemeinsam, daß sie außerhalb des bereits realisierten Begehrkreises liegen und zusätzliche Arbeitsleistungen mobilisieren. Das kann in Form absoluter Mehrarbeit durch Überstunden oder Nebenbeschäftigungen des Haushaltsvorstandes oder aber durch Einschaltung weiterer Haushaltsmitglieder in den Erwerbsprozeß geschehen. Die damit verbundenen freiwilligen Opfer an Freizeit sind also letztlich aus den gestiegenen Ansprüchen zu erklären, die der Dynamik des Lebens-

standards zuzurechnen sind. ²¹¹⁾ Die Teile des Arbeitsangebotes, welche auf ein solches absolutes Mehr an Arbeitsleistung zurückgeführt werden können, sind eher elastisch.

Die Verhaltensweisen im Vollzuge der Konsumvermögensbildung lassen sich also dahingehend kennzeichnen, daß sich die Art der erforderlichen Arbeitsleistung weitgehend danach richtet, ob der ins Auge gefaßte Güterkreis auf der Basis von Lebensniveau und Lebensweise begehrt wird, d.h. ob der Haushalt von einem gegebenen Verhältnis von Einkommen und Verbrauch zu Arbeitsaufwand und Freizeit ausgeht, oder aber ob Güterkomplexe begehrt werden, die nur unter veränderten Relationen beziehungsweise unter Verzicht auf eine an sich sonst mögliche Verbesserung der Relationen erreichbar erscheinen.

2. Arbeitsverhalten und Arbeitsproduktivität

In der ökonomischen Terminologie wird unter Produktivität das Verhältnis zwischen Produktionsergebnis und Faktoreinsatz verstanden. Als statistische Maßgröße in Form der Arbeitsproduktivität findet sie u. a. als Vergleichswert der Wirtschaftsbereiche Verwendung. Ihre ungleichartige Entwicklung im primären, sekundären und tertiären Bereich ist in der Regel auf Unterschiede in der Kapitalintensität, im technischen Fortschritt, in den Ausnutzungsgraden oder in den strukturellen Veränderungen zurückzuführen. Erhöht sich die Arbeitsproduktivität eines Sektors, dann kann dieser Sektor bei gleichbleibendem Einsatz an Produktionsfaktoren mehr oder bessere Güter bereitstellen oder die

²¹¹ Vgl. hierzu die Ausführungen von Meyer-Dohm zur Anpassungstheorie; Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte ..., a. a. O., S. 106ff. und das "Lebenshaltungsideal" nach Egner; Egner, Erich: Der Haushalt ..., a. a. O., S. 168f. sowie die Gleichgewichtsdarstellung in: Arbeitszeit und Freizeit, o. V., in: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrsg. H. Eichler u. A., Heft 15, Berlin 1961, S. 48

bisherige Menge mit einem geringeren Einsatz hervorbringen und dadurch Produktivkräfte für andere Verwendungen freistellen.

Versteht man das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft als Produkt aus Arbeitsproduktivität und gesamtwirtschaftlicher Arbeitszeit der Periode, dann kann seine Steigerung bei konstanter Arbeitszeit durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder bei konstanter Arbeitsproduktivität durch eine Verlängerung der gesamtwirtschaftlich aufgewendeten Arbeitszeit herbeigeführt werden. Die Aktivitäten, welche private Haushalte im Vollzuge ihrer realen Vermögensbildung entwickeln, stimulieren beide Einflußgrößen des Sozialprodukts und steigern damit das Periodenergebnis.

Das gesamte Periodenangebot an Arbeit ergibt sich aus der Zahl der Arbeitenden, multipliziert mit der individuellen Arbeitszeit. Die private Realvermögensbildung ist mit einer Erweiterung der Arbeiterzahl (active persons) und einer relativen und/oder absoluten Erhöhung der individuellen Arbeitszeit verbunden: Bei steigendem Anspruchsniveau und unverändertem Lohnsatz reicht - unter sonst gleichbleibenden Bedingungen - die bisher angebotene Arbeitsmenge nicht aus oder bei steigendem Lohnsatz wird der Anspruchszuwachs nur dann ausgeglichen, wenn die angebotene Arbeitsmenge unverändert bleibt bzw. eine mögliche Verkürzung der Arbeitszeit nur teilweise oder überhaupt nicht in Anspruch genommen wird. Die auf Eigenheime oder aufwendige Automobile gerichteten Anschaffungswünsche erhöhen den elastischen Teil des volkswirtschaftlichen Arbeitsangebotes. Zum Beispiel wird das Haushaltseinkommen durch die berufliche Mitarbeit der Hausfrau oder durch Überstunden bzw. nebenberufliche Tätigkeiten des Hauptverdieners verbessert. Die andere Determinante des volkswirtschaftlichen Periodenergebnisses, die Arbeitsproduktivität, steht ebenfalls unter dem Einfluß besonderer Verhaltensweisen. Im

Vollzuge der Konsumvermögensbildung fragen die Haushalte industriell erzeugte Güter nach. Die hierdurch begünstigten Wirtschaftsbereiche können besonders rationell produzieren und verzeichnen in der Regel die höchsten Arbeitsproduktivitäten.

Je mehr nun die Wirkung auf die Arbeitsproduktivität die Stimulierung des elastischen Arbeitsangebotes überwiegt, je mehr sich also das Verhältnis zwischen beiden Zuwächsen zugunsten der Produktivitätssteigerung verschiebt, umso höher steigt der Reallohn für eine Arbeitsstunde. Infolgedessen kann die gleiche Menge an Sachgütern bei einem verringerten Einsatz an Arbeitszeit erworben werden, oder die Deckungsmöglichkeiten weiten sich aus.

a) Anmerkungen zur Drei-Phasen-Theorie

Nach der Drei-Phasen-Theorie verlagert sich in einer wachsenden Wirtschaft das Schwergewicht der Nachfrage vom primären zum sekundären und zum tertiären Sektor, gleichzeitig erfolgt eine entsprechende Umstrukturierung von Produktion und Beschäftigten. ²¹²⁾ Da aber die Produktivitätssteigerung vorwiegend auf die Mechanisierung der Produktion zurückzuführen ist, wie viele Untersuchungen gezeigt haben, ist es nicht überraschend, daß im Bereich der Dienstleistungen die Produktivität nicht so stark steigt wie im Produktionsbereich. Die These Sombarts, die Produktivität der Arbeit werde nicht weiter steigen, hat sich jedoch auch hier nicht bewahrheitet.

Die privaten Haushalte treten in den Märkten auf als Nachfrager nach Gebrauchsgütern oder nach materiellen sowie

212 Zur Befristung des Aussagewertes dieser Hypothese vergleiche: Wessels, Theodor: Zur Problematik des tertiären Sektors in der modernen Volkswirtschaft, in: Jahrbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 14, Heft 3, Göttingen 1963, S. 303ff. und Schmucker, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen ..., a. a. O., S. 128ff.

immateriellen Verbrauchsgütern (wie Dienstleistungen im Gegensatz zu Sachgütern genannt werden können). Als Ergebnis eines dynamischen Lebensstandards zeigt sich ein relativer Rückgang der materiellen Verbrauchsgüter und eine Verschiebung der Nachfragestruktur zugunsten hochwertiger Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. ²¹³⁾ Hochwertige Gebrauchsgüter sind in überwiegender Zahl das Ergebnis industrieller Produktionsprozesse. Bei ihrer Fertigung finden rationelle Massenproduktion und technischer Fortschritt besonders günstige Voraussetzungen. Die Erergiebigkeit des Faktors Arbeit kann hier am stärksten gefördert werden. Dagegen sind der Zunahme der Produktivität (im mengenmäßigen Sinne) des Dienstleistungsbereiches verhältnismäßig enge Grenzen gezogen. ²¹⁴⁾ Es ist deshalb anzunehmen, daß eine zunehmende Nachfrage nach hochwertigen Gebrauchsgütern und verringerte Zuwachsraten der Dienstleistungsnachfrage eine relative Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bewirken.

Die langfristige Veränderung der Lohn-Preis-Relationen beider Sektoren begünstigt eine Entwicklung der privaten Nachfragestrukturen in dieser Richtung, oder genauer gesagt, sie wirkt hemmend auf die zunehmende Nachfrage neigung zu Diensten. Damit sind positive Impulse verbunden, die durch einen weiteren Effekt verstärkt werden: die Stückzahlen der Gebrauchsgüterindustrien erhöhen sich; weitere Verbesserungen der technischen Produktionskapazitäten und Rationalisierungserfolge steigern die Effizienz des industriellen Arbeitseinsatzes. Der Prozeß wirkt

213 Vgl. hierzu "Ausgabefähiges Jahreseinkommen und -einnahmen privater Haushalte sowie ihre Jahresaufwendungen für den Privaten Verbrauch und für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter ...": Tabelle 8 (Anhang) und Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 13; zum Durchschnitt Durchschnitt der Haushalte vgl. die Ergebnisse der EVS 62/63 und 1969 in: Wi/Sta, 10/1972, S. 567

214 Hierüber gibt es umfassendes statistisches Material

kumulativ. Die sich ergebenden Produktivitätserhöhungen wirken lohnsteigernd und dämpfen die Preisentwicklung. Die Paritätsansprüche der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten führen zur Lohnangleichung; die Preise der angebotenen Dienste steigen. 215)

b) Haushaltsinvestitionen im engeren Sinne

Das Sachvermögen privater Haushalte läßt sich in zeitbindende und zeitfreisetzende Gebrauchsgüter einteilen. Bestimmte Gutsategorien sind einfach einzuordnen. Während Freizeitgüter zur ersten Art gehören, führen sogenannte Haushaltsmechanismen zu einer Ersparnis an arbeitsnotwendiger Zeit. Besonders in jüngster Zeit finden sich in der haushaltswissenschaftlichen Literatur zahlreiche Untersuchungen über das Ausmaß dieser Zeiteinsparungen. 216) Andere Güterarten, besonders die gemischt

215 Wessels, Theodor: Zur Problematik des tertiären Sektors in der modernen Volkswirtschaft, a. a. O., S. 307ff. Vgl. hierzu auch: Sachverständigenrat: Jahresgutachten 1965/66, Stuttgart-Mainz 1965, S. 134ff.: Produktivitätseffekte des Strukturwandels.

Hierzu sei außerdem auf die Ausführungen des Kapitels "Die güterspezifische Lohn-Preis-Relation" verwiesen sowie auf das Kapitel "Dienstleistungen von hohem Wert"

216 So zum Beispiel bei: Stübler, Elfriede: Die Bedeutung der Technik im Haushalt für den Arbeitszeitbedarf, in: Hauswirtschaftliche Briefe, 1963, 3/4, S. 1-12; Stübler, Elfriede: Technik und Arbeitszeitbedarf im Haushalt, in: Hauswirtschaft und Volksernährung, 36, 1964, 1, S. 1-3; Zacharias, Rosemarie: Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Be- und Verarbeitung von Lebensmitteln, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 15, 1967, 1, S. 4-12; Hall, Florence, Turnbull u. a.: Effects of family and housing characteristics on time spent on household tasks, in: J. Home Econ., Washington D. C. /62 (1970), 1, S. 23-29; Schneiderhöhn, Rosemarie: Die Investitionsplanung im Rahmen der gesamten Haushaltsplanung, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 17, 1969, 5, S. 169-175

genutzten Gebrauchsgüter, sind nur über ihren finalen Verwendungszweck zu bestimmen. So kann der Pkw beim Einkauf zeitsparend und beim Familienausflug zeitbeanspruchend eingesetzt sein.

Egner deutet die Tendenz des Überganges arbeitsintensiver Haushalte zu kapitalintensiven Haushalten, die sich in der Kapitalanreicherung in Form von mechanischen Hilfsmitteln und Automaten abzeichnet, ²¹⁷⁾ als ein mögliches Indiz für die Bereitschaft, Arbeitszeit aus dem Bereich der Haushalte in die industrielle Produktion zu verlagern. ²¹⁸⁾ Prognosen über die weitere Entwicklung der Haushaltstechnik lassen u. a. neue Verfahren für die Wärme- und Kälteerzeugung mit Hilfe des Peltier-Effektes und der Hochfrequenz erwarten. ²¹⁹⁾ Die US-Industrie entwickelt zur Zeit spezielle Haushaltscomputer. Schon heute lassen sich allein durch eine optimale Schaltung der Arbeitsabläufe eines vollmechanisierten Haushaltes Zeiteinsparungen von 15 - 20 % erzielen. ²²⁰⁾

Eine andere - und auf den ersten Blick gegenläufige - Tendenz zeigt sich in dem zunehmenden Ausstattungsgrad mit zeitbindenden Gebrauchsgütern. Jedoch stellt sich bei näherer Betrachtung die unterschiedliche Ebene der alternativen Zeiteffekte heraus. Keinesfalls kann von einer kompensatorischen Wirkung gesprochen werden. Zeitfreisetzende Gebrauchsgüter erweitern den Spielraum an disponibler Zeit - in welcher Form sie auch verwendet wird; zeitbindende Gebrauchsgüter bleiben in der Regel ohne

²¹⁷ v. Schweitzer: Überlebt der Haushalt das Jahr 2000?, a. a. O., S. 10ff.

²¹⁸ Egner, Erich: Strukturwandlungen der Hauswirtschaft, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 11 Jg., 1963, Heft 1, S. 11

²¹⁹ Wiggert, K.: Die Hauswirtschaft im Jahre 1970, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 13, 1965, H. 2, S. 27

²²⁰ Stübler, Elfriede: Möglichkeiten und Grenzen der Automation im Haushalt, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 4, 1969, S. 135

direkten Einfluß auf die Zeitdisposition. Die Zeiteinteilung ist der Bedarfsdeckung vorgelagert. Die Ausstattung mit zeitbindenden Gebrauchsgütern deckt Bedarfe, die sich aus einer geplanten oder bereits vollzogenen Zeitdisposition ergeben. Demgegenüber ermöglicht die Ausstattung mit zeitfreisetzenden Gebrauchsgütern die Verfügung über einen Zeiteanteil, der erst durch ihre Nutzung in den Dispositionsbereich der Haushalte gerückt ist.

c) Zur Frage der Produktion im Haushalt

Die Betrachtung von speziellen Einflüssen im Haushalt investiv genutzter Gebrauchsgüter auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität macht einen dogmengeschichtlichen Exkurs erforderlich. Die Frage, ob dem privaten Haushalt neben seiner Eigenschaft als Verbrauchsgemeinschaft auch eine Bedeutung als Produktionsstätte zuzumessen ist, wird im wissenschaftlichen Schrifttum sehr unterschiedlich beantwortet.

Die modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaften haben sich durch allmähliche Funktionsausgliederungen aus den ursprünglich geschlossenen Hauswirtschaften ²²¹⁾ (Oikowirtschaften) entwickelt. Daher lassen die hauswirtschaftlichen Anweisungen der Kameralisten und jüngere Dar-

221 Bei Adolf Weber und Meinhold: "primitive Hauswirtschaft".

Vgl. Weber, Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Band 1, 7. Auflage, Berlin 1958, S. 106ff.; Meinhold, Wilhelm: Grundzüge der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 3. Auflage, München 1967, S. 38;

stellungen der historischen Entwicklung ²²²) keinen Zweifel an der originären Produktionsfunktion der Haushalte.

Seit J. B. Say hat sich die Theorie in einem nennenswerten Umfange den Problemen der Haushaltssphäre zugewandt. ²²³) Über die Frage einer aktuellen Produktionstätigkeit in diesem Bereich ist jedoch keine einheitliche Auffassung festzustellen. Das ist in erster Linie auf terminologische Abweichungen zurückzuführen: Produktion wird als wirtschaftliche Werteschaffung im allgemeinen Sinne oder aber als nur marktwirksames Phänomen definiert. Der Haushalt wird idealtypisch oder in seiner realen Erscheinungsform ²²⁴) betrachtet. So ist der private Haushalt bei Walter Eucken ²²⁵) und Wilhelm Vershofen ²²⁶) als Wirtschaftseinheit einer idealtypischen Verkehrswirtschaft zu verstehen. Bei Karl Bücher u. a. erscheint er als Realtypus. ²²⁷) Ein ähnliches Unterscheidungskriterium ist in den Bezeich-

²²² Bücher, Carl: Die Entstehung der Volkswirtschaft, 9. Aufl., Tübingen 1913, S. 144f; Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, 7. Aufl., 1. Bd., Berlin 1958, S. 106ff; Cassel, Gustav: Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl., Leipzig 1932, S. 506f; Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte, 13. Aufl., Berlin 1958, S. 115f; von Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich: Wesen und Grundbegriffe der Wirtschaft, Leipzig 1933, S. 5; Die historische Entwicklung vom Hausgewerbe, d. h. mit ausschließlicher Eigenbedarfsdeckung, zum erwerbswirtschaftlichen Stammesgewerbe untersucht: Vierkandt, A.: Naturvölker und Kulturvölker, Leipzig 1896, S. 120ff. u. 260ff.

²²³ Egner, Erich: Haushalt, a. a. O., S. 65

²²⁴ Einzelheiten zum Unterschied zwischen Idealtypen und Realtypen in: Stavenhagen, Gerhard: Geschichte der Wirtschaftstheorie, 3. Aufl., Göttingen 1964, S. 218f.

²²⁵ Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Heidelberg 1959, S. 87

²²⁶ Vershofen, Wilhelm: Hauswerk und Siedlung, Berlin 1947, S. 45 u. S. 196

²²⁷ Bücher, Karl: Arbeit und Rhythmus, 6. Aufl., Leipzig 1924

nungen relativer und absoluter Haushalt zu sehen. ²²⁸⁾ Der absolute Haushalt entspricht nach dieser Terminologie einer reinen Verbrauchswirtschaft. Typische Vertreter dieser letzteren Auffassung sind Erich Schneider, v. Wieser und Andreas Paulsen. ²²⁹⁾

Demgegenüber finden sich in jeder Phase der Dogmengeschichte Autoren, die die Produktion in den Familienhaushalten berücksichtigen. ²³⁰⁾ Bei kreislauftheoretischen Untersuchungen findet jedoch in der Regel der Produktionsprozeß im Haushalt keine Beachtung. ²³¹⁾ Eine kleine Gruppe früherer Autoren geht von einer anderen Zielsetzung aus und interpretiert die "produktive Konsumtion" als eine Leistung des Haushaltes zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. ²³²⁾ Neben diesen ausgeprägten Auffassungen gibt es eine Vielzahl von Beiträgen, welche die Schaffung von

228 Elster, Alexander: Haushaltung, in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, 2. Bd., 3. Aufl., Jena 1911, S. 1302f.

229 Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 1. Teil, 9. Aufl., Tübingen 1961, S. 16; von Wieser, Friedrich: Theorie der Gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomik, 1. Abt., Tübingen 1914, S. 160; Wieser schlägt sogar vor, statt der Konsumtion, den Haushalt der Produktion gegenüberzustellen; Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, 4. Aufl., Berlin 1963, S. 6

230 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der Sozialökonomik, 3. Abt., Tübingen 1947, S. 46; Dubberke, Hans Achim: Betriebswirtschaftliche Theorie des privaten Haushalts, in: Wirtschafts-Wissenschaftliche Abhandlungen, Hrsg.: Erich Kosiol und Andreas Paulsen, Heft 7, Berlin 1958, S. 45ff; Plassmann, Christa: Die Investitionsleistungen der privaten Haushalte, in: Festschrift für Walter Kaminsky: Die Finanzen des privaten Haushalts, Hrsg. Franz Schneider, Frankfurt/M. 1969, S. 67ff.

231 Böhler, Eugen: Grundlagen der Nationalökonomie, Bern 1948, S. 92ff., oder Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 1. Teil, a. a. O., S. 16

232 Mill, John Stuart: Grundsätze der politischen Ökonomie, 7. Aufl., (nach der Ausgabe v. 1871), Jena 1913, S. 78f.

Werten im Haushaltsbereich in einer Form definieren, die vom traditionellen Produktionsbegriff abweicht. ²³³⁾ Die vollkommene Integration der Haushaltsproblematik in gesamtwirtschaftliche Betrachtungen hat sich erst in den jüngeren Theorien vollzogen. Auch die empirische Konsumforschung hat neue Impulse empfangen: in den USA durch die home economics und die Verbraucherverbände; in Deutschland durch Wilhelm Vershofen. ²³⁴⁾ Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Produktion im Haushalt und die Bedeutung der langlebigen Gebrauchsgüter in diesem Bereich wird jedoch kaum beachtet.

Als Produktion ist jede Tätigkeit anzusehen, die auf Leistung von Diensten oder auf Vermehrung des Bestandes von konsumfertigen Gütern oder Zwischenprodukten gerichtet ist. Produktive Leistungen dieser Art werden im Bereich privater Haushalte in einem Umfange erbracht, der mit anderen Wirtschaftsbereichen durchaus vergleichbar ist. Daneben dürfen keinesfalls die werteschaftenden Leistungen vergessen werden, welche die Hausfrau neben der Konsumreife-machung von Gütern in Form von pflegerischen Diensten und sozialen Leistungen aller Art erbringt. Im Haushalt vollzieht sich also zweifelsfrei ein Teil der volkswirtschaftlichen Werteschaffung. Bei der Ermittlung des Sozialproduktes (als statistische Maßgröße) wird die Werteschaffung im Haushalt jedoch nicht berücksichtigt, da diese Leistungen - mit Ausnahme entgeltlich beschäftigter Hausangestellten - nicht über die Märkte gehen.

Durch zunehmende Ausstattung der Haushalte mit investiv

²³³ Zum Beispiel deutet Stackelberg "... den Konsumtionsvorgang als Produktion des Universalgutes 'Nutzen' ..." Stackelberg, Heinrich: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1951, S. 114

²³⁴ Egner, Erich: Haushalt, a. a. O., S. 66

genutzten Gebrauchsgütern (Haushaltsinvestitionen im engeren Sinne) vollzieht sich ein Substitutionsprozeß, der den Vorgängen in der Erwerbswirtschaft ähnlich ist. Im Haushalt wird bei annähernd gleichbleibenden Produktionsergebnissen mit zunehmender Kapitalintensivierung der Faktor Arbeit freigesetzt. ²³⁵⁾ Entschließen sich nun die begünstigten Haushaltsmitglieder, in erster Linie die Ehefrauen, die freigesetzte Zeit erwerbswirtschaftlich einzusetzen, dann lösen sie damit bereits betrachtete Impulse aus: das marktwirksame Arbeitsangebot wird erhöht, die Produktion gesteigert.

Daneben treten zusätzliche Effekte in Erscheinung: Durch steigende Ausstattung mit sogenannten Haushaltsmechanismen werden bestimmte Funktionen in den Haushalt rückgegliedert. ²³⁶⁾ Zum Beispiel geht mit zunehmender Nachfrage nach elektrischen Waschmaschinen die Nachfrage nach den Diensten der erwerbswirtschaftlichen Wäschereien zurück. Die freigesetzte Arbeitskraft wird nach dem Marktprinzip den Stätten höchster Verwendung zugeführt. Durch die Entlastung des Dienstleistungssektors wird das Verhältnis zwischen volkswirtschaftlichem Produktionsergebnis und Faktoreinsatz zusätzlich verbessert. Die Produktivitätswirkung produktiv genutzter Gebrauchsgüter im Haushalt zeigt sich am deutlichsten, wenn familienfremde Arbeitskräfte eingespart werden und die eingesparte Zeit für außerhäusliche Erwerbstätigkeit eingesetzt wird. Die Wirkung wird umso stärker, je mehr die Arbeitseinkommen der Hausgehilfinnen oder der erwerbstätigen Hausfrauen steigen. ²³⁷⁾

235 Vgl. hierzu: Schmucker, Helga: Technisierung des Haushalts bei steigendem Wohlstand, ihre arbeitswirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Probleme, in: Zeitschrift für Elektroberatung, Frankfurt (Main) 1968, Heft 8, S. 213 ff.

236 Erneute Funktionsübernahme "auf höherer Stufe": Meyer-Dohm: Der private Haushalt im Prozeß der Bedarfsdifferenzierung, in: Strukturwandlungen ..., a. a. O., S. 90

237 Seeberg, Stella: Langlebige Haushaltsgüter und Haushaltsinvestitionen, in: Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, a. a. O., S. 68

Eine vergleichsweise geringfügige Gegentendenz darf nicht übersehen werden: arbeitsfreisetzende Gebrauchsgüter begünstigen die zusätzliche Erwerbsarbeit weiterer Haushaltsmitglieder; die Einkommenszuwächse können für die Anschaffung zeitbindender Gebrauchsgüter verwendet werden oder sie erhöhen die Nachfrage nach Dienstleistungen. In beiden Fällen wird das Tempo der Produktivitätsentwicklung gebremst. Der größere Teil des Nachfragezuwachses ist jedoch auf zeitneutrale Güterkomplexe, wie das Eigenheim, oder auf komplette Grundausstattungen gerichtet, deren zeitfreisetzende und zeitbindende Effekte sich weitgehend aufheben.

II. Sparverhalten und volkswirtschaftliches Sparaufkommen

Im Vollzuge der privaten Realvermögensbildung wird das Sozialprodukt auf der Verwendungsseite in Anspruch genommen und auf der Entstehungsseite durch die Erhöhung des volkswirtschaftlichen Arbeitsangebotes und der Arbeitsproduktivität begünstigt. Es stellt sich nun die Frage, ob und in welchem Ausmaße diesen positiven Effekten hemmende Einflüsse in der Geldsphäre entgegenstehen, oder inwieweit die traditionellen Vorstellungen von einer alternativen Entscheidung der Haushalte zwischen Sparen und Konsum neuen Gesichtspunkten im Falle der Konsumvermögensbildung weichen müssen. Die EVS 1969 und die Sparkassenerhebung von 1971 haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich unter dem Einfluß außergewöhnlicher Anschaffungswünsche im Sparverhalten breiter Einkommensschichten ein Wandel vollzogen hat, welcher das Zwecksparen in einem bemerkenswerten Umfange nicht mehr als Alternative, sondern als Ergänzung des allmählich zurückgehenden Vorsorge-sparens erscheinen läßt. Dieses besondere Sparverhalten war Gegenstand der Verhaltensbestimmungen im ersten Teil der Untersuchung.

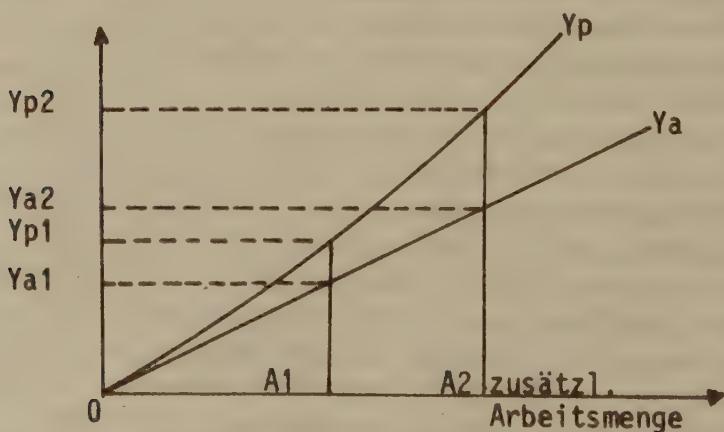
1. Das am Zweck orientierte Sparaufkommen

a) Ausgangsüberlegungen

Die Bedarfe der Haushalte an hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen werden in der Regel in hohem Maße durch zusätzliche Einkommensteile aus dem relativen und absoluten Mehr an elastischem Arbeitsangebot in marktwirksame Nachfrage verwandelt. Die Frage bleibt offen, inwieweit das so entstandene Mehreinkommen die Mehrnachfrage deckt und wie sich Überschüsse auf der einen oder anderen Seite auswirken. Vorerst soll davon ausgegangen werden, daß die Haushalte gerade soviel Mehrarbeit aufwenden, wie zur Deckung ihrer außerhalb des alltäglichen Begehrkreises liegenden Bedarfe notwendig ist. Die Betrachtung bleibt auf hochwertige Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe - denn nur sie interessieren hier - und auf das Mehrangebot an Arbeit beschränkt, das durch sie hervorgerufen wird.

Mehreink.

Fig.3



Geht man davon aus, daß das Mehreinkommen der Haushalte proportional zur bedarfsinduzierten Mehrarbeit wächst, dann würde eine Erhöhung des Arbeitsangebotes von A_1 auf A_2

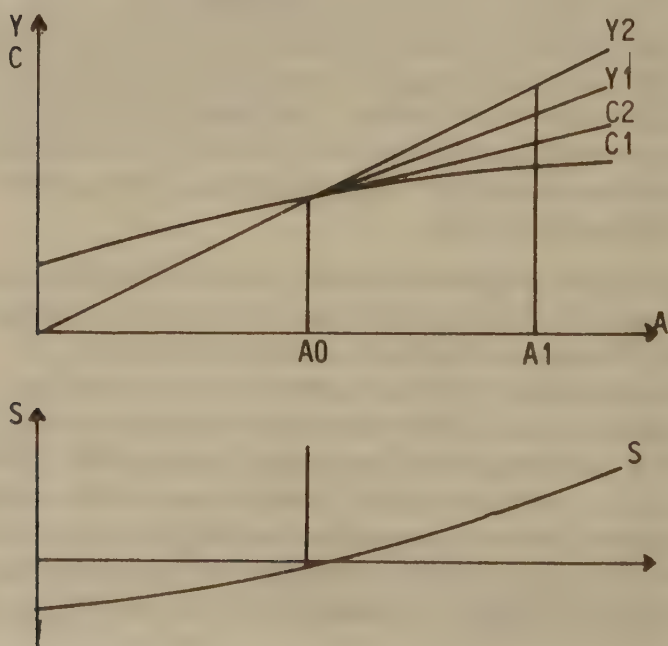
einen Einkommenszuwachs von Y_{a1} auf Y_{a2} hervorrufen. Eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen elastischen Arbeitsangebotes ist aber unter sonst gleichbleibenden Bedingungen mit vielgestaltigen Produktivitätssteigerungen verbunden. Im industriellen Bereich erhöht sich die Produktivität mit den Möglichkeiten der Massenproduktion, und der zeitfreisetzende Effekt investiv genutzter Gebrauchsgüter begünstigt das gesamtwirtschaftliche Verhältnis zwischen Produktionsergebnis und Faktoreinsatz. Die Einflüsse wirken kumulativ. Das Lohn-Preis-Verhältnis, bezogen auf die hier betrachtete Gebrauchsgütergruppe, entwickelt sich im steigenden Maße zugunsten der realen Vermögensbildung. Führen nämlich die Produktivitätssteigerungen einerseits zur Anhebung der Lohnsätze und andererseits zur relativ günstigen Entwicklung der Gebrauchsgüterpreise, dann zeigt die Realeinkommenskurve (Y_p) unter Berücksichtigung der Lohn-Preis-Entwicklung mit zunehmender Mehrarbeit einen überproportionalen Anstieg. Bei einer Erhöhung der bedarfsinduzierten Mehrarbeit von A_1 auf A_2 vollzieht sich in dem gewählten Modell die reale Vermögensbildung im größeren Umfange Y_{p1} - Y_{p2} .

Die Einkommenszuwächse auf Grund relativer und absoluter Mehrarbeit sind die Hauptquellen der privaten Realvermögensbildung. Deckungswünsche in außergewöhnlichen Bedarfen an hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen lassen einen besonders engen Zusammenhang zwischen Nachfragehöhe und bedarfsinduzierter Mehrarbeit vermuten. Im Falle eines Überschusses (Unterdeckung) der Einkommenszuwächse gegenüber den Nachfragezuwächsen sind Ausweitungen (Einschränkungen) in der Nachfrage nach materiellen oder/und immateriellen Verbrauchsgütern möglich.

Die Ergebnisse der empirischen Verhaltensforschung lassen erkennen, daß bei den betrachteten Bedarfsdeckungswünschen eine alternative Entscheidung zwischen Konsum und Sparen

weitaus weniger häufig anzutreffen ist. Nach der bisherigen Betrachtung der Grenzvorgänge sollen nun unter monetärem Aspekt die Auswirkungen auf die makroökonomischen Größen untersucht werden. In dem gewählten Modell soll Gleichgewicht herrschen zwischen der Zunahme an bedarfsinduziertem Mehreinkommen und dem zugrundeliegenden Nachfragezuwachs. Die Entwicklung verlaufe kontinuierlich. Es wird weiter angenommen, daß das Basiseinkommen (Y_1) proportional mit der Arbeitsmenge steigt und die originäre Konsumkurve (C_1) einer Funktion Keynes' scher Prägung entspricht. Nach Überschreiten der existenznotwendigen Arbeitsmenge (A_0) ergibt sich ein positives Sparen in Höhe von S .

Fig. 4



Wie ist nun die reale Vermögensbildung der Haushalte in dieses Geschehen eingebettet? Die originäre Konsumsumme wird um die effektive Nachfrage nach hochwertigen Ge-

brauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen erweitert. Die Gesamtkonsumkurve tendiert zum linearen Verlauf (C2). Es ist aber auch denkbar, daß die reale Vermögensbildung Ausmaße annimmt, die den Gesamtkonsum überproportional wachsen läßt. In dem gewählten Gleichgewichtsfall entspricht der Einkommenszuwachs aus bedarfsinduzierter Mehrarbeit restlos dem Zuwachs an Nachfrage im Vollzuge realer Vermögensbildung. Der Konsumzuwachs von C1 und C2 wird von dem Einkommenszuwachs von Y1 auf Y2 kompensiert. Die Sparquote (S) bleibt davon unberührt.

Hierzu ein konkretes Beispiel: Eine volkswirtschaftlich relevante Gruppe von Arbeitnehmerhaushalten plane den Kauf von Fertighäusern. Die Haushaltsvorstände ändern auf Grund dieser außergewöhnlichen Belastungen ihre Wirtschaftspläne. An sich mögliche Arbeitszeitverkürzungen werden nicht wahrgenommen, die allgemeine Arbeitsbereitschaft in den betrachteten Haushalten nimmt zu. Es sei weiter angenommen, daß sich die männlichen Haushaltsmitglieder nach Feierabend am Ausbau der Häuser mit Eigenleistungen beteiligen. Die laufenden Zinsen und Tilgungen der Hypotheken sollen durch zusätzliche Einkommen aufgefangen werden. Die Hausfrauen treten deshalb in das Erwerbsleben ein. ²³⁸⁾ Befinden sich unter den geschilderten Voraussetzungen die bedarfsinduzierten Einkommenszuwächse mit den bedarfsnotwendigen Einkommensverwendungen im Gleichgewicht, dann können bisherige Lebenshaltung und Sparverhalten unverändert bleiben.

b) Der Grenzfall absoluter Konsumverzichte

Der im vorangegangenen Kapitel unterstellte Gleichgewichts-

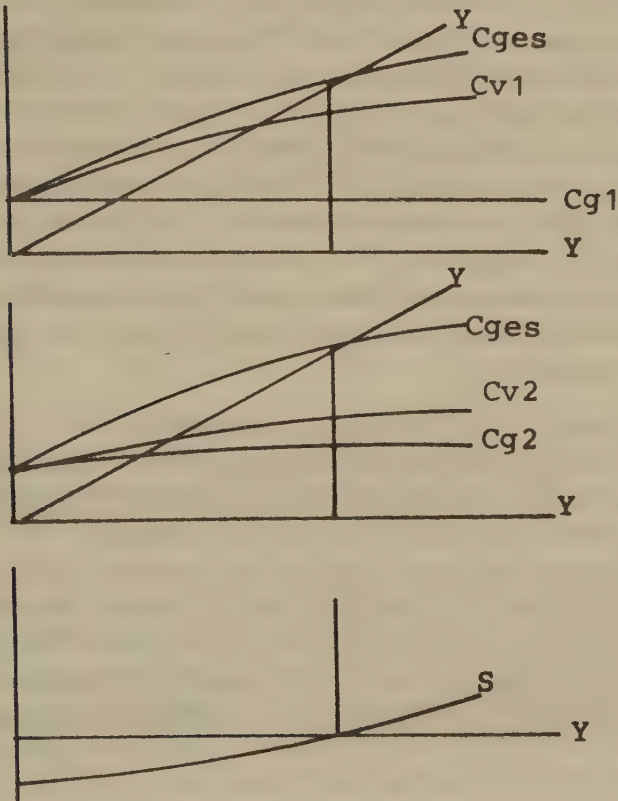
238 Hamilton, David: The Consumer in Our Economy, Boston 1962, p. 206:

"A house is the product of a multitude of different technical skills, surrounded and enmeshed in an almost unlimited number of pecuniary transaction."

fall ausgewogener Zuwächse auf der Einkommensbeschaffungs- und Einkommensverwendungsseite ist ausschließlich im Bereich abstrakter Denkmodelle anzutreffen. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit werden die Bemühungen der Haushalte um Ausgleich von weniger Erfolg begleitet sein: die Bedarfsdeckungen im Rahmen realer Vermögensbildung lassen Lücken entstehen. Neben den grundsätzlichen Anstrengungen, die Nutzung hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüteraggregate durch relative oder absolute Mehrarbeit zu ermöglichen, nimmt der Verzicht auf Konsum (im engeren Sinne) einen wichtigen Platz ein.

In der bekannten Darstellung bezeichnet die Kurve C_{ges} die Entwicklung des Gesamtkonsums bei wachsendem Einkommen. Ihr Verlauf wird bestimmt durch die wirksamen Haushaltsnachfragen der Periode nach materiellen und immateriellen Verbrauchsgütern (C_v) und Gebrauchsgütern (C_g).

Fig. 5



Erhöhen nun die Haushalte bei gleichbleibendem Einkommen ihre Bestände an hochwertigen Gebrauchsgütern durch Verzicht auf Deckung ihrer Bedarfe in Verbrauchsgütern, dann

ändert sich die Konsumstruktur bei konstanter Gesamtkonsumsumme. Der Gebrauchsgüteranteil verlagert sich von Cg1 nach Cg2; die Verbrauchsgüter gehen entsprechend von Cv1 auf Cv2 zurück. Die Sparrate bleibt unberührt.

Verbrauchsgüter sind materielle Sachgüter und immaterielle Dienstleistungen. Mit steigendem Lebensstandard entwickeln sich die Nachfragen nach materiellen Verbrauchsgütern unterproportional und nach Dienstleistungen überproportional. Die Sachgüter wachsen in zunehmendem Maße dem unelastischen Bereich zu, während die Dienstleistungen in der Regel den elastischen Wahlbereich der Haushalte vergrößern. Aus diesem Grunde treffen Konsumverzichte in erster Linie den Dienstleistungssektor. Die Haushalte haben eher die Möglichkeit, für mehrere Jahre die Ferienreisen zu unterlassen oder Kino- und Theaterbesuche einzuschränken als auf den Verbrauch von Lebensmitteln oder Heizöl zu verzichten.

Damit ist gleichzeitig eine Grenze aufgezeigt. Der Spielraum, der den Haushalten für eine ausschließliche Finanzierung der realen Vermögensbildung aus der unveränderten "Konsumsumme" verbleibt, ist relativ begrenzt. ²³⁹⁾ Der empirisch festzustellende Anstieg des Gebrauchsgüteranteils läßt strukturelle Verlagerungen höchstens als subsidiäre Finanzierungsquelle vermuten. Ohne das Sparverhalten zu ändern, können sie die Finanzierungslücken schließen, welche die bedarfsinduzierte Mehrarbeit offen läßt.

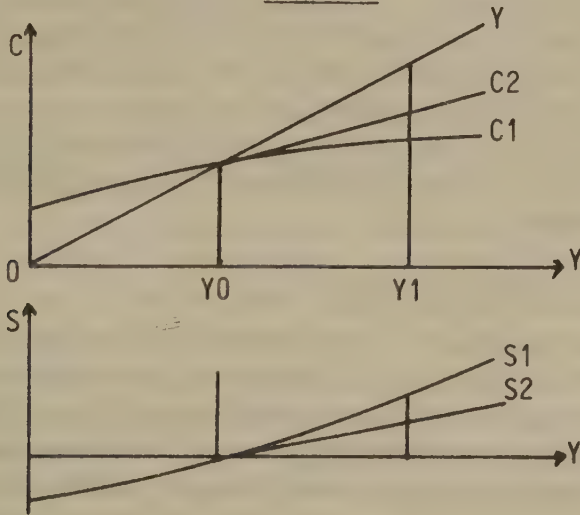
c) Der Grenzfall absoluter Sparverzichte

Als restlicher Grenzfall bleibt noch die Möglichkeit einer Finanzierung zu ausschließlichen Lasten der Sparquote. Die nachlassende Degression des Gesamtkonsums auf Grund

²³⁹ Nach Egner das "ultimum refugium" des Haushalts, Egner, Erich: Der Haushalt ..., a. a. O., S. 178 (bereits zitiert)

der zunehmenden Nutzung hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe zeigt sich in der Verschiebung der Gesamtkonsumkurve von $C1$ auf $C2$. Bei gleichbleibendem Arbeitsangebot und unveränderter Verbrauchsgüter-nachfrage drückt sich die Reduzierung der Sparquote in der Kurvenverlagerung von $S1$ auf $S2$ aus.

Fig. 6



In der Realität kann dieser Grenzfall normalerweise nicht auftreten. Die hier interessierenden relativ hohen Werte der realen Vermögensbildung, wie Einfamilienhäuser oder Grundausstattungen neuer Haushalte (z. B. bei Familiengründungen), können nicht allein durch Sparverzichte erworben werden. Dafür ist der autonome Anteil der Sparmittel zu klein. Dazu eine einfache Erklärung: die durchschnittliche Sparquote in der Zeit von 1965 bis 1972 lag bei 12,3 % (Tab. 62). Daran hat die typisch kurzfristige Sparform des Kontensparens einen Hauptanteil. ²⁴⁰⁾ Dieser Anteil ist wesent-

240 Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Materialien zur Vermögensbildung, Ergebnisse einer Umfrage von 1971, S. 32

lich motiviert durch zukünftige Kaufwünsche. Im Kreise dieser hinausgeschobenen Bedarfe nehmen hochwertige Gebrauchsgüter einen bedeutenden Platz ein. Der außerhalb der zweckgebundenen Sparquote verbleibende Teil eines echten langfristigen Sparanteils reicht jedoch bei den unteren und mittleren Einkommensklassen als alleinige Finanzierungsquelle der realen Vermögensbildung nicht aus. Außer mangelnder quantitativer Eignung steht die Motivation dieses Sparanteils dem Hinüberwandern in die "Konsumsumme" entgegen: das echte langfristige Sparen wird von Vorsorge- und Sicherheitsdenken getragen. Im Gegensatz zum sogenannten Zwecksparen bleibt seine Inanspruchnahme in aller Regel auf Notfälle und vorübergehende Finanzierungspässe beschränkt.

d) Das zweckorientierte Sparen

Die Masse der empirisch anzutreffenden Zusammensetzungen potentieller Finanzierungsquellen der realen Vermögensbildung liegt zwischen den betrachteten Grenzfällen. Die Bedarfsdeckung in hohen Nutzungswerten wird in erster Linie von Einkommenszuwächsen getragen, die ihre Entstehung der Bereitschaft der Haushalte verdanken, für Nutzung und Besitz hochwertiger Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe relativ und absolut mehr zu arbeiten. Verbleibende Finanzierungslücken werden subsidiär durch Konsumverzichte (im engeren Sinne) geschlossen. Das langfristige Vorsorge- und Sicherheitssparen wird nur in Ausnahmefällen und bei kurzfristigen Finanzierungspässen hinzugezogen.

Wie aber kann sich diese Feststellung gegenüber dem Antagonismus zwischen Konsum und Sparen behaupten? Die Antwort ergibt sich mit der Auflösung des Sparbegriffes in seine Hauptbestandteile: Vorsorgesparen und Zwecksparen. Unter Verzicht auf terminologische Verfeinerungen sollen diese der Motivforschung entstammenden Begriffe über-

nommen werden. Nur das langfristig konzipierte Sparen entspricht der Sparvorstellung der klassischen Nationalökonomie. Das zweckgebundene Sparen, soweit es für größere Anschaffungen vorgesehen ist, ohne auf ein konkretes Gut gerichtet sein zu müssen, tritt stattdessen kurz- bis mittelfristig in Erscheinung.

Die Bedürfnisse der Haushalte nach hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen können in der Regel nicht aus dem laufenden Einkommen befriedigt werden. Das Zwecksparen ist deshalb in der Regel als Wegbereiter dieser Befriedigungswünsche zu verstehen - auch wenn die genaue Verwendungsform noch nicht bestimmt ist. Selbstverständlich spielen hierbei auch Verwendungswünsche eine Rolle, die nicht auf Gebrauchsgüter gerichtet sind. Der Haushalt kann zum Beispiel für den Zweck sparen, eine Weltreise oder die Nutzung bestimmter Bildungsangebote aus diesem Fonds zu bestreiten. Mit Hilfe empirischer Forschungsergebnisse konnte aber im ersten Teil der Untersuchung die besondere Bedeutung hochwertiger Gebrauchsgüter, Eigenheime und sonstiger Gebrauchsgüterkomplexe für das private Sparen nachgewiesen werden. Das kommt auch in zahlreichen Literaturbeiträgen zum Ausdruck: Fritz Voigt stellt hierzu fest, daß die kürzerfristigen Sparformen des Einlagesparens zunehmend bevorzugt werden. Dabei tritt das Vorsorgesparen eindeutig zugunsten des Zwecksparens zurück. "Mit der allgemeinen Zunahme des Volkswohlstandes wächst der Kreis der langlebigen Konsumgüter (Gebrauchsgüter, d. V.), die in die Erreichbarkeit der

breiten Masse rücken und auf die nun angespart wird. 241) 242)

Die Bezieher der Masseneinkommen sind also in der Regel und im Durchschnitt zunehmend eher geneigt, für einen realen und sichtbaren Zweck zu sparen als für zusätzliche Zukunftsvorsorge. Zusätzlich, weil der Staat immer umfassender die Alters- und Sicherheitsvorsorge der Haus-

241 Voigt, Fritz: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., S. 139ff.

242 So auch bei: Egner, Erich: Die Investitionen der Haushalte in Dauerkonsumgütern, a. a. O., S. 692: "Hier (bei der breiten Schicht der unteren und mittleren Einkommensbezieher, d. V.) nimmt das Sparen zum großen Teil die Form des Zwecksparens für die Beschaffung von Dauerkonsumgütern an, so ist es, daß diese Sparleistung im vorweg zur Ansammlung der Kaufsumme oder nachträglich durch Beanspruchung des Teilzahlungskredits erfolgt."

Föhl, Carl: Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, in: Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Bd. 2, Tübingen 1964, S. 30f. Auch Föhl nimmt an, daß das Sparen der Unselbständigen heute meist Zwecksparen ist und befürchtet, daß in dem Maße, wie das Entsparen sich im Laufe der Zeit der Ersparnisbildung nähert, ein Absinken der bisher beobachteten Sparquote der Unselbständigen zu erwarten ist. Ursache eines Überhanges der Ersparnisbildung über das Entsparen ist die Beteiligung immer weiterer Bevölkerungskreise am Zwecksparen. Dem steht die Verminderung des Geldvermögens durch Entsparen nach Ablauf einer bestimmten Zeitspanne gegenüber.

So auch bei: Raab, Gustav: Die Sparformen und ihre Bedeutung für die Kapitalbildung, in: Schriftenreihe des Oesterreichischen Forschungsinstituts für Sparkassenwesen, Bd. 6, Wien 1963, S. 61: "... der passive Akt der Nichtverausgabung von Einkommensteilen (ist, d. V.) durch die Wirkung der aktiven Planung eines vorgeschobenen Ausgabeaktes verdrängt worden."

halte übernimmt. 243) 244) Ein wachsender Anteil des privaten Sparaufkommens wird demzufolge von zweckgebundenen Sparvorhaben getragen, die in ihrer Entstehung - also nicht nur in ihrer Verwendung - von Verfügungswünschen im Rahmen der Konsumvermögensbildung bestimmt werden. Mit der zunehmenden Delegation der Altersvorsorge und allgemeinen Lebenssicherung an ein System öffentlicher Einrichtungen ist deshalb ein Rückgang des langfristigen Vorsorgespargens verbunden, der durch Zuwächse zweckorientierter Sparleistungen kompensiert wird.

Damit erscheint die reale Vermögensbildung privater Haushalte auch unter monetärem Aspekt in einem neuen Licht. Das Sparvolumen des privaten Sektors wird durch Zuwachsraten der Gebrauchsgüternachfrage nicht geschmälert, son-

243 Abgesehen von der langfristig sich erhöhenden Konsumnorm unter dem Einfluß der sozialen Geltung eines hohen Lebensstandards ist die Sparrate der Haushalte in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik beeinflusst worden: "Durch die Einführung der sozialen Altersvorsorge, die zu einer entsprechenden Einschränkung der privaten Rücklagenbildung für diese Aufwendungen geführt hat; durch das Zwecksparen unter Mithilfe von Krediterleichterungen und Schuldenaufnahme im Sinne einer Verwirklichung der geplanten Käufe." Schmucker, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte, in: Strukturwandlungen ..., a. a. O., S. 144

244 Vgl. hierzu "Erwerbspersonen nach der Art der voraussichtlichen Alterssicherung und Stellung im Beruf": Statistisches Bundesamt: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der BRD nach der Zählung vom 13. 9. 1950, Stuttgart-Köln 1953, S. 22; des weiteren "Das Sozialbudget in der BRD der Jahre 1950 bis 1976" (nach dieser Aufstellung aus dem Sozialbericht des Deutschen Bundestages wird die Sozialquote im Jahre 1976 einen Stand von 26,4 % erreicht haben); siehe hierzu Tabelle 61 im Anhang und "Gesamtes Einkommen der privaten Haushalte nach Einkommensarten" (darunter die Leistungen der Sozialversicherung in den Jahren 1960 bis 1970): Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Fachserie N, S. 23

dern umstrukturiert und erweitert. Inwieweit die neuen - im hohen Maße beim Vollzuge der Realvermögensbildung entwickelten - Sparformen für die volkswirtschaftliche Investitionstätigkeit Verwendung finden, bzw. inwieweit sie in ihrer ökonomischen Qualität an das Vorsorgesparsparen heranreichen, bleibt noch zu prüfen.

Makroökonomische Zahlen über den Anteil des an materiellen Verwendungszwecken orientierten Sparens am volkswirtschaftlichen Sparaufkommen liegen für die Bundesrepublik Deutschland nicht vor. Weder die amtliche Statistik noch der private Bankenbereich oder der Sparkassen- und Giroverband verfügen bisher über derartiges Zahlenmaterial. Die vorliegenden Forschungsergebnisse können nur zur Ermittlung eines Näherungswertes für den Einflußbereich bedarfsbezogener Sparanreize herangezogen werden. Da sich die Abgrenzung dieses Bereiches nur innerhalb weiter Grenzen bewegen kann, bleiben formal-statistische Mängel ²⁴⁵⁾ des Zahlenmaterials ohne Bedeutung. Ein Ersatz für makroökonomische Zahlen ist damit nicht gegeben.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 faßt neben den Sparzielen des Vorsorge- und Sicherungssparens drei Zielgruppen zusammen, die eindeutig der privaten Sachvermögensbildung zuzuordnen sind: (1) größere Einrichtungs-, Gebrauchs- oder Schmuckgegenstände, (2) Hauskauf oder -bau, Eigentumswohnung, Grundstück, und (3) Kraftfahrzeuge. Außerdem wird eine Zielgruppe genannt, deren Zuordnung nicht eindeutig ist. ²⁴⁶⁾ Im Durchschnitt nannten die Haushalte zwei Sparziele. ²⁴⁷⁾ ²⁴⁸⁾ Ein enger Zusammenhang der Merkmale besteht zwischen der Anzahl der

²⁴⁵ Spitzeneinkommen über 10.000 DM monatlich werden nicht erfaßt

²⁴⁶ "Sonstige Gründe, ohne genaue Vorstellung"

²⁴⁷ Wirtschaft und Statistik, 2/1971, S. 138: "Im Durchschnitt nannte jeder Haushalt zwei Sparmotive bzw. -ziele"

²⁴⁸ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1974, S. 130

Sparziele und dem Einkommen: je höher das Einkommen, um so mehr Sparziele werden zur gleichen Zeit verfolgt. Somit stellt sich die Anzahl der Ziele als schichtenspezifisches Problem dar. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1800 bis unter 2500 DM nannten durchschnittlich 2,5 Sparziele, die unterste Einkommensschicht lag bei 1,4 Zielen. ²⁴⁹⁾

Die im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 vom Statistischen Bundesamt erstmalig durchgeführte Erforschung der Sparmotive und Sparziele privater Haushalte ist dann für weiterführende Lösungen einsetzbar, wenn die Möglichkeit von Ballungserscheinungen durch zwei Annahmen berücksichtigt wird, die nur als Grenzfälle der Realität entsprechen. In der Annahme Nr. 1 wird davon ausgegangen, daß im Durchschnitt der Haushalte für 1,5 Sparziele gleichzeitig gespart wurde. In diesem Falle hätten Sparziele zugrunde gelegen, die sich zu 11,1 % auf Hauskäufe etc., zu 7,5 % auf Kraftfahrzeuge und zu 13,8 % auf größere Einrichtungs-, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände richteten (Tab. 52). Die Annahme Nr. 2 geht davon aus, daß die Haushalte gleichzeitig für 2,5 Sparziele ²⁵⁰⁾ sparten. In diesem Grenzfall würden für die gleichen Sparzielgruppen die Relationen 6,7 %, 4,5 % und 6,7 % gelten.

Die Verteilung der Sparziele in der wirtschaftlichen Wirklichkeit liegt jedoch irgendwo im Streubereich zwischen dem Minimal- und Maximalfall. Da Arbeitnehmerhaushalte im Zwecksparanteil über den Werten der Haushalte insge-

249 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1974, S. 132

250 Ebenda S. 130ff. sowie: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1971, S. 138

samt 251) liegen, und innerhalb dieser großen Haushaltsgruppe Beamtenhaushalte die oberen und Arbeiterhaushalte die unteren Grenzwerte besetzen, sind die Anteilswerte dieser Haushalte besonders relevant. Unter der Annahme Nr. 1 sparten Beamtenhaushalte (Arbeiterhaushalte): für Hauskauf o. -bau, Eigentumswohnung, Grundstück 17,7 % (11,1%); für Kraftfahrzeuge 16,6 % (8,2 %); für größere Einrichtungs-, Gebrauchs-, Schmuckgegenstände 20,1 % (16,3 %). Die Annahme Nr. 2 führt bei Beamten (Arbeitern) zu den unteren Grenzwerten: für Hauskauf etc. 10,6 % (6,7 %); für Kraftfahrzeuge 9,9 % (5,0 %); für größere Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände etc. 12,0 % (9,8 %). Der Anteil der Sparziele, die auf Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe der jeweiligen Kategorien gerichtet sind, ist demnach bei Haushalten der abhängigen Berufsgruppen innerhalb eines Streubereichs verteilt, dessen Untergrenze bei 5 Prozent und dessen Obergrenze etwas über 20 Prozent liegt. Genauere Angaben sind beim derzeitigen Stand der empirischen Forschung nicht möglich.

e) Das gruppenspezifische Aufkommen

Die Ersparnisbildung aller privaten Haushalte betrug im Jahre 1969 insgesamt rd. 56,0 Mrd. DM. 252) Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 sparten private Haushalte (insgesamt) durchschnittlich DM 2.364. Bei Arbeitern lag die durchschnittliche Jahresersparnis bei DM 1.872. Der Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten (insgesamt) betrug 56,8 %, das ergibt eine

251 Haushalte insgesamt (incl. Landwirten, Selbständigen, Nichterwerbstätigen, ohne Ausländerhaushalte, Anstaltshaushalte und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 10 000 DM und mehr)

252 Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie N, Reihe 1, Konten und Standardtabellen, S. 25

Arbeiterzahl von 12,3 Mill. im Jahre 1969. ²⁵³⁾ Das Sparaufkommen dieser Berufsgruppe betrug im gleichen Jahr 16,97 Mrd. DM. ²⁵⁴⁾ ²⁵⁵⁾ Die entsprechenden Werte der 7,5 Mill. Angestellten lauteten: durchschnittliche Haushaltsersparnis je Jahr DM 2.988, Gesamtaufkommen 20,18 Mrd. DM. Die 1,9 Mill. Beamte sparten durchschnittlich je Haushalt und Jahr DM 2.688 und insgesamt 6,06 Mrd. DM. ²⁵⁶⁾

Es zeigt sich also, daß im privaten Sektor Arbeiterhaushalte auf Grund ihres hohen Beschäftigtenanteils zwar die zweite Stelle in der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung besetzen, ihr durchschnittliches Haushaltsaufkommen aber mit Abstand am niedrigsten liegt. Gemessen an der Durchschnittssparleistung der Angestellten macht es nur 62,6 % aus und gegenüber Beamtenhaushalten 69,6 %. Im Vollzuge der Konsumvermögensbildung liegen Arbeiterhaushalte bei allen genannten Sparzielen an letzter Stelle. Dagegen liegen sie beim Vorsorgesparsen gegen Notfälle an erster Stelle und bei der individuellen Alterssicherung nur wenig unter den Angestellten (Tab. 52). Beamtenhaushalte sparten nur gering mit dem Ziel einer zusätzlichen Altersvorsorge.

²⁵³⁾ Vgl. zur Ermittlung der Beschäftigtenzahlen: Bundesministerium für Wirtschaft: Leistung in Zahlen 1972, S. 14f. und zur Ermittlung der Jahresdurchschnitte: Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Reihe 18, IV. Einnahmen und Ausgaben Privater Haushalte 1969, S. 33, 58, 65 u. 72

²⁵⁴⁾ Die laufenden Angaben in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank unterscheiden nicht nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände. Vgl. deshalb: Sparkassen- und Giroverband: Die Sparkasse, Heft 12/1971, S. 367

²⁵⁵⁾ Da es hier lediglich auf die Feststellung von Entwicklungstendenzen und ungefähren Einflußbereichen ankommt, erübrigt sich die Verwendung einer Standard-Struktur (Ausschaltung der Strukturunterschiede auf rechnerischem Wege). Die Merkmalskombinationen von Einkommensschichtung, sozialer Stellung und Haushaltsgröße wurden von der vorwiegend amtlichen Statistik unverändert übernommen.

²⁵⁶⁾ Jahresdurchschnitte: EVS 1969; Sparaufkommen insgesamt: Die Sparkasse, 12/1971, Ebenda

Dagegen sparten wesentlich mehr Beamtenhaushalte für immobile Sparziele als Arbeiter und etwas mehr als Angestellte. Für das Kraftfahrzeug wurde in Beamtenhaushalten mehr als das Doppelte und für größere Einrichtungs-, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände etwas mehr als in Arbeiterhaushalten gespart.

Im Gegensatz zu den Untersuchungsergebnissen des Arbeitsverhaltens ergibt sich hier folgendes Bild: Beamtenhaushalte sind zwar auf Grund ihrer kleinen Bevölkerungsquote nur relativ gering an der volkswirtschaftlichen Haushaltsersparnis beteiligt, aber im Vollzuge ihrer Konsumvermögensbildung weisen ihre Sparleistungen die interessantesten Werte auf. Für Arbeiterhaushalte gilt das Umgekehrte. Angestellte erbringen demgegenüber das höchste Gesamtaufkommen bei mittlerem Zwecksparanteil.

2. Die Wiederverwendung zweckorientierter Sparformen

a) Die institutionelle Sparstruktur der BRD

Vor dem 1. Weltkrieg lieferte das Sparen der privaten Haushalte den wesentlichsten Beitrag zur volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung. Nach dem 2. Weltkrieg verlor es im Vergleich zum Körperschaftssparen in Gestalt der Selbstfinanzierung und den Überschüssen der laufenden Rechnung der öffentlichen Haushalte an Bedeutung. Der durchweg hohe Anteil der nichtentnommenen Gewinne an der Ersparnisbildung

geht in der BRD seit 1957 langsam zurück. 257) Der Anteil der privaten Haushalte an der gesamten laufenden Ersparnis von 11,9 Mrd. DM im Jahre 1950 betrug nur 16,8 %, stieg 1967 (30,6 Mrd.) auf 44,6 % und hielt sich mit einigen Schwankungen auf dieser Höhe. Im Jahre 1971 brachten private Haushalte von den insgesamt 119,3 Mrd. der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung 53,0 Mrd. auf, das sind 44,4 %. Diese Entwicklung ging bis 1965/66 etwa zu gleichen Teilen zu Lasten der Ersparnis von Unternehmen und öffent-

257 Peters, Hans: Sparen, in: Staatslexikon, 7. Bd., 6. Aufl., a. a. O., Freiburg 1962

Im Jahre 1950 standen den Ausgaben der Unternehmen für Nettoinvestitionen von rund 10 Mrd. Geldersparnisse der privaten Haushalte von 2 Mrd. und der öffentlichen Hand von 3 Mrd. bei einer Ersparnis der Unternehmen von 5 Mrd. gegenüber. Das entspricht einer durchschnittlichen Selbstfinanzierungsquote von 50 v. H.; im Jahre 1965, dem letzten Jahr des damaligen Booms, gab es bei Nettoinvestitionen der Unternehmen von über 60 Mrd. DM, neben privaten Ersparnissen von rund 33 Mrd. und einem Nettoausgabenüberschuß im Verkehr mit öffentlichen Stellen und dem Ausland von rund 5 Mrd. und Vermögensübertragungen von rund 12 Mrd., eine Ersparnis der Unternehmen von 12 Mrd. DM. Das entspricht einer durchschnittlichen Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen von nur noch 20 v. H.; soweit das Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967, S. 229

Vgl. dazu als Beispiel für die unterschiedliche Auffassung der Selbstfinanzierung: Zimmerer, Carl: Eigenkapital und Fremdkapital in der Unternehmung, in: Wirtschaft, Finanzen, Finanzierung, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1960, S. 56ff. und Reeb, H.J.: Der volkswirtschaftliche Kapitalbildungs- und Kreditprozeß, Diss. Freiburg 1966, S. 15ff.

licher Hand. 258) 259) 260)

Der stark erhöhten Geldvermögensbildung stand andererseits eine hohe Verschuldung aus Konsumkrediten gegenüber (für den Haushaltstyp 2 und 3 vgl. hierzu Tab. 6 u. 7). Föhl nimmt an, daß die Sparquote bei sehr kleinen Einkommen negativ ist, bei einer gewissen Einkommenshöhe Null wird und bei darüber hinausgehenden Einkommen prozentual schneller wächst als das Einkommen. 261)

Die Grundauszählung der bei 9.500 Haushalten durchgeführten Sparkassenerhebung gibt Aufschluß über die Bevorzugung bestimmter Sparformen für die Anlage von Zwecksparsparbeträgen und von Beträgen die sich als solche nach-

258 Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen 1971, a. a. O., S. 38

259 Zur Konjunkturabhängigkeit der Anteile einzelner Sektoren an der gesamten volkswirtschaftlichen Ersparnis vgl. Deutsche Bundesbank: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung, in: Monatsbericht Nr. 4, April 68, Sonderdruck, S. 23

260 Legt man das Jahr 1960 als Basisjahr zugrunde, dann zeigen die Indexwerte für die Entwicklung der Sparquote des privaten Sektors einen Verlauf, der zwischen 1950 und 1955 einen steilen Anstieg erkennen läßt, der sich bis 1960 hält und ab da langsam absinkt bis 1967. Kaiser W. und Zerwas A.: Die Struktur des Sparens in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1967, in: Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Hrsg. Voigt, Fritz, Bd. 50, Berlin 1970, S. 14

261 Föhl, Carl: Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Gutachten erstellt im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums, Tübingen 1964, S. 29 Die durchschnittliche Ersparnisbildung der Unselbständigen betrug 1964 7,35 %, während die Sparquote der Selbständigen-Haushalte im gleichen Jahr auf 20 % anstieg. Föhl, Carl: Die Haushaltsvermögen und ihre Deckung durch produktives Sachkapital, in: Theorie und empirische Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 7/VL, o. O., 1967, S. 154

träglich konkretisieren. ²⁶²⁾ Die Umfrage ergab, daß die meisten Sparer recht eindeutige Vorstellungen von der Eigenschaft bestimmter Anlageformen haben. ²⁶³⁾ Beim Sparkonto dominierten das Haus und Anschaffungen mit zusammen 40 % neben der Vorsorge für das Alter mit 32 % als Sparziel. Beim Postsparen lag der Anteil der auf Haus und Anschaffungen gerichteten Sparziele bei 17 %, bei Girokonten bei 29 %. Obwohl auch Depots mit festverzinslichen Wertpapieren und Aktien mit 16 % bzw. 12 % für diese Sparziele Verwendung finden, dürfte das sogenannte Kontensparen als die prädestinierte Sparform des Zwecksparens gelten. ²⁶⁴⁾

b) Die Qualität des Kontensparens

Das Kontensparen ²⁶⁵⁾ ist die wichtigste Sparform privater Haushalte. Es unterscheidet sich von den anderen Sparformen, volkswirtschaftlich gesehen, vor allem dadurch, daß der Sparer formell keinen langfristigen Liquiditätsver-

²⁶² Schmölders, Günther: Wesen und Formen der Vermögensbildung, Wien 1962, S. 19: "Das echte Motiv liegt erst dann fest, wenn das Verhalten bereits vollzogen wurde."

²⁶³ "Für die Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte läßt sich zeigen, daß diese Gruppe vor allem seit Ende der 50er Jahre ihre Ausstattung mit solchen langlebigen Gebrauchsgütern verbessert hat, deren Erwerb im allgemeinen ein mehr oder weniger langes Ansparen (eines Teils) der Kaufsumme erfordert." Sachverständigenrat: Jahresgutachten 1965/66, Stuttgart-Mainz 1965, S. 72

²⁶⁴ Deutscher Sparkassen- und Giroverband: Materialien ..., a. a. O., S. 32

²⁶⁵ Unter Kontensparen sollen alle Spar-, Termin- und Sichteinlagen verstanden werden, die der Haushalt unterhält bei Sparkassen, Kreditbanken, Postsparkassen, Girozentralen, ländlichen Zentralkassen sowie gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften.

zicht leistet. 266) Diese formaljuristische Kurzfristigkeit macht die Wiederverwendung für Investitionen fraglich. Entscheidender für die mögliche Wiederverwendung der Kontensparnisse ist allerdings weniger die Fristigkeit der einzelnen Einlage als der Saldo sämtlicher Ein- und Auszahlungen von Sparkonten, wobei in einer wachsenden Wirtschaft dieser Saldo in der Regel positiv sein wird - schon allein deswegen, weil bei steigendem Volkseinkommen viele neue Einkommensempfänger 267) in den Bereich der Sparfähigkeit rücken und immer teurere und längerlebige Gebrauchsgüter in die Erreichbarkeit der meist für einen Konsumzweck ansparenden Kontensparer gelangen. Damit kann das Kreditinstitut diese Einlagen als Basis für längerfristige Ausleihen heranziehen. 268) 269)

Vorerst soll davon ausgegangen werden, daß die Wiederverwendung dieser Beträge durch die Kreditinstitute auf Grund der formalen Kurzfristigkeit auch effektiv begrenzt ist. Mindestreservpolitik, Kreditplafonds oder satzungsmäßige Veranlagungsgrenzen lassen nach dieser Annahme keine Transformation zu. Dann gewinnt ein Problem an Evidenz, das allgemein als Spaltung des Kreditmarktes bezeichnet wird. Während von den Haushalten die kürzerfristigen Formen des Zwecksparens gegenüber dem langfristigen Vorsorge-sparen in zunehmendem Maße bevorzugt werden, entwickelt sich der Kreditbedarf in umgekehrter Richtung zum

266 Raab stellt für Oesterreich eine allmähliche Verlängerung der mittleren Verweildauer fest. Raab, Gustav: Die Sparformen ..., a. a. O., S. 60

267 Insbesondere in den Jahren 1956, 1957 und von 1960 bis 1964 sind die Zuwachsraten der Spareinlagenbestände (insgesamt) bedeutend größer als die der Durchschnittsbeträge je Sparkonto. Kaiser W. und Zerwas A.: Die Struktur des Sparens ..., a. a. O., S. 26

268 In der Bundesrepublik liegt die mittlere Verweildauer bei zwei Jahren. Die Angaben weichen voneinander stark ab.

269 Raab, Gustav: Die Sparformen ..., a. a. O., S. 60f.

langfristigen Kredit hin. Nach Stucken nimmt die Eigenkapitalsbildung der konjunkturabhängigen Bereiche zu - vor allem im Wege der Selbstfinanzierung, während sich die Investitionen in die kreditabhängigen Bereiche verlagern. Diese Diskrepanz in der Fristigkeit der angebotenen und nachgefragten Gelder spaltet den Kapitalmarkt. Seine eigentliche Problematik liegt in der Schwierigkeit einer Wiederverwendung der kurzfristigen Ersparnisse. In der Hochkonjunktur wird infolge der Investitionstätigkeit im konjunkturabhängigen Sektor meist ausreichende Nachfrage nach kurzfristigen Geldern erhalten bleiben. Bei rückläufiger Konjunktur gehen die konjunkturabhängigen Investitionen zurück, darüber hinaus setzt ein Rückgang in der Lagerhaltung ein. Damit nimmt die Nachfrage nach kurzfristigen Lagerinvestitions- und Betriebsmittelkrediten ab. 270) 271) Leiht also das Bankensystem die kurzfristigen Zwecksparebeträge auch nur kurzfristig aus, dann ist die Frage der Wiederverwendung abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation; im Aufschwung ist die Nachfrage nach Kurzkrediten - in Abhängigkeit von der Investitionsbereitschaft der Unternehmer - weitgehend gesichert, im Abschwung dagegen gefährdet.

Nach langfristigen Krediten besteht demgegenüber immer Bedarf. Zumindest läßt das gegenwärtige Entwicklungsstadium der westdeutschen Volkswirtschaft auch für die Zukunft eine immer latente Investitionsbereitschaft der

270 Stucken, Rudolf: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Berlin-München 1954, zitiert bei Raab, Gustav: Die Sparformen ..., a. a. O., S. 61

271 Raab, Gustav: Die Sparformen ..., a. a. O., S. 61

kreditabhängigen Bereiche ²⁷²⁾ erwarten. Erkennt man auf der einen Seite die von der empirischen Forschung bestätigte Zunahme des kurzfristigen Zwecksparens und auf der anderen Seite die Relevanz langfristiger Kreditnachfragen, dann ist bis zur Forderung nach Wahrnehmung der Transformationsfunktion des Bankensystems kein weiter Weg mehr.

So ist Werner Ehrlicher zu verstehen, wenn er sagt: "Wir sehen es als die Aufgabe einer volkswirtschaftlich orientierten Bankpolitik an, diese Funktion zu erfüllen." ²⁷³⁾ Die Realisierung des Sparerfolges ist nur gewährleistet, wenn die entsprechende Fristigkeitsverlängerung im Bankensystem vollzogen wird. Unterbliebe die Umformung absolut und auf die Dauer, dann würde die Realisierung des Sparerfolges bezüglich dieser Form des Haushaltssparens in Frage gestellt. Der von der modernen Theorie als negative Sparwirkung herausgestellte Nachfrageausfall käme infolge ausbleibender Reinvestition des kurzfristigen Sparanteils zum Tragen.

Wenn jedoch die Spaltung des Kreditmarktes im Bankensystem überbrückt wird, findet eine Umlenkung der zweckgebundenen Haushaltersparnisse in kreditabhängige Be-

²⁷² Langlebige kreditabhängige Investitionen sind in der Regel gekennzeichnet durch relativ große Einkommenseffekte und kleine Kapazitätseffekte. Das trifft z. B. besonders zu bei Wohnungsbau, Versorgungswirtschaft und Verkehrswesen.

²⁷³ Ehrlicher, Werner: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Formen des Sparens, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Hrsg. Fritz Voigt, Bd. 1, Berlin 1958, S. 142f.

reiche statt und der Sparerfolg wird ohne Auswirkungen auf die Beschäftigung durch Ausbau der längerlebigen Anlagen realisiert. Ehrlicher verweist in diesem Zusammenhang auf die Geschäftspraktiken englischer und amerikanischer Banken, in deren Bilanzen auch den Sichteinlagen in großem Stile längerfristige Ausleihungen gegenüberstehen. Das gilt auch für westdeutsche Banken. Darüber besteht in Praxis²⁷⁴⁾ und Literatur²⁷⁵⁾ kein Zweifel.

c) Die Qualität des Versicherungssparens

Ein wesentlicher Beitrag zur privaten Realvermögensbildung wird bei der Neugründung von Haushalten geleistet. In der Regel wird der Komplex an hochwertigen Gebrauchsgütern, der zur Haushaltsgründung erforderlich ist, vorher angespart oder durch Kredite finanziert, deren Tilgungsraten zu nachträglichen Sparprozessen zwingen. Das vorherige Sparen wird in allen Formen des Kontensparens vorgenommen. Daneben hat sich eine spezielle Form des Ver-

274 In seiner Eigenschaft als ständiger Sachverständiger der Deutschen Bankenenquete 1933 forderte Stucken erstmals die Überbrückung des gespaltenen Kapitalmarktes durch die deutschen Kreditbanken. Stucken, Rudolf: Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 132ff.

Sparkassen leihen bis zu 50 % ihrer Spareinlagen langfristig aus. Dieser Anteil des Kontensparens wird im wesentlichen langlebige kreditabhängige Investitionen zur Folge haben. Oesterreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen: Sparen und volkswirtschaftliches Wachstum, in: Aspekte des Sparens II, 2. Jg., Heft 3, Wien 1963, S. 23

1965 verteilte sich der Bodensatzbestand auf die Sichteinlagen wie folgt: Lohnkonten 14,5 %, Gehaltskonten 49,8 % und Rentenkonten 35,7 %. Die Bildung des Bodensatzes wird als Sparen in Form von Sichteinlagen verstanden. Kaiser W. und Zerwas A.: Die Struktur des Sparens in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1967, a. a. O., S. 38

275 Vgl. hierzu in erster Linie die ausführlichen Arbeiten von Erich Schneider zum Geldschöpfungsprozeß der Banken (Geldschöpfungsmultiplikator), Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil

sicherungssparens ²⁷⁶⁾ herausgebildet, die sogenannte Aussteuerversicherung. Der hohe Qualitätsgrad des Versicherungssparens erfaßt jedoch nur einen Teil des auf diesen Zweck gerichteten Sparens.

Von 52.745 nordrhein-westfälischen Haushalten besaßen im Jahre 1962 4,1 % (2.140) eine Aussteuerversicherung. Mit steigender Haushaltsgröße nahmen die Anteile von 0,7 % (beim Einpersonenhaushalt) bis zu 8,2 % (beim 5- und mehr-Personenhaushalt) zu. Für die höchste Einkommensgruppe kann angenommen werden, daß über ausreichende anderweitige Mittel verfügt werden konnte. ²⁷⁷⁾ Das Versicherungssparen im allgemeinen hat sich erfahrungsgemäß konstanter als andere Sparformen entwickelt; im Vergleich zur Vorkriegszeit weist es die geringsten Veränderungen auf. ²⁷⁸⁾ In dem Maße, wie die privaten Prämienzahlungen in Wertpapiere angelegt werden oder dem Kapitalmarkt in anderer Form zufließen, ermöglicht das Aussteuersparen langfristige Investitionen. ²⁷⁹⁾ Da der Spargeldeingang stetig und der Bestand an Spareinlagen sehr stabil ist, machen die Versicherungen von dieser Möglichkeit der langfristigen Anlage ständiger Gebrauch.

d) Die Qualität des Bausparens

Nach dem Kontensparen und Versicherungssparen haben Vermögensbildungen in Form des Hausbesitzes bzw. der Abschlüsse von Bausparverträgen den höchsten Sparanteil.

²⁷⁶ Vgl. hierzu: Arps, Ludwig: Das Versicherungssparen, in: Taschenbücher für Geld, Bank und Börse, Hrsg. Möhring Ph. u. Rittershausen H., S. 9

²⁷⁷ Statistisches Landesamt des Landes Nordrhein-Westfalen: Ausstattung . . . , a. a. O.

²⁷⁸ Peters, Hans: Sparen, in: Staatslexikon, Hrsg.: Görres-Gesellschaft, 7. Bd., 6. Auflage, Freiburg 1962, Spalte 489

²⁷⁹ Oesterreichisches Forschungsinstitut für Sparkassenwesen: Sparen und volkswirtschaftliches Wachstum, a. a. O., S. 23

1962 hatte in Nordrhein-Westfalen über ein Viertel aller Haushalte Hausbesitz, und 7 % besaßen einen Bausparvertrag. 280) Am Ende des gleichen Jahres war der Stand der Bauspareinlagen der gesamten Bundesrepublik 13096 Mio DM; bis Jahresende 1971 hatte sich dieser Betrag auf 46 178 Mio DM erhöht. 281) 282) Gemessen an den Auszahlungen von Bauspareinlagen bei Vertragszuteilung und den Tilgungen von Baudarlehen sind 1968 etwa 9 Mrd. DM Wohnungsbau-Eigenmittel der privaten Haushalte statistisch erfaßt worden. Die Summe ist gegenüber 1967 um 14 % gewachsen, während sie in früheren Jahren um 20 bis 25 % zugenommen hat. 283) Der beachtliche Anteil von Haushalten in den Einkommensgruppen 800 - 1.200 DM und über 1.200 DM, die einen Bausparvertrag abgeschlossen haben, läßt auf die Neigung zur Vermögensbildung in Form von Eigenheimen in breiten Bevölkerungskreisen schließen. 284) Die überragende Bedeutung der Eigenheime und Eigentumswohnungen für die Spartätigkeit privater Haushalte findet im Rahmen der Eigentumspolitik durch umfangreiche Bausparanreize die gebührende Beachtung.

Neben die quantitative Bedeutung des Bausparens tritt sein hoher Qualitätsgrad, der dem Wertpapiersparen nicht sehr nachsteht. Der Sparer ist langfristig gebunden. Die Spar-

280 Statistisches Landesamt des Landes Nordrhein-Westfalen: Ausstattung, Vermögensbildung und Wohnraumverhältnisse nordrhein-westfälischer Haushalte 1962/63, in: Beiträge zur Statistik des Landes NRW, Heft 189,

281 Bundesministerium für Wirtschaft: Leistung in Zahlen 68, 18. Auflage, August 1969, S. 48

282 Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen 1971, a. a. O., S. 41

283 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung für das Jahr 1968, Sonderdruck aus dem Mai-Heft 1969, S. 17

284 Statistisches Landesamt NRW, Ausstattung ..., a. a. O., o. S.

beträge stehen der Finanzierung des Wohnungsbaues zur Verfügung, d.h. die Sparbeträge fließen langfristigen Investitionen zu. Die Gefahr eines Nachfrageausfalls ist sehr gering; in den meisten Fällen sind Sparer und Investor identisch. Der antizipierten Ersparnis folgt ohne Störung die Investition des Einzelnen. ²⁸⁵⁾ Die reale Vermögensbildung der privaten Haushalte tritt hier in einer Form auf, welche die Unmittelbarkeit des volkswirtschaftlichen Kapitalzuwachses deutlich werden läßt.

Die Darlehen der Bausparkassen dienen dem Bau von Wohngebäuden, besonders von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, im übrigen dem Kauf von Grundstücken und neuerdings zunehmend Umschuldungszwecken. Die Baudarlehen der Bausparkassen bilden die sinnvolle und vielfach unentbehrliche Ergänzung der Kapitalmarktinstitute, die bei der Beleihung an die Mündelsicherheitsgrenze gebunden sind. ²⁸⁶⁾ ²⁸⁷⁾

Die beiden Komponenten der Kapitalbildung sollen noch einmal herausgestellt werden. Die Einkommensteile, die ein Haushalt als Einlage bei einer Bausparkasse deponiert und welche er, nachdem er eine gewisse Mindestansparsumme erreicht und ein Darlehen erhalten hat, als Darlehnstilgung zurückzahlt, stellen sicherlich einen Sparakt dar. Die Verwendung der Ersparnisse für Bauzwecke wird zwar in manchen Statistiken nicht als Investition erfaßt, jedoch neigt die neuere Literatur zur gegenteiligen Ansicht: die Verwendungen sind Investitionen im volkswirtschaftlichen Sinne. Ihr Einfluß auf die Wirtschaft ist unbestreitbar.

²⁸⁵ Reeb, H.J.: Der volkswirtschaftliche Kapitalbildungs- und Kreditprozeß, a. a. O., S. 13

²⁸⁶ Nell-Breuning v., Oswald: Bausparkassen, in: Staatslexikon, 6. Auflage, 1. Bd., Freiburg 1957, S. 938

²⁸⁷ Raab, Gustav: Die Sparformen ..., a. a. O., S. 127ff.

e) Die Qualität des Abzahlungskredites

Unter Konsumentenkrediten sind alle Kredite zu verstehen, die von den privaten Haushalten in Anspruch genommen werden, um ihre effektive Nachfrage über das Maß hinaus zu erhöhen, welches durch ihr laufendes Einkommen gegeben wäre. Volkswirtschaftliche Bedeutung hat der Konsumkredit erst durch das kreditfinanzierte Abzahlungsgeschäft erhalten, das in hochentwickelten Volkswirtschaften ein erhebliches Kreditvolumen bindet. In der Bundesrepublik Deutschland betrug die Kreditaufnahme privater Haushalte im Jahre 1967 1,1 Mrd., 1968 3,1 Mrd. und in der ersten Hälfte 1969 1,9 Mrd. DM. ²⁸⁸⁾

Beim Abzahlungsgeschäft erhöht der Haushalt seine Ausgaben nicht. Er gibt nicht mehr aus als sein Einkommen und verwendet auch nur jeweils einen Teil seines Einkommens zur Ratenzahlung. ²⁸⁹⁾ Er erfährt jedoch eine Beschleunigung seiner Bedarfsdeckungsmöglichkeiten. Es wird nicht nur das Einkommen der betreffenden Periode ausgegeben, sondern auch das Einkommen erst folgender Perioden. Konsumperiode und Einkommensperiode werden weitgehend koordiniert. ²⁹⁰⁾ Aus der Sicht des Haushalts ist der Abschluß eines Teilzahlungsgeschäftes und die damit notwendig verbundene Tilgungsverpflichtung eine besondere Form des Zwecksparens, genau genommen sogar die strengste Form.

Wie aber wirkt sich private Realvermögensbildung über Abzahlungskredite auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen aus? A priori ist man leicht zu einem absolut negativen Urteil geneigt, wenn man die Möglichkeit einer Nachfrage-

288 Deutsche Bundesbank: Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte, Sonderdruck aus dem Monatsbericht vom Oktober 1969, S. 17

289 Föhl, Carl: Kredit II, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., Göttingen 1959, S. 311

290 Fürst, Hildegard: Einkommen, Nachfrage, Produktion und Konsum ..., a. a. O., S. 38f.

lücke ausschließt. Die Beurteilung geht von der einfachen Überlegung aus, daß für eine wachsende Wirtschaft die Erweiterung der volkswirtschaftlichen Sparquote in Verbindung mit einer entsprechend erhöhten Investitionstätigkeit unabdingbare Voraussetzungen sind. Die Inanspruchnahme von Konsumkrediten beeinträchtigt jedoch den Gesamtumfang der produktiven Unternehmensinvestitionen.

Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Vorgänge, die sich im Vollzuge der privaten Realvermögensbildung ergeben, stellt sich der Zusammenhang etwas komplizierter dar: die Befriedigung der Bedürfnisse nach hohen Nutzungswerten ist in der Regel mit einer Änderung des Arbeitsverhaltens verbunden. Wie die empirische Forschung bestätigt, sind die Haushalte im Durchschnitt geneigt, für die Deckung dieser Bedarfe ihr Freizeitbegehren einzuschränken und ihr elastisches Arbeitsangebot relativ oder absolut zu korrigieren. Rückt zum Beispiel die Einräumung von Hypothekenkrediten den Erwerb von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen in den Bereich des Möglichen, dann wird durch die Bereitschaft, auf mögliche Arbeitszeitverkürzungen teilweise zu verzichten oder sogar mehr als bisher zu arbeiten, das Arbeitsangebot der Volkswirtschaft erhöht.

Der Konsumentenkredit kann ähnliche Impulse auslösen. Sie können allerdings nur dann die Einengung des Kreditvolumens kompensieren, wenn sie ohne die Möglichkeit von Abzahlungskäufen unterbleiben würden, d. h. wenn sie nicht als Surrogat des wertvolleren Ansparens auftreten. Sie dürfen auch nicht dazu verleiten, die Einflüsse des Konsumkredites in einem falschen Licht zu sehen. Deshalb wendet sich die Betrachtung einigen besonderen Aspekten zu, wie sie in der Literatur - ohne Berücksichtigung solcher Tatbestände - aufgezeigt werden.

So kann der Fall vorliegen, daß eine Gruppe von Haushalten durch die Einräumung eines Abzahlungskredites auf den

notwendigen Ansparprozeß verzichtet. Statt längerem vorherigen Zwecksparen erfolgt Kreditaufnahme mit entsprechenden Wirkungen auf Angebot und Nachfrage ausleihbarer Mittel auf den Kreditmärkten. Das Realeinkommen der betrachteten Haushalte sinkt, weil Kreditkosten auftreten und die Zinsen fürs vorherige Zwecksparen entfallen. Handelt es sich jedoch um vorgezogene Nutzungen investiver Gebrauchsgüter, dann kann deren produktiver Charakter in bezug auf das Realeinkommen entgegengesetzt wirken.

Beim Hypothekenkredit ist ein anderer Gesichtspunkt wichtig. Wird er Haushalten für die Errichtung von Eigenheimen gewährt, so werden durch seine Inanspruchnahme die Verbrauchsausgaben der Volkswirtschaft während der Bauzeit erhöht. Eine solche Verbrauchserhöhung hat aber die gleiche Wirkung wie die Errichtung des Gebäudes als unternehmerische Investition. Obwohl also die Eigenheimfinanzierung die übrigen Investitionen beschränkt, die gegebenenfalls die Produktivität gesteigert hätten, tritt sie in bezug auf die gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsausgaben und ihre Wirkungen an die Stelle der alternativen Investitionen. 291)

Bei der Finanzierung von Abzahlungsgeschäften verbuchen die liefernden Unternehmen die Kreditgewährung an Kunden als Aktivposten; auch sie stellen somit eine Investition dar. Es handelt sich ja um das gleiche, ob nun der Produzent sein Fertigwarenlager vergrößert oder die fertigen Erzeugnisse gegen Stundung des Kaufpreises seinen Kunden übergibt. In beiden Fällen liegt eine einkommensschaffende Investition vor. Wird aber der an Kunden gewährte Kredit vergrößert und sind die insgesamt für Investitionen aus Geldkapitalbildung laufend verfügbaren Mittel begrenzt, so müssen die übrigen Anlageinvestitionen entsprechend eingeschränkt werden. Diese Wirkung entfällt, wenn das

Volumen des Kundenkredites konstant bleibt. 292)

Es sei noch einmal wiederholt: Erweiterungen im Kredit-spielraum der Haushalte reduzieren das ohne Störung des Gleichgewichts für produktivere Unternehmensinvestitionen zur Verfügung stehende Kreditvolumen. Sie können dadurch einer Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Wege stehen. Im Verlaufe der Untersuchung wurden aber auch gegenläufige Tendenzen aufgezeigt. Es kann deshalb der Ansicht von F. A. Lutz ²⁹³⁾ nicht uneingeschränkt gefolgt werden, wenn er in seiner Schlußbetrachtung schreibt, daß angesichts der ungünstigen Wirkungen auf die Produktivität der Volkswirtschaft "keinerlei" Anlaß besteht, die Entwicklung des Konsumentenkredites zu fördern. ²⁹⁴⁾

292 Föhl, Carl: Kredit II, a. a. O., S. 311ff.

293 Lutz, Friedrich, A.: Der Konsumentenkredit, in: Schriftenreihe des Arbeitskreises für Absatzfragen Hrsg. C. Bley, Heft 1, Köln-Berlin 1954, S. 79

294 Weiss, Fritz: Die Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung der Teilzahlungskreditwirtschaft in der Bundesrepublik, in: Finanzen der privaten Haushalte, a. a. O., S. 116: In einer dynamischen Wohlstandswirtschaft können eine hohe Sparquote, und eine hohe Verbrauchernachfrage, die teilweise mit Krediten finanziert wird, sehr wohl miteinander korrespondieren.

Zusammenfassung des zweiten Teils

Die Beziehungen zwischen der Entwicklung privater Bedarfs- und Verbrauchsstrukturen und dem gesamtwirtschaftlichen Geschehen hochentwickelter Marktwirtschaften beschränken sich nicht nur auf die Verwendungsseite des Sozialproduktes, sondern sind auch auf seiner Entstehungsseite nachweisbar. Die Verhaltenshypothesen der neueren Literatur konnten mit Hilfe gesicherter Ergebnisse der empirischen Forschung in ihrem Grundgehalt weitgehend bestätigt werden, d.h. ihre allgemein gehaltenen Aussagen wurden durch weitergehende Forschungsergebnisse relativiert. Dabei konnten die Gruppeneinteilungen (insbesondere die Merkmalskombinationen von Haushaltsgröße, Einkommensschichtung und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes) aus der vorwiegend amtlichen Statistik übernommen werden. Bei dem Vergleich mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit stellte sich heraus, daß die vom Vollzugsverhalten privater Haushalte ausgehenden Einflüsse bemerkenswerte Veränderungen in den volkswirtschaftlichen Güter- und Faktormärkten auslösen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde das Bruttosozialprodukt des Jahres 1969 in Höhe von 61,4 Mrd. DM für Verwendungen in Form hochwertiger Gebrauchsgüter, Eigenheime, Eigentumswohnungen und sonstiger Gebrauchsgüterkomplexe in Anspruch genommen. Die Bedeutung der privaten Sachvermögensbildung für die Verwendungsseite des Sozialproduktes geht am deutlichsten aus einem Vergleich mit den Investitionsleistungen im Unternehmensbereich hervor: im Jahre 1962 betrugen die Gesamtinvestitionen der Unternehmen (einschließlich Bauten) rd. 59 Mrd. DM. Im selben Jahre investierten private Haushalte insgesamt (einschl. Eigenheimen, Eigentumswohnungen und Grundstücken) rd. 32,5 Mrd. DM. Sieben Jahre später, im Jahre 1969, lagen die gewerblichen Investitionen bei 91,7 Mrd.

und die private Sachvermögensbildung bei 61,4 Mrd. DM. Im Vergleichsjahr 1962 betrugen also die Gesamtinvestitionen privater Haushalte 55,3 % der gewerblichen Investitionen. Bereits im Jahre 1969 war der Haushaltsanteil gegenüber dem Unternehmensbereich auf 67 % angewachsen. Stellt man die Investitionsleistungen der beiden Sektoren jeweils ohne Bauten gegenüber, dann ergibt sich für den privaten Sektor ein etwas ungünstigeres Verhältnis; die Differenz verringert sich jedoch im Zeitablauf schneller.

In den USA wurden von privaten Haushalten in der Periode 1953 - 1957 für 150 Mrd. \$ durables und für weitere 88 Mrd. \$ Wohnhäuser gekauft bzw. Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüterkomplexe im Werte von insgesamt 238 Mrd. \$. Das waren 120.% der totalen Käufe an Gebäuden und Ausrüstungen der Unternehmen (197 Mrd. \$). In den USA dominierte also bereits damals die Produktion industrieller Investitionsgüter nicht länger vor der Produktion privat genutzter Gebrauchsgüter und Gebrauchsgüteraggregate. Die Nachfrage aus dem privaten Sektor hat in der Bundesrepublik Deutschland demnach noch nicht die Bedeutung erreicht, die ihr bereits vor Jahren in den USA zukam. Das Verhältnis verschiebt sich jedoch von Jahr zu Jahr zugunsten des privaten Sektors (Quellenangaben im Text).

Mit der Wohlstandsentwicklung nimmt der Spielraum des am Bedarf orientierten Arbeits- und Sparverhaltens zu. Daraus ergeben sich Auswirkungen auf die Faktormärkte und damit gesamtwirtschaftliche Veränderungen. Besonders eng ist die Beziehung zwischen individuellem Arbeitsverhalten und der Angebotssituation in den Arbeitsmärkten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit ermittelte für das Jahr 1969 ein volkswirtschaftliches Arbeitsvolumen von 52,9 Mrd. effektiver Arbeitsstunden und für das Jahr 1972 rd. 51,2 Mrd. Stunden. Die durchschnittlichen Arbeitsstunden je Erwerbstätigen

und Jahr sanken innerhalb dieser Zeitspanne von 1.981 auf 1.918 Stunden. Unter Eliminierung konjunktureller Gründe gibt das Institut einen jährlichen Rückgang der effektiven Arbeitszeit je Erwerbstätigen von rd. 0,5 % an.

Private Haushalte, als die alleinigen Bereitsteller des Faktors Arbeit, erbringen im Vollzuge ihrer realen Vermögensbildung bestimmte Mehrleistungen: die Finanzierungsbemühungen für Spitzenbedarfe wie Eigentumswohnungen, Automobile oder Neueinrichtungen bei Haushaltsgründungen wirken sich auf die allgemeine Arbeitsbereitschaft ebenso aus wie auf Entscheidungen, die zur Erwerbsarbeit der Hausfrau oder zu Überstunden führen. Im ersten Teil der Untersuchung konnte festgestellt werden, daß westdeutsche Arbeitnehmerhaushalte in der Regel und im Durchschnitt in ihrem allgemeinen Arbeitsverhalten durch Beweggründe bestimmt werden, die approximativ zur Hälfte auf materielle Anreize zurückzuführen sind. Die andere Hälfte verteilt sich auf ethische Gesichtspunkte, Sicherungstendenzen, soziale Beziehungen oder traditionale Aspekte.

Innerhalb der weitgespannten Skala materieller Arbeitsanreize interessiert hier nur der Perzeptionsgrad derjenigen Anreize, die von hochwertigen Gebrauchsgütern und Gebrauchsgüterkomplexen ausgehen. Im Jahre 1969 betrugen die Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter 11,7 % und für Grundstücke, Eigenheime und Eigentumswohnungen rd. 4,9 % des privaten Gesamtverbrauchs. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. diejenigen Einkommen der Haushalte, die durch das Arbeitsangebot in den Faktormärkten erzielt wurden, machten 70 % (rd. 300 Mrd. DM) der gesamten Haushaltseinkommen und -einnahmen aus. Im gleichen Bezugsjahr lag ungefähr ein Zehntel des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens im Einflußbereich von Arbeitsanreizen, die mehr oder weniger auf Anschaffungswünsche, wie sie bei der privaten Realvermögens-

bildung auftreten, zurückzuführen sind. Dieser Näherungswert ist allerdings nur als Durchschnittsgröße relevant.

Bei Haushalten mit einem Arbeiter als Vorstand liegt der Perzeptionsgrad allgemeiner materieller Anreize über dem Durchschnitt, während die Verbrauchsausgaben für hochwertige Gebrauchsgüter, insbesondere für Immobilien, unter dem durchschnittlichen Anteil liegen. Für Angestelltenhaushalte - und noch verstärkt für Beamtenhaushalte - gilt das Umgekehrte: materielle Arbeitsanreize haben hier generell weniger Gewicht; die Verbrauchsstrukturen weisen aber einen überdurchschnittlichen Anteil hochwertiger Güter aus. Die Auswirkungen auf das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen bestimmen sich nach der Erwerbstätigenzahl dieser Berufsgruppen: die Zahl der abhängig Beschäftigten nimmt langfristig zu. Im Jahre 1969 betrug sie rd. 21,9 Millionen, das waren 81,7 % der Erwerbstätigen insgesamt. Der Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten ging seit 1960 von 63,8 % auf 56,8 % zurück. Entsprechend nahm der Anteil der Angestellten um 12 % und derjenige der Beamten um 11,6 % zu.

Die Stärkung der allgemeinen Arbeitsbereitschaft wirkt sich in erster Linie auf dem Wege der kollektiven Willensbildung aus. Wie amerikanische Untersuchungen zeigen, nimmt das Verlangen nach weiteren Verkürzungen tariflicher Arbeitszeiten allmählich ab; gleichzeitig nehmen die Spitzenbedarfe der Haushalte zu. Darüber hinaus tritt der Widerstand gegenüber einem übertriebenen Freizeitbegehren überall dort verstärkt in Erscheinung, wo Entscheidungen über die Dauer frei vereinbarter Arbeitszeiten von materiellen Überlegungen abhängig sind. Es gibt aber auch konkrete Erscheinungsformen bedarfsinduzierter Mehrarbeit. Sie treten auf Grund institutioneller Arbeitsbedingungen vorwiegend bei Arbeitern auf: so dienen Überstunden im hohen Maße der Finanzierung von Spitzenbedarfen. Auch Leistungs-

löhne sind im Vergleich zu Stundenlöhnen hochgradig materiell motiviert. Beide Formen absoluter Mehrarbeit nehmen tendenziell zu. Unter Verwendung unveröffentlichter Ergebnisse des Mikrozensus von 1971 konnten für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt 38,5 Millionen wöchentlich geleisteter Überstunden nachgewiesen werden. Aus einer Veröffentlichung der Europäischen Gemeinschaften geht hervor, daß im Jahre 1965 im Steinkohlebergbau fast 14 Schichten je eingeschriebenem Arbeiter zusätzlich gefahren wurden.

Die säkulare Abnahme des Anteils der Arbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zugunsten der Angestellten- und Beamtenberufe ist somit eine schwerwiegende Bestimmungsgröße des quantitativen Arbeitsangebotes. Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Faktoren, die - vom Bedarf ausgehend - das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen mitbestimmen. Hierzu gehört auch die zunehmende Erwerbstätigenzahl verheirateter Frauen. Insgesamt stieg der Anteil erwerbstätiger Ehefrauen an der Gesamtzahl der Frauen in zehn Jahren von 32,6 % (1961) auf 35,6 % (1970), davon waren mehr als zwei Drittel (6.165 Tsd. in 1971) unter 45 Jahre alt. Nach Berechnungen der Arbeitsstatistik stellen verheiratete Frauen das zur Zeit größte volkswirtschaftliche Arbeitsreservoir dar. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl dieser großen Gruppe ist hier nicht nur von Bedeutung, weil Frauen in ihrer Einstellung zur Arbeit generell materieller veranlagt sind als Männer, sondern weil speziell die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen in der ersten und zweiten Lebensphase im hohen Maße durch Anschaffungswünsche motiviert ist.

Eine entgegengesetzte Entwicklung ist bei Zweiterwerbstätigkeiten, die ebenfalls im besonderen Maße der Finanzierung von Spitzenbedarfen dienen, seit 1960 festzustellen. Die Zahl der hierbei erbrachten Arbeitsstunden ging von 16,4 Millionen in 1960 auf 11,6 Millionen im Jahre 1971

zurück. Weitere Bestimmungsgrößen der bedarfsorientierten Mehrarbeit, nämlich der Familienstand und die Altersgruppe des Haushaltsvorstandes, entwickeln sich wiederum positiv: im Jahre 1957 waren von den insgesamt 5.732 Tsd. Haushaltsvorständen zwischen 25 und 45 Jahren 4.693 Tsd. (81,9 %) verheiratet. Dreizehn Jahre später waren von insgesamt 8.089 Tsd. bereits 6.863 Tsd. (84,8 %) Haushaltsvorstände verheiratet. Da männliche Arbeitnehmer der ausgewiesenen Altersgruppe als Familienväter stärker dazu neigen, hochwertige Einrichtungsgegenstände und vor allem Eigenheime oder Eigentumswohnungen anzuschaffen als Ledige, kommen diese Arbeitsanreize dem Arbeitsvolumen zusätzlich zugute. Die alte Schwabenregel: "Schaffe, schaffe, Häus' le baue!" hat also ihre Gültigkeit.

Wie schwerwiegend sich bedarfsinduzierte Zeit- bzw. Erwerbsentscheidungen auf das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen auswirken können, wenn sie innerhalb großer sozialer Gruppen auftreten, beweisen folgende Zahlen: Ein zusätzlicher arbeitsfreier Tag pro Jahr entspricht 0,4 v.H. des Arbeitsvolumens. Eine Wochenarbeitsstunde entspricht 2,8 v.H. des Arbeitsvolumens. Da Überstunden im besonderen Maße durch anspruchsvolle Anschaffungswünsche motiviert sind, geben sie ein gutes Beispiel für das Einflußgewicht der am Bedarf orientierten Mehrarbeit auf das Arbeitsvolumen. Männliche Arbeiter im Alter von 18 und mehr Jahren leisten im Durchschnitt 3,7 Mehrarbeitsstunden pro Woche. Es wurden davon im Jahre 1966 wöchentlich 4,1 Stunden im Zeitlohn und 2,3 Stunden im Leistungslohn erbracht. Hätte die Erwerbsbeteiligung der Frauen im Jahre 1969 in der Bundesrepublik 31 % statt 30 % betragen, so wäre das Arbeitsvolumen insgesamt maximal um 1,2 % höher gewesen, wenn man für die hinzugekommenen Arbeitskräfte Vollzeitbeschäftigung unterstellt; bei Teilzeitbeschäftigung wäre der Zuwachs entsprechend geringer gewesen. Neu hinzutretende Gebrauchsgüter im Be-

gehrkreis breiter Bevölkerungsschichten könnten beispielsweise den Erwerbstätigenanteil der Frauen steigen lassen.

Die Wahlbedarfe privater Haushalte an aufwendigen Gebrauchsgegenständen und Immobilien weisen nicht nur mehr oder weniger enge Beziehungen zum Arbeitsvolumen auf, sondern begünstigen unter bestimmten Voraussetzungen im Bankensektor auch die volkswirtschaftliche Kapitalbildung. Die Ermittlung eines Maßstabes für den Einflußbereich an solchen Bedarfen orientierter Sparziele ist nur innerhalb relativ weiter Grenzen möglich. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 läßt erkennen, daß Sparziele, die auf Eigenheime, Eigentumswohnungen, Grundstücke sowie auf größere Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände oder Kraftfahrzeuge gerichtet sind, bei Haushalten der abhängig Beschäftigten innerhalb eines Streubereichs liegen, dessen Untergrenze bei 5 Prozent und dessen Obergrenze bei nicht ganz 25 Prozent der Ziele anzunehmen ist.

Arbeitnehmerhaushalte liegen im Anteil der genannten Sparzielgruppen über dem Durchschnitt der Haushalte insgesamt (incl. Landwirten, Selbständigen, Nichterwerbstätigen). Im Gegensatz zu den Ergebnissen der mikroökonomischen Betrachtungen, in deren Verlauf der Beamtenhaushalt auf Grund seiner Zwecksparziele als hier wichtigste Gruppe eingeordnet wurde, erweisen sich unter volkswirtschaftlichem Aspekt die Angestellten als interessanteste Berufsgruppe: ihr Sparaufkommen ist absolut das höchste (1969: 20,18 Mrd. DM), und der Anteil der bedarfsbezogenen Sparziele liegt nur wenig unter derjenigen der Spitzengruppe der Beamten. Beamtenhaushalte erbringen auf Grund ihres niedrigen Erwerbstätigenanteils (1969: 8,7 % der abhängig Beschäftigten) demgegenüber ein relativ geringes Gesamtsparaufkommen (1969: 6,06 Mrd.). Die Sparleistungen der Arbeiterhaushalte weisen im Vollzuge der Konsumvermögensbildung zwar die geringsten Werte auf, sie

liegen aber als größte Berufsgruppe (1969: 12,4 Mill.) im Gesamtsparaufkommen (1969: 16,97 Mrd.) an zweiter Stelle. Langfristig gesehen nimmt jedoch die Zahl der Arbeiterhaushalte ab und die der Angestellten und Beamten zu. Gleichzeitig nimmt der Kreis der hier untersuchten Bedarfe und damit der potentiellen Zwecksparziele zu.

Die Ergebnisse der empirischen Forschung bestätigen also die These, daß der mit zunehmendem Wohlstand feststellbare Anstieg der Wahlbedarfe an käuflichen, hochwertigen Gütern das Sozialprodukt nicht nur auf seiner Verwendungsseite beansprucht, sondern daß sich gleichzeitig im Vollzuge der privaten Realvermögensbildung besondere Auswirkungen auf die Faktormärkte ergeben, wodurch auch die Entstehungsseite des Sozialproduktes in einem volkswirtschaftlich relevanten Ausmaß beeinflußt wird. Durch die Zusammenführung von Ergebnissen der empirischen Verhaltens- und Verbrauchsforschung mit gesamtwirtschaftlichen Größen konnte für die Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1969 ein erster Überblick gewonnen werden: der Haushaltssektor nahm für seine Realvermögensbildung einschließlich Eigenheimen und Eigentumswohnungen 10,14 % des Bruttosozialprodukts in Anspruch. Gleichzeitig lag ungefähr ein Zehntel des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens im Einflußbereich von Arbeitsanreizen, die mehr oder weniger auf derartige Bedarfe zurückzuführen waren (wobei zwischen den Anteilen kein direkter Zusammenhang besteht). Das private Sparaufkommen wurde von Sparzielen beeinflußt, deren Gesamtstruktur dadurch gekennzeichnet war, daß daran Sparziele, welche auf die genannten Verwendungszwecke ausgerichtet waren, mindestens zu 5 Prozent, jedoch in aller Regel weniger als zu einem Viertel teil hatten. Genauere Angaben sind beim derzeitigen Stand der empirischen Forschung nicht möglich.

Die Untersuchungen machten darüber hinaus eine Inter-

dependenz deutlich: mit steigendem Realeinkommen nimmt die private Nachfrage nach aufwendigen Gebrauchsgütern, Eigenheimen usw. überproportional zu. Derartige Nachfragezuwächse begünstigen einen Wirtschaftssektor, dessen Stückkosten im besonderen Maße von den nachgefragten Gütermengen abhängen. Gleichzeitig ist mit der Sachvermögensbildung der Haushalte ein Vollzugsverhalten verbunden, das sich auf den elastischen Teil des volkswirtschaftlichen Arbeitsangebotes und auf das Sparaufkommen weiter Bevölkerungskreise auswirkt. Die Bereitstellung von Gütern und Diensten wird dadurch gefördert. Die veränderten Lohn-Preis-Relationen begünstigen wiederum die private Nachfrage nach Industrieerzeugnissen und das Entstehen neuer Bedarfe.

Tabellenteil

Anmerkungen: Alle Angaben des statistischen Teils beziehen sich auf das westdeutsche Wirtschaftsgebiet einschließlich Saarland und Berlin. Zu den privaten Haushalten zählen nicht die Haushalte von Ausländern und Haushalte in Anstalten. Alle Ausnahmen sind als solche kenntlich gemacht. Eingeklammerte Zahlen bedeuten, daß das Ergebnis erhebliche Fehler aufweisen kann.

Verzeichnis der Tabellen

- | | | |
|------|------|--|
| Tab. | 1 : | Das Realeinkommen je Erwerbstätigen im Bundesgebiet von 1950 bis 1971 in Preisen von 1962 |
| Tab. | 2 : | Index der in der Industrie gezahlten Realbruttoverdienste westdeutscher Arbeiter und Angestellten |
| Tab. | 3 : | Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf von 1882 bis 1971 im Reichsgebiet und Bundesgebiet |
| Tab. | 4 : | Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf (Jahresdurchschnitt) |
| Tab. | 5 : | Abhängig Beschäftigte nach der Stellung im Beruf (Ergebnisse des Mikrozensus) |
| Tab. | 6 : | Budgets je Haushalt und Monat der Jahre 1958 bis 1972, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes in Prozent |
| Tab. | 7 : | Budgets je Haushalt und Monat der Jahre 1958 bis 1972, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes in DM |
| Tab. | 8 : | Ausgaben für den privaten Verbrauch, Marktentnahme je Haushalt und Monat nach Verwendungszwecken und Güterarten (ohne Eigenheime und Eigentumswohnungen), 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes |
| Tab. | 9 : | Wohngebäude nach Eigentümergruppen 1950, 1961 und 1965(in 1000) |
| Tab. | 10 : | Das Investitionsvolumen der Unternehmen und Privaten Haushalte der Jahre 1962 und 1969 in Mrd DM |

Tab.	11 :	Zugänge zum Anlagevermögen zu Anschaffungspreisen nach Wirtschaftsbereichen - unter Eliminierung des Anteils privater Haushalte (Schätzwerte)
Tab.	12 :	Hauptmotive der Erwerbsarbeit von Müttern aus vollständigen Familien
Tab.	13 :	Hauptmotive und Begleitmotive in v. H. der befragten Mütter aus vollständigen Familien
Tab.	14 :	Hauptarbeitsmotive zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme als Mutter nach Sozialschichten und Berufsgruppen
Tab.	15 :	Berufstätige Frauen, die berufstätig bleiben wollen, gegliedert nach Familienstand, Alter und den Gründen für ein Verbleiben im Erwerbsleben - in Prozent -
Tab.	16 :	Gründe für die Erwerbstätigkeit von Frauen nach Familienstand
Tab.	17 :	Vorgesehene Gründe für eine Erwerbstätigkeit von Müttern in vollständigen Familien und unvollständigen Familien
Tab.	18 :	Einstellungen von Frauen zur Erwerbstätigkeit von Ehefrauen ihres Bekanntenkreises
Tab.	19 :	Erwerbstätige Mütter in vollständigen Familien nach Wochenarbeitstagen, Wohnungswünschen, Autowünschen sowie Miet- und Wohnverhältnissen
Tab.	20 :	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und nach geleisteten Arbeitsstunden in der Woche vom 18. bis 24. 4. 1971 - Ergebnisse des Mikrozensus -
Tab.	21 :	Arbeiter insgesamt nach geleisteten Überstunden und Wirtschaftsbereichen in der Berichtswoche vom 18. bis 24. 4. 1971 (Näherungswerte) - unter Verwendung von unveröffentlichten Ergebnissen des Mikrozensus -
Tab.	22 :	Durchschnittlich bezahlte Mehrarbeitsstunden im September der Jahre 1970, 1971 und 1972

- Tab. 23 : Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Mehrarbeitsstunden und gesetzliche Abzüge der männlichen Arbeiter im Alter von 18 und mehr Jahren nach Leistungsgruppen und Lohnformen
- Tab. 24 : Je Arbeiter durchschnittlich wöchentlich angebotene Arbeitszeit und tarifliche Arbeitszeit nach Industriezweigen der BRD in Stunden (Dezimalwerte)
- Tab. 25 : Durchschnittliche Zahl der im Steinkohlenbergbau der BRD im Jahre 1965 normal verfahrenen und zusätzlich verfahrenen Schichten je eingeschriebenem Arbeiter unter Tage und über Tage
- Tab. 26 : Erwerbstätige, die zwei Erwerbstätigkeiten ausübten, nach der Arbeitszeit in der zweiten Erwerbstätigkeit
- Tab. 27 : Nebenberufliche Arbeit nach Geschlecht, Berufsgruppen und Familieneinkommen im Ruhrgebiet 1970
- Tab. 28 : Arbeit nach Feierabend gegen Entgelt
- Tab. 29 : Gründe für die Arbeit nach Feierabend
- Tab. 30 : Relative Häufigkeit von Freizeitbeschäftigungen; hier: nebenberufliche Arbeit machen
- Tab. 31 : Prozentuale Verteilung der Arbeiter nach Geschlecht und Lohnformen
- Tab. 32 : Arbeiter nach Geschlecht und Altersgruppe in % der Lohnform
- Tab. 33 : Einstellung zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit
- Tab. 34 : Wahl zwischen höherem Einkommen und mehr Freizeit
- Tab. 35 : Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968 mit Mehrarbeitswünschen nach Altersklassen

Tab.	36 :	Erwerbstätige in den USA, Großbritannien, Deutschland, Niederlande und Frankreich nach Mehrarbeitswünschen
Tab.	37 :	Die Einstellung zur Arbeit im Bevölkerungsdurchschnitt
Tab.	38 :	Die Einstellung zur Arbeit bei berufstätigen Männern und berufstätigen Frauen
Tab.	39 :	Das wichtigste Moment der Berufsvorstellungen in eigener Sicht
Tab.	40 :	Einstellung zur Arbeit von Angestellten und Lohnempfängern
Tab.	41 :	Einstellung zur Arbeit bestimmter Belegschaftsmitglieder nach Berufsgruppen und Geschlecht
Tab.	43 :	Die Arbeitseinstellung weiblicher Arbeiter nach Altersgruppen
Tab.	44 :	Die Arbeitseinstellung männlicher Angestellten nach Altersgruppen
Tab.	45 :	Die Arbeitseinstellung weiblicher Angestellten nach Altersgruppen
Tab.	46 :	Der Einfluß von wirtschaftlichen Erwartungen, Konsumansprüchen und Einkommen auf den Wunsch nach Mehrarbeit
Tab.	47 :	Verhalten bei Arbeitszeitverkürzung
Tab.	48 :	Gründe für den Wechsel des Arbeitgebers im Unteren Bayer. Wald
Tab.	49 :	Vergleichsdaten über die Arbeitseinstellung amerikanischer Arbeitnehmer eines bestimmten Arbeitgebers
Tab.	50 :	Gesamtausgaben für Vermögensbildung und ausgewählte Sparleistungen - zusammengestellte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -

- Tab. 51 : Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und den Erwerb von Haus- und Grundbesitz je Haushalt und Monat (zusammengestellte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -)
- Tab. 52 : Sparmotive und Sparziele privater Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -
- Tab. 53 : Sparmotive und Sparziele privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -
- Tab. 54 : Arbeitnehmer- (Arbeiter-, Angestellten-, Beamten-,) Selbständigen- und Nichterwerbstätigen-Haushalte mit Sparguthaben nach Sparzielen
- Tab. 55 : Ausgewählte Vermögensbestände der privaten Haushalte in Durchschnittssummen je Haushalt (Stand 31. 12. 1969)
- Tab. 56 : Ausgaben privater Haushalte für die Vermögensbildung und für die Rückzahlung von Krediten nach Haushaltsnettoeinkommen, sozialer Stellung und Alter des Haushaltsvorstandes je Haushalt und Monat 1969 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -
- Tab. 57 : Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern nach der Erwerbstätigkeit der Ehefrau - Arbeiter-Ehepaare ohne und mit Kind(ern) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969
- Tab. 58 : Arbeitszeitaufwand eines Industriearbeiters für Gegenstände des täglichen Gebrauchs von 1949 bis 1971
- Tab. 59 : Käufe von Grundstücken, Wohngebäuden und Eigentumswohnungen sowie ausgabefähige Einkommen und Einnahmen im Durchschnitt je Haushalt und Monat
- Tab. 60 : Anteile der wohnrechtlichen Stellung ausgewählter Haushalte

- Tab. 61 : Das Sozialbudget in der BRD der Jahre 1950 bis 1976
- Tab. 62 : Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte in Durchschnittswerten und Mrd. DM
- Tab. 63 : Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken in Mrd. DM, Ausrüstungsinvestitionen von Unternehmen und Staat in Mrd. DM und in Indexzahlen der Jahre 1962 und 1969 (bezogen auf Anlageinvestitionen)

Tabelle 1: Das Realeinkommen je Erwerbstätigen im Bundesgebiet von 1950 bis 1972 in Preisen von 1962

Jahr	Erwerbstätige 1) (in 1.000)	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)		Preisindex 3) (1962 = 100)	Realeinkommen in Preisen von 1962	
		insgesamt 2) (in Mrd DM)	je Erwerbstätigen (in DM)		insgesamt (in Mrd DM)	je Erwerbstätigen (in DM)
1	2	3	4	5	6	7
1950	19992	76,9	3847	78,8	97,6	4882
1951	20501	93,2	4546	84,9	109,8	5355
1952	20898	105,7	5058	86,7	121,9	5834
1953	20398	113,9	5584	85,1	133,8	6562
1954	21973	122,5	5575	85,3	143,6	6536
1955	22794	141,0	6186	86,7	162,6	7135
1956	23385	156,5	6692	88,9	176,0	7528
1957	23814	171,3	7193	90,7	188,9	7931
1958	24008	183,3	7635	92,7	197,7	8236
1959	24273	198,5	8178	93,6	212,1	8737
1960	24708	222,3	8997	94,9	234,2	9481
1960	26247	235,7	8980	94,9	284,4	9463
1961	26591	258,0	9703	97,1	265,7	9993
1962	26690	277,5	10407	100,0	277,5	10407
1963	26744	295,8	11060	102,9	287,5	10748
1964	26753	324,3	12122	105,4	307,7	11501
1965	26887	355,3	13215	108,7	326,9	12157
1966	26801	377,1	14070	112,7	334,6	12484
1967	25950	376,0	14489	114,6	328,1	12643
1968	25968	416,9	16054	116,4	358,2	13792
1969	26356	460,7	17480	119,5	385,5	14628
1970	26668	529,2 ⁴⁾	19844	124,0	426,8	16003
1971	26650	582,8 ⁴⁾	21869	130,4	446,9	16771
1972	26463	634,4	23973	137,9	460,9	17384

Quelle:

Ermittelt nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes: 1) Die Zahlen 1950 bis 1961 aus Stat. Jahrbuch 1966, S. 148 (Die Zahlen 1950 bis 1956 einschl. lagen nur für das Bundesgebiet ohne Berlin vor. Sie sind auf der Basis: Wohnbevölkerung zu Erwerbstätigen für Bundesgebiet gleich Wohnbevölkerung zu Erwerbstätigen für Bundesland berechnet worden). Die Zahlen 1962 bis 1972 aus Stat. Jahrbuch 1973 S. 137; 2) aus Stat. Jahrbuch 1973, S. 520; 3) die Zahlen 1950 bis 1962 aus Stat. Jahrbuch 1973, S. 465 (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen); die Zahlen 1963 bis 1965 aus Wirtschaft und Statistik 1969, S. 184 (alle privaten Haushalte) und 1966 bis 1972 aus Stat. Jahrbuch 1973, S. 464 (alle privaten Haushalte); (die Preisindizes aller Haushalte und der mittleren 4-Kopf-Arbeitnehmerhaushalte weisen so geringfügige Abweichungen auf, daß die Reihe ohne Einfluß auf die vorliegende Untersuchung fortgesetzt werden konnte); 4) vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 2: Index der in der Industrie gezahlten Bruttoverdienste westdeutscher Arbeiter und Angestellten 1)

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter	Bruttomonatsverdienste der Angestellten		
	(1962 = 100)			
	nominal ²⁾	real ^{6) 7)}	nominal ³⁾	real ⁴⁾
1951	47,8	56,3	-	-
1957	68,4	75,4	71,9	79,3
1962	100,0	100,0	100,0	100,0
1966	134,2	119,0	131,8	116,8
1967	133,4	116,6	137,0	113,8
1968	142,5	122,7	143,5	123,6
1969	158,0	132,4	154,7	129,7
1970	179,9	145,4	172,9	139,8
1971	198,0	151,8	192,3 ⁵⁾	147,5
1972	214,1 ⁴⁾	154,8	210,9 ⁵⁾	151,3

Quelle: Ermittelt aus Unterlagen des Statistischen Bundesamtes

- 1) ohne die Angehörigen der Leistungsgruppe I
- 2) aus Stat. Jahrbuch 1972, S. 470
- 3) aus Stat. Jahrbuch 1972, S. 478
- 4) aus Stat. Jahrbuch 1972, S. 472 und Stat. Jahrbuch 1973, S. 479: Bruttowochenverdienste 1971 = 295 DM: 198,0 Index nominal = 319 DM (1972)
- 5) aus Stat. Jahrbuch 1972, S. 479 (1410 DM) und Stat. Jahrbuch 1973, S. 484 (1547 DM)
- 6) für die Errechnung der realen Verdienste: Preisindizes aus Tabelle 1
- 7) entsprechen nicht den Zahlen, die in der Lohn- und Gehaltsstrukturserhebung 1966 (Arbeitnehmerverdienste) Ergebnisse für Arbeiter, S. 30, enthalten sind, da ein anderes Basisjahr gewählt wurde.

Tabelle 3: : Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf von 1882 bis 1971
im Reichsgebiet und Bundesgebiet

Jahr	Erwerbs- personen insgesamt	Beamte und Angestellte		Arbeiter	
	1.000	1.000	‰ ²⁾	1.000	‰ ²⁾
1882	18.957	1.147	6,1	10.576	55,8
1895	22.110	1.828	8,3	12.637	57,2
1907	28.092	2.882	10,3	15.427	54,9
1925	32.009	5.525	17,3	15.759	49,2
1933	32.296	5.513	17,1	16.168	50,1
1939	35.732	7.732	21,6	17.545	49,1
1939	22.189	4.899	22,1	10.466	47,2
1950	23.489	4.838	20,6	11.986	51,0
1957	26.084	6.536	25,1	13.399	51,4
1958	26.311	6.902	26,2	13.185	50,1
1959	26.419	7.174	27,2	13.118	49,7
1960	26.653	7.488	28,1	13.251	49,7
1961	26.821	8.027	29,9	12.899	48,1
1962	26.761	8.183	30,6	13.049	48,8
1963	26.993	8.318	30,8	13.207	48,9
1964	26.935	8.626	32,0	12.928	48,0
1965	27.157	8.836	32,5	12.993	47,8
1966	27.161	9.083	33,4	12.942	47,6
1967	26.688	9.131	34,2	12.543	47,0
1968	26.766	9.242	34,5	12.594	47,1
1969	26.854	9.476	35,3	12.577	46,8
1970	26.617	9.646	36,2	12.413	46,6
1971	26.802	10.124	37,8	12.365	46,1

Quelle: Auszugsweise aus Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie N, Reihe 1, Konten- und Standardtabellen, Vorbericht von 1971, S. 147

1) 1882 bis 1950 und 1961 Ergebnisse der Berufszählungen, im übrigen Ergebnisse des Mikrozensus

2) Gebietsstand: 31.12.1937

3) In den Grenzen des Bundesgebietes

Tabelle 4: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf¹⁾
(Jahresdurchschnitt)

Jahr	Erwerbs- tätige ²⁾ insges. in 1000	Selbständige		Mithelfende		Abhängig ²⁾ Beschäftigte	
		in 1000	Anteil in vH	Familienangeh. in 1000	Anteil in vH	in 1000	Anteil in vH
1960	26.247	3.284	12,5	2.632	10,0	20.331	77,5
1965	27.153	3.027	11,2	2.285	8,4	21.841	80,4
1969	26.822	2.927	10,9	1.975	7,4	21.920	81,7
1970	27.204	2.898	10,6	1.844	6,8	22.462	82,6
1971	27.173	2.847	10,5	1.743	6,4	22.583	83,1

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen:
Leistung in Zahlen 1971, S. 15

1) Bis 1956 ohne Berlin

2) Einschließlich Soldaten

Tabelle 5: Abhängig Beschäftigte nach der Stellung im Beruf¹⁾
(Ergebnisse des Mikrozensus) - Anteile in vH

Jahr	Abhängig Beschäftigte insgesamt	Beamte ²⁾		Angestellte ³⁾		Arbeiter ³⁾	
		in 1000 ⁴⁾	in vH	in 1000 ⁴⁾	in vH	in 1000 ⁴⁾	in vH
1960	100		7,5		28,7		63,8
1965	100		8,3		32,2		59,5
1970	100		8,8		35,1		56,1
1969	100	1907	8,7	7562	34,5	12450	56,8
1971	100		8,8		36,5		54,7

Quelle: BMWF: Leistung in Zahlen 1971, S. 16

1) 1957: ohne Saarland und Berlin

1958, 1959: ohne Saarland

2) Einschließlich Soldaten

3) Einschließlich Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten u. Volontäre

4) Ergänzung

Tabelle 6: Budgets je Haushalt und Monat der Jahre 1958 bis 1972
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes 1)

Einnahme- bzw. Ausgabeart	1958	1959	1960	1961	1962	P r o z e n t										1969	1970	1971	1972
Ausgaben für den privaten Verbrauch	92,4	89,8	91,1	91,6	90,3	90,5	91,1	88,7	88,8	87,9	89,1	88,4	86,7	86,7	83,4				
Übrige Ausgaben 7)	3,2	3,6	3,7	4,2	4,8	4,9	5,7	6,0	5,9	6,2	6,3	6,2	5,6	4,8	4,9				
Veränderung d. Vermög. und Finanzkosten 8)	+4,4	+6,6	+5,2	+4,2	+4,9	+4,6	+3,2	+5,3	+5,3	+5,9	+4,6	+5,4	+7,7	+9,5	+11,7				
Bildung von Sachvermögen	+0,3	+1,3	+1,1	+0,1	+0,8	+0,2	+0,2	+1,9	+0,4	+1,0	+0,8	+1,7	+1,2	+2,8	+3,3				
Geldvermögen	+3,1	+4,5	+3,4	+2,6	+3,9	+2,4	+2,7	+2,9	+3,7	+4,1	+3,5	+4,8	+5,5	+6,7	+9,1				
Kreditaufnahme	-3,4	-4,3	-4,0	-3,1	-3,4	-2,2	-3,4	-2,4	-2,4	-2,4	-3,2	-4,2	-2,3	-2,9	-3,6				
Rückzahlung von Krediten	+4,4	+5,1	+4,7	+4,6	+4,6	+4,2	+3,9	+3,9	+3,6	+3,2	+3,5	+3,1	+3,3	+2,9	+2,9				

Quelle: Auszugsweise zusammengestellt nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 13, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte

1) Ehepaare mit 2 Kindern, davon mindestens 1 Kind unter 15 Jahren, die in Gemeinden über 20.000 Einwohnern wohnen. Das monatliche Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes als alleiniger Hauptverdiener sollte 1971 zwischen 1.100 und 1.600 DM liegen. Diese Grenzen werden an Hand der durchschnittlichen Bruttoverdienste von Angestellten und Arbeitern festgelegt und entsprechend ihrer Entwicklung variiert. - 2) Einschließlich nebenberuflicher Tätigkeit. - 3) Einmalige (unregelmäßige) Übertragungen von unter 1.000 DM je Einzelfall. -

4) Einnahmen (brutto) aus Untervermietung, aus dem Verkauf gebrauchter Waren und Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (Dienstliche) Zwecke, empfangene Vermögensübertragungen (brutto), Einnahmen, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind. - 5) Einmalige (unregelmäßige) Übertragungen von 1.000 DM je Einzelfall. - 6) Ohne Einnahmen aus Auflösung und Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme. - 7) Zinsen auf Konsumentenkredite, geleistete Einkommensübertragungen (ohne Einkommen- und Vermögenssteuern und ohne Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung), geleistete Vermögensberatungen, Ausgaben, die anderen Positionen nicht zuzuordnen sind. - 8) Jedoch ohne Wertveränderungen vorhandenen Geld- und Sachvermögen, Vermögensbildung einschließlich Entschuldung (+); Vermögensauflösung einschließlich Kreditaufnahme (-).

Tabelle 7: Budgets je Haushalt und Monat der Jahre 1958 bis 1972
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes

Einnahme- bzw. Aus- gabeart	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	D M														
Ausgaben für den pri- vaten Verbrauch	544	572	606	659	722	772	823	881	926	911	928	1009	1089	1222	1311
Übrige Ausgaben ⁷⁾	18	23	24	30	38	41	51	59	61	63	65	71	69	68	77
Veränderung d. Vermög.- und Finanzkosten ⁸⁾	+25	+41	+35	+30	+39	+39	+28	+52	+54	+61	+48	+61	+97	+136	+183
Bildung von Sachvermögen	+1	+8	+7	+0	+7	+1	+1	+19	+4	+10	+8	+18	+14	+39	+52
Geldvermögen	+17	+28	+22	+18	+23	+20	+24	+28	+39	+42	+36	+54	+69	+95	+142
Kreditaufnahme	-19	-27	-26	-22	-27	-19	-32	-34	-25	-24	-33	-47	-28	-41	-57
Rückzahlung von Krediten	+25	+32	+31	+33	+36	+36	+34	+39	+37	+33	+37	+36	+41	+41	+46

Quelle: Auszugsweise zusammengestellt nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes: Preise-Löhne-Wirtschafts-
rechnungen, Fachserie M, Reihe 13, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte
Fußnoten: Siehe Prozent-Aufstellung "1", 14

Tabelle 8: Ausgaben für den privaten Verbrauch, Marktentnahme je Haushalt und Monat nach Verwendungszwecken und Güterarten (ohne Eigenheime und Eigentumswohnungen)
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes

Verwendungszweck Güterart	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	P r o z e n t														
	nach Güterarten														
Verbrauchsgüter und Reparaturen	57,9	57,7	57,2	56,5	54,7	55,0	53,4	52,4	52,0	53,1	51,5	49,8	48,7	47,5	46,8
Gebrauchsgüter von mittl. Lebensdauer	17,6	18,0	17,5	17,9	17,5	18,3	17,7	17,5	17,5	16,9	16,5	16,7	17,0	17,0	17,4
Langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter	6,8	5,8	5,8	7,0	8,5	7,9	8,9	9,5	8,7	7,4	7,9	8,7	9,3	10,8	9,4
Wohnungsmieten ³⁾	9,9	10,2	10,5	10,6	10,3	10,6	10,8	11,2	12,2	13,8	15,2	15,6	15,5	15,0	15,9
Übrige Dienstleistungen	7,8	8,3	8,0	9,0	8,2	9,2	9,2	9,6	8,8	8,9	9,2	9,5	9,5	9,7	10,5
Ausgaben für den privaten Verbrauch insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Auszugsweise zusammengestellt nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 13, Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1958 bis 1972; Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte
1) Einschl. Fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten. - 2) Soweit nicht im Gaststättenverzehr enthalten.
3) Einschl. Mietwert für Eigentümerwohnungen, Untermieten u.ä., pachten für Gärten. - 4) Soweit nicht in sonstigen Verwendungszwecken enthalten. - 5) Soweit nicht in den Verwendungszwecken Wohnungsmieten u.ä., Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä. sowie übrige Güter für die Haushaltsführung enthalten. - 6) Soweit nicht in den Verwendungszwecken Nahrungs- und Genussmittel, Güter für Verkehr, Nachrichtenübermittlung sowie in sonstigen Verwendungszwecken enthalten. - 7) Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u.ä. -

Tabelle 9: Wohngebäude nach Eigentümergruppen 1950, 1961 u. 1965
(in 1000)

Eigentümergruppe	1950 ¹⁾		1961 ²⁾		1965 ³⁾	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Private Eigentümer	4833	92,0	6387	90,4	4)	4)
darunter:						
Selbständige	2009	38,2	2025	28,7	2075	25,0
Angestellte und Beamte	313	6,0	714	10,1	1218	15,2
Arbeiter	695	13,2	1338	18,9	1879	23,5
Nichterwerbs- tätige ⁶⁾	1148	21,8	1555	22,0	1917	24,0
GWU	202	3,8	442	6,2	4)	4)
Öffentliche Hand	220	4,2	237	3,4	4)	4)
Insgesamt:	5255	100,0	7066	100,0	8004	100,0

Quelle: Duwendag D.: Die Eigentümerstruktur in der deutschen Wohnungswirtschaft - Gutachten erstattet im Auftrage des Forschungsverbandes für Immobilien-, Hypotheken- und Baurecht e.V., Köln 1972, S. 9

- 1) Vgl. Der Bestand an Gebäuden in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13.9.1950, a. a. O., S. 10/11
- 2) Vgl. Fachserie E., Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen; Gebäudezählung vom 6.6.1961, a. a. O., S. 13
- 3) Vgl. Fachserie E, Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen, 1%-Wohnungsstichprobe 1965, Heft 2, Haushalte nach Art, Größe und Unterbringung, hrsg. vom Statistischen Bundesamt (Wiesbaden) Stuttgart und Mainz 1968, S. 11 und 37.
- 4) Kein Ausweis in der 1%-Wohnungsstichprobe 1965.

Tabelle 10: Das Investitionsvolumen der Unternehmen und Privaten Haushalte der Jahre 1962 und 1969 in Mrd DM

Jahr	U n t e r n e h m e n			Private Haushalte		
	Aus- rüstun- gen	Bauten	Insgesamt	Langl.Ge- brauchs- güter ¹⁾	Bauten ²⁾	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6
1962	40,1	18,3	58,8	17,2	15,3	32,5
1969	64,3	27,4	91,7	38,6	22,8	61,4

Quelle: Für Ausrüstungen und Bauten der Unternehmen: Statistisches Bundesamt: Das reproduzierbare Sachvermögen zu Anschaffungs- und zu Wiederbeschaffungspreisen, Sonderdruck aus Wirtschaft und Statistik 1972/11, S. 694; Für den Privaten Verbrauch: Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen 1971, S. 21; Für die Anteiligkeit der langlebigen Gebrauchsgüter: Ergebnisse der EVS 1969 und 1962/63 in Wirtschaft und Statistik 10/1972, S. 567; Für die Bauten der Privaten Haushalte: Statistisches Bundesamt: Das reproduzierbare Sachvermögen..., Ebenda, S. 694

1) Unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Anteiligkeit von 8,4 % (EVS 1962/63) und 11,7 % (EVS 1969) vom Gesamtverbrauch je Haushalte

2) Unter Zugrundelegung von 76% Anteiligkeit der Privaten Haushalte am gesamten Wohnungsbau, H. Duwendag-Gutachten (s. vorangegangene Tabelle) und vorläufigen Schätzwerten der Abt. Baustatistik des Statistischen Bundesamtes (70 - 80 %)

Tabelle 11: Zugänge zum Anlagevermögen zu Anschaffungspreisen nach Wirtschaftsbereichen - unter Eliminierung des Anteils privater Haushalte (Schätzwerte) ¹⁾

Jahr	U n t e r n e h m e n - Zugänge ohne Wohnungsbauten		Zugänge Wohnungsbauten	Private Haushalte
	Ausrüstungen Mrd	Bauten Mrd	Insgesamt Mrd	Bauten Mrd
1950 ²⁾	8,2	3,6	4,7	3,5
1955 ²⁾	19,2	7,9	10,3	7,8
1960	31,2	14,9	16,2	12,2
1965	49,6	23,9	27,4	20,6
1970	79,5	35,8	34,6	26,0
1971	87,0	40,1	42,5	31,9

Quelle: Statistisches Bundesamt: Das reproduzierbare Sachvermögen zu Anschaffungs- und zu Wiederbeschaffungspreisen, Sonderdruck aus: Wirtschaft und Statistik 1972/11, (Auszug), S. 694

1) Unter Zugrundelegung einer Anteiligkeit von 76% H. Duwendag - Gutachten (s. vorangegangene Tabelle) und vorläufigen Schätzwerten der Abt. Baustatistik des Statistischen Bundesamtes (70 - 80 %)

2) Ohne Saarland und Berlin

Tabelle 12: Hauptmotive der Erwerbsarbeit von Müttern aus vollständigen Familien¹⁾

I.	<u>Existenznot</u>		insg.	136
II.	<u>Aufbau und Erhaltung der beruflichen Basis</u>		insg.	596
III.	<u>Aufbau und Erweiterung der häuslichen Basis</u> ²⁾		insg.	2.004
	1.) Finanzielle Gründe	390		
	2.) Mitverdienen	1.090		
	3.) Erhöhung des Lebensniveaus	65		
	4.) Wohnungsbeschaffung	64		
	5.) Hausbau	239		
	6.) Anschaffungen	156		
	<u>Modifiziert durch Listenangaben</u> ³⁾		insg.	2.004
	1.) Finanzielle Gründe	81		
	2.) Mitverdienen	177		
	3.) Aufbau des Haushalts	787		
	4.) Erhöhung des Lebensniveaus	423		
	5.) Anschaffungen	21		
	6.) Hausbau/Wohnung	515		
IV.	<u>Psychologische Motive</u>		insg.	189
V.	<u>Andere Gründe</u>		insg.	62
	Keine Gründe angegeben		insg.	55
		insg.		3.042

Quelle: Auszugsweise aus Bundesministerium für Familie und Jugend: Mütter und Kinder in der Bundesrepublik Deutschland - Ergebnisse einer Stichprobe, Analyseband II, Bad Godesberg 1967, darin: Elisabeth Pfeil, Motivierung und Dauer der Berufstätigkeit von Müttern, S. 52

1) n = 3.042

2) Spontan genannte Hauptmotive

3) Bereinigt durch präzisierende Nennungen in der Liste

Tabelle 13: Hauptmotive und Begleitmotive in v.H. der befragten Mütter aus vollständigen Familien

Motive	Spontan genannte Haupt- motive	als Allein- motiv	begleitet von Nebenmotiven ¹⁾ und zwar von			Not	Ausbildung von Kindern u. Mann
			ökonomischen Hausbau Wohnung	sonstigen anderen	finanzielle Unabhängigkeit		
I. Aufbau des eigenen o. Mithilfe im Familien- betrieb n = 554	18	10	2	4	1	1	1
II. Psychologische Motive n = 142	5	2	0,4	2	1	0,1	1
III. Hausbau, Wohnung n = 303	10	1	+	6	1	1	1
IV. Finanzielle Gründe, Mit- verdienen, Anschaffung. Lebensstandard n = 1701	56	5	20	+	14	3	8
V. Finanzielle abhängig- keit n = 47	2	0,3	0,5	1	0,3	1	0,2
VI. Normative n = 77	3		0,5	1	1	+	1
VII. Ausbildung 42 (nur von Kindern 27*)	1		0,5		0,4		+
Nebenmotive Hauptmotive		18	25 10	15 56	8 2	6 3	13 1
Summe von Haupt- und Nebenmotiven			35	71	29	9	14

Quelle: Auszugsweise aus Bundesministerium für Familie und Jugend: Mütter und Kinder in der Bundesrepublik Deutschland - Ergebnisse einer Stichprobe, Analyseband II, Bad Godesberg 1967, darin: Elisabeth Pfeil: Motivierung und Dauer der Berufstätigkeit von Müttern, S. 56

1) mehrere Nebenmotive möglich

Tabelle 14: Hauptarbeitsmotive zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme als Mutter¹⁾
nach Sozialschichten u. Berufsgruppen

Sozialschichten u. Berufsgruppen	Anzahl der Befragten	Existenz-not ²⁾	in % der nebenstehenden Gruppen			psychologische Motive ⁵⁾
			Aufbau und Erhaltung der berufl. Basis ³⁾	Aufbau und Erweiterung der häusl. Basis ⁴⁾		
Selbständige	25	20	40	8	32	
Mithelfende	53	6	81	2	11	
freie Berufe	40	32	15	8	45	
Volksschullehrerinnen	36	20	20	23	42	
gehobene Schicht insgesamt ⁶⁾	176	22	39	7	31	
Sonstige Beamte und Angestellte	317	23	8	56	7	
angelernte Arbeiterinnen	189	28	3	63	4	
ungelernte Arbeiterinnen	151	36	1	58	3	
breite Schichten insgesamt ⁷⁾	696	28	6	58	6	
Befragte insgesamt ⁸⁾	872	(26)	(13)	(48)	(11) ⁹⁾	

Quelle: Pfeil, Elisabeth: Die Berufstätigkeit von Müttern - eine empirisch soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien, Tübingen 1961, S. 78

- 1) bzw. Weiterarbeit als Mutter. - 2) Verdienst des Mannes reicht nicht für den Lebensunterhalt.
3) Aufbau und Erhaltung des eigenen Betriebs, Ausbildung von Mann und Kindern. - 4) Haushaltsaufbau allgemein, bestimmte Anschaffungen, Baukostenzuschuß, auch Erhöhung des Lebensstandards, Hausbau. - 5) Liebe zum Beruf oder zur Unabhängigkeit. - 6) incl. 22 akademisch gebildete Beamtinnen und Angestellte. - 7) incl. 39 Angestellte in leitender und gehobener Stellung. - 8) Prozentwerte in Klammern, da kein Querschnitt durch die Gesamtheit der erwerbstätigen Mütter im Bundesgebiet. - 9) andere Motive: 3 %

Tabelle 15: Berufstätige Frauen, die berufstätig bleiben wollen, gegliedert nach Familienstand, Alter und den Gründen für ein Verbleiben im Erwerbsleben - in Prozent -

Gründe für das Verbleiben im Erwerbsleben	Frauen, die berufstätig bleiben wollen					
	ledig, im Alter von ... Jahren		verwitw./geschieden, verh., o. Kinder im Alter von ... Jahren		verheiratet mit Kindern ¹⁾	
	14-24	25-29	20-49	50-59	14-39	40-59 insgesamt
Ich muß meinen Lebensunterhalt verdienen	50	84		69	11	11
Mein Beruf macht mir Spaß	39	30	90	33	43	38
Ich möchte gern eigenes Geld verfügen, um unabhängiger zu sein	55	14	8	4	21	16
Um größere Anschaffungen mitzufinanzieren und/oder wir können uns dann mehr leisten	9	6	5	14	78	42
Ich komme gern mehr unter Leute	10	8	11	21	21	32
Ich muß im Familienbetrieb (meines Mannes) mithelfen	2	4	5	2	12	16
Mein Haushalt füllt mich nicht aus und/oder die Kinder sind groß	2	8	8	30	22	38
Wir kommen sonst mit dem Haushaltsgeld nicht zurecht, mein Mann verdient zu wenig	-	-	3	-	6	11
Ich muß die Kinderausbildung mitfinanzieren	0	3	13	4	-	-
Ich bin an meiner Stelle nicht ersetzbar	-	4	-	2	4	3
Insgesamt (Mehrfachnennungen)	167	161	154	179	218	207
Zahl der Fälle	225	151	62	52	99	76
						195
						-

Quelle: Weltz, Friedrich: Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4. Jg. - Mainz 1971, Sonderdruck, S. 207 (Auszug)

1) im Original nach Altersklassen der Kinder

Tabelle 17: Vorgesehene Gründe für eine Erwerbstätigkeit von Müttern in vollständigen Familien und unvollständigen Familien

Vorgegebene Gründe ¹⁾ (Listenvorgabe)	Erwerbstätige Mütter in			
	vollst. Familien		unvollst. Familien	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	3.042	100	637	100
Erwerbstätig				
Wohnungsbeschaffung, Hausbau	973	32,0	79	12,4
Aufbau d. Haushalte, Hebung d. allg. Lebensniveaus	1.114	36,6	187	29,4
Finanzielle Unabhängigkeit	77	2,5	55	8,6
Freude am Beruf	207	6,8	30	4,7
Unausgefülltheit/Alleinsein	14	0,5	5	0,8
Ausbildung von Kindern	57	1,9	42	6,6
Weiterbildung des Mannes	10	0,3	-	-
Schlechte Gesundheit d. Mannes	45	1,5	-	-
Anschaffung o. Unterhaltung eines Wagens	6	0,2	-	-
Keine weiteren Gründe ²⁾	539	17,7	239	37,5
Nicht erwerbstätig	-	-	-	-

Quelle: Auszugsweise aus Bundesministerium für Familie und Jugend: Mütter und Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Bad Godesberg, 1967, Tabellenband, S. 95

1) 1. Grund. - 2) Einschließlich ohne Angaben

Tabelle 18: Einstellungen von Frauen zur Erwerbstätigkeit von Ehefrauen ihres Bekanntenkreises

Gründe für die Erwerbstätigkeit ¹⁾ (Annahmen)	Erwerbstätige Ehefrauen im Bekanntenkreis			
	abs.		%	
Finanzielle Gründe (Interesse der Familie)	628		(77)	
Zu geringer Verdienst des Mannes		75		(9)
Gemeinsames Vorankommen, Erhöhung des Lebensstandards (mit positiver Beurteilung)		376		(46)
Übertriebenes Streben nach Luxus- gütern (mit negativer Beurteilung)		177		(22)
Eigenwert des Berufes (Interesse der Frau)	89		(11)	
Liebe zum Beruf		14		(2)
Haushalt füllt nicht aus		75		(9)
Andere Begründungen	94		(11)	
Keine Begründungen	6		(1)	
Summe	817		(100)	

Quelle: Kätsch, E., M.: Langfristige Bestimmungsgründe für die Erwerbstätigkeit von Frauen, in: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln 1965, S. 42

1) Frage: Haben Sie in ihrem Bekannten- oder Verwandtenkreis Ehefrauen, die berufstätig sind, und wissen Sie, aus welchen Gründen diese Ehefrauen arbeiten?

Tabelle 19: Erwerbstätige Mütter in vollständigen Familien nach Wochenarbeitstagen, Wohnungswünschen, Autowünschen sowie Miet- und Wohnverhältnissen

Merkmal	Erwerbstätige Mütter in vollständigen Familien	
	Anzahl	%
<u>Zahl der Arbeitstage je Woche</u>		
1 bis zu 4 Tagen	350	11,5
5 Tage	1.555	51,1
6 Tage	873	28,7
7 Tage	208	6,8
<u>Wohnungswunsch</u>		
Eigenes Haus	319	10,5
Eigentumswohnung	28	0,9
Mietwohnung	562	18,5
Anbau/Ausbau	18	0,6
Ohne Angabe	36	1,2
<u>Autowunsch</u>		
Im Besitz und geplant anzuschaffen	7	0,2
Im Besitz und nicht geplant anzuschaffen	1.531	50,3
Nicht im Besitz jed. geplant anzusch.	118	3,9
Nicht im Besitz u. nicht " "	1.386	45,6
<u>Miet-/Wohnverhältnis</u>		
Im eigenen Haus	1.045	34,4
Eigentumswohnung	19	0,6
Hauptmieter	1.714	56,3
Untermieter bei Verwandten	172	5,7
Untermieter bei Fremden	44	1,4
Sonstiges	48	1,6

Quelle: Auszugsweise aus Bundesminister für Familie und Jugend: Mütter und Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Tabellenband, Bad Godesberg 1967, hieraus: Zahl der Arbeitstage je Woche S. 97, Wohnungswunsch S. 100, Miet-/Wohnverhältnis S. 99, Autowunsch S. 101

Tabelle 20: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und nach geleisteten Arbeitsstunden in der Woche vom 18. bis 24.4.1971¹⁾ - Ergebnisse des Mikrozensus -

Stellung im Beruf	Personen mit ... geleisteten Arbeitsstunden in der Berichtswoche												Geleistete Arbeits- stunden insgesamt	
	0	1-14	15-23	24-39	40-41	42	43-44	45	46-48	49-54	55-69	70 u. mehr zusammen		
		1000												
Selbständige Mith. Fam.-Ang. Beamte Angestellte Arbeiter	53	56	75	122	84	102	41	137	137	392	831	633	2663	147,2
	17	90	164	237	79	75	22	76	158	173	256	299	1647	76,9
	36	/	17	90	87	687	215	71	60	93	79	20	1460	61,7
	148	74	333	625	2046	2424	712	491	340	458	384	102	8137	332,8
	283	137	416	852	3960	2820	794	975	685	704	461	109	12197	494,2
zusammen	537	362	1005	1925	6255	6108	1785	1750	1381	1820	2012	1163	26102	1112,9

Quelle: Statistisches Bundesamt: Internes Zahlenmaterial aus dem Mikrozensus (Schr. v. 22.7.73/ Zeichen II D - 20/1)

1) Kein offizieller Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist

Tabelle 21: Arbeiter insgesamt nach geleisteten Überstunden und Wirtschaftsbereichen in der Berichtswoche vom 18. bis 24.4.1971 (Näherungswerte) - unter Verwendung von unveröffentlichten Ergebnissen des Mikrozensus¹⁾ -

Wirtschaftsbereiche	Arbeiter mit ... geleisteten Überstunden in 1000										Geleistete wö. Über- stunden insgesamt
	Arbeitsstunden über dem Tarif von 42 Std. 2)										
	0	0	1,5	3	5	9	20	28 u. mehr	zu- sammen		
Land- und Forstwirt- schaft	-	-	17	27	15	30	34	22		145	
Dienstleistungen (o. Handel und Ver- kehr)	-	-	163	104	95	82	66	27		537	
zusammen	-	-	180	131	110	112	100	49		682	5.593
Wirtschaftsbereiche	Arbeitsstunden über dem Tarif von 40 Std. 2)										zu- sammen
	0,5	2	3,5	5	7	11	22	30 u. mehr			
Produzierendes Ge- werbe	3588	1959	496	744	511	498	269	29		8094	
Handel und Verkehr ...	119	168	117	101	65	94	94	32		790	
zusammen	3707	2127	613	845	576	592	363	61		8884	32.837
	Wirtschaftsbereiche insgesamt:										38.430

Quelle: Zusammengestellt nach internen Unterlagen des Statistischen Bundesamtes (Zeichen: II D-20/1)

1) Kein offizieller Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist

2) Tarifliche Arbeitszeiten in 40 der Wirtschaftsbereiche nach Angaben des DGB

Tabelle 22: Durchschnittlich bezahlte Mehrarbeitsstunden¹⁾ im September der Jahre 1970, 1971 und 1972

Arbeitergruppe	1970			1971			1972		
	Durchschnittlich bezahlte Stunden	Darunter Mehrarbeitsstunden	Durchschnittlich bezahlte Stunden	Durchschnittlich bezahlte Stunden	Darunter Mehrarbeitsstunden	Durchschnittlich bezahlte Stunden	Durchschnittlich bezahlte Stunden	Darunter Mehrarbeitsstunden	6 in % von 5
	1	2	3	4	5	6	7		
männliche									
Facharbeiter	231,9	22,7	225,1	15,5	226,7	23,4	10,35		
Landarbeiter	224,0	17,6	219,4	12,4	221,4	15,4	6,96		
angel. Arb.	221,1	9,1	221,3	8,7	213,5	8,2	3,84		

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/73, S. 57 (erweitert um Spalte 7)

1) Bundesgebiet (ohne Hamburg, Bremen, Saarland, Berlin)

Tabelle 23. Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Mehrarbeitsstunden und gesetzliche Abzüge der männlichen Arbeiter im Alter von 18 und mehr Jahren nach Leistungsgruppen u. Lohnformen

Lohnform	Arbeiter	Bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostunden- verdienst		Brutto- wochen- ver- dienst	Gesetzliche Abzüge in % des Bruttoverdienstes		
		ins- gesamt	dar. tatsächl. geleistete Arbeitsstunden	ins- gesamt	für Mehr- arbeits- stunden		Lohn- steuer- 2)	Arbeit- nehmerbei- trag zur Sozialver- sicherung	
Std.		DM		%					
Zeitlohn	3 732 720	46,4	44,8	4,1	4,72	5,61	219	8,5	11,8
Leistungslohn	913 100	43,1	41,3	2,3	5,46	6,42	235	8,7	11,8
Zeit- und Leistungslohn	384 460	45,4	44,0	3,3	5,40	5,88	245	9,7	11,4
Insgesamt	5 030 280	45,7	44,1	3,7	4,90	5,72	224	8,6	11,8

Quelle: Auszugsweise aus Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 17, Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, Arbeiterverdienste 1966, S. 102

1) Hochgerechnet

2) Ohne Kirchensteuer

Tabelle 24: Je Arbeiter durchschnittlich wöchentlich angebotene Arbeitszeit und tarifliche Arbeitszeit nach Industriezweigen der BRD in Stunden (Dezimalwerte)

Industriezweige	Tarifl. Arbeitszeit	Angebotene Arbeitszeit			
		1967	1968	1969	1970
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40	41,4	42,2	43,7	44,3
Verarbeitendes Gewerbe	unter 40,5	42,0	43,0	44,0	44,1
Baugewerbe	40	43,8	44,1	44,6	44,9
Gruppen insgesamt	40	42,2	43,1	44,1	44,2

Quellen: 1. Tarifliche Arbeitszeiten nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI); 2. Auszugsweise aus Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Sozialstatistik, Abhängig Beschäftigte in der Industrie, S. 74 bis 78

Tabelle 25: Durchschnittliche Zahl der im Steinkohlenbergbau der BRD im Jahre 1965 normal verfahrenen und zusätzlich verfahrenen Schichten je eingeschriebenem Arbeiter¹⁾ unter Tage und über Tage

Vergütete Schichten	unter Tage	über Tage
Normal verfahrenene Schichten	207,0	219,2
Zusätzlich verfahrenene Schichten	13,8	19,9

Quelle: Auszugsweise aus Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Sozialstatistik, Abhängig Beschäftigte in der Industrie, S. 135, Tableau II/20

1) Durchschnitt der Arbeiter aller Altersstufen, d. h. einschließlich der Arbeiter unter 18 Jahren

Tabelle 26: Erwerbstätige¹⁾, die zwei Erwerbstätigkeiten ausübten,
nach der Arbeitszeit in der zweiten Erwerbstätigkeit

1.000				
Erste Erwerbstätigkeit		Zweite Erwerbstätigkeit		
	Insgesamt	unter 15 Std.	15 bis unter 25 Std.	25 und mehr Std.
Insgesamt	740	251	350	140
Männlich	635	212	298	124
Weiblich	105	32	43	9

Quelle: Auszug aus Statistisches Bundesamt: Fachserie A, Reihe 6, Entwicklung der Erwerbstätigkeit, S. 32, Tab. 15

1) April 1968

Tabelle 27: Nebenberufliche Arbeit nach Geschlecht, Berufsgruppen und Familieneinkommen im Ruhrgebiet 1970¹⁾

	Anzahl	%	nie	selten	manchmal	öfter	oft	sehr oft	keine Antwort
		%	%	%	%	%	%	%	%
Insgesamt	43.400	100	78,7	5,0	5,0	3,0	1,6	1,0	5,7
Männer	20.746	100	75,1	6,7	6,6	3,3	1,9	1,2	5,1
Frauen	22.654	100	82,0	3,5	3,5	2,7	1,3	0,8	6,2
<u>Berufsgruppen</u>									
Arbeiter	13.104	100	74,1	7,3	7,2	4,0	2,2	1,5	3,6
Angestellte	5.630	100	80,1	5,8	5,3	2,9	1,4	1,4	3,2
Beamte	896	100	75,4	3,0	10,0	3,6	2,1	2,3	3,5
<u>Familieneinkommen (monatlich netto)</u>									
Unter DM 400	804	100	85,7	3,4	1,2	0,0	2,5	0,0	7,2
DM 400 bis unter DM 800	7.561	100	83,6	2,9	2,9	1,8	0,7	0,5	7,7
DM 800 bis unter 1.200	17.761	100	79,6	5,1	4,9	3,2	1,9	1,0	4,3
DM 1.200 " " 1.500	6.841	100	75,0	6,4	6,8	3,3	1,5	1,3	5,6
DM 1.500 " " 2.000	6.083	100	73,7	6,6	6,3	4,1	1,7	0,7	6,9
DM 2.000 und mehr	3.654	100	77,6	4,9	5,7	2,8	2,0	1,8	5,3

Quelle: EMNID, Freizeit im Ruhrgebiet, 1970, S. 40

1) Frage: Wie oft kommt es normalerweise vor, daß Sie in der Freizeit nebenberufliche Arbeit machen? (Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

Tabelle 28: Arbeit nach Feierabend gegen Entgelt

Frage: Führen Sie nach Schluß Ihrer regulären Arbeitszeit noch andere Arbeiten gegen Entgelt aus oder haben Sie daran kein Interesse?

(Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

	Führe an- dere Ar- beiten aus %	Habe da- ran kein Interesse %	Keine Stel- lungnahme %	%	Anzahl
Insgesamt	15	79	6	100	1001
<u>Berufsgruppen</u>					
Lehrling in Industr. und Handwerk	16	73	11	100	55
Kaufm. Lehrling	18	73	9	100	34
Hilfsarbeiter und ange- lernter Arbeiter	13	80	7	100	195
Facharbeiter	19	75	6	100	302
Handwerker (unselbst.)	34	56	10	100	61
Kaufm. Angestellter ..	9	87	4	100	210
Techn. Angestellter ..	16	81	3	100	63
Beamte und Behörden- angestellte	9	86	5	100	81

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 69

Tabelle 29: Gründe für die Arbeit nach Feierabend

Frage: Aus welchen Gründen tun Sie das?
Ist das:

(An die Befragten, die nach Schluß
Ihrer regulären Arbeitszeit noch
andere Arbeiten gegen Entgelt aus-
führen)

(Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

	Insg. %	Berufsgruppen							
		1. %	2. %	3. %	4. %	5. %	6. %	7. %	8. ²⁾ %
Um mehr zu ver- dienen	8	5	15	10	11	23	2	2	3
Weil mit die Ar- beit Spaß macht	4	4	3	2	5	7	3	6	1
Aus persönlichen Rücksichten ...	2	5	-	1	3	3	2	3	3
Sonstiges ³⁾	1	2	-	-	0	-	0	2	1
Summe der Nennungen	15 ¹⁾	16 ¹⁾	18 ¹⁾	13 ¹⁾	19 ¹⁾	33 ¹⁾	7 ¹⁾	13 ¹⁾	8 ¹⁾
Befragte, die An- gaben machten .	14	16	15	12	18	33	7	13	8
Befragte, die nicht Stellung nahmen	1	-	3	1	1	1	2	3	1
Befragte, die nach Schluß ihrer regulären Arbeitszeit noch andere Arbeiten gegen Entgelt ausführen	15%	16%	18%	13%	19%	34%	9%	16%	9%

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 70

1) Mehrfachnennungen

2) Berufsgruppen

1. Lehrling in Industrie und Handwerk, 2. Kaufm. Lehrling,
3. Hilfsarbeiter u. angelernter Arbeiter, 4. Facharbeiter,
5. Handwerker (unselbst.), 6. Kaufm. Angestellter,
7. Techn. Angestellter, 8. Beamte u. Behördenangestellte

3) Darunter: Weil ich einen Bau vorhabe / kann beruflich dazu
lernen / um mehr Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln

noch Tabelle 29: Gründe für die Arbeit nach Feierabend

	16-18 Jahre %	19-20 Jahre %	21-24 Jahre %	25-39 Jahre %	40-64 Jahre %	65 Jahre u. älter %
Um mehr zu verdienen	7	15	5	11	6	(5)
Weil mir die Arbeit Spaß macht ...	2	9	4	4	3	(16)
Aus persönlichen Rücksichten	4	-	2	3	1	-
Sonstiges	1	-	-	0	1	-
Summe der Nennungen	14	24 ¹⁾	11	18	11 ¹⁾	21
Befragte, die Angaben machten	14	21	11	18	10	(21)
Befragte, die nicht Stellung nahmen ...	1	-	-	2	1	-
Befragte, die nach Schluß ihrer regulären Arbeitszeit noch andere Arbeiten gegen Entgelt ausführen	15%	21%	11%	20%	11%	(21)%

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 71

1) Mehrfachnennungen

Tabelle 30: Relative Häufigkeit von Freizeitbeschäftigungen;
hier: nebenberufliche Arbeit machen

Frage: Wie oft kommt es normalerweise vor, daß Sie in
der Freizeit nebenberufliche Arbeit machen?
(Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

	Nie %	Sel- ten %	Manch- mal %	Öf- ters %	Oft %	Sehr oft %	Keine Antw. %	%	Anz.
Insgesamt	62	11	12	7	4	2	3	100	2.000
Männer	51	14	15	9	6	2	3	100	906
Frauen	71	9	9	5	2	1	2	100	1.094
<u>Altersgruppen</u>									
Unter 25 Jahre	51	14	17	8	6	1	2	100	352
25 bis unter 35 Jahre	55	14	17	6	5	2	2	100	408
35 bis unter 45 Jahre	57	13	11	10	3	2	2	100	296
45 bis unter 55 Jahre	65	10	12	6	4	2	1	100	353
55 bis unter 65 Jahre	72	9	7	5	2	1	4	100	257
65 Jahre und älter	77	7	4	5	2	1	4	100	334
<u>Berufsgruppen</u>									
Arbeiter, Landarbeiter	55	12	14	9	5	2	2	100	806
Angestellte	63	12	13	4	3	2	2	100	419
Beamte	62	13	13	4	4	1	3	100	141
Selbständige	68	10	12	6	1	1	2	100	193
Landwirte	67	10	10	8	2	1	2	100	99
Rentner	74	8	4	5	3	1	5	100	342

Quelle: Emnid-Institut: Freizeit und Wohnen - Veränderung von Wohn-
und Konsumbedürfnissen als Auswirkung der Freizeitentwicklung,
Tabellenband S. 69

Tabelle 31: Prozentuale Verteilung der Arbeiter nach Geschlecht und Lohnformen

Geschlecht	1957 ¹⁾			1962			1966		
	Von 100 Arbeitern waren beschäftigt im								
	Zeitlohn	Leistungs-lohn	Zeit- und Leistungs-lohn	Zeitlohn	Leistungs-lohn	Zeit- und Leistungs-lohn	Zeitlohn	Leistungs-lohn	Zeit- und Leistungs-lohn
Männliche Arbeiter	64	26	10	61	27	12	62	30	8
Weibliche Arbeiter	55	33	12	51	35	14	51	40	9

Quelle: Auszugsweise aus Statistisches Bundesamt: Preise-Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 17, Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen, Gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich, Arbeiterverdienste 1966, S. 22

1) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 32: Arbeiter nach Geschlecht und Altersgruppe
in % der Lohnform

Lohnform	Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren				
	unter 30	30-45	45-55	55 u.mehr	zusammen
		<u>Männliche Arbeiter</u>			
Zeitlohn	26,0	39,4	15,8	18,8	100
Leistungslohn	27,3	47,4	14,7	10,6	100
Zeit- u. Leistungsl.	31,2	43,8	12,6	12,4	100
Insgesamt	26,7	41,2	15,3	16,8	100
		<u>Weibliche Arbeiter</u>			
Zeitlohn	27,1	35,3	22,5	15,1	100
Leistungslohn	38,2	39,3	15,9	6,6	100
Zeit- u. Leistungsl.	34,7	39,3	17,3	8,7	100
Insgesamt	31,3	36,9	20,0	11,8	100

Quelle: Auszugsweise entnommen aus: Statistisches Bundesamt: Preise-
Löhne-Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 17, Gehalts- und Lohn-
strukturserhebungen, Gewerbliche Wirtschaft und Dienstleistungsbereich,
Arbeiterverdienste 1966, S. 22

Tabelle 33: Einstellung zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit

Frage: Heute gibt es verschiedene Ansichten über die Dauer von Arbeit und Freizeit. Welche der drei folgenden Meinungen auf dieser Liste entspricht der Ihren am ehesten?

(Nach Vorlage einer Liste - Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

	Das Verhält- nis von Ar- beit u. Frei- zeit ist heu- te richtig geregelt	Es wäre gut, wenn man län- ger arbei- ten könn- te, um sei- nen Ver- dienst zu erhöhen	Es wäre gut, wenn die Ar- beitszeit ge- kürzt würde, auch wenn man dadurch auf eine Erhöhung des Lohnes verzichten müßte	Keine Stel- lung- nahme		
	%	%	%	%	%	Anz.
Insgesamt	70	9	16	5	100	1001
Männer	69	12	13	6	100	668
Frauen	72	5	19	4	100	333
<u>Berufsgruppe</u>						
Lehrling in Industr und Handwerk	75	7	16	2	100	55
Kaufm. Lehrling ..	71	-	23	6	100	34
Hilfsarbeiter und angelernter Arb.	63	15	17	5	100	195
Facharbeiter	69	12	13	6	100	302
Handwerker (unselb.)	74	8	10	8	100	61
Kaufm. Angestellter	74	5	17	4	100	210
Techn. Angestellter	67	8	16	9	100	63
Beamte u. Behörden- angestellte	76	2	17	5	100	81

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 65 f. (Zusammenfassung)

Tabelle 34: Wahl zwischen höherem Einkommen und mehr Freizeit

Frage: Wenn Sie sich zwischen höherem Einkommen und damit höherem Lebensstandard - ich meine schöne Wohnung, Auto usw. - oder mehr Freizeit für sich und Ihre Angehörigen entscheiden müßten, was würden Sie dann vorziehen?

(Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

	Höheres Einkom- men %	Mehr Frei- zeit %	Keine Stel- lungn. %	%	Anzahl
Insgesamt	36	49	16	100	1991
Männer	44	42	14	100	954
Frauen	28	55	17	100	1037
<u>Altersgruppen</u>					
20 b. u. 25 Jahre	43	45	12	100	382
25 b. u. 35 Jahre	36	51	14	100	594
35 b. u. 45 Jahre	33	47	19	100	567
45 bis 55 Jahre	33	50	17	100	445
<u>Familieneinkommen</u> (monatlich netto)					
Unter DM 400,--	58	30	12	100	33
DM 400,-- b. u. DM 600,--	40	46	14	100	382
DM 600,-- b. u. DM 800,--	37	51	12	100	608
DM 800,-- b. u. DM 1200,--	31	50	19	100	507
DM 1200,-- und mehr	35	48	17	100	224

Quelle: Emnid-Institut: Der Arbeitsmarkt im Landkreis Unna (Unver-
öffentlichte Auftragsforschung), S. 9

Tabelle 35: Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968 mit Mehrarbeitswünschen nach Altersklassen

Alter	Wünscht mehr Arbeit	Wünscht weniger Arbeit	Mit Arbeitszeit zufrieden	Weiß nicht
	Prozent			
15 bis 34	52	5	41	2
35 bis 49	43	5	48	4
50 bis 64	34	9	47	10
65 und älter	28	7	36	29
Alle Befragten	40	6	45	9

Quelle: Auszugsweise aus: Katona G., Strümpel B., Zahn E.:
Zwei Wege zur Prosperität, 1. Auflage, Wien und Düsseldorf 1971,
S. 282

Tabelle 36: Erwerbstätige in den USA, Großbritannien, Deutschland, Niederlande und Frankreich nach Mehrarbeitswünschen¹⁾

Land	Präferenz für			
	mehr Arbeit	weniger Arbeit	keine Änderung	nicht ermittelt
	Prozent			
USA (1966)	34	10	56	-
Großbritannien (1968)	55	10	31	4
Deutschland (1968)	40	6	45	9
Niederlande (1968)	28	17	39	16
Frankreich (1966)	25	15	56	4

Quelle: Katona, Strümpel, Zahn: Zwei Wege zur Prosperität, a.a.O.,
darin als Quelle vermerkt: Erhebungen der Verfasser, Für Frankreich:
Unveröffentlichte Daten, die von der Kölner Forschungsstelle für em-
pirische Sozialökonomik gesammelt wurden.

1) Die Frage lautete: "Es gibt Leute, die mehr arbeiten wollen, wenn
Sie dafür auch mehr verdienen können. Andere wollen lieber weniger ar-
beiten, selbst wenn sie dann weniger verdienen. Wie ist das bei Ihnen?"

Tabelle 37: Die Einstellung zur Arbeit im Bevölkerungsdurchschnitt

Frage: Empfinden Sie Ihre Arbeit als schwere Last - notwendiges Übel - Möglichkeit, Geld zu verdienen - befriedigende Tätigkeit - oder Erfüllung einer Aufgabe?

Einstellung zur Arbeit	1949	1953	1955	1957	1959	1962	1965	1967	1969
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Befriedigende Tätigkeit	34	28	28	28	28	35	26	23	25
Erfüllung einer Aufgabe	17	18	18	22	21	25	26	26	22
Finanzieller Aspekt ¹⁾	43	53	53	46	51	38	33	32	31
Keine Antwort	6	1	1	4	0	2	16	20	23
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100% ²⁾

Quelle: Emnid-Institut: Trends in der Arbeitszufriedenheit in: Emnid-Informationen 1969/2, S. 13 f.

1) Arbeit wird als schwere Last, notwendiges Übel bzw. nur als Möglichkeit, Geld zu verdienen, angesehen.

2) Da die Einzelwerte auf ganze Prozent auf- bzw. abgerundet wurden, treten in den Summen geringe Abweichungen von 100 % auf.

Tabelle 38: Die Einstellung zur Arbeit bei berufstätigen Männern und berufstätigen Frauen

Frage: s. oben

Einstellung zur Arbeit	Männer berufstätig	Frauen berufstätig
Befriedigende Tätigkeit	33	25
Erfüllung einer Aufgabe	24	18
Finanzieller Aspekt ¹⁾	42	52
Keine Antwort ..	2	5
	100 %	100 %

Quelle: Emnid-Institut: Trends in der Arbeitszufriedenheit in: Emnid-Informationen 1969/2 S. 13 f.

1) Arbeit wird als schwere Last, notwendiges Übel bzw. nur als Möglichkeit, Geld zu verdienen, angesehen.

2) Da die Einzelwerte auf ganze Prozent auf- bzw. abgerundet wurden, treten in den Summen geringe Abweichungen von 100 % auf.

Tabelle 39: Das wichtigste Moment der Berufsvorstellungen in eigener Sicht

Frage: Was schätzen Sie an Ihrem derzeitigen Beruf am höchsten ein? Was trifft bei Ihnen zu?
(Nach Vorlage einer Liste - Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

	Insg. %	Berufsgruppen							
		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8. ²⁾
		%	%	%	%	%	%	%	%
Die Aufstiegschancen	10	16	29	4	11	8	10	14	6
Die interessante Arbeit	40	63	65	15	39	48	50	55	30
Das Betriebsklima ..	9	4	9	10	8	8	13	3	6
Der gesicherte Arbeitsplatz	28	14	12	29	34	26	19	24	52
Die Bedeutung der Arbeit für die Allgemeinheit	7	9	9	4	5	2	7	10	20
Der Verdienst	28	7	6	53	28	28	24	21	10
Sonstiges ³⁾	2	-	3	4	1	5	1	3	1
Summe der Nennungen	124 ¹⁾	113 ¹⁾	133 ¹⁾	119 ¹⁾	126 ¹⁾	125 ¹⁾	124 ¹⁾	130 ¹⁾	125 ¹⁾
Befragte, die Angaben machten	99	98	97	99	98	98	99	100	100
Befragte, die nicht Stellung nahmen	1	2	3	1	2	2	1	-	-
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Anzahl	1001	55	34	195	302	61	210	63	81

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 29

1) Mehrfachnennungen

2) Berufsgruppen

1. Lehrling in Industrie und Handwerk, 2. Kaufm. Lehrling,
3. Hilfsarbeiter und angelernter Arbeiter, 4. Facharbeiter,
4. Handwerker (unselbst.), 6. Kaufmännischer Angestellter,
7. Techn. Angestellter, 8. Beamte und Behördenangestellte

3) Darunter: Selbständige Arbeit / Altersversorgung / daß ich eine sitzende Beschäftigung habe / daß man sich die Arbeit einteilen kann / die frische Luft / mache die Arbeit gern / ich kann allein arbeiten, ohne bevormundet zu werden / daß ich jetzt immer zu Hause bin / Liebe zu Kindern und Umgang mit ihnen

Tabelle 40: Einstellung zur Arbeit von Angestellten und Lohnempfängern¹⁾

Gesichtspunkte	Angestellte		Lohnempfänger	
1. Lebensunterhalt	89	41,7 %	83	45,1 %
2. Sicherungstendenzen	16	7,5 %	13	7,1 %
3. Ansprüche	40	18,8 %	20	10,8 %
4. Ethische Gesichtspunkte	55	25,8 %	44	23,9 %
5. Werteschaffen	8	3,8 %	15	8,2 %
6. Gemeinwohl	5	2,4 %	9	4,9 %
	213	100 %	184	100 %

Zu 1. gehören Lebensunterhalt, finanzielle Gründe, Selbsterhaltungstrieb, Nutzen.

Zu 2. gehören Sicherung des Lebensabends, Förderung der Gesundheit, geregeltes Leben, Sorge für die Nachkommen.

Zu 3. gehören Genuß, Erholung, Bequemlichkeit, Anerkennung, Befriedigung von allgemeinen Lebensansprüchen.

Zu 4. gehören ethische Gründe, innere Zufriedenheit, Lebensinhalt.

Zu 5. gehören wirtschaftliche und technische Errungenschaften, Werteschaffen.

Zu 6. gehört Gemeinwohl

Quelle: Dirks, Heinz: Psychologische Faktoren der Berufsarbeit, Habilitationsschrift an der Naturwissenschaftlich - Philosophischen Fakultät der TH-Braunschweig, Göttingen 1957, S. 153

1) Ergebnisse einer REFA-Eignungsuntersuchung zum Thema: "Warum arbeitet der Mensch?"

Tabelle 41: Einstellung zur Arbeit bestimmter Belegschaftsmitglieder nach Berufsgruppen und Geschlecht¹⁾

Frage: Welche Punkte sind nach Ihrer Meinung für unsere Betriebsangehörigen wichtig, und welche Reihenfolge würden Sie den folgenden Punkten nach ihrem Gewicht geben?

	Gesamte Belegschaft	Arbeiter männl.	Arbeiter weibl.	Angest. männl.	Angest. weibl.
Guter Lohn	73	76	74	60	69
Gesicherte Existenz	71,5	81	75	55	41
Anerkennung d. Arbeit	62	59	57	72	80
Gute Behandlung	60,5	57	66	61	71
Aufstieg	34,5	33,5	26	46	43,5

Quelle: Dirks, Heinz: Psychologische Faktoren der Berufsarbeit, Habilitationsschrift an der Naturwissenschaftlich - Philosophischen Fakultät der TH Braunschweig, Göttingen 1957, S. 147

1) Ergebnisse von 286 Antworten von Belegschaftsmitgliedern eines bestimmten Betriebes, das entspricht 45 % der Gesamtbelegschaft

Tabelle 42: Die Arbeitseinstellung männlicher Arbeiter nach Altersgruppen

Frage: s.o.

	Gesamt	bis 25	26-35	36-45	46-55	56 und älter
Existenz	81	87	80	83	80	72
Lohn	76	79	63	75	83	75
Anerkennung	59	49	66	58	58	70
Behandlung	57	49	59	54	62	66
Aufstieg	33,5	41	38	33	27	32

Quelle: Habilitationsschrift H. Dirks ..., Ebenda, S. 149

Tabelle 43: Die Arbeitseinstellung weiblicher Arbeiter
nach Altersgruppen

	Gesamt	bis 25	26-35	36-45	46-55	56 und älter
Existenz	75	74	82	74	73	(67)
Lohn	74	82	71	73	67	(53)
Behandlung	66	59	62	70	76	(80)
Anerkennung	57	51	60	57	62	(73)
Aufstieg	26	28	20	31	22	(27)

Quelle: Habilitationsschrift H. Dirks: Psychologische Faktoren...,
Ebenda, S. 150

Tabelle 44: Die Arbeitseinstellung männlicher Angestellten
nach Altersgruppen

	Gesamt	bis 25	26-35	36-45	46-55	55 und älter
Anerkennung	72	60	80	89	57	78
Behandlung	61	40	54	60	62	91
Lohn	60	50	63	64	58	62
Existenz	55	80	31,5	51	68	53
Aufstieg	46	70	71,5	42	32	33

Quelle: Habilitationsschrift H. Dirks..., Ebenda, S. 150

Tabelle 45: Die Arbeitseinstellung weiblicher Ange-
stellten nach Altersgruppen

	Gesamt	bis 25	26-35	36-45	46-55
Anerkennung	80	80	(80)	(100)	(70)
Behandlung	71	85	(53)	(60)	(20)
Lohn	69	69	(67)	(80)	(70)
Aufstieg	43,5	40	(60)	(40)	(40)
Existenz	41	33	(40)	(20)	(100)

Quelle: Habilitationsschrift H. Dirks..., Ebenda, S. 151

Tabelle 46: Der Einfluß von wirtschaftlichen Erwartungen, Konsumansprüchen und Einkommen¹⁾ auf den Wunsch nach Mehrarbeit

Erwartungen Konsumansprüche	Wunsch nach Mehrarbeit in					
	Deutschland		England		Holland	
	Niedr.	Hohes	Niedr.	Hohes	Niedr.	Hohes
	%		%		%	
Erwartungen für die wirtschaftliche Situation in 4 Jahren:						
Optimistisch	62	38	73	60	40	29
Pessimistisch, indifferent, weiß nicht	47	43	60	54	37	28
Unbefriedigte Konsumansprüche:						
Vorhanden	58	44	67	61	45	31
Nicht vorhanden	45	38	68	53	26	23

Quelle: Katona, Strümpel, Zahn: Zwei Wege zur Prosperität, 1. Aufl. Wien und Düsseldorf, S. 162

1) Die Einkommensgrenzen waren wie folgt: Deutschland: DM 12.000,-- pro Jahr, England: £ 1200 pro Jahr, Holland hfl 10.000 pro Jahr

Tabelle 47: Verhalten bei Arbeitszeitverkürzung

Frage: Gesetzt den Fall, die Arbeitszeit würde erheblich verkürzt werden. Was würden Sie dann mit der gewonnenen Zeit anfangen?

(Nach Vorlage einer Liste - Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

	Insgesamt	Männer	Frauen
	%	%	%
Überstunden machen	11	14	5
Arbeiten in der Wohnung erledigen	19	14	30
Basteln	5	7	2
Sich der Familie widmen	31	31	30
Den Liebhabereien nachgehen	38	40	33
Weiterbildung ...	1	2	1
Sonstiges ²⁾	3	4	1
Summe der Nennungen	108 ¹⁾	112 ¹⁾	102 ¹⁾
Befragte, die Angaben machten	97	97	97
Befragte, die nicht Stellung nahmen .	3	3	3
Anzahl	100% 1001	100% 668	100% 333

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 67

1) Mehrfachnennungen

2) Darunter: Zusätzliche Arbeit und Schwarzarbeit

noch Tabelle 47: Verhalten bei Arbeitszeitverkürzung

	<u>Berufsgruppen</u>							
	1. %	2. %	3. %	4. %	5. %	6. %	7. %	8. ²⁾ %
Überstunden machen	11	3	15	16	16	4	5	2
Arbeiten in der Wohnung erledigen	7	12	31	18	18	19	11	14
Basteln	13	3	4	6	3	3	9	6
Sich der Familie widmen	9	18	30	30	38	31	36	46
Den Liebhabereien nachgehen	55	62	24	33	34	46	51	40
Weiterbildung ...	4	6	1	0	2	2	2	-
Sonstiges	-	-	3	2	3	3	3	7
Summe der Nennungen	99 ¹⁾	104 ¹⁾	108 ¹⁾	105 ¹⁾	114 ¹⁾	108 ¹⁾	116 ¹⁾	115 ¹⁾
Befragte, die Angaben machten	95	97	97	96	98	96	100	99
Befragte, die nicht Stellung nahmen .	5	3	3	4	2	4	-	1
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Anzahl	55	34	195	302	61	210	63	81

Quelle: Emnid-Institut: Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964, S. 68

1) Mehrfachnennungen

2) Berufsgruppen

1. Lehrling in Industrie und Handwerk
2. Kaufm. Lehrling
3. Hilfsarbeiter und angelernter Arbeiter
4. Facharbeiter
5. Handwerker (unselbst.)
6. Kaufm. Angestellter
7. Techn. Angestellter
8. Beamte und Behördenangestellte

Tabelle 48: Gründe für den Wechsel des Arbeitgebers im
Unteren Bayerischen Wald

Frage: Ich habe hier eine Liste mit möglichen Gründen für einen Stellenwechsel. Welche der aufgeführten Gründe wären für Ihre Entscheidung wichtig?

(An die Befragten, die ohne weiteres oder unter Umständen bereit wären, in den neuen Unternehmen zu arbeiten)

(Antwortmöglichkeiten vorgegeben - Listenvorlage)

	Insg.	<u>Altersgruppen</u>				
		Unter 21 J.	21 b. 24 J.	25 b. 29 J.	30 b. 49 J.	50 bis 55 J.
	%	%	%	%	%	%
Mehr Lohn	69	72	86	67	70	56
Mehr Freizeit	5	8	7	5	5	4
Angenehmere Arbeit	16	9	14	12	17	23
Besseres Betriebsklima ..	8	15	2	7	9	4
Bessere berufliche Möglichkeiten	43	43	46	45	44	34
Arbeit in der Nähe des Wohnortes	50	42	33	55	52	51
Günstigere Arbeitszeiten	8	11	9	9	7	4
Zusätzliche Sozialleistungen	11	6	16	7	12	10
Werkswohnung	6	8	11	7	5	4
Sonstige Gründe ¹⁾	3	-	-	1	2	11
Keine Antwort	1	-	2	1	1	1
Befragte, die ohne weiteres oder unter Umständen bereit wären, in den neuen Unternehmen zu arbeiten	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Prozentuierungsbasis ...	718	53	57	150	379	79
Mehrfachnennungen						

Quelle: Emnid-Institut: Der Arbeitsmarkt im Unteren Bayerischen Wald - Befragung von 1118 Arbeitern im Jahre 1967 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr - S. 27

1) Unter "Sonstige Gründe" wurden genannt:

Leichtere Arbeit, da gesundheitliche Schäden / nur, wenn Industrie kommt/ nur, wenn ich die jetzige Arbeit verliere / wenn der bisherige Betrieb die Fahrtkosten nicht mehr erstattet / eine ruhige Nebenarbeit, ein festes Arbeitsverhältnis

Tabelle 49: Vergleichsdaten über die Arbeitseinstellung amerikanischer Arbeitnehmer eines bestimmten Arbeitgebers¹⁾

Frage: Was gefällt Ihnen an der Arbeit für diese Firma?

	erster genannter Grund %	zweiter genannter Grund %	dritter genannter Grund %	stärkst betonte Gründe %
Sicherheit	3	4	2	2
materielle Befriedigung (Löhne usw.)	43	15	6	16
Arbeitsbedingungen	11	18	6	12
befriedigende Arbeit	2	2	2	2
Befriedigung über Aufstiegs- möglichkeiten oder Status	2	1	1	1
Vertrauen zum Management	20	15	12	26
Befriedigung m. pers. Beziehungen	5	10	11	6
möchte gern bleiben, wo er einmal ist	1	2	-	1
Zufriedenheit mit der Auf- sicht (Aufsicht unterschie- den von Management)	4	7	7	3
Gewerksch.-Management-Bez.	7	10	7	7
Betonung mehrerer Kategorien	-	-	-	17
nicht festgestellt	2	16	46	7
	100 %	100 %	100 %	100 %
Anzahl der Fälle	462	462	462	462

Quelle: Lauterbach, Albert: Mensch - Motive - Geld (Man, Motives and Money) Untersuchungen zur Psychologie des wirtschaftlichen Handelns, Stuttgart u. Düsseldorf 1957, S. 276

- 1) Die Daten stammen aus einer vergleichenden Studie des Survey Research Center der Universität Michigan über die Einstellungen von Arbeitern, Betriebsvertrauensleuten und Vorarbeitern einer bedeutenden amerikanischen Kapitalgesellschaft.

Tabelle 50: Gesamtausgaben für Vermögensbildung und ausgewählte Sparleistungen
- zusammengestellte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Ausgabefähige ¹⁾ Einkommen und Einnahmen			Davon wurden ausgegeben			Gesamtausgaben ²⁾ für Vermögensbildung (Geld- u. Sachverm.)			Sparbeträge ²⁾ für Baudarlehen			Rückzahlung von Krediten und Baudarlehen		
	DM	1	2	Verbrauch ¹⁾		Ersparnis ¹⁾	Vermögensbildung		DM	für Baudarlehen		DM	Rückzahlung von Krediten und Baudarlehen		DM
				DM	%		DM	%		DM	%		DM	%	
				2v1	3v1		4v1	5v1		5v1	6v1		6v1	6v3	
Haushalte insg. darunter:	1476		1165	78,9	197	13,3			446						
	2036		1629	80,0	224	11,0			663						
Angestellter	1897		1469	77,4	249	13,1			618						
	1402		1171	83,5	156	11,1			331						
Arbeiter															

Quelle: Zusammenstellung aus Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973, S. 88

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973, S. 96

Tabelle 51: Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und den Erwerb von Haus- und Grundbesitz je Haushalt und Monat - zusammengestellte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -

Soziale Stellung des Haushalts- vorstandes	Ausgabefähige ¹⁾ Einkommen und Einnahmen		Davon wurden ausgegeben Verbrauch ¹⁾ Ersparnis ¹⁾				Langlebige Gebrauchsgüter				Erwerb und 3) Instand- haltung von Haus- und Grundbesitz				
	DM	1	DM	%	2v1	3	%	DM ²⁾	%	4v1	4v2	DM	%	5v1	5v2
Haushalts insges. darunter: Beamter	1476		1165	78,9	197	13,3		136	9,2	11,7		96	6,5	8,2	
	2036		1629	80,0	224	11,0		213	10,7	13,4		174	8,5	10,7	
Angestellter	1897		1469	77,4	249	13,1		199	10,5	13,6		138	7,3	9,4	
Arbeiter	1402		1171	83,5	156	11,1		140	10,0	12,0		63	4,5	5,4	

Quellen: Zusammenstellung aus Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

1) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973, S. 88

2) Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1973, S. 265

3) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973, S. 96

4) Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973, S. 92

Tabelle 52: Sparziele und Sparziele privater Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -
P r o z e n t

Sparziele/Sparziele ²⁾	Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes					
	Haushalte insgesamt	Landwirt	Selbstständiger ¹⁾	Beamter	Ange-stellter	Arbeiter
Best. Sparvorhaben allein	17,1	19,9	20,4	27,9	21,6	19,2
Best. Sparvorhaben und sonstige Motive	39,5	44,0	42,1	48,6	48,4	21,6
Sonstige Motive allein	43,4	36,1	37,5	23,5	30,0	39,2
Haushalte mit Ersparnisbildung insgesamt	100	100	100	100	100	100
und zwar sparten:						
f. Hauskauf o. -bau, Eigentumswohnung, Grundstück	16,7	24,6	28,4	26,6	23,6	16,7
f. Kraftfahrzeug	11,2	11,6	9,4	24,9	18,2	12,3
f. größere Einrichtungs-, Gebrauchs-, Schmuckgegst.	20,7	18,1	16,4	30,2	27,3	24,5
f. Urlaubsreisen	23,7	10,7	18,8	33,2	31,1	23,8
f. Übernahme o. Ausbau eines eigenen Betriebes	1,3	6,1	9,5	-	0,6	0,4
f. sonst. größere Vorh.	9,3	17,3	9,3	9,1	8,7	9,4
z. Sicherung d. Altersversorgung, auch d. Ehepart.	27,1	37,1	40,8	13,9	26,3	24,7
z. Sicherung der Zukunft der Kinder	14,3	21,9	18,3	22,5	19,2	16,7
als Vorsorge g. Notfälle	48,0	41,8	42,2	39,5	49,2	51,0
z. Erzielung von Ansehen und Gewinn	4,2	4,6	3,7	5,2	4,7	3,9
"automatisch" ²⁾ aus sonstigen Gründen	14,2	9,3	14,1	20,2	18,4	11,0
ohne genaue Vorstellung.	14,6	11,9	9,8	7,3	8,2	12,6
						23,1

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1971, S. 138

1) Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger, 2) Weil es unnötig gewesen wäre, die vorhandenen Mittel ganz für die Lebenshaltung auszugeben. -

Tabelle 53: Sparmotive und Sparziele privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen¹⁾ - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 - Prozent

Sparmotive/Sparziele ²⁾	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM											
	Haushalte insgesamt		unter 600		600 - 800		800 - 1000		1000 - 1200		1200 - 1500	
Best. Sparvorhaben allein	17,1	8,4	14,3	17,7	20,7	21,6	22,5	23,6	25,0	25,6	25,6	25,0
Best. Sparvorhaben und sonstige Motive	39,5	19,3	29,8	47,4	47,5	50,2	50,4	50,8	50,8	50,8	50,8	50,8
Sonstige Motive allein	43,4	72,3	56,0	34,9	31,8	28,2	27,1	25,6	25,6	25,6	25,6	25,6
Haushalte mit Ersparnisbildung insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
und zwar sparten:												
f. Hauskauf o. -bau, Eigentumswohnung, Grundst.	16,7	5,4	11,5	15,6	18,6	21,7	25,7	30,2	30,2	30,2	30,2	35,3
f. Kraftfahrzeug	11,2	1,4	6,5	11,2	14,2	18,6	18,7	20,0	20,0	20,0	20,0	18,3
f. größere Einrichtungs-, Gebrauchs-, Schmuckgegst.	20,7	7,5	13,5	28,6	27,2	28,6	26,8	27,1	27,1	27,1	27,1	20,8
f. Urlaubsreisen	23,7	11,2	16,6	31,9	31,2	31,0	30,7	30,4	30,4	30,4	30,4	25,4
f. Übernahme o. Ausbau d. eigenen Betriebes	1,3	-	0,6	0,7	1,3	1,2	1,9	3,1	3,1	3,1	3,1	5,4
f. sonst. größere Vorh.	9,3	7,4	9,1	8,9	9,4	9,4	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	9,1
z. Sicherung d. Altersversorgung, auch d. Ehepart.	27,1	22,8	22,3	31,2	28,3	26,3	26,7	31,7	31,7	31,7	31,7	39,9
z. Sicherung d. Zukunft der Kinder	14,3	3,5	10,9	15,8	17,7	18,7	19,6	21,7	21,7	21,7	21,7	26,0
als Vorsorge g. Notfälle	48,0	42,8	44,3	56,2	52,8	50,6	49,1	44,8	44,8	44,8	44,8	41,5
z. Erzielung von Ansehen und Gewinn	4,2	2,1	3,8	4,5	4,7	5,6	5,1	5,4	5,4	5,4	5,4	5,0
"automatisch" ²⁾	14,2	8,7	12,0	13,7	15,5	17,9	17,0	21,6	21,6	21,6	21,6	27,4
ohne genaue Vorstellung.	14,6	31,6	22,2	7,5	7,0	6,0	6,7	5,9	5,9	5,9	5,9	6,0

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1971, S. 139

1) Ohne Haushalte von Landwirten. - 2) Weil es unnötig gewesen wäre, die vorhandenen Mittel ganz für die Lebenshaltung auszugeben.

Tabelle 54: Arbeitnehmer- (Arbeiter-, Angestellten-, Beamten-), Selbständigen- und Nichterwerbstätigen-Haushalte mit Sparquithaben nach Sparzielen

Haushaltungs- vorstand	Haushalte insgesamt in %	Von 100 Haushalten haben das Sparziel						Sonstli- ges	Summe
		Existenz, Alter, Aus- bildung	Haus, Wohnung	Größere Anschaf- fungen	Kauf von Wertpa- pieren	Urlaub	Not- groschen		
Erwerbstätiger	(71)								
Arbeitnehmer	(80)	27	23	25	2	14	42	27	160
Arbeiter	(45)	26	23	22	1	10	44	26	151
Angestellter	(41)	30	21	26	3	17	43	28	168
Beamter	(15)	26	25	31	4	20	34	33	172
Selbständiger	(20)	41	21	18	3	10	34	33	161
Nichterwerbs- tätiger	(29)	35	18	8	1	10	55	23	151

Quelle: Deutscher Sparkassen und Giroverband: Materialien zur Vermögensbildung, Ergebnisse einer Um-
frage von 1971, S. 32

Tabelle 55: Ausgewählte Vermögensbestände der privaten Haushalte¹⁾ in Durchschnittssummen je Haushalt
(Stand 31.12.1969)

Soziale Stellung des Haushalts- vorstandes	Spargut- haben	Bausparverträge		Spargut- haben u. Bauspar- guthaben	Lebens- versich. Vertrags- summe	Wert- papiere zum Kurswert	Grundvermögen	
		Vertrags- summe	Gut- haben				zum Einheits- wert	zum Verkehrs- wert
a) nach sozialen Gruppen								
Arbeiter	3.250	3.610	900	4.510	6.220	380	2.280	10.120
Angestellte	5.080	8.320	2.190	7.270	14.970	2.290	2.620	11.630
Beamte	5.040	11.790	2.510	7.550	8.440	1.660	3.330	14.760
Arbeitnehmer	4.040	6.030	1.500	5.540	9.280	1.140	2.510	11.120
Nichterwerbstätige	4.340	1.910	560	4.900	2.140	1.660	2.760	12.220
b) von 100 Haushalten besaßen								
	Sparbücher		Lebensversicherungen		Bausparverträge		Wertpapiere	
	1962/63	1969	1962/63	1969	1962/63	1969	1962/63	1969
Beamter	72	97	53	79	23	44	15	28
Angestellter	73	95	49	80	17	33	17	31
Arbeiter	57	90	47	84	9	20	3	11
Gesamtdurchschnitt	60	88	41	77	12	23	10	20

Quelle: Auszugsweise aus Willgerodt R.: Vermögen für alle, Gutachten, Düsseldorf 1971, in: Deutsches
Institut für Wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1973,
Tab. 67

1) Durchschnittssumme in DM je Haushalt

Tabelle 56: Ausgaben privater Haushalte¹⁾ für die Vermögensbildung und für die Rückzahlung von Krediten nach Haushaltsnettoeinkommen, sozialer Stellung und Alter des Haushaltsvorstandes je Haushalt und Monat 1969 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 -

DM

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von... bis unter ... DM	Ausgaben für Vermögensbildung, Rückzahlung von Krediten insgesamt.	Davon entfielen auf						Sonstige Erhöhung des Geldvermögens	Rückzahlung von Krediten und Baulöhnen
		Erwerb, Instandsetzung von Haus- u. Grundbesitz	Einzahlung auf Sparkonten	Sparbeträge für Bausparkassen	Kauf von Wertpapieren	Prämien für Lebensversicherungen			
Haushalte insgesamt	446	101	136	35	26	29	24	94	
unter 300	23	/	13	/	/	3	(2)	(3)	
300 - 600	67	4	35	(3)	(3)	5	9	8	
600 - 800	132	18	59	8	(5)	9	13	21	
800 - 1000	189	29	77	13	7	13	16	34	
1000 - 1200	249	39	96	20	8	17	18	52	
1200 - 1500	360	66	129	29	15	21	21	80	
1500 - 1800	507	117	163	44	23	29	25	107	
1800 - 2500	725	166	221	63	39	46	33	158	
2500 - 10000	1727	491	372	129	151	126	76	381	
nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes									
Beamter	663	175	196	67	31	27	31	137	
Angestellter	618	138	187	53	44	45	31	120	
Arbeiter	331	63	112	25	8	19	18	86	
nach dem Alter des Haushaltsvorstandes									
unter 25	234	/	90	24	(11)	13	(18)	62	
25 - 35	520	136	140	51	26	29	26	112	
35 - 45	590	157	143	47	28	44	24	148	
45 - 55	548	125	156	43	27	42	27	129	
55 - 65	395	78	133	29	26	29	23	76	
65 und mehr	271	43	118	16	26	10	22	34	

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/73, S. 96 (Auszug)

1) Private Haushalte ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 10.000 und mehr DM

3) Ohne Altersbegrenzung

Tabelle 57: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern nach der Erwerbsstatistik der Ehefrau - Arbeiter-Ehepaare ohne und mit Kind(ern)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Gegenstand	Arbeiter-Ehepaare									
	ohne Kind		mit 1 Kind		mit 2 Kindern		mit 3 Kindern			
			Ehefrau							
	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig
Von jeweils 100 Haushalten verfügen ... über										
Personenkraftwagen	63	36	68	55	64	54	64	54	64	51
Telefon	20	10	21	12	(20)	11	(24)	11	(24)	11
Plattenspieler	32	22	38	35	37	36	(48)	39	(48)	39
Tonbandgerät	26	12	30	26	30	25	31	24	31	24
Phonokombination	(4)	(3)	(3)	4	-	4	-	(4)	-	(4)
mit Fernsehgerät	16	12	14	15	(17)	14	-	13	-	13
ohne Fernsehgerät	74	51	79	82	80	83	80	80	80	80
Fotoapparat	(5)	(2)	(6)	4	-	(3)	-	(3)	-	(3)
Schmalfilmkamera										
Projektionsapparat										
für Dia	21	10	17	16	(15)	14	-	11	-	11
für Schmalfilm	(4)	(2)	(5)	(3)	-	(2)	-	(3)	-	(3)
Kühlschrank	93	90	93	94	94	94	96	91	96	91
Tiefkühltruhe	12	11	17	13	22	18	(35)	23	(35)	23
Geschirrspülmaschine	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Elektr. Grillger.	(9)	5	(6)	6	(6)	5	-	(4)	-	(4)
Elektr. Küchenmasch.	29	21	29	28	29	31	(33)	35	(33)	35
Elektr. Nähmaschine	33	23	34	31	31	34	(30)	31	(30)	31
Heimbügl.	(5)	(4)	(5)	5	(9)	6	-	(6)	-	(6)
Elektr. Waschmasch.										
mit eing. Schleuder	45	40	44	48	50	47	(53)	50	(53)	50

Quelle: Auszugsweise aus Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1970, Tabelle 3, S. 266

Tabelle 58: Arbeitszeitaufwand eines Industriearbeiters für Gegenstände des täglichen Gebrauchs von 1949 bis 1971¹⁾
(° = Stunden, ' = Minuten)

Stichmonat	1 kg Mischbrot	5 kg Speisekartoffeln	1 kg Kotelett	1 kg Butter	1 kg Bohnenkaffee	Herrenoberhemd ²⁾
Nov. 1949	23'	37'	4'35'	4'13'	22'37	-
Nov. 1954	25'	29'	3'04'	3'54'	13'25	-
Nov. 1958	22'	30'	2'36'	2'58'	8'02	-
Nov. 1960	18'	22'	2'25'	2'19'	6'15	5'14'
Nov. 1962	17'	22'	2'07'	2'09'	4'57	4'35'
Okt. 1964	16'	24'	1'55'	1'53'	4'09	4'
Okt. 1965	15'	25'	1'56'	1'48'	3'48	3'45'
Okt. 1966	16'	22'	1'55'	1'42'	3'44	4'14'
Okt. 1967	16'	18'	1'41'	1'39'	3'31	4'07'
Okt. 1968	15'	17'	1'31'	1'33'	3'09	3'49'
Okt. 1969	13'	23'	1'29'	1'23'	2'46	3'24'
Okt. 1970	13'	18'	1'20'	1'11'	2'41	3'06'
Okt. 1971	13'	15'	1'12'	1'09'	2'22	3'

Stichmonat	Herren-Straßenschuhe ³⁾	Rundfunkgerät Super	Leichtmotorrad (Moped)	Volkswagen	Brief im Fernverkehr	Fahrt mit der Bundesbahn ⁴⁾
Nov. 1949	-	-	452'12'	3946'24'	10'	4'55'
Nov. 1954	-	-	278'26'	2297'46'	7'	3'31'
Nov. 1958	-	-	202'54'	1674'30'	5'	2'54'
Nov. 1960	10'52'	107'21'	169'02'	1395'01'	4'	2'25'
Nov. 1962	9'14'	99'25'	140'07'	1238'56'	4'	2'
Okt. 1964	8'02'	80'	118'45'	1072'30'	3'	1'45'
Okt. 1965	7'39'	81'23'	109'12'	986'12'	3'	1'37'
Okt. 1966	7'37'	74'47'	103'36'	932'36'	4'	1'37'
Okt. 1967	7'31'	68'51'	100'38'	908'54'	4'	1'34'
Okt. 1968	7'02'	61'55'	95'11'	859'43'	4'	1'29'
Okt. 1969	6'18'	55'26'	98'02'	836'54'	3'	1'19'
Okt. 1970	6'02'	41'06'	98'26'	782'12'	3'	1'10'
Okt. 1971	6'07'	36'41'	100'43'	765'02'	3'	1'16'

Quelle: Auszugsweise aus Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: Leistung in Zahlen 71, 21. Auflage, S. 25

1) Die Statistik wurde bei einigen Produkten unterbrochen. Nach Berücksichtigung der qualitativen Verbesserung der Produkte wurde eine neue Reihe aufgestellt. - 2) Popeline, mittlere Qualität. - 3) Rindbox, mittlere Qualität. - 4) Hin- und Rückfahrt, 50 km

Tabelle 59: Käufe von Grundstücken, Wohngebäuden und Eigentumswohnungen¹⁾ sowie ausgabefähige Einkommen und Einnahmen im Durchschnitt je Haushalt und Monat²⁾

i n D M

Jahr	Ausgabefähige Einkommen u. Einnahmen	Käufe von Grundstücken u. Gebäuden	2 in % von 1
	1	2	
1969 ³⁾	1.476,06	73,45	4,97

Quelle: Statistisches Bundesamt: Internes Material, (Schr. vom 6.8.71, Zeichen: VI D-13/10/65)

1) einschließlich Architekten, Makler-, Notariatsgebühren u.ä.

2) Ergebnisse der EVS 1962/63 und 1969

3) einschließlich Ausgaben für werterhöhende Reparaturen

Tabelle 60: Anteile der wohnrechtlichen Stellung ausgewählter Haushalte

Wohnrechtliche Stellung	1967 %	1968 %	1969 %	1970 %	1971 %	1972 %
Haushaltstyp 1 ¹⁾						
Hauptmieter	92,2	93,6	94,0	90,5	88,3	86,4
Eigentümer	7,8	6,4	6,0	9,5	11,7	13,6
Gebäude 4)	6,3	4,4	4,4	6,7	9,2	10,3
Wohnung 5)	1,5	2,0	1,6	2,8	2,5	3,3
Haushaltstyp 2 ²⁾						
Hauptmieter	84,4	88,1	87,2	84,1	82,1	79,0
Eigentümer	15,2	11,9	12,8	15,9	17,9	21,0
Gebäude 4)	12,5	10,5	9,5	13,1	14,7	17,1
Wohnung 5)	2,7	1,4	3,3	2,8	3,2	4,0
Haushaltstyp 3 ³⁾						
Hauptmieter	73,1	80,8	77,8	72,6	66,3	63,9
Eigentümer	26,9	19,2	22,2	27,4	33,7	36,1
Gebäude 4)	23,3	16,2	19,9	24,9	29,9	30,7
Wohnung 5)	3,6	3,0	2,3	2,5	3,8	5,4

Quelle: Auszugsweise zusammengestellt nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Laufende Wirtschaftsrechnungen, Ergebnisse der entsprechenden Jahre.

- 1) 2-Personenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern und geringem Einkommen
- 2) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen
- 3) 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen
- 4) Eigenheime
- 5) Eigentumswohnungen

Tabelle 61: Das Sozialbudget in der BRD der Jahre 1950 bis 1976

Sozialausgaben	1950 ¹⁾	1955	1960	1965	in Millionen DM		1970	1971	1972 ²⁾	1976 ²⁾
insgesamt:	16.754	29.498	53.033	110.622	169.043	191.277	208.677	291.704		
darunter:										
Rentenversicherungen	3.859	7.663	17.978	28.416	46.420	50.338	55.920	87.160		
Krankenversicherungen	2.527	4.691	9.718	16.037	25.391	31.306	34.830	47.479		
Unfallversicherung	577	1.017	1.712	3.088	4.118	4.421	4.944	6.659		
Arbeitsförderung,	1.880	1.815	1.055	1.410	3.607	4.530	5.741	6.884		
Arbeitslosenversicherung	510	1.020	3.060	4.666	11.870	13.709	14.594	19.656		
Entgeltfortzahlung	49	558	1.152	2.778	2.841	3.217	3.291	13.830		
Kindergeld	2.113	3.206	3.641	5.692	7.296	7.816	8.383	11.690		
Kriegsopferversorgung	982	1.311	1.666	1.994	3.148	3.548	3.832	4.375		
Sozialhilfe										
Sozialausgaben je Einwohner in DM	333	560	951	1.666	2.772	3.110	3.396	4.763		
in % des Bruttosozialprodukts (Sozialquote)	17,1	16,4	17,5	24,0	24,8	25,3	25,7	26,4		

Quellen: Deutscher Bundestag: Sozialbericht 1971, Drucksache VI/2155, vom 12.5.1971, S. 242 ff. und Sozialbericht 1972, Drucksache VI/3432 vom 12.5.1972, S. 100 f. und 224 ff.

1) Ohne Berlin (West-)

2) Geschätzt

Tabelle 63: Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken in Mrd DM, Ausrüstungsinvestitionen von Unternehmen und Staat in Mrd DM und in Indexzahlen der Jahre 1962 und 1969 bezogen auf Anlageinvestitionen

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken Anlageinvestitionen nach Anlagearten	Privater Verbrauch				Indexzahlen			
	1962 in Mrd DM	62/63 in Prozent ²⁾	1969 in Mrd DM	1969 in Prozent ²⁾	Ausrüstungsinv. der Untern. (o. Bauinv.) = 100		Ausrüstungsinv. von Staat u. Unternehmen (o. Bauinv.) = 100	
					1962	1969	1962	1969
I. Haushaltskäufe insg. davon:	208,8 ¹⁾	100	329,5 ³⁾	100	44,1Mrd=100	64,5Mrd=100	44,6Mrd=100	66,9Mrd=100
Verbrauchsgüter und Reparaturen	105,2 ¹⁾	52,4	155,2	47,1	455,1	510,2	449,7	492,6
Gebrauchsgüter von begrenztem Wert	35,9 ¹⁾	17,9	52,7	16,0	81,4	81,6	80,4	78,8
Langf. Gebrauchsgüter	16,8 ¹⁾	8,4	38,5	11,7	38,2	59,7	37,7	57,6
Dienstleistungen	42,7 ¹⁾	21,3	83,0	25,2	96,9	128,5	95,7	124,1
II. Anlageinvestitionen:								
Untern. o. Bauinv.	44,1 ⁴⁾	-	64,5 ⁵⁾	-	100,0	100,0	-	-
Untern. m. Bauinv.	77,5 ⁴⁾	-	122,9 ⁵⁾	-	175,6	190,3	-	-
Staat o. Bauinv. ⁶⁾	1,2 ⁴⁾	-	2,3 ⁵⁾	-	2,8	3,5	-	-
Staat m. Bauinv.	13,4 ⁴⁾	-	23,3 ⁵⁾	-	30,3	36,0	-	-
Ausrüstungsinv. von Staat u. Untern.	44,6	-	66,9 ⁵⁾	-	-	-	100,0	100,0

Quellen: Ermittelt nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes: 1) Für die Käufe privater Haushalte des Jahres 1962 insgesamt: Statistisches Jahrbuch 1969, S. 505. - 2) Für die Anteiligkeit der großen Bedarfsgruppe im Durchschnitt der Haushalte nach den Ergebnissen der EVS 62/63 und 1969: Wirtschaft und Statistik, 1972, S. 567. - 3) Für die Käufe privater Haushalte des Jahres 1969 insgesamt: Statistisches Jahrbuch 1972, S. 521. - 4) Für die Anlageinvestitionen des Jahres 1962: Statistisches Jahrbuch 1969, S. 507. - 5) Für die Anlageinvestitionen des Jahres 1969: Statistisches Jahrbuch 1972, S. 524. - 6) Ausrüstungsinvestitionen

Verzeichnis der Literatur

- ARPS, Ludwig: Das Versicherungssparen, in: Taschenbücher zum Geld, Bank und Börse Hrsg. Möhring Ph. und Rittershausen H., Frankfurt-Main 1964
- BACHMANN, Verena: Der Haushaltsplan der Konsumenten und seine theoretische Erfassung durch die Grenznutzenlehre, Diss. Zürich Nr. 907, 1963
- BOROW, H.: Man in a world of work, Boston 1964
- BIBER, Wilhelm: Vermögensstreuung als volkswirtschaftliches Leitbild, München 1962
- BIERVERT, Bernd: Der Beitrag der privaten Haushalte zum wirtschaftlichen Wachstum, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. Schmölders, Günter, Heft 12, Berlin 1969
- BOCK, Josef: Strukturwandlungen des Verbrauchs, in: Schriften der Verbraucherverbände, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e. V., Heft 3, o. O. 1973
- BÖHLER, Eugen: Grundlagen der Nationalökonomie, Bern 1948
- BOHN, Peter: Konsumenten- und Sparerverhalten, Ihre Bedeutung für Finanz- und Konjunkturpolitik, in: Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung, Hrsg. M. E. Kamp, Heft 14, Stuttgart 1969
- BONUS, Holger: Buchbesprechung zu einem Buch von Torsten Hägerstrand, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 126. Bd., 2. Heft, April 1970
- BONUS, Holger und SCHWEINITZ, Hildur v.: Automobile und Motorisierung in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 124. Bd., 3. Heft, August 1968

- BRINKMANN, Carl: Lebensstandard, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., Göttingen 1959
- BÜCHER, Karl: Arbeit und Rhythmus, 6. Aufl., Leipzig 1924
- Die Entstehung der Volkswirtschaft, 9. Aufl., Tübingen 1913
- CARELL, Erich: Arbeit, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Bd., Göttingen 1956
- CASSEL, Gustav: Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl., Leipzig 1932,
- CLARK, Colin: The Conditions of Economic Progress, 2. ed., London 1957
- CLARK, J. M.: Aims of Economic Life as Seen by Economists, in: Goals of Economic Life, edited by A.D. Ward, New York 1953
- CLEWETT, Richard G.: Mass Marketing of Consumers Goods, in: The Growth of the American Economy, edited by Williamson, Harold F., second edition, New York 1953
- DENISON, Edward F.: Why Growth Rates Differ, Washington 1967
- DIERKES, Meinolf: Produktivität und Expansion, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. G. Schmölders, Heft 13, Berlin 1971
- DUBBERKE, Hans, Achim: Betriebswirtschaftliche Theorie des privaten Haushalts, in: Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Hrsg.: Erich Kosiol und Andreas Paulsen, Heft 7, Berlin 1958
- DUESENBERY, James S.: Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, in: Harvard Economic Studies, vol. LXXXVII, second printing, Cambridge 1952

- EGNER, Erich: Die Investitionen der Haushalte in Dauerkonsumgütern, in: Der Verbraucher, 15. Jg., Hamburg 1961
- Strukturwandlungen der Hauswirtschaft, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 11. Jg., Heft 1, München 1963
 - Studien über Haushalt und Verbrauch, in: Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Hrsg. Erich Egner, Heft 1, Berlin 1963
 - Haushalt, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 5, Göttingen 1956
 - Der Haushalt - Eine Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Gestalt, Berlin 1952
- EHRLICHER, Werner: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Formen des Sparens, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Hrsg. Fritz Voigt, Bd. 1, Berlin 1958
- ELSTER, Alexander: Haushaltung, in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, 2. Bd., 3. Aufl., Jena 1911
- EUCKEN, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Heidelberg 1959
- EVERS, SCHMUCKER, TEICH: Regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten, in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 48, Bad Godesberg 1963
- FARELL, Michael: Die neuen Theorien der Konsumfunktion, in: Konsum und Nachfrage, Hrsg. E. und M. Streißler, Köln und Berlin 1966
- FISHER, A. G. B.: Production, Primary, Secondary and Tertiary, in: The Economic Record, Bd. 15, Juni 1939

- FÖHL, Carl: Kredit II, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., Göttingen 1959
- FÖHL, Carl: Kreislauftheoretische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflussbarkeit ihrer Verteilung, in: Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Bd. 2, Tübingen 1964
- Die Haushaltsvermögen und ihre Deckung durch produktives Sachkapital, in: Theorie und empirische Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 7/VI, o.O., 1967
- FOURASTIÉ, Jean: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954
- FRICKE, Dieter: Das Sparen im Spannungsfeld der Bedürfnisse, eine Kritik der Sparfunktion, in: Wirtschaftstheorie als Verhaltenstheorie, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Heft 11, Berlin 1969
- FÜRST, Hildegard: Einkommen, Nachfrage, Produktion und Konsum des privaten Haushalts in der Volkswirtschaft, Stuttgart 1956
- GÄFGEN, Gerhard: Verhaltensforschung, in: Staatslexikon, 8. Band, 6. Auflage, Freiburg 1963
- GERSTER, Max: Die Bewertung von Vermögenskomplexen, - insbesondere die Bestimmung des Volksvermögens, Diss. Hochschule St. Gallen, Nr. 174, St. Gallen 1964
- GOTTL-OTTLILIENFELD, Friedrich v.: Bedarf und Deckung, Jena 1928
- Wesen und Grundbegriffe der Wirtschaft, Leipzig, 1933

- GRAF, Hans-Georg: Der Einfluß des Einkommens auf die Struktur des Dienstleistungssektors, Diss. Nr. 264 der Hochschule St. Gallen, Zürich 1968
- GUTERSOHN, Alfred: Die modernen Bedarfswandlungen und ihre Auswirkung auf die gewerbliche Wirtschaft, in: Zukunftsaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft, Zürich u. St. Gallen 1963
- HALL, FLORENCE, TURNBULL u. a. Effects of family and housing characteristics on time spending household tasks, in: J. Home Econ., Washington D. C. /62 1970
- HALLER, Heinz: Sparen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Göttingen 1956
- HAMILTON, David: The Consumer in Our Economy, Boston 1962
- HARLOFF, H. J.: Der Einfluß psychologischer Faktoren auf die Mobilität der Arbeit, Berlin 1970
- IMBERGSTEG, Markus: Die Entwicklung des Konsums mit zunehmendem Wohlstand, Diss. St. Gallen 1967
- INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN des Landes NRW, Nr. 1024, Köln-Opladen 1962
- DER UNIVERSITÄT BONN:
- KATONA, George: Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Hrsg. Erik Boettcher, Tübingen 1960
- Die Macht der Verbraucher, Düsseldorf-Wien 1962
- Der Massenkonsum, 1. Aufl., Düsseldorf 1965
- Private Pensions and individual Saving, Michigan 1965

- KATONA, G.,
STRÜMPPEL, B.,
ZAHN, E.: Zwei Wege zur Prosperität - Konsumverhalten,
Leistungsmentalität und Bildungsbereitschaft in
Amerika und Europa, 1. Auflage, Wien-Düssel-
dorf 1971
- KNESCHAUREK, F.: Konsumprognosen in der Schweiz: Probleme,
Methoden, Aussagemöglichkeiten und erste Er-
gebnisse, in: Schweizerische Zeitschrift für Volks-
wirtschaft und Statistik, Heft 3/4, Jahrgang 1966
- KAISER, W. und
SERWAS, A.: Die Struktur des Sparens in der BRD von 1950
bis 1967, in: Untersuchungen über das Spar-,
Giro- und Kreditwesen, Hrsg.: Voigt, Fritz,
Band 50, Berlin 1970
- KOLMS, Heinz: Konsum, in: Handwörterbuch der Sozialwissen-
schaften, Bd. 6, Göttingen 1957
- KRAHN, K.: Mobilitätsorientierung und Fluktuationsbereit-
schaft, Berlin 1971
- KUZNETS, Simon, S.: Secular Movements in Production and Prices,
Boston and New York 1930
- KUZNETS, S.: Long-term Changes in the National Income,
zitiert nach: Schmucker, Helga: Langfristige
Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten
Haushalte in ihrer Interdependenz mit den üb-
rigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft,
in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirt-
schaft, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik,
NF Bd. 30/I, Bd. 1, Berlin 1964
- LÜTGE, Friedrich: Ausgangstatsachen der Volkswirtschaftslehre,
in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften,
Hrsg. Hax, Karl und Wessels, Theodor, Bd. II,
Köln-Opladen 1959

- LUTZ, Friedrich, A.: Der Konsumentenkredit, in: Schriftenreihe des Arbeitskreises für Absatzfragen, Hrsg. C. Bley, Heft 1, Köln-Berlin 1954
- MAYER, Hans: Gut, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Hrsg. Elster, Ludwig u. a., 4. Aufl., 4. Bd., Jena 1927
- MEINHOLD, Helmut: Investitionen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., Göttingen 1956
- MEINHOLD, Wilhelm: Grundzüge der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., München 1967
- MERKLE, Degenhardt: Der Begriff des Vermögens und seine Darstellung in der Nationalökonomie, Diss. München 1968
- MEYER-DOHM, Peter: Arbeitszeitverkürzung und Verbraucherverhalten, in: Arbeitszeit und Freizeit - Nürnberger Hochschulwoche 1961, in: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hrsg. H. Eichler u. A., Heft 15, Berlin 1961
- Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit - Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Hrsg. E. Tucht-feld, Band 1, 1. Auflage, Freiburg im Breisgau 1965
- Der private Haushalt im Prozeß der Bedarfsdifferenzierung, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 30/I, Berlin 1964
- MICHANIK, Ernst und OHLSSON, Ingvar: Verkürzung der Arbeitszeit, Untersuchungen des Schwedischen Sozialministeriums, Göttingen 1958

- MILL, John Stuart: Grundsätze der politischen Ökonomie, 7. Aufl. (nach der Ausg. v. 1871), Jena 1913
- MUTH, Richard, F.: The Demand for Non-Farm Housing, in: The Demand for Durable Goods, edit. by Arnold C. Harberger, Chicago 1960
- NELL-BREUNING, Oswald v.: Bausparkassen, in: Staatslexikon, 6. Aufl., 1. Bd., Freiburg 1957
- NEMSCHAK, Franz: Der private Konsum in der wachsenden Wirtschaft, in: Vorträge und Aufsätze, Hrsg. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 17, Wien 1961
- OBERHAUSER, Alois: Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Beiträge zur Begegnung von Kirche und Welt, Rothenburg 1962
- ÖSTERREICHISCHES FORSCHUNGSINSTITUT FÜR SPARKASSENWESEN: Sparen und volkswirtschaftliches Wachstum, in: Aspekte des Sparens II, Schriftenreihe 2. Jg., Heft 3, Wien 1963
- OSHIMA, Harry, T.: Consumer Asset Formation and the Future of Capitalism, in: The Economic Journal, ed. by Sir Roy Harrod u. a., vol. 71, Nr. 281, London 1961
- PARSONS, TALCOTT AND SMELSER, NEIL J.: Economy and Society, in: International Library of Sociology and Social Reconstructions, London 1956
- PAULSEN, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, 4. Aufl., Berlin 1963
- PLAßMANN, Christa: Bestimmungsgründe der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, in: Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Heft 2, Berlin 1964

- PLABMANN, Christa: Investitionsleistungen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik, in: Finanzen der privaten Haushalte, Festschrift für Walter Kaminsky, Hrsg. Franz Schneider, Frankfurt 1969
- PREISER, Erich: Probleme der Wohlstandsgesellschaft, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Sitzungsberichte, Jahrg. 1964, Heft 7, München 1964
- RAAB, Gustav: Die Sparformen und ihre Bedeutung für die Kapitalbildung, in: Schriftenreihe des Österreichischen Forschungsinstituts für Sparkassenwesen, Bd. 6, Wien 1963
- REEB, H. J.: Der volkswirtschaftliche Kapitalbildungs- und Kreditprozeß, Diss. Freiburg 1966
- REISEN, Lore: Technik im Landhaushalt - ökonomisch gesehen, Hrsg.: Landesausschuß beim Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes NRW, Düsseldorf 1962
- RINSCHKE, Günter: Der aufwendige Verbrauch, Diss. Köln 1959
- ROTH, Erwin: Persönlichkeitspsychologie, 2. Auflage, Stuttgart 1969
- RÖBLER, H. (Hrsg.): Die Konsumtion im Reproduktionsprozeß, in: Beiträge zur Sozialistischen Konsumtionsforschung, Bd. II, Halle 1967
- SACHVERSTÄNDIGENRAT
ZUR BEGUTACHTUNG DER
GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Jahresgutachten 1965/66, Stuttgart-Mainz 1965
- Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart 1967

- SALIN, Edgar: Über den Begriffswandel und Inhalt des Vermögens, in: Lohnpolitik und Vermögenspolitik, in: Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Bd. 37, Tübingen 1964
- SEEBERG, Stella: Langlebige Haushaltsgüter und Haushaltsinvestitionen, in: Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Heft 3, Berlin 1967
- SIEBKE, Jürgen: Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und ihr Einfluß auf den Wirtschaftsablauf, Diss. Bonn 1965
- SILBERKUHL-SCHULTE: Vom Wesen der Hauswirtschaft, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 11, Heft 2, München 1963
- Kritik an "Der Haushalt" von Erich Egner, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Hrsg. Gesellschaft für Hauswirtschaft, Jg. 1, Heft 2, München 1953
- SOMBART, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, 1. Bd., 7. Aufl., Berlin 1958
- SCHERHORN, Gerhard: Bedürfnis und Bedarf, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. Günther Schmölders, Heft 1, Berlin 1959
- Information und Kauf - Empirische Analyse der Markttransparenz, in: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg.: Franz Meyers, Nr. 1358, Köln-Opladen 1964
- SCHMIDT-RINK, Gerhard: Konsum-Dynamik, Habil. Schr. Mainz 1967

- SCHMÖLDERS, Günter: Eigentum und Wirtschaftsordnung, Vortrag vom 30. 7. 1954 vor dem Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer, München 1954
- Der wirtschaftende Mensch als soziales Wesen, in: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, H. 5, Jg. 14, Heft 5, o. O., 1960
 - Wesen und Formen der Vermögensbildung, hrsg. vom Oesterreichischen Forschungsinstitut für Sparkassenwesen, Wien 1962
 - Wesen und Formen der Vermögensbildung, in: Probleme der Sparkapitalbildung, in: Schriftenreihe des Österreichischen Forschungsinstituts für Sparkassenwesen, 1. Jg., Heft 3/4, Wien 1964
- SCHMÖLDERS, Günter
in Zusammenarbeit
mit SCHERHORN, G.
und SCHMIDTCHEN, G.: Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Heft 10, Berlin 1969
- SCHNEIDERHÖHN,
Rosemarie: Die Investitionsplanung im Rahmen der gesamten Haushaltsplanung, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 17. Jg., Heft 5, München 1969
- SCHMUCKER, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 30/I, Berlin 1964
- Technisierung des Haushalts bei steigendem Wohlstand, ihre arbeitswirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Probleme, in: Elektrizität (Zeitschrift für Elektroberatung), 18. Jg., Frankfurt 1968, Heft 8

- SCHMUCKER, Helga: Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Vermögensbildung privater Haushalte, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Hrsg. Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft, Heft 6/71
- Der Lebenszyklus in Erwerbstätigkeit, Einkommensbildung und Einkommensverwendung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 40, 1956, H. 1
- Hermann Schubnell, Oswald von Nell-Breuning S.J., Gerhard Wurzbacher und Willi Albers: Die ökonomische Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Tatbestände und Zusammenhänge, Reihe Soziologische Gegenwartsfragen, Hrsg. C. Jantke, L. Neundörfer, H. Schelsky, Stuttgart 1961
- SCHROEDEL, Alfred: Die Investition des privaten Haushaltes, Diss. Mainz 1958
- SCHWEITZER v., Rosmarie: Überlebt der Haushalt das Jahr 2000? Hrsg. Ausschuß "Hauswirtschaftliche Bildung" der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V., 2. Auflage, Bad Godesberg 1971
- Der statische und dynamische Lebensstandard in seiner Bedeutung für die Haushaltsführung, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 88. Jg., Heft 6/1968
- STACKELBERG, Heinrich: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1951
- STAVENHAGEN, Gerhard: Geschichte der Wirtschaftstheorie, 3. Aufl., Göttingen 1964
- STEIN, Otto: Bedarf und Bedürfnis, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Bd., Tübingen 1956

- STIFTUNG "IM GRUENE": Unser Markt von 1970, 12. Internationale Studententagung Rüschlikon 1963, Schriftenreihe Bd. 27, Düsseldorf-Wien 1964
- STREIBLER, Erich: In der Einleitung von: Konsum und Nachfrage, Hrsg. E. und M. Streibler, in: Neue Wissenschaftliche Bibliothek 13, Köln und Berlin 1966
- STRÜMPPEL, B.: Konsumentenverhalten und wirtschaftliche Entwicklung, in: Wirtschaftstheorie als Verhaltenstheorie, Berlin 1969
- Wirtschaftliche Entwicklung als menschliches Verhalten, in: Beiträge zur Verhaltensforschung, Hrsg. G. Schmolders, Berlin 1964
- STUCKEN, Rudolf: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957
- Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, Berlin-München 1954, zitiert bei: Raab, Gustav: Die Sparformen und ihre Bedeutung für die Kapitalbildung, Wien 1963
- STÜBLER, Elfriede: Die Bedeutung der Technik im Haushalt für den Arbeitszeitbedarf, in: Hauswirtschaftliche Briefe, 3/4, 1963
- Technik und Arbeitszeitbedarf im Haushalt, in: Hauswirtschaft und Volksernährung, 36, 1964
- Möglichkeiten und Grenzen der Automation im Haushalt, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 4, München 1969
- TUCHTFELD, E.: Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung, in: Arbeitszeit und Freizeit, in: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 15, Berlin 1961

- UNITED NATIONS (Hrsg.): Report on International Definition and Measurement of Standards and Levels of Living, New York, 1961
- VERSHOFEN, Wilhelm: Hauswerk und Siedlung, Berlin 1967
- VIERKANDT, A.: Naturvölker und Kulturvölker, Leipzig 1896
- VOIGT, Fritz: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Bd. 1, Berlin 1958
- VROOM, V. H.: Work and Motivation, New York 1968
- WARREN, Jean: Use of time in its relation to Home Management, in: Bulletin 734, Cornell Univers. Agr. Expl. Station, Ithaca N. Y., 1940
- WEBER, Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, 7. Aufl., Berlin 1958
- WEBER, Max: Wirtschaftsgeschichte, 13. Aufl., Berlin 1958
- WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT, Grundriß der Nationalökonomie, 3. Abt., Tübingen 1947
- WEISS, Fritz: Die Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung der Teilzahlungswirtschaft in der Bundesrepublik, in: Finanzen der privaten Haushalte, Festschrift für Walter Kaminsky, Hrsg. Franz Schneider, Frankfurt 1969
- WIESER v., Friedrich: Theorie der Gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomie, 1. Abt., Tübingen 1914
- WIGGERT, K.: Die Hauswirtschaft im Jahre 1970, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 13, Heft 2, München 1965

- WISSMANN, Bernhard: Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer, Berlin 1960
- ZIMMERER, Carl: Eigenkapital und Fremdkapital in der Unternehmung; in: Wirtschaft, Finanzen, Finanzierung, Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1960

Verzeichnis der statistischen Quellen

- BACH, H. U. und
BRINKMANN, Chr.: Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der BRD im Jahre 1973, Sonderdruck aus: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 6. Jg. /1973
- BARTSCH, Ellen: Der Arbeitszeitaufwand im städtischen Haushalt, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 2. Jg., München 1954
- BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SO-
ZIALORDNUNG: Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, Drucksache V/909, Bonn, September 1966
- Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland - Auswahl aus der amtlichen und verbandlichen Statistik, Bonn 1974
- Soziale Sicherung in Deutschland, 7. Auflage, Köln 1967
- BUNDESMINISTERIUM
FÜR FAMILIE UND
JUGEND: Mütter und Kinder in der BRD, II Analysen, Bad Godesberg 1969
- BUNDESMINISTERIUM
FÜR FAMILIE UND
JUGEND: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der BRD, Drucksache IV/3474, Bad Godesberg 1968
- BUNDESMINISTERIUM
FÜR JUGEND, FAMILIE
UND GESUNDHEIT: Motive und Dauer der Erwerbstätigkeit von Müttern, in: Informationsdienst der Evang. Arbeitsgemeinschaft für Familienfragen, Nr. 6, 9. Jg., Bonn 1970
- BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFT: Leistung in Zahlen 1972, 22. Auflage, Bonn 1973

- BURGBACHER u. a. : Einkommensverteilung und Vermögensbildung in der BRD, in: Lebendige Wirtschaft, Hrsg. Deutsche Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Bd. 22, Opladen 1964
- CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS: Frau und Arbeitswelt morgen, Bonn 1965
- DEUTSCHE BUNDESBANK: Entstehung und Verwendung des Einkommens nach Sektoren, Monatsberichte, Februar- bzw. Märzhefte der betreffenden Jahre
- Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung, in: Monatsberichte Nr. 4, Sonderdruck, April 1968
 - Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte, Sonderdruck aus dem Monatsbericht vom Oktober 1969
- DEUTSCHER BUNDESTAG: Sozialbericht 1971, Drucksache VI/2155, vom 12. 5. 71 und Sozialbericht 1972, Drucksache VI/3432, vom 12. 5. 1972
- DEUTSCHER BUNDESTAG: Die Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft (sogen. Frauenenquete), Bundestag-Drucksache V/909, Bonn 1966
- DEUTSCHER SPARKASSEN- UND GIROVERBAND: Die Vermögensbildung privater Haushalte der Typen 1, 2 und 3 in den Jahren 1965 - 1971, in: Deutsche Sparkassenzeitung Nr. 15, vom 23. 2. 1973
- Materialien zur Vermögensbildung - Ergebnisse einer Untersuchung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn 1971

- DEUTSCHES INDUSTRIE- Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der
INSTITUT: Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1973,
Köln 1973, Tab. 42
- DEUTSCHES WIRTSCHAFTS- Zusammenfassung und Empfehlungen einer nicht
WISSENSCHAFTLICHES veröffentlichten Untersuchung für das Bundes-
INSTITUT FÜR FREMDEN- ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit,
VERKEHR AN DER UNI- "Familienreisen in Deutschland"
VERSITÄT MÜNCHEN:
- DIRKS, Heinz: Psychologische Faktoren der Berufsarbeit,
 Habilitationsschrift an der Naturwissenschaftlich -
 Philosophischen Fakultät der TH-Braunschweig,
 Göttingen 1957
- DUWENDAG, D.: Die Eigentümerstruktur in der deutschen Woh-
 nungswirtschaft - Gutachten erstattet im Auf-
 trage des Forschungsverbandes für Immobi-
 lien-, Hypotheken- und Baurecht e.V., Köln 1972
- DIVO-INMAR: Der westdeutsche Markt in Zahlen 1969,
 Frankfurt 1966
- EMNID-INSTITUT: Freizeit und Privatleben - Veränderung von
 Lebensbedingungen, Wohnfunktionen und Be-
 dürfnislage im Gefolge der wachsenden Frei-
 zeit 1969
- Freizeit und Wohnen - Veränderung von Wohn-
 und Konsumbedürfnissen als Auswirkung der
 Freizeitentwicklung, Tabellenband
- Der Arbeitsmarkt im Landkreis Unna
- Der Arbeitsmarkt im Unteren Bayer. Wald
 - Befragung von 1118 Arbeitern im Jahre 1967
 im Auftrag des Bayer. Staatsministeriums für
 Wirtschaft und Verkehr

EMNID-ISTITUT

Trends in der Arbeitszufriedenheit, in:
Emnid-Informationen 1969/2

- Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre im Jahre 1964
- Belegschaft und Arbeitsklima der Bauunternehmung E. Heitkamp, Wanne-Eickel - Spezialuntersuchung von rd. 500 Beschäftigten und 150 Ausgeschiedenen im Juni 1961
- Zur Situation des weiblichen Arbeitsmarktes in den Räumen Goslar und Salzgitter, Teil 1,
- Die Stellung der Möller-Werke auf dem Brackweder Arbeitsmarkt - Erhebung bei 400 Arbeitern, 1964,
- Der Arbeitsmarkt im Landkreis Unna
- Bildungswert der Arbeit - Untersuchung der erwachsenen Arbeitnehmerschaft über 16 Jahre (mit Ausnahme der Landarbeiter) im Jahre 1964
- Freizeit im Ruhrgebiet, 1970
- Einstellung, Meinungsbild und Verhaltenstendenzen der Bevölkerung zur vermögenspolitischen Auseinandersetzung, 1971
- Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen Problemkreisen der Finanzpolitik der Bundesregierung, 1968

GESELLSCHAFT FÜR
KONSUM-, MARKT-
UND ABSATZFOR-
SCHUNG E. V.:

Veröffentlichung Nr. 19 vom 19. 5. 70

HOFBAUER, BINTIG,
DADZIO:

Die Rückkehr von Frauen in das Erwerbsleben
- Ergebnisse einer Untersuchung über Frauen,
die nach einer Unterbrechung ihrer Erwerbs-
tätigkeit wieder eine Arbeit aufnehmen wollten,
entnommen aus: Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit;
Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Be-
rufsforschung 1968 - 1971, Erlangen 1972

INSTITUT FÜR ARBEITS-
MARKT- UND BERUFS-
FORSCHUNG:

Längerfristige Arbeitsmarktprognosen bei
alternativer Arbeitsmarkt- und Gesellschafts-
politik, Bericht von Dieter Mertens in den
Mitteilungen des Instituts, Heft 10/1969

KATONA, STRÜMPEL,
ZAHN:

Zwei Wege zur Prosperität, 1. Auflage,
Wien und Düsseldorf 1971

KÄTSCH, E.M.:

Langfristige Bestimmungsgründe für die Erwerbs-
tätigkeit von Frauen, in: Forschungsberichte des
Landes Nordrhein-Westfalen, Köln 1965

KAISER, W. und
ZERWAS, A.:

Die Struktur des Sparens in der Bundesrepublik
Deutschland von 1950 bis 1967, in: Unter-
suchungen über das Spar-, Giro- und Kredit-
wesen, Hrsg. Voigt, Fritz, Bd. 50, Berlin 1970

KOHLER, Reyher:

Erwerbstätigkeitsphasen der Frauen, in: Institut
für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bun-
desanstalt für Arbeit (Hrsg.): Quintessenzen aus
der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1968-1971,
Erlangen 1972, S. 58

LAUTERBACH, Albrecht:

Mensch - Motive - Geld (Man, Motives and
Money), Untersuchungen zur Psychologie des
wirtschaftlichen Handelns, Stuttgart und
Düsseldorf 1957

- OEEC: Europe to-day and in 1960, zitiert nach: Korp, Andreas: Wandlungen des Verbrauchs, in: Genossenschaftliche Schriftenreihe Nr. 23, Wien 1967
- PFANZAGL, Johann: Allgemeine Methodenlehre der Statistik, Elementare Methoden unter besonderer Berücksichtigung der Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: Sammlung Götschen, Bd. 746/746a, 3. Auflage, Berlin 1966
- PFEIL, Elisabeth: Die Berufstätigkeit von Müttern - Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien, in: Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft, Tübingen 1961
- Das Bild der Frau in der empirisch-soziologischen Forschung der letzten Jahre, in: Soziale Welt, Heft 2, Dortmund 1963
- RATIONALISIERUNGS-
KURATORIUM DER DEUT-
SCHEN WIRTSCHAFT: Bestimmungsgrößen des Verhaltens von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt - Zusammenfassung der Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung, Frankfurt/Main 1971
- SCHMUCKER, Helga: Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 30/I, Berlin 1964
- STATISTISCHES AMT
DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN: Löhne EGKS, 1965, Heft 4 1967
- Sozialstatistik, Abhängig Beschäftigte in der Industrie, Tableau II/20

STATISTISCHES
BUNDESAMT:

- Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchs-
stichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik,
Heft 8/1965 und Heft 7/1966
- Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchs-
stichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik,
Heft 9/1969, Heft 5/1970 und Heft 10/1972
- Fachserie E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Woh-
nungen; Reihe 3: Bautätigkeit und Reihe 4:
Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen
Wohnungsbau
- Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrech-
nungen; Reihe 17: Gehalts- und Lohnstruktur-
hebungen, Gewerbliche Wirtschaft und Dienst-
leistungsbereich, Arbeiterverdienste 1966
- Fachserie D, Reihe 4: Sonderbeiträge zur In-
dustriestatistik, Beschäftigte nach der Stellung
im Betrieb sowie Betriebe, Beschäftigte und
Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen
- Fachserie M, Reihe 18: Ausstattung der pri-
vaten Haushalte mit ausgewählten langlebigen
Gebrauchsgütern 1962/63
- Fachserie M, Reihe 18: Privater Verbrauch
1962/63
- Fachserie M, Reihe 18: Ausgewählte Vermögens-
formen, Nutzung der Bildungswege und Einkaufs-
gewohnheiten der privaten Haushalte 1962/63
- Fachserie M, Reihe 18: Einkommen, ausgewählte
Ausgaben und Vermögensbildung der privaten
Haushalte 1962/63

STATISTISCHES
BUNDESAMT:

Fachserie M, Reihe 18: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern 1969

- Fachserie M, Reihe 18: Vermögensformen und -bestände privater Haushalte 1969

- Fachserie M, Reihe 18: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1969

- Zur Ermittlung der Realeinkommensentwicklung wurden hinzugezogen: Für die Bevölkerungsentwicklung: Statistisches Jahrbuch 1972/ Gebiets- und Bevölkerungsstatistik; für die Preisindizes: Statistisches Jahrbuch 1972/ Preisstatistik; für das Netto sozialprodukt zu Faktorkosten: Statistisches Jahrbuch / Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

- Fachserie M, Reihe 15: Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel, Oktoberhefte der betr. Jahre

- Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der BRD nach der Zählung vom 13. 9. 1950, Stuttgart-Köln 1953

- Fachserie N, Reihe 1: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Konten- und Standardtabellen, Vorbericht 1971

- Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, Wiesbaden 1972

- Fachserie A, Reihe 6: Bevölkerung und Kultur, Entwicklung der Erwerbstätigkeit

- Das reproduzierbare Sachvermögen in Anschaffungs- und zu Wiederbeschaffungspreisen, Sonderdruck aus Wirtschaft und Statistik 11/1972

STATISTISCHES
BUNDESAMT:

Internes Zahlenmaterial: Schreiben vom
6.8.1971, Z.: VI D-13/10/65

- Internes Zahlenmaterial aus dem Mikrozensus:
Schreiben vom 22.7.1973, Z. II D-20/1
- Statistisches Jahrbuch 1969: Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnung, Einkommen der privaten Haus-
halte und seine Verwendung sowie Verwendung
des Sozialproduktes
- Langlebige Gebrauchsgüter und Sozialstruktur
der Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik
5/1970
- Gebäude, Wohnungen, Wohnparteien, in:
Wirtschaft und Statistik 5/1970
- Wirtschaftsrechnungen, in: Wirtschaft und
Statistik 9/1969
- Budgets ausgewählter privater Haushalte 1971,
Wirtschaft und Statistik 6/1972
- Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1968
- Jahresaufwendungen privater Haushalte für Ur-
laubs- und Erholungsreisen 1969, in: Wirtschaft
und Statistik, Heft 4/1973
- Ausstattung privater Haushalte mit ausgewähl-
ten langlebigen Gebrauchsgütern - Vorläufiges
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchs-
stichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik,
Heft 9/1969

STATISTISCHES
BUNDESAMT:

Haushaltsnettoeinkommen von Arbeitnehmerhaushalten im Januar 1969 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1969

- Langlebige Gebrauchsgüter und Sozialstruktur der Haushalte - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1970
- Formen der Vermögensbildung in privaten Haushalten im Januar 1969 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1970
- Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1970
- Ausgewählte Vermögensbestände privater Haushalte am Jahresende 1969 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1970
- Sparmotive, Sparziele und Sparneigung privater Haushalte - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1971
- Laufende Aufwendungen privater Haushalte für Haus- und Grundbesitz - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1971
- Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln in Arbeitnehmerhaushalten im Oktober 1969 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1972

STATISTISCHES
BUNDESAMT:

Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte
im Jahr 1969, in: Wirtschaft und Statistik,
Heft 10/1972

- Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen privater Haushalte 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1972
- Einkommensverwendung in privaten Haushalten 1969, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1973
- Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1961
- Die Schichtung der Einkommen privater Haushalte in der Bundesrepublik, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1963
- Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1963
- Ausgewählte Vermögensformen in privaten Haushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1964
- Die Struktur des Privaten Verbrauchs nach vorläufigen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1965
- Die Einkommen von Arbeitnehmerhaushalten und von Nichterwerbstätigenhaushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1966
- Der Einfluß steigender Kinderzahl auf die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1966

STATISTISCHES
BUNDESAMT:

Die Lebenshaltung in vergleichbaren Haushalten von Beamten, Angestellten und Arbeitern, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1966

- Die Einkommen der privaten Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1967
- Vermögensbildung der privaten Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1967
- Ausgewählte Käufe für den privaten Verbrauch und ihr Verhältnis zu Gesamteinkommen und -verbrauch, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1967

STATISTISCHES LANDES-
AMT DES LANDES NRW:

Ausstattung, Vermögensbildung und Wohnraumverhältnisse nordrhein-westf. Haushalte 1962/63, in: Beiträge zur Statistik des Landes NRW, Heft 189, Düsseldorf 1965

WELTZ, Friedrich:

Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4. Jg. - Mainz 1971, Sonderdruck

WILLGERODT, R.:

Vermögen für alle, Gutachten, Düsseldorf 1971, in: Deutsches Industrieinstitut: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der BRD, Köln 1973, Tab. 67

WIRTSCHAFTS- UND SO-
ZIALWISSENSCHAFTLI-
CHES INSTITUT DES
DEUTSCHEN GEWERK-
SCHAFTSBUNDES:

Diverse Angaben zu den tariflichen Arbeitszeiten

Dem nachdrücklichen Wunsch und den Anregungen von Frau Professor Dr. Helga SCHMUCKER ist es zu verdanken, daß sich alle wesentlichen Aussagen der Arbeit auf gesicherte empirische Forschungsergebnisse stützen. Herrn Professor Dr. Egon WÖHLKEN ist für seine wohlwollende Förderung und die Übernahme des Korreferates zu danken.

Besonderer Dank gilt auch den Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes, die mit zusätzlichen Zahlenangaben wertvolle Hilfe leisteten, und Dr. GRAF BLÜCHER für die Beratung auf dem Gebiete der empirischen Verhaltensforschung.

Lebenslauf

Zur Person	Robert Bohrer
1926	10. November, in Siegen als Sohn des Kaufmannes Robert Bohrer und seiner Ehefrau Hedwig, geb. Götz, geboren.
1933	Eintritt in die Volksschule
1937	Eintritt in das Realgymnasium Siegen; Unterbrechung durch Kriegseinfluß.
1944	Einberufung zur Heimatflak, dann Arbeitsdienst und Luftwaffe;
1945	Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft.
1949	Abschluß der kaufmännischen Lehre mit dem Kaufmanns- gehilfenbrief.
1950 - 1962	Berufstätigkeit: Auto-Union, British-Motor-Corporation, Ford.
1962	Beginn des betriebswirtschaftlichen Studiums an der Staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule in Siegen.
1964	Ablegung der Prüfung für Betriebswirte (HWF); Verleihung der Hochschulreife.
1964/65	WS; Beginn des volkswirtschaftlichen Studiums an der Uni- versität Köln.
1967	SS; Ablegung der vorverlegten Rechtsprüfung an der Universität Bonn.
1969	Diplomexamen für Volkswirte an der Universität Köln.
ab 1970	Tätigkeit im Bereich der öffentlich-rechtlichen Landes- banken/Girozentralen.
1971	Einschreibung an der Universität Gießen; Aufnahme als Doktorand.

Bonn, im Juli 1974

Herstellung: Druck und Verlag Ing. H. O. Hövelborn 5216 Niederkassel-Mondorf, Provinzialstraße 25
Telefon Bonn 4 27 13 » 46 27 13 «
Archiv-Nr.: 077404